

du Prel:

Das Deutsche
Generalgouvernement
Polen

San 009

LIBRARY OF CONGRESS



0 021 943 621 A





Das Deutsche
Generalgouvernement
Polen



Der Generalgouverneur für die besetzten polnischen Gebiete,
Reichsminister Dr. Frank Aufn.: H. Hoffmann

Das Deutsche Generalgouvernement Polen

Ein Überblick über Gebiet
Gestaltung und Geschichte

Mit 12 Karten
und 33 Abbildungen

Herausgegeben
und bearbeitet
von

Dr. Max Freiherr du Prel

BVO

1940

D 802
.P6D8
1940

0225-D



0225D
31 my 46

Buchverlag Ost G. m. b. H., Krakau 1940
Auslieferung für das Reichsgebiet und das Ausland Zentralverlag
der NSDAP., Franz Eher Nachf. G. m. b. H., Berlin

ZKW-Druck, Krakau

MAR 26 1946

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	9
Das Generalgouvernement	11
Die geschichtliche Vergangenheit des Weichselraumes	17
Krakau, die Hauptstadt des Generalgouvernements	37
Aus der Geschichte der Stadt Krakau	38
Übersicht über die deutschen Behörden in Krakau	49
A. Der Generalgouverneur (mit Personalien)	49
B. Der Chef des Distrikts Krakau	53
C. Der Kreishauptmann des Kreises Krakau-Land	54
D. Der Stadthauptmann der Stadt Krakau	54
E. Dienststellen der Deutschen Polizei	55
F. Dienststellen der Wehrmacht	55
G. Sonstige Behörden und Dienststellen	56
Verkehrsangaben über Krakau	60
Angaben über den Distrikt Krakau.	67
I. Lage	69
II. Bevölkerung	70
III. Physische Beschaffenheit	73
IV. Klima	77
V. Boden	77
VI. Pflanzenwuchs	78
VII. Landwirtschaft	81
VIII. Gewerbliche Wirtschaft	83
IX. Verwaltung und Kreiseinteilung (mit Personalien)	87
X. Das Deutschtum in Galizien	88
XI. Bedeutende Orte	91
Angaben über den Distrikt Radom	97
I. Lage	99
II. Bevölkerung	99
III. Verwaltung und Kreiseinteilung (mit Personalien)	100
IV. Wirtschaftliche Struktur	102
V. Die Aufbauarbeit	102
VI. Radom, die Hauptstadt des Distrikts	103
VII. Die Kreise des Distrikts	107
A. Petrikau	107
B. Radomsko	111
C. Jędrzejow	113
D. Busko	115
E. Kielce	116
F. Konskie	120
G. Tomaschow	126
H. Radom-Land	128
I. Starachowice	130
K. Opatow	133
VIII. Die Stadt Tschenstochau	134

	Seite
Angaben über den Distrikt Lublin	137
I. Lage	139
II. Geschichte	139
III. Das jüdische Problem	141
IV. Die ukrainische Minderheit	143
V. Verwaltung	147
VI. Aufbaumaßnahmen	150
Wirtschaftsausbau	155
Agrarmaßnahmen	159
Zuckerindustrie	160
Schulwesen	161
Gesundheitswesen	162
Kulturelle Betreuung	162
VII. Lublin, die Hauptstadt des Distrikts	166
VIII. Die Kreise des Distrikts	170
1. Lublin-Land	170
2. Chelm-Land	170
3. Hrubieszow	171
4. Radzyn	171
5. Biala-Podlaska	171
6. Krasnystaw	172
7. Bilgoraj	172
8. Zamosc	175
9. Janow-Lubelski	175
10. Pulawy	176
IX. Die Stadt Chelm	176
Angaben über den Distrikt Warschau	179
I. Warschau, Hauptstadt des Distrikts	181
A. Zur Geschichte und Architektur der Stadt	182
B. Nähere Ausflugsorte	193
C. Die Stadtverwaltung	194
D. Sonstige Dienststellen	195
II. Adressen in Warschau	196
III. Verkehrsangaben über Warschau	197
IV. Verwaltung des Distrikts (mit Personalien)	200
V. Städte im Distrikt Warschau über 10000 Einwohner	204
VI. Die Kreise (mit Personalien)	207
1. Garwolin	207
2. Grojec	208
3. Lowitsch	208
4. Minsk Mazowiecki	208
5. Ostrow	209
6. Siedlce	209
7. Skierniewice	210
8. Sochaczew-Grodzisk	210
9. Sokolow-Wengrow	213
10. Warschau-Land	213
VII. Bevölkerungspolitisches	213
Die Juden im Distrikt	213
Polnische und jüdische Selbsthilfe	214

	Seite
Der Bevollmächtigte des Generalgouverneurs in Berlin	217
Devisenvorschriften	220
Berichte aus der Arbeit des Generalgouvernements	227
Die Ostbahn	229
Organisation	230
Betriebsführung	232
Verkehrsleistungen	233
Die Deutsche Post Osten	236
Organisation und Aufbau	236
Postdienst	237
Fernmeldewesen	239
Personalwesen	240
Postwertzeichen	242
Der Wiederaufbau der Monopolverwaltung im Generalgouvernement	243
Tabakmonopol	244
Branntweinmonopol	246
Zündholzmonopol	247
Lotteriemonopol	248
Mineralölmonopol	248
Die Treuhandstelle für das Generalgouvernement	250
Die Emissionsbank in Polen	255
Die bodenständige Industrie im Generalgouvernement	261
Forst- und Holzwirtschaft	264
Die landwirtschaftlichen Verhältnisse im Generalgouvernement — ein Erbe der polnischen Wirtschaft	271
Raumordnung	276
Gerichtsbarkeit	279
Gesundheitswesen	282
Organisation des Arbeitseinsatzes	286
Arbeitsämter	288
Sozialversicherung	292
Kriegsbeschädigtenfürsorge	292
Bauwesen	294
Straßen- und Brückenbau	294
Wasserstraßen	295
Hochbau	296
Die kulturellen Einrichtungen	297
Presse	298
Aufklärung	301
Rundfunk	302
Kulturelle Betreuung	303
Das Institut für Deutsche Ostarbeit	307
Das Deutsche Schulwesen im Generalgouvernement	309
Schulen im Distrikt Krakau	310
" " " Radom	310
" " " Lublin	312
" " " Warschau	313
Personaleinsatz	314
Register	318

Verzeichnis der Karten und Abbildungen

1. Karten und Pläne	Seite
Stadtplan von Krakau	39
Übersichtskarte des Distrikts Krakau mit Kreiseinteilung	68
Großraumlage des Distrikts Krakau	71
Volkstumskarte des Distrikts Krakau	75
Bevölkerungsverteilung nach Erwerbstätigkeit	76
Übersichtskarte des Distrikts Radom mit Kreiseinteilung	98
Stadtplan von Radom	105
Übersichtskarte des Distrikts Lublin	138
Stadtplan von Lublin	167
Übersichtskarte des Distrikts Warschau mit Kreiseinteilung	180
Stadtplan von Warschau	189
Deutsche Ostbahn. Fahrzeiten im Verkehr mit dem Generalgouvernement	228
2. Abbildungen	
Der Generalgouverneur	2
Der Führer in Warschau	15
Die Burg zu Krakau	47
Innenhof der Krakauer Burg	51
Krakau, Alter Markt	57
Krakau, Marienkirche	61
Ojcow Tal	79
Peskenburg und Herkulesssäule	85
Der Generalgouverneur mit dem Oberbefehlshaber Ost	93
Deutsche Soldatengräber in der Lysa Gora	117
Brückenbauten deutscher Pioniere	123
Rückwanderung der Wolhyniendeutschen	131
Chelm, Kathedrale	145
Lublin, Piastenburg	145
Sandomierz	151
Judentypen	157
Lubliner Judenrat	163
Arbeitsamt Lublin	173
Lublin, Tor im deutschen Stadtteil	173
Warschau, Palais Brühl	183
Warschau, Alter Markt	201
Warschau, Fuggerhaus	205
Warschau, ehemaliges Schloß	211
Malkinia, deutsch-sowjetrussische Grenze	211
Die Wacht im Osten	216
Sanbrücke bei Rozwadow	231
Postwertzeichen und Sonderstempel	241
Polnische Landarbeiter fahren ins Reich	289
Nachrichtenübertragung auf dem Alten Markt, Krakau	299
Institut für Deutsche Ostarbeit	305

Vorwort

Der vorliegende Überblick über das Deutsche Generalgouvernement Polen ist die erste in Buchform erscheinende Zusammenstellung über das Gebiet und die Gliederung des Generalgouvernements. Daß sie bereits $\frac{1}{2}$ Jahr nach dem Amtsantritt des Generalgouverneurs in dieser Ausführlichkeit und mit Berücksichtigung vieler wesentlicher Einzelheiten vorgelegt werden kann, ist ein Beweis mehr für die Gründlichkeit und klare Zielsetzung der Deutschen Verwaltungsarbeit im besetzten polnischen Gebiet.

Die Veröffentlichung ist der verständnisvollen Mitarbeit vieler Einzelkräfte zu verdanken; eine wesentliche Voraussetzung bildete die Propagandaerkundung, die von den Distriktsabteilungen für Volksaufklärung und Propaganda schon frühzeitig durchgeführt wurde. Da sie sich nicht nur auf die Erarbeitung toten statistischen Materials erstreckte, konnte aus der Verbindung mit den Stellungnahmen der einzelnen Distriktsämter und Kreishauptmannschaften jeweils eine belebte Schau gewonnen werden. Es hat sich dabei als eine Bereicherung des Gesamtbildes erwiesen, daß in jedem der vier Distrikte von einem anderen, besonderen Blickpunkt ausgegangen wurde. So enthält das vorliegende kleine Handbuch gleichzeitig programmatische Hinweise für den geplanten Weitergang der Ordnungs- und Aufbauarbeit zur Überwindung

der einstigen „polnischen Wirtschaft“ — ein wertvoller Fingerzeig für alle jene, deren politisches oder wirtschaftliches Augenmerk auf die Entwicklung und Nutzbarmachung des polnischen Raumes für die Bedürfnisse des Reiches gerichtet ist. •

Zugleich wurde durch die Hervorhebung der alten geschichtlichen Beziehungen, die das Reich seit frühester Zeit mit diesem Ostraum verbinden — und die trotz der Zerrissenheit der deutschen Geschichte von den Polen nicht ausgetilgt werden konnten — die von altersher gegebene Mission der deutschen Leistung im wiedergewonnenen deutschen Interessengebiet unterstrichen. Daß dies nicht ausschließt, daß das Generalgouvernement die „Heimstätte polnischen Lebens“ ist und bleibt, geht nicht nur aus den Distriktsübersichten, sondern auch aus den Einzelberichten der beteiligten Fachabteilungen hervor.

Die in der vorliegenden Zusammenstellung enthaltenen Angaben sind nach dem Stand vom 1. April 1940 niedergelegt. Sie wurden während der Überarbeitung, soweit möglich, laufend ergänzt.

Eine Weiterentwicklung von Auflage zu Auflage bzw. die Umwandlung in ein Jahrbuch bleibt vorbehalten.

Krakau, den 23. Mai 1940.

Der Herausgeber.

Das Generalgouvernement

Das Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete wurde durch den Erlaß des Führers vom 12. Okt. 1939 im unmittelbaren Anschluß an die Beendigung des polnischen Feldzuges und nach Festlegung der deutsch-russischen Interessengrenze geschaffen. Seine Grenzen sind im Osten bestimmt hauptsächlich durch die Flußläufe des Bugs und des Sans, im Süden durch die Grenzen Ungarns und der Slowakei. Im Südwesten läuft ein Stück gemeinsame Grenze mit dem Protektorat Böhmen und Mähren, im Westen ist das Gebiet durch eine vorläufige technische Zollgrenze von den beiden neugeschaffenen Ostgauen, dem Warthegau und Danzig-Westpreußen abgegrenzt, eine Grenze, die sich im Norden gegenüber den zum Gau Ostpreußen geschlagenen Gebieten von Zichenau fortsetzt.

Das Gebiet hat eine ungefähre Grösse von 95000 qkm und etwa 12,5—13 Millionen Einwohner, in der Hauptsache Polen und etwa 1,5—2 Millionen Juden, daneben volksdeutsche verstreute Siedlungsgebiete geringeren Umfangs, und neben einer ukrainischen Minderheit noch verschiedene andere Minderheitenvölker, wie die Goralen, Lemken und Uzulen.

Durch den Erlaß des Führers wurde Reichsminister Dr. Frank als Generalgouverneur eingesetzt. Der Generalgouverneur untersteht ausschließlich und unmittelbar dem Führer; das von ihm regierte Gebiet untersteht der deutschen Machthoheit, ist aber nicht Bestandteil des Deutschen Reiches. Der Generalgouverneur vereinigt in seiner Person die Kompetenzen sämtlicher Reichsministerien für das ihm unterstellte Gebiet; er ist darüber hin-

aus auch Generalbevollmächtigter des Vierjahresplanes mit allen sich daraus ergebenden Kompetenzen. Er ist gesetzlich ermächtigt, durch Verordnung im Generalgouvernement Recht zu setzen; die Verordnungen werden in dem doppelsprachigen „Verordnungsblatt des Generalgouverneurs für die besetzten polnischen Gebiete“ veröffentlicht. Das geltende polnische Recht ist im Generalgouvernement, so weit es nicht durch die Verordnungen des Generalgouverneurs außer Kraft gesetzt wurde, in Geltung geblieben.

Als Stellvertreter des Generalgouverneurs hat bis zu seiner Ernennung zum Reichskommissar für die besetzten niederländischen Gebiete Reichsminister Dr. Seyß-Inquart gewirkt. Der Generalgouverneur hat auf der Burg zu Krakau seinen Dienstsitz. Das Amt des Generalgouverneurs, in dem die gesamte organisatorische und Facharbeit zusammengefaßt ist und das vom Amtschef, Staatssekretär Dr. Bühler geleitet wird, befindet sich mit seinen 6 Zentralabteilungen und 15 Fachabteilungen gleichfalls in Krakau. Damit ist Krakau das politische und Verwaltungszentrum für die besetzten Ostgebiete geworden.

Das Generalgouvernement ist in vier Distrikte aufgliedert. An der Spitze jedes Distrikts steht der Distriktschef mit dem Titel Gouverneur.

Distrikt Krakau: Gouverneur Dr. Wächter

Distrikt Radom: Gouverneur Dr. Lasch

Distrikt Lublin: Gouverneur Zörner

Distrikt Warschau: Gouverneur Dr. Fischer.

Jeder Distrikt ist in 10 Kreise eingeteilt, so daß das Generalgouvernement insgesamt 40 Kreise umfaßt, die je von einem Kreishauptmann geleitet sind. Außerdem sind für die großen polnischen Städte, nämlich für Krakau, Warschau, Lublin, Radom und Tschenstochau Stadthauptmänner bestellt.

Die gesamten Polizeikräfte des Generalgouvernements sind zusammengefaßt unter dem Höheren H - und Polizeiführer, H -Obergruppenführer Krüger, der neben dem Amtschef dem Generalgouverneur unmittelbar untersteht. Ihm sind unterstellt der Befehlshaber der Ordnungspolizei und der Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD. Die Kommandeure der Polizeiregimenter

unterstehen dem Befehlshaber der Ordnungspolizei. In jedem der 4 Distrikte steht an der Spitze der Polizeiorganisation ein H - und Polizeiführer.

Die im Generalgouvernement und den besetzten Ostgebieten eingesetzte Wehrmacht steht unter Führung des Oberbefehlshabers Ost, Generaloberst Blaskowitz, der seinerseits dem Oberbefehlshaber des Heeres untersteht.

Der Generalgouverneur ist gleichzeitig Bevollmächtigter des Beauftragten des Führers für die Durchführung des Vierjahresplanes. Zur Bewältigung dieses Aufgabengebietes ist im Generalgouvernement eine gesonderte, dem Generalgouverneur unmittelbar unterstehende Dienststelle für den Vierjahresplan eingerichtet worden, deren Leiter Generalmajor Bührmann ist.

Außerdem ist der Generalgouverneur in seiner Eigenschaft als Reichsleiter der NSDAP., Leiter des „Arbeitsbereichs der NSDAP. im Generalgouvernement Polen“. Sein Generalbevollmächtigter für das Aufgabengebiet ist der Beauftragte des Stellvertreters des Führers im Generalgouvernement, Kreisleiter Schalk.

Schließlich ist dem Generalgouverneur als Reichsverteidigungskommissar die Dienststelle für Reichsverteidigungsangelegenheiten direkt unterstellt. Leiter und Chefreferent ist Oberregierungsrat Dr. Schepers.

Es sind jedoch nur die obersten Behördenspitzen und die obersten Kontrollinstanzen und Befehlsstellen in deutscher Hand: sämtliche Gemeinden, einschließlich der Großstädte haben ihren eigenen polnischen Verwaltungsapparat mit dem Bürgermeister als leitender Verwaltungsinstanz. Unter sich sind die polnischen Bürgermeistereien wiederum zu polnischen Gemeindeverbänden zusammengefaßt, die den polnischen „Wojts“ unterstehen. Diese Wojts bestanden bereits als polnische Einrichtung; ihrer Struktur nach sind sie der altdeutschen Einrichtung der Vögte nachgebildet. Auch der personelle Großbestandteil der übrigen Behörden, also der Post, der Bahn, der Forsten, der Justiz u. a. rekrutiert sich aus Polen. Auch die Gemeindepolizei ist polnisch und lediglich unter deutscher Leitung.

Den Juden ist im Generalgouvernement eine Art von Selbstverwaltung eingeräumt. Aus den jüdischen Kul-

tusgemeinden wurden Ältestenräte gebildet, die als amtliche Repräsentanten des jüdischen Bevölkerungsteils gegenüber den deutschen Behörden aufzutreten ermächtigt sind. In keiner Form sind vom Generalgouverneur Verordnungen erlassen worden, die die freie geschäftliche Betätigung der Juden oder den Verkehr zwischen den Polen und den Juden irgendwie einschränken; sie können nach wie vor untereinander Geschäfte machen und auch untereinander heiraten. Die Juden tragen im Generalgouvernement am rechten Oberarm eine weiße Armbinde mit einem blauen Zionsstern.

Den vom polnischen Staat stark unterdrückten und nahezu völlig entrechteten völkischen Minderheiten wurde vom Generalgouverneur die Pflege ihres Volkstums wieder zugesprochen; sie haben das Recht auf eigene kulturelle und in gewissem Umfang auch auf wirtschaftliche Selbsthilfe-Einrichtungen.

Die zahlenmäßig im Generalgouvernement nicht besonders hervortretenden Volksdeutschen wurden von der Abteilung für Volksaufklärung und Propaganda im Amt des Generalgouverneurs in 34 Ortsgruppen gesammelt und am Führergeburtstag 1940 vom Generalgouverneur in der „Volksdeutschen Gemeinschaft“ organisiert. Als deutscher Volkszugehöriger gilt im Generalgouvernement nur, wer im Besitze einer amtlichen Kennkarte ist.

Durch diesen rechtlich und volklich streng gegliederten Aufbau und durch die klaren politischen Absichten, die die deutsche Verwaltungsführung in ihrer Arbeit leiten, ist das Generalgouvernement heute bereits zu einem stehenden Begriff geworden. Auf neuer Basis wird im Ost-raum, der so lange Zeit ein politischer Unruheherd war, eine neue friedliche Gemeinschaft zwischen der deutschen Führung und dem polnischen Leben angestrebt. Sie beginnt eine reale Größe zu werden und eine solide Grundlage für die Zukunft.



Der Führer nimmt den Vorbeimarsch der siegreichen Truppen in Warschau ab

Aufn.: F. F. Bauer

Die geschichtliche Vergangenheit des Weichselraumes

Dr. H. Kurtz

Als die deutsche Wehrmacht in Antwort auf die polnischen Überfälle am 1. September 1939 die Reichsgrenze im Osten überschritt und in einem einzigartigen Feldzug die polnische Armee zersprengte, erfüllte sich in Osteuropa, wie bereits einige Male zuvor, das Schicksal dieses Raumes: mit Mitteleuropa schicksalhaft verbunden zu sein. Jede gegnerische Stellung gegen dieses Kraftzentrum hatte stets nur so lange Bestand; als andere größere Ereignisse das Deutsche Reich vom Osten ablenkten.

Eine zweite Aufgabe des deutschen Volkes fand mit dem 1. September 1939 ihre Erfüllung: die jahrhundertelange, unermüdliche Arbeit von Generationen auf diesem östlichen Boden fand ihren Lohn. Was durch ein Jahrtausend deutschen Fleißes hier geschaffen worden ist, erhielt seine eigentliche Bestimmung, Teil des deutschen Lebensraumes zu sein.

Weit stärker noch als die Geschichte des Deutschen Reiches ist bisher die Geschichte Osteuropas allein vom dynastischen Standpunkt aus betrachtet worden. Hierbei machte das ehemalige Polen keine Ausnahme, im Gegenteil, bei der stets tendenziös gehaltenen polnischen Geschichtsschreibung wurde immer der Eindruck erweckt, daß der polnische Staat der früheren Jahrhunderte ein national, politisch und dynastisch geschlossenes Gebilde gewesen sei. Aber dieser sorgsam gehütete Schein darf uns nicht trügen. Polen war niemals, mit Ausnahme der

ersten hundert Jahre seines Bestehens, ein Nationalstaat; Polen war seit seinen Anfängen ein Staat mit verschiedensten Territorialherren; und schließlich war seit jeher der Stolz polnischer Demokraten, darauf hinzuweisen, daß Polen die älteste Demokratie Europas sei.

Betrachten wir die Geschichte des Weichselraumes im weitesten Sinne, dann müssen wir von anderen Voraussetzungen als bisher ausgehen. Der Grundzug der Geschichte des Weichselraumes ist der Volkstumskampf. Viel erbitterter als jemals oder an irgendeiner Stelle im Westen des Reiches sind im Raume ostwärts der Reichsgrenze die Volkstumsgegensätze aufeinandergeprallt. Während für die Westgrenze des Reiches und für die Westgrenze des deutschen Volkes sich Jahrhundert für Jahrhundert feste, zum mindesten klar bestimmbare Grenzlinien ergeben und ein Verlust oder Gewinn an Volksboden errechnet werden kann, ist das Hauptmerkmal der Volkstumsgrenze im Osten ihre tiefgreifende Verzahnung mit anderen Volkstümern. Deutsches und slawisches Element streiten sich in diesem Raume, den nur der beherrschen kann, dessen kulturelle Leistung überragt.

Maßgebend für diese geschichtliche Entwicklung des Weichselraumes ist seine geographische Gestaltung. Während sich im Süden die Gebirgskette der Sudeten fortsetzt in Beskiden und Karpaten und damit eine Trennung gegenüber dem Donaugebiet ergibt, läßt sich zwischen der norddeutschen Tiefebene und dem östlich anschließenden Flachland Osteuropas überhaupt keine natürliche Grenze ziehen. Alle Versuche, etwa das polnische Mittelgebirge mit der Lysa Gora als eine östliche Marke des deutschen Flachlandes anzusehen oder etwa die Wasserscheide zwischen Weichsel und Dnjestr als Grenzlinie aufzustellen, sind gegenüber den natürlichen Gegebenheiten bedeutungslos. Der einzige Unterschied, der sich etwa dem Reisenden bei einer Fahrt aus Deutschland nach Polen bisher geboten hat, war das schlagartige Aufhören der deutschen Kulturlandschaft an der polnischen Grenze. Der Landschaftscharakter, die Bodengestaltung, Bewaldung, Pflanzen- und Tierwelt bilden eine Einheit hüben wie drüben.

So ergaben sich im Beginn unserer geschichtlichen Epoche, ja weit darüber hinaus in vorgeschichtlicher Zeit,

keine unüberwindbaren Hindernisse für die Ausbreitung der Völkerschaften, die einmal in der norddeutschen Tiefebene Fuß gefaßt hatten. Der geschichtliche Ablauf bestätigt immer wieder diese Ansicht. Bereits die nordische Kultur, in Südschweden, Dänemark und Norddeutschland beheimatet, breitet sich im Laufe des 2. Jahrtausends vor unserer Zeitrechnung über das Oder- und Weichselflußgebiet aus. Das gleiche Verbreitungsgebiet geht von der zweiten großen urgermanischen Zelle, der schnurkeramischen Streitaxtkultur, aus, die in Schleswig-Holstein und an der oberen Saale ihre Entwicklungskerne besitzt. Welche gewaltige Bedeutung der germanischen Einwanderung in das Oder- und Weichselland zukommt, ist heute kaum noch in vollem Umfange meßbar. War vorher dieses Gebiet nur Tummelplatz nomadenhafter Jäger und Sammler, so tritt erstmalig mit der Einwanderung der nordischen Kultur ein bäuerliches Element in diesem Lande auf. In unvorstellbarer, mühevoller Arbeit gelang es diesen Stämmen, zum ersten Male den Pflug durch das bisher brachliegende Land zu ziehen, Wald zu roden, der noch nie Axt und Rodehacke gespürt hatte. Mit voller Berechtigung können wir sagen, daß diese erste nordische Einwanderung den Siedlungsraum geschaffen hat, der bis in die großgermanische Zeit hinein als Lebensraum diente.

Zu den nordischen Volksstämmen des Weichselraumes treten im Verlauf der jüngeren Steinzeit verschiedene andere Kulturen dazu, aus deren Vermischung im Oder- und Weichselraum die sogenannte illyrische Bevölkerung hervorgeht. Dieses Volk war weitgehend nordisch bestimmt und lebte rund ein Jahrtausend in ruhiger Entwicklung. Diese Periode ist gekennzeichnet durch das erste Auftreten der Metalle und ihre Verwendung zu Gebrauchszwecken. Die Bronze und später das Eisen ersetzen den bisher gebräuchlichen Feuerstein. Das Ende der illyrischen Kultur wird etwa um 800 vor der Zeitrechnung durch eine neue Welle nordischen Blutes herangeführt: an der unteren Weichsel entwickelt sich aus dort seßhaften Stämmen die ostgermanische Kultur. In dieser Zeit tritt die Trennung zwischen Ost-, West- und Nordgermanen klar hervor. Während die Nordgermanen an der Westküste Finnlands und im Baltischen Raume

eine Ausbreitungsmöglichkeit finden, die Westgermanen zum Rhein und Main allmählich vordringen und der keltischen Herrschaft ein Ende bereiten, stoßen die Ostgermanen oderaufwärts vor. Sie reiben das illyrische Volkstum auf und nehmen für einige Jahrhunderte das Land zwischen mittlerer und unterer Weichsel und Oder in Besitz.

Etwa gleichzeitig mit dem Beginn der frühgermanischen Ausbreitung muß der erste nachweisliche Vorstoß asiatischer Völkerschaften erwähnt werden, ein Einfall von Skyten etwa um 800 vor der Zeitrechnung. Es drangen, wahrscheinlich in einem kühnen Reitervorstoß, etwa wie Jahrhunderte später Hunnen und Tataren, diese in Asien beheimateten Völker am Nordrande der Karpaten vor, um bis in die Gegend von Wien einzubrechen. Der Vorstoß war von nur kurzer Dauer, eine längere Besitznahme des Landes ist nicht zu belegen.

Die frühgermanische Ostwanderung leitet die germanische Besiedlungsgeschichte des Weichselraumes ein. Rund 400 Jahre wird der Weichselraum beherrscht von ostgermanischen Stämmen, von Goten an der Weichselmündung und später in Südrußland, von Burgundern in Brandenburg und Posen und von Vandalen in Schlesien, Mittelpolen und Galizien. Ausgedehnte Siedlungsfunde und reiche Beigaben aus zahlreichen Gräbern geben uns Aufschluß über die Kulturhöhe der damaligen Zeit. Es ist erstaunlich, welcher hohe Stand damals erreicht worden ist. Da uns schriftliche Denkmäler fehlen, sind wir allein auf die Bodenfunde angewiesen, bei denen wir Schönheit der Form, guten Geschmack bei der Ornamentik und technisch hohe Leistungen werten können. Allein die Tatsache, daß der germanische Schmied die Verarbeitung des Eisens genau so meisterhaft beherrschte wie die Bearbeitung von Silber, Gold und Bronze, gibt einen Maßstab für die technischen Fähigkeiten und Fertigkeiten. Manche Einzelheiten sind uns heute noch nicht erklärlich, so z. B. das Löten von Gold, das Ätzen von Eisenwaffen und die Herstellung feinsten Drähte und Körnchen aus Edelmetallen.

Zweifellos haben diese germanischen Völker bereits eine staatliche Verfassung gehabt, wie sie uns am Ende

der germanischen Epoche im Ostgotenreiche Südrußlands im hellen Schein der Geschichte entgegentritt. Nur auf Befehl eines Führers ist schließlich auch die Abwanderung des überwiegenden Bevölkerungsteiles nach Südosten oder Süden zu erklären.

Nur allmählich enthüllt sich der langsam fortschreitenden Forschung das bisherige Geheimnis der slawischen Entstehungsgeschichte. Heute können wir mit Hinweis auf einige Quellen annehmen, daß im mittleren Rußland zwischen Kiew und Moskau die Heimat der Urslawen gelegen hat. In der Zeit der großen Völkerverschiebung, der Abwanderung der Ostgermanen nach Süden, dem zweiten belegbaren Einbruch asiatischer Völkerschaften nach Europa, dem Hunnensturm, ist die Ausbreitung der Slawen erfolgt. Langsam, fast zögernd sickern kleine Trupps slawischer Stämme in das fast menschenleere Weichsel- und Oderland ein. Was an germanischen Resten vorhanden ist — und zweifellos sind diese Reste nicht gering gewesen, — blieb zunächst von den slawischen Einwanderern unbehelligt. Allmählich erst wuchs die Kopffzahl der Slawen an, eine Tatsache, die volkspolitisch von größter Bedeutung ist. Im Ablauf der Geschichte zeigt es sich immer wieder, daß Völker nicht gleichmäßig wachsen und erstarken, ja, daß eine Verdichtung der Volksmassen auf kleinem Raume zustande kommt. Ein beständiges Anwachsen ist nur dann zu beobachten, wenn ein entsprechend großer Siedlungsraum zur Verfügung steht. Die starke Vermehrung der Slawen ist ein frühgeschichtliches Beispiel dafür, dem etwa die Vermehrung der Einwanderer in den Vereinigten Staaten von Amerika zur Seite gestellt werden kann.

Die ersten drei Jahrhunderte slawischer Besiedlung des Weichselraumes, etwa von 650 bis 950 unserer Zeitrechnung, sind in ein noch wenig geklärtes Dunkel gehüllt. Die Bodenfunde frühslawischer Siedlungen zeigen gegenüber der bisherigen germanischen Kultur einen außerordentlichen Rückschlag. Die starke Verwendung von Knochengewerten, selbst Steinwerkzeugen, die rohgeformten Tonwaren, der Mangel an Eisengeräten, ganz zu schweigen von Schmucksachen aus Edelmetall, zeigen deutlich genug den Rückschlag, den die kulturelle Ent-

wicklung des Weichselraumes gefunden hat. Noch schwerwiegender war die Einschränkung des Lebensraumes in diesem Gebiet durch den vordringenden Wald. Der slawische Einwanderer war nur zum Teil Ackerbauer. Seine primitiven Geräte ließen eine gründliche Bearbeitung, vor allem schwerer Böden, nicht zu. Viehzucht, Jagd, Fischfang und das Sammeln von Früchten der Natur hatten weitgehenden Anteil an seiner Nahrung. Die Folge dieser Lebenshaltung war die rasche Ausbreitung des von den Germanen zurückerhaltenen oder gerodeten Waldbodens im Vorkarpatengebiet.

In den ersten geschichtlichen Quellen treten uns die Slawen als vielfach zersplitterte Völker entgegen. Zahlreiche Einzelstämme, die sich untereinander befehden, tauchen auf. Eine eigene Staatsbildung ist unter eigener slawischer Führung niemals im Laufe der Geschichte zu verzeichnen. So auch im Weichselraum, wo in der zweiten Hälfte des 10. Jahrhunderts zum ersten Male eine geschichtlich bezeugte Führerpersönlichkeit auftritt: Dago Mieszko. Der Name Dago sagt alles; es ist ein normanischer Herzog, der, wie viele seiner Stammesgenossen, von der skandinavischen Heimat aus nach Osteuropa zog. Im 9. und 10. Jahrhundert beherrschten die Normannen die Handelswege zwischen Konstantinopel und der Ostsee, unternahmen kühne Fahrten in allen damals bekannten Meeren, um an geeigneten Stellen als Führungsschicht über eine kulturell niedriger stehende Bevölkerung zu herrschen. Auf diese Weise erstanden Normannenreiche in Sizilien, in Frankreich (Normandie), für das Schicksal des Weichselraumes aber entscheidend: im Kiewer Raum das Reich der Warjagen und im Warthe-Netze-Gebiet der Staat Dagos. So jung dieses Staatsgebilde war, so rasch blühte es auf unter einer zielbewußten und diplomatisch hochbefähigten Persönlichkeit, wie uns der Normanne Dago entgegentritt. Im Westen seines Staates stand drohend die Macht des Deutschen Reiches. Seit der Zeit Karls des Großen befand sich das Deutschtum im langsamen, aber zähen Vordringen nach Osten, um den alten germanischen Siedlungsboden wieder zu erwerben. Die sorbische und awarische Mark Karls waren bereits gewachsen und ständig bestrebt, ihren Besitz zu

erweitern. Im Osten und Norden waren slawische Völkerschaften, noch ohne einen staatlichen Zusammenschluß, aber von ehrgeizigen Stammeshäuptlingen geführt. Im Süden, in Böhmen, entwickelte sich ein mächtiges Reich, das mit seinen Plänen nur allzu deutlich über die Sudeten herüberschielte. In dieser Lage tat Dago den geschicktesten diplomatischen Schachzug: er ließ sich 966 taufen. Auf diese Weise entzog er allen Möglichkeiten, gegen ihn einen Glaubenskrieg zu entfesseln, den Boden. Seine weiteren politischen Maßnahmen, die Unterstellung seines Landes unter den deutschen Kaiser nach einem ersten verlustreichen Zusammenstoß mit einer deutschen Kriegsmacht und die Heirat mit einer deutschen Prinzessin, setzen ihn in die gleiche Linie der westeuropäischen Fürsten. Dagos Sohn, Boleslaus I., entfaltete das Polanenreich zu einer Großmacht. Als ergebener Lehensträger des deutschen Kaisers und von ihm unterstützt gelang es ihm, den Einfluß seines Staates auf Pommern auszudehnen, Schlesien zu gewinnen, ja, bis an die Saale vorzustoßen. Im Osten eroberte er das Krakauer Gebiet und festigte den Besitz des Landes westlich der Weichsel. Auf diese Weise entstand ostwärts der damaligen Grenze des ersten Deutschen Reiches der polnische Staat, der in ständigem Kampfe mit Böhmen lag, und weiter im Osten das russische Reich mit seiner Hauptstadt Kiew.

Für Deutschland war die Ausbreitung deutscher Kultur, damals verknüpft mit der Predigt des Christentums, eine Aufgabe von welthistorischer Bedeutung. Deutsche Missionare haben zum ersten Male den heidnischen Slawen das Christentum gebracht und die bekehrten Gebiete den deutschen Bistümern angeschlossen. Im Jahre 1000 gründete Otto III. das Erzbistum Gnesen und machte damit die deutsche Missionskirche im Oder- und Weichselraum zu einer selbständigen slawischen. Die Folgen dieser Tat setzen sich bis in unsere heutige Zeit fort. Die Polonisierung der Kirche ist eine der Hauptursachen für die nichtgelungene Eindeutschung des früher germanischen Siedlungsraumes im Osten. Die Bischöfe von Breslau, Krakau und Posen, bisher dem Magdeburger Erzbischof unterstellt, werden vom deutschen Einfluß gelöst.

Die enge Verbindung zwischen dem polnischen Staat und dem Deutschen Reich ist die Brücke für die erste umfangreiche deutsche Einwanderung. Neben Priestern sind es vor allem Kaufleute und Ritter, die im Zusammenhang mit den Kriegszügen von Deutschland nach Polen kommen. Der neue Abschnitt einer nordischen Durchdringung des Weichselraumes beginnt. Die Zahl der Einwanderer war anfangs nicht groß. Um so schwerwiegender war ihre Bedeutung. In der auf Boleslaus I. folgenden Zeit größter Wirrnisse im polnischen Staate wuchs das Ansehen der Deutschen immer stärker. Um 1200 finden wir schon mehrfach urkundliche Erwähnungen deutscher Vögte, abgesehen von der stattlichen Zahl deutscher Geistlicher, Ritter und Kaufleute. 1228 ist es bereits in Krakau möglich, daß unter hauptsächlichster Beteiligung deutscher Einwohner, Krakau war damals ein Dorf nach deutschem Recht, der Grundstein für die größte Kirche der Stadt, für die Marienkirche, gelegt worden ist.

Im 12. Jahrhundert, vereinzelt von Jahrzehnt zu Jahrzehnt stärker werdend, dringen deutsche Siedler in den Weichselraum ein. Schlesien, seit 1163 unter eigenen deutschdenkenden Fürsten, ist Ausgangspunkt für die große Kolonisationsleistung. Schon entstehen im Waldgebiet der Vorkarpaten erste Rodedörfer; deutsche Bürger dringen nach allen Orten des nördlichen und östlichen Weichsellandes vor, unbehindert von den kriegerischen Wirren und Thronstreitigkeiten der Piastenfürsten. Bis Lemberg und darüber hinaus ostwärts lassen sich bereits deutsche Spuren verfolgen. Da bricht eine Welle blinder Zerstörung über das Land. Die Tataren fallen ein. Immer wieder sendet Asien seine Reiterheere gegen Europa, in vorgeschichtlicher Zeit die Skyten, später die Hunnen, Awaren, Magyaren und schließlich die Tataren. Bei allen diesen Einfällen dasselbe Bild: vorsprengende Reiterheere, die raubend und plündernd weite Gebiete durchstreifen, bis ihnen ein ernstlicher Widerstand geboten wird. An einer ihrer Lebensgewohnheit zusagenden Stelle lassen sie sich nieder, um von da aus noch Jahrzehnte oder Jahrhunderte hindurch die Umwelt in dauerndem Schrecken zu halten. So hatten die Skyten die ungarische

Tiefebene und die Schwarzmeersteppe als ihr Kernland gewählt, die Awaren gleichfalls die Donautiefebene, von wo aus sie die Ostmark, Mähren, Böhmen, ja selbst Schlesien und Galizien in dauerndem Unfrieden ließen, bis sie schließlich von den Magyaren (Ungarn) aufgerieben wurden. Die Ungarn jedoch änderten wenig an dem bisherigen Zustand. Auch sie unternahmen Beutezüge bis in das Herz Deutschlands. Die Tataren, 1241 durch die schlesischen Herzöge, vor allem durch die deutschen Bürger und Bauern zum Stillstand gebracht, ließen sich in der südrussischen Steppe nieder und errichteten dort das Reich der goldenen Horde, ein Nomadenstaat, der eine dauernde Bedrohung Osteuropas darstellte. Polen hat den Tatareneinfall verhältnismäßig leicht überstanden, schwerer traf dieser Schlag das russische Reich. Der alte Wargagenstaat war zerfallen, nur die westlichen Gebiete, Rotrußland, das Fürstentum Halitsch, nach dem noch heute Galizien seinen Namen führt, und Wolhynien, blieben unabhängig.

Der Tatarensturm hatte wohl manchen Ansatz deutscher Kultur empfindlich gestört, war aber schließlich Anlaß für eine stärkere Herbeiholung deutscher Siedler als bisher. So entstand unmittelbar als Folge der tatarischen Verwüstung der wichtigste deutsche Ort im Weichselraum, Krakau. 1257 wurde die Stadt wohl nach Plänen schlesischer Stadtbaumeister neu angelegt, wobei wahrscheinlich nur die wenigen Steinkirchen aus der vortatarischen Zeit übernommen wurden. Bald folgten weitere Gründungen. Die Vorteile des deutschen Stadtrechts waren hierbei ausschlaggebend. Das Entscheidende dabei ist nicht etwa die Größe der Siedlung gewesen oder das Marktrecht. Große Siedlungen und Marktplätze gab es bereits in slawischer Zeit. Ausschlaggebend waren die freie Stellung der Bürger, ihre vom Landesherrn weitgehend unabhängige Selbstverwaltung und die Selbstverteidigung. Gerade der letzte Umstand machte die Städte nach deutschem Recht für den König zu wichtigen Stützpunkten in Kriegszeiten.

Es würde zu weit führen, alle Gründungen nach deutschem Recht, die in der damaligen Zeit im Weichselraum zugleich Städte mit starker deutscher Bürgerschaft waren,

aufzustellen. Noch im 13. Jahrhundert erscheinen im Südteil des Weichselraumes neben Krakau Neumarkt und Neu-Sandez, Groß-Salze (Wieliczka), Miechow, Sandomir und Saltzberg (Bochnia). Daneben eine Anzahl heute weniger bedeutender Orte wie Sawichost, Opatow, Buskow, Korczyn, Wislica, Opatowiz und Skala, weit vorgeschoben nach Osten Chelm und Lemberg.

Im 14. Jahrhundert beginnt die gewaltige bäuerliche Besiedlung des Vorkarpatenlandes. In einem kaum unterbrochenen, fast 100 km breiten Streifen von Schlesien ausgehend wird das gewaltige Waldgebiet der Besiedlung erschlossen. Westlich des San sind bis heute 66 Städte mit stark deutscher Bevölkerung und 84 Dörfer als deutsche Gründungen urkundlich nachgewiesen. Zweifellos ist damit nur ein Bruchteil der tatsächlich vorhandenen deutschen Rodeleistung nachgewiesen; wir stehen erst am Beginn dieser Aufgabe, die deutsche Siedlung in ihrem ganzen Umfang festzulegen.

Ähnlich wie bei der germanischen Siedlungsperiode ist es auch hier nicht möglich, die Vielseitigkeit und auch den großartigen Verlauf dieser Rodeleistung aufzuzeigen. Erstaunlich ist es, daß nicht allein die bloße Verordnung durchgeführt wurde und etwa zu Ortsgründungen geführt hat, wie wir sie aus der Pioniertätigkeit im amerikanischen Westen kennen, rohe Blockhäuser, wahllos verstreut, ohne jede kulturelle Leistung. Die deutschen Siedlungsdörfer im Vorkarpatenland sind nach festen Gesetzen geschaffen. Über die Zweckmäßigkeit der Dorfanlagen und Gehöfte hinaus finden wir eine reiche Kunstentfaltung, wovon noch heute Dorfkirchen, aber auch Haustore, Giebelverzierungen usw. Zeugnis ablegen.

Erhielt der Südteil des Weichselraumes ein fast rein deutsches Gepräge — slawische Siedlungen waren bisher nur im Dunajec- und San-Tal sowie am Unterlauf der Wisloka festzustellen —, so nimmt die Siedlungsdichte nach Norden zu ab. Allerdings ist das heute vorliegende Bild keineswegs vollständig. Nur in wenigen Fällen konnte bisher die deutsche Forschung sich diesen Problemen frei widmen, im allgemeinen ist durch die polnischen Behörden jeder derartigen Untersuchung ein Riegel vorgeschoben gewesen. So können wir über den Nordteil des

Weichselraumes nur aussagen, daß deutsche Städtegründungen urkundlich nachzuweisen sind. Hier stehen Radom, Lublin, Petrikau und Warschau an erster Stelle. Andere Orte wie Opatow, Kielce, Jędrzejow, Lelow, Opotschno, Kasimirz und Ilza sind hier zu nennen. Der kulturelle Einfluß, der von diesen Städten ausging, hat zweifellos auch weitgehend das Land erfaßt, das allerdings gerade im mittleren Weichsellauf durch ausgedehnte Wälder und unbewohnte Sandgebiete nur spärlich besiedelt war.

Die geschichtliche Entwicklung des 13. Jahrhunderts war für den polnischen Staat von einschneidender Bedeutung. 1278 wird Ottokar von Böhmen geschlagen und damit der Versuch, von Böhmen aus einen großen osteuropäischen Staat zu schaffen, vereitelt. Im Osten wächst als ständige Drohung die tatarische Macht empor; die restlose Eindeutschung Schlesiens, Brandenburgs und Pommerns setzt allen Wünschen einer polnischen Macht- ausweitung nach Westen ein unübersteigbares Hindernis entgegen. An den Grenzen des polnischen Staates im Norden, Nordosten und Osten entwickeln sich in diesem Jahrhundert besondere Verhältnisse. Litauen wächst zu einem umfangreichen Staat an, der mit dem Königreiche Halitsch und Wolhynien in enger Beziehung steht. Die freien preußischen Stämme bedrohen gleichfalls den polnischen Staat, der sich schließlich ihrer nicht erwehren kann und den deutschen Ritterorden zu Hilfe ruft. 1226 folgt der Orden dieser Aufforderung und beginnt seine kolonisatorische Tätigkeit. So ist am Ende des 13. Jahrhunderts die Grenze nach Westen festgelegt: Schlesien, Brandenburg und Pommern sind feste Bestandteile des Deutschen Reiches geworden. Westpreußen wird durch den Ritterorden beherrscht und schließt damit Polen von der Ostsee ab. In dieser Situation verlagert sich das Schwergewicht des polnischen Staates nach Osten. Sichtbarer Ausdruck ist die Verlegung der Residenz von Posen nach Krakau. Etwa zu gleicher Zeit, als der Ordenshochmeister seinen Sitz auf der neuerbauten Marienburg nimmt, zieht der polnische König auf der Krakauer Burg ein. In dieser Zeit war das Schicksal Polens auf des Messers Schneide. Die deutsche Bevölkerung des Vorkarpa-

tengebietet erstrebte einen Anschluß an das deutsche Herzogtum Schlesien. Mit blutiger Strenge mußte der polnische König diese Politik unterdrücken. Im Innern des polnischen Siedlungsgebietes herrschte eine Zersplitterung, die durch Erbteilungen bedingt war. In diesem Zeitpunkt gelang es einem großen Staatsmann, Kasimir, den polnischen Staat durch eine gründliche Reform zu seiner größten Macht zu bringen. Kasimir förderte die deutsche Besiedlung, natürlich nicht, um das Land noch stärker einzudeutschen, er stand im Gegenteil dem deutschen Volkstum selbst ablehnend gegenüber; aber die Vorteile deutscher Kultur und die technische Vervollkommnung ließen alle nationalen Bedenken schweigen. So nahm das Land unter seiner Herrschaft einen großen Aufschwung. Die zweite Hälfte des 14. Jahrhunderts, eine Periode friedlicher Entwicklung, ist baugeschichtlich wohl der bedeutendste Abschnitt in der Kunstgeschichte des Weichselraumes.

Kasimir unternimmt den entscheidenden Vorstoß nach Osten. Er erobert Ostgalizien, das ukrainische Königreich, freilich ohne damit die Volkstumsgrenze zwischen Polen und Ukrainern im wesentlichen verändern zu können. Ihm gelingt es auch, sich endgültig von der Lehnsheerheit des deutschen Kaisers frei zu machen.

Der Tod Kasimirs bedeutet für den polnischen Staat einen Wendepunkt. Mit Kasimir erlöscht das Piastengeschlecht, das drei so bedeutende Männer wie Dago, Boleslaus I. und Kasimir hervorgebracht hat. Ein Erbfolgevertrag mit Ungarn bringt die ungarische Königstochter Hedwig auf den polnischen Thron. Hedwig schließt mit dem Großfürsten von Litauen Jagiello die Ehe und vereinigt die beiden größten Staaten des osteuropäischen Raumes. Polen-Litauen ist auf der Höhe seiner Kraft. Sein Angriff trifft den schwächsten Gegner, den deutschen Ritterorden. Die Taten des Ritterordens für Polen sind längst vergessen; die gewaltigen Blutopfer in den jahrhundertelangen Kämpfen mit den Litauern gelten nichts mehr. Allerdings hat der Orden selbst seine Position untergraben. In seinem festgefühten Staatsapparat hatten die freiheitlichen Bestrebungen der Städte und der Ritterschaft keinen Raum. So kommt es, daß in der

Schlacht bei Tannenberg 1410 der Orden wohl der polnisch-litauischen Kriegsmacht gewachsen war, aber durch Verrat seiner eigenen Truppen fiel. Noch einige Jahrzehnte dauerten die Kämpfe zwischen Polen und dem Orden, dann konnte der gewaltige Doppelstaat das kleine Ordensgebiet überwältigen. Polens goldene Zeit bricht an. Das Deutsche Reich ist in innere Kämpfe verstrickt. Die italienische Politik zieht alle Kräfte vom Osten ab. Deutsche Ritter und die unterworfenen Ukrainer halten an der Südostgrenze Wacht gegen Tataren und die neu auftretende Türkengefahr. Im Innern wirkt sich im Laufe des 15. Jahrhunderts der Einsatz deutscher Arbeit aus. Polen wird der erste Produzent von Getreide in Europa und versorgt damit England und Frankreich. Hauptumschlaghafen dafür ist Danzig, dessen gewaltige Speicherbauten noch heute einen lebendigen Eindruck von diesem großzügigen Handel geben. Der Reichtum des Landes findet seinen besten Ausdruck in den großartigen Kirchenbauten oder in der kostbaren Ausstattung der bereits fertiggestellten Kirchen. Hier muß die wichtigste Stadt Polens, Krakau, genannt werden. Veit Stoß, der Nürnberger Holzschnitzer, arbeitet hier an seinem größten Werk, dem Marienaltar. Sein Landsmann Peter Vischer gießt Grabplatten für Bischöfe und Fürsten. Um die Wende des 15. und 16. Jahrhunderts löst die Renaissance den bisherigen Kunststil, die Gotik, ab und bringt erstmalig neben deutschen Baumeistern und Künstlern auch italienische nach Polen. Die gotische Burg in Krakau wird zu einem Renaissanceschloß umgebaut. In diesem Jahrhundert legen die großen Adelsgeschlechter den Grundstock ihres Reichtums, bauen ihre festen Häuser zu Palästen um und errichten in den Städten, namentlich in Krakau, ihre Winterpalais.

Der Aufstieg der polnischen Adelsgeschlechter trägt zwei Folgen in sich: er bedeutet den allmählichen Untergang des Deutschtums und zugleich die Aushöhlung des Staatsgefüges. Das Deutschtum, losgelöst vom Reich und ohne jeden Rückhalt auf sich selbst angewiesen, unterliegt, namentlich in seinen führenden Schichten, sehr rasch der Polonisierung. Hunderte deutscher Patrizierfamilien gingen durch Heirat mit polnischen

Adelsgeschlechtern im polnischen Volkstum auf. Das gleiche Schicksal traf zahlreiche Vögte und Ritter. Länger hielten deutsche Handwerker an ihrem Volkstum fest. Aber an der Wende des 16. zum 17. Jahrhundert verlosch allmählich das deutsche Bürgertum. Polens Unduldsamkeit läßt alle Verdienste der deutschen Bürger vergessen und verdrängt nach und nach den bewußten Deutschen aus Amt und Stellung. Etwas länger hält sich das deutsche Bauernblut im geschlossenen Siedlungsraum des Vorkarpatenlandes. Noch bis ins 18. Jahrhundert hinein halten sich Reste der deutschen Sprache; die eigenen Bräuche, Sagen und Lieder sind selbst heute in diesem Gebiet noch nicht tot.

Die Aushöhlung des polnischen Staatswesens erfolgte in jahrhundertelangen Kämpfen zwischen Adel und Königtum. Nach der Fassade zu urteilen war Polen ein einheitlicher Staat unter königlicher Regierung. Tatsächlich aber waren die großen Adelsfamilien in Polen in ihren Besitzen souveräne Herren. Das Kartenbild des damaligen Polen steht in seiner Buntscheckigkeit in nichts dem Deutschland des 17. Jahrhunderts zurück. Seinen entscheidenden Sieg errang der polnische Adel mit dem Aussterben des Jagiellonischen Herrscherhauses. Die innere Macht des Königs war durch die fortgesetzten Kriege gegen die Türken stark geschwächt. Notzeiten werden vom Adel dazu mißbraucht, Privilegien dem König abzupressen. Zu einer Zeit, wo Polens Einigkeit besonders notwendig gewesen wäre, als zu Ende des 15. Jahrhunderts den Russen die Abschüttlung des tatarischen Joches gelingt und ihre Eroberungspolitik einsetzt, erkämpft der polnische Adel Privilegien, die den Bestand des Staates allmählich, aber sicher untergraben. So birgt die Blütezeit Polens, die 100 Jahre, von 1450—1550, dauerte, zugleich den beginnenden Verfall in sich.

1572 stirbt der letzte Herrscher aus dem Geschlecht der Jagiellonen. 200 Jahre lang währt der Zerfall des polnischen Staates. In dieser Zeit ist eine erneute Welle deutscher Einwanderung festzustellen. Nicht mehr in geschlossener Schar und in größerer Menge wandern deutsche Bauern ein, sondern einzelne Familien folgen den Einladungen der polnischen Adligen, um brachliegendes

Land zu bebauen. Es sind besonders Gebiete mit magerem Boden oder Sümpfe und Überschwemmungsland in Flußtälern, in das die neu einwandernden Deutschen ziehen. In die Städte wandern Buchdrucker, Papierfabrikanten, Goldschmiede, kurzum Handwerker besonderer Art, wie sie in Polen nicht vorhanden waren. Der Anteil deutscher Baumeister und Künstler, die im Weichselraum tätig sind, bleibt nach wie vor bedeutend, wenn auch Polen erst etwa seit 1550 die ersten eigenen Baumeister, Maler und Bildhauer nennen kann. Doch sind ihre Leistungen nicht so bedeutend, daß man ohne Zuzug deutscher oder italienischer Fachkräfte auskommen könnte.

In Polen herrschen Wahlkönige. Es werden vom polnischen Adel gern ausländische Fürsten ins Land gerufen, Ungarn, Franzosen, Schweden und Deutsche, oder auch polnische Fürsten gewählt, ohne aber eine Erbfolge zuzulassen. So kommt es, daß in kurzen Abständen das ganze polnische Land durch die heftigen Kämpfe einer Königswahl erschüttert wird. Beziehungen der Wähler sind die Regel, und immer stärker werden die Wahlen ein leichtes Mittel für fremdländische Einflüsse. Frankreich, Rußland, Österreich und Preußen entscheiden letzthin, wer polnischer König wird. Nur einige Wahlkönige können eine erfolgreiche Außenpolitik führen; im Innern des Landes haben sie nichts gegenüber der Adelsclique auszurichten. Die nationalen Gegensätze verschärfen sich allmählich. Wohl ist es dem polnischen Volkstum gelungen, das deutsche Element weitgehend zu polonisieren und wertvollstes Blut einzubeziehen. Der polnische Adel hat den litauischen und ukrainischen Adel auf seine Seite gezogen und gleichfalls polonisiert. Die Masse der Litauer und Ukrainer jedoch konnte nicht entnationalisiert werden. So beginnen im 16. Jahrhundert schon antipolnische Regungen unter den Ukrainern laut zu werden. Und auch die Union zu Lublin 1569, die Litauen und Polen zu einem einheitlichen Staate zusammenschloß, konnte nicht die Gegensätze zwischen beiden Völkern überbrücken. Das Schwergewicht des polnischen Staates war nach Osten gerichtet; die Verlegung der Hauptstadt von Krakau nach Warschau im Jahre 1609 war durch diese Kursänderung bedingt. Der Weichsel-

raum wurde östlichen Einflüssen ausgeliefert. Deutschland war zu dieser Zeit auf die niedrigste Stufe gesunken. Der 30-jährige Krieg erschütterte das Land; die Türkengefahr drohte auch dem Reiche; die Zerrissenheit hatte ihr höchstes Ausmaß erreicht. So wurde allmählich Polen die Beute des sich mächtig ausbreitenden russischen Reiches. Österreich war an seine Südostgrenze gebunden, die es unter größten Blutsopfern gegen die Türken verteidigen mußte. Das aufstrebende Preußen war noch nicht in der Lage, die Initiative an sich zu reißen. So ergab sich schließlich die Aufteilung des nicht mehr lebensfähigen polnischen Staates unter die drei Nachbarstaaten Rußland, Österreich und Preußen. Bei weitem der größte Teil fiel an Rußland.

Das Zwischenspiel von 1807 bis 1815 bedeutet in der Geschichte des Weichselraumes nichts. Entscheidender sind für weite Gebiete die Jahre von 1795 bis 1807. Die wenigen Jahre, in denen Südostpreußen mit Warschau und Petrikau zum preußischen Staate gehörte, genügten, um eine preußische Verwaltung in dem völlig darniederliegenden Lande durchzuführen. Noch heute stoßen wir auf die Spuren dieser zwölf Jahre in Gebäuden in Petrikau und Warschau, in damals angelegten Straßen, Kreisgrenzen usw. Es wird für uns eine Aufgabe sein, diese Leistung des friderizianischen Beamten einmal klar herauszustellen.

Das Großherzogtum Warschau von Napoleons Gnaden war nur eine Schachfigur in der Hand des Korsen, die bedingungslos 1815 von Frankreich geopfert wurde. Der Wiener Kongreß bestätigte in noch stärkerem Maße als bisher den Verlust deutschen Lebensraumes im Osten. Fast das gesamte Weichselland fiel an Rußland. Alle Arbeit deutscher Bauern und Handwerker und Bürger, die gerade in dieses Gebiet seit der Regierung August des Starken in großem Maße eingewandert sind, war für das deutsche Volkstum verloren. Aber noch fand der Verlust deutschen Blutes kein Ende. Rußland öffnete deutschen Ansiedlern zunächst weit Tor und Tür. Deutsche Weber aus Schlesien und Sachsen ließen sich in Lodsch nieder, um ihr Handwerk weiter zu betreiben. Aus deutschem Fleiß erwächst das gewaltige Industrieunternehmen

Lodsch, ein Zentrum der Textilindustrie, wie es sonst nur an wenigen Plätzen der Erde zu finden ist. Mit den Webern kommen Scharen deutscher Bauern, die ihre Söhne weiterschicken nach dem Osten. Wolhynien mit seinen großen, schlecht genutzten Gütern lockt hunderte deutscher Bauern an. In wenigen Jahrzehnten wächst auf den von polnischen Großgrundbesitzern abgepachteten Ländereien eine Volksgruppe von fast 200000 Köpfen heran. In Ostgalizien folgen dem Rufe Josef II. rund 40000 deutsche Bauern aus der Rheinpfalz und dem Egerlande. Sie sollen Musterdörfer anlegen und Lehrmeister der umwohnenden ukrainischen Bevölkerung sein. So fließt immer wieder der Strom deutscher Siedler in den Weichselraum, ohne jedoch für die Gesamtheit des deutschen Volkes einen Nutzen zu bringen. Immer wieder kann das polnische Volkstum wertvollste deutsche Kräfte assimilieren, und nicht wenige der besten polnischen Offiziere, Wissenschaftler und Staatsmänner des Versailler Polen stammen aus den polonisierten Familien letzter deutscher Einwanderer.

Das 19. Jahrhundert ist das Zeitalter des erwachenden Nationalbewußtseins, hervorgerufen durch die deutsche Romantik. Der alte Volkstumskampf im Weichselraum brennt mit neuer Kraft auf. Die Erinnerung an den ukrainischen Unabhängigkeitskämpfer Chmelnitzky, der in der Mitte des 17. Jahrhunderts das polnische Joch abschüttelte, wird wach. Die Tat eines Mazeppa, der mit Schweden zusammen gegen Polen stritt, bleibt unvergessen; das ukrainische Volkstum kämpft in Galizien gegen die polnische Unterdrückung an. In Posen hilft die Fürsorge der preußischen Könige dem völlig darniederliegenden Lande auf. Es ist unfaßbar, in welcher trostlosen Armut die letzten zweihundert Jahre der polnischen Herrschaft das damals blühende Land gebracht haben. In Galizien gelingt es den Polen, eine Freistatt der schwachen habsburgischen Regierung abzutrotzen, dabei aber mit Hilfe deutschen Geistes das verlotterte Land wieder aufzubauen. Letzten Endes kommen alle Fürsorgemaßnahmen Preußens und Österreichs dem polnischen Volkstum zugute, das sich unter Ausnutzung einer falschen Innenpolitik national stärken kann. Die Irrlehre des Marxismus wird von

den Polen geschickt für den Volkstumskampf ausgenutzt, namentlich im russischen Teilungsgebiet.

Fast war die Hoffnung auf die Wiederherstellung eines polnischen Staates erloschen, als der Weltkrieg mit der Niederlage aller drei Staaten, Deutschland, Österreich und Rußland, endete. Einer geschickten Taktik der polnischen Emigration gelang es, einmal bei den Mittelmächten Deutschland und Österreich gewisse Vorteile vorzutäuschen, die mit der Errichtung eines eigenen polnischen Staates verknüpft seien. So gründeten die Mittelmächte 1917 einen polnischen Staat, der einen großen Teil des Weichselraumes umfaßte. Der Ausgang des Krieges brachte für den Osten Entscheidungen, die nur von Politikern gefällt werden konnten, denen jede Kenntnis des Landes selbst und seiner Geschichte mangelte. Das Polen von 1772 entstand wieder mit allen seinen alten Fehlern. Die polnische Politik knüpfte auch an das Jahr 1772 an, ohne aus der Vergangenheit gelernt zu haben. Die alte Problematik zwischen Ost und West war wieder da, dazu die sozialen und nationalen Gegensätze. Auch jetzt konnte Polen auf die deutsche Mithilfe nicht verzichten, sei sie direkt oder indirekt. Die Abhängigkeit der Industrie und Wissenschaft in Polen vom deutschen Geistesleben ist weithin bekannt. Zeugnisse dafür sind an jedem Ort nachweisbar. Um so erstaunlicher ist es, daß die durch Marschall Pilsudski eingeschlagene außenpolitische Linie von der polnischen Regierung nach dem Tode des Marschalls verlassen wurde. Ohne sich selbst die schwierige innenpolitische Situation einzugestehen, versuchte Polen eine Großmachtpolitik, für die ihm jede Voraussetzung fehlte.

Der restlose Zusammenbruch eines so unzeitgemäßen Staatsgebildes war die notwendige Folge. Als der größte Erfolg der zielbewußten Ostpolitik unseres Führers aber ist die Eingliederung des Weichselraumes in das deutsche Lebensgebiet zu bezeichnen. Das Land, das vor rund 4000 Jahren durch die erste nordische Welle der Besiedlung erschlossen wurde, die Räume, in denen ein germanisches Reich mit einer hohen Kulturentfaltung Jahrhunderte hindurch bestand, die Erde, die unsere Vorfahren mit Axt und Spaten neu gewannen, über sie weht die Flagge

des Großdeutschen Reiches. In den Städten, in denen noch heute fast jeder Stein von deutschen Baumeistern und Künstlern Zeugnis gibt, deren einzige Kultur deutscher Herkunft ist, ist die Deutsche Verwaltung eingezogen. Die Geschichte dieses Landes gibt unserer jetzigen Aufgabe die richtige Zielsetzung: es ist niemals die Aufgabe der deutschen Siedler hier gewesen, mit Gewalt das polnische Volkstum zu vernichten oder es zu germanisieren. Der deutsche Bauer und Bürger war Lehrmeister und Vorbild für die polnische Bevölkerung. Mit ihr zusammen baute er das Land auf, und deutsche Ordnung regierte dieses Land. Als sie verschwand und der Weichselraum der Herrschaft einer polnischen Adelsclique ausgesetzt war, brach jede Kultur zusammen; das Land verarmte und verödete. Die Aufgabe, die vor Jahrtausenden und Jahrhunderten unsere Ahnen und Vorfahren hier begonnen haben, setzen wir jetzt fort, nur mit dem Unterschied, daß es nicht mehr möglich ist, wertvollstes deutsches Blut im fremden Volkstum untergehen zu lassen, sondern daß unser Einsatz im Rahmen eines vom Führer gestellten Auftrages des Großdeutschen Reiches erfolgt.

Krakau

Die Hauptstadt des Generalgouvernements

Die Stadt Krakau ist mit ihren fast 300000 Einwohnern eine der größten Städte des besetzten Gebietes und zugleich Hauptstadt des Generalgouvernements. Sie ist Sitz des Generalgouverneurs, der auf der Burg zu Krakau amtiert und zahlreicher hoher Behörden in der sog. Bergakademie am Außenring. Außerdem ist sie Sitz des Distriktschefs von Krakau, dessen Dienststelle sich im ehemaligen Palais Potocki am Alten Markt befindet. Krakau ist Regierungsstadt, aber nicht nur in verwaltungstechnischer Hinsicht, die Stadt ist zugleich auch das neue geistige Zentrum des Generalgouvernements. Von hier nehmen alle jene gestaltenden und ordnenden Kräfte ihren Ausgang, die den besetzten Gebieten ein neues Gesicht verleihen. Damit knüpft die Stadt Krakau an eine alte, vielhundertjährige Tradition an, die geschichtlich gesehen, nur auf kurze Zeit unterbrochen worden ist.

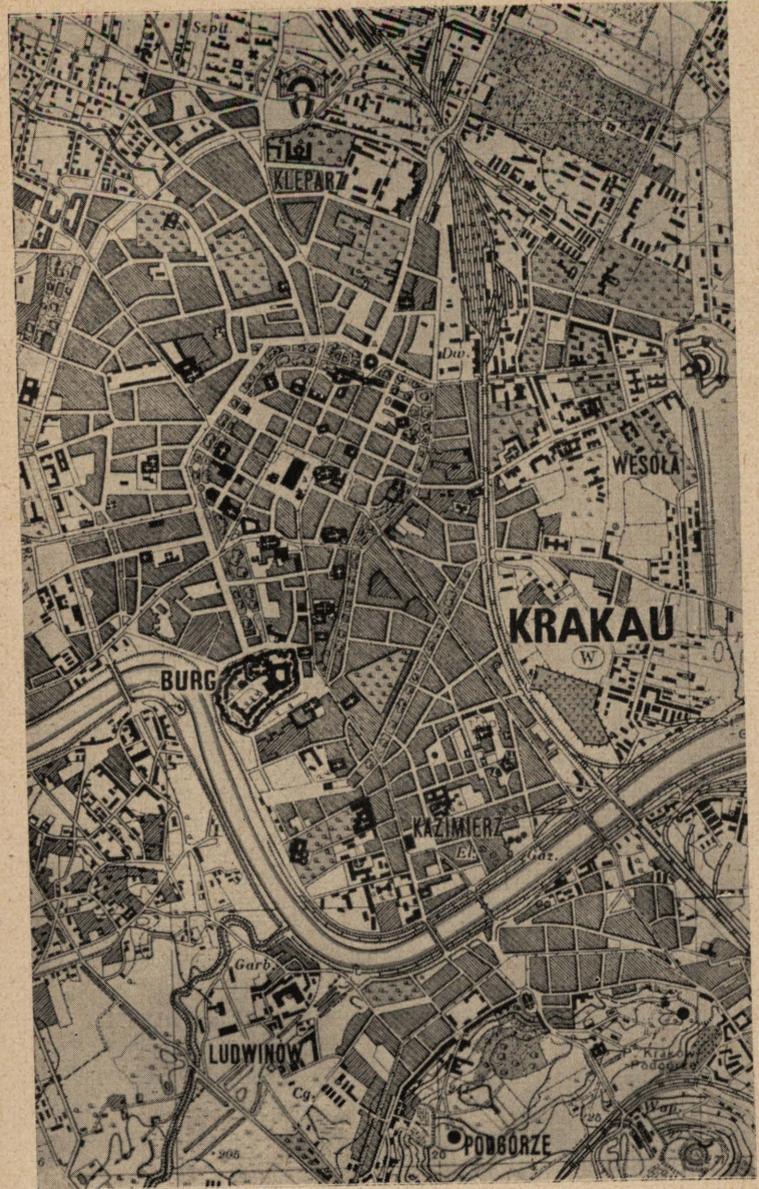
Der Weichselraum, durch Jahrhunderte hindurch ein Lebensgebiet des deutschen Reiches, ist schon einmal von dieser Stadt aus durch deutsche Tatkraft in seinem Lebensstil geprägt und gestaltet worden. Krakau, an einer alten Handelsstrasse gelegen, die den Weichselraum und die weiter östlich gelegenen Gebiete mit dem Reich und Südosteuropa verbindet, ist einst ein wichtiger Außenposten deutschen Volkstums gewesen, der so stark war, daß noch heute auf Schritt und Tritt viele steinerne Zeugen an die deutsche Vergangenheit gemahnen. Der Kern der Stadt ist deutsch, daran hat auch eine zwanzigjährige pol-

nische Herrschaft nichts zu ändern vermocht. Das einzige, was diese polnische Willkür hinterlassen hat, ist eine unbeschreibliche Verwahrlosung der alten Bauten, der Straßen und eine Verschandelung des Stadtbildes der Innen- und Außenbezirke durch jüdische Spekulationsbauten, die sich niemals und nirgends dem Charakter dieser Stadt anzupassen vermochten.

Während des Zerfalls des ehemaligen polnischen Staates in den Septembertagen 1939 hat Krakau keinen Schaden durch kriegerische Handlungen genommen. Die kampflose Übergabe der Stadt und die sofort einsetzenden deutschen Ordnungsmaßnahmen haben das Gesicht der Stadt vor Zerstörung bewahrt. Damit ist ein neuer Abschnitt der Geschichte Krakaus angebrochen. Der deutsche Aufbauwille vermag nun ungestört dort anzuknüpfen, wo deutsche Städtebauer des 16. Jahrhunderts durch polnische Einflüsse gezwungen, aufhören mußten. Der Weg zum Wiederaufstieg Krakaus als der beherrschenden Metropole des Weichselraums ist nun wieder frei.

Aus der Geschichte der Stadt Krakau

Wie zahlreiche vorgeschichtliche Funde beweisen, war die Stelle, an der sich heute Burg und Stadt Krakau erheben, schon in der Steinzeit bewohnt. Die erste Siedlung, die hier am linken Weichselufer, etwa im 7. Jahrhundert entstand, war eine kleine mit Pallisaden befestigte Ortschaft. Erst mit Beginn des 10. Jahrhunderts entwickelte sie sich zu einem größeren Handelsplatz. Als im Jahre 1000 Kaiser Otto III. in Gnesen ein Erzbistum errichtete, wurde Krakau Sitz eines Bischofs und damit dem deutschen Einfluß geöffnet. Auf dem Burgberg werden nun zwei Kirchen gebaut, eine große romanische Basilika und eine kleine Kapelle, die Leonhardskirche, von der noch heute die Krypta unter der Burgkirche erhalten ist. Desgleichen entstanden in der Stadt mehrere andere Kirchen, so die Ägidienkirche und die auf dem Alten Markt gelegene Adalbertkirche. Während des 12.



Krakau. Stadtplan

Jahrhunderts werden dann später die Andreaskirche sowie die Nikolaus- und Florianskirche erbaut. Bereits diese ersten Kirchenbauten werden alle von deutschen Baumeistern aufgeführt.

Mit der Berufung dieser deutschen Baumeister ist Krakau bereits eine deutsche Stadt. Deutsche Ritter, Priester, Kaufleute und Handwerker strömen diesem Handelsplatz zu, der selbstverständlich deutsches Recht erhält. So wird um 1220 bereits in den Urkunden ein deutscher Schultheiß Peter von Krakau als Gemeindevorsteher nach deutschem Recht genannt. Der Ort blüht auf. Da kommt im Jahre 1241 der große Tatareneinfall. Wie ein Sturm fegen die Reiterhorden durch Galizien und Schlesien, nichts als rauchende Trümmer zurücklassend. Auch Krakau wird zerstört. Um die Verluste dieses Krieges wieder gutzumachen, rufen nun die polnischen Fürsten Deutsche ins Land. Krakau wird nach den Plänen deutscher Baumeister wieder aufgebaut und erhält im Jahre 1257 Magdeburger Stadtrecht. Der Grundriß, nach dem die Stadt wieder aufgebaut wird, und der dem Beispiel anderer deutscher Städte im Osten folgte, ist im wesentlichen bis heute erhalten geblieben. Dergleichen finden sich noch zahlreiche mehrstöckige Gebäude aus dem 13. und 14. Jahrhundert. Die schönsten Zeugen aus dieser Zeit des deutschen Aufbaues sind die öffentlichen Gebäude. Den Mittelpunkt der städtischen Selbstverwaltung bildete das Rathaus, von dem heute nur noch der Turm erhalten ist; die übrigen Baulichkeiten des Rathauses auf dem Alten Markt wurden 1820 von den Polen in einem ihrer sattsam bekannten hysterischen Haßausbrüche zerstört. Von den anderen öffentlichen Gebäuden, die von der gesamten Bürgerschaft errichtet wurden, steht teilweise noch in alter Schönheit die Tuchhalle auf dem großen Marktplatz, ein einstöckiger Bau, von dem Meister Martin Lindintolde 1390 errichtet. In der Tuchhalle unterhielten deutsche Kaufleute und Handwerker Warenlager und Verkaufstische.

Von der Bedeutung und Stärke des deutschen Krakau legen ferner die mannigfaltigen Wehr- und Befestigungsanlagen Zeugnis ab. Gleich nach der Neugründung der Stadt wurden diese Befestigungsanlagen, die sich wie ein

Kranz um den Stadtkern legen, geschaffen. Im Jahre 1817 wird die Stadtmauer bis auf einen kleinen Rest zu beiden Seiten des Floriantores abgebrochen und der Graben ausgefüllt. An Stelle der alten Befestigungen umzieht heute ein Gürtel von Grünanlagen die Stadt. Lediglich der Rest der rund 8 m hohen Mauer mit drei Wehrtürmen, der Floriansturm und die davor gelegene Bastei sind erhalten geblieben. Aber selbst noch an diesen Resten ist der deutsche Einfluß unverkennbar. Insbesondere die runde Bastei (Barbakan) ist in allen Maßen genau nach dem Vorbild fränkischer Befestigungsanlagen gebaut.

Im Jahre 1364 wird eine Hochschule gegründet. Und es ist selbstverständlich, daß sie ebenfalls nach deutschem Muster, nämlich nach dem Beispiel der deutschen Universität in Prag gestaltet wird. Der schöne Innenhof dieser Schule in der Annagasse, nicht weit vom Alten Markt, gehört zu den hervorragendsten gotischen Baudenkmalern der Stadt. Heute befindet sich in diesem Hause das Institut für Deutsche Ostarbeit. Neben diesen öffentlichen Gebäuden entstehen durch deutsche Tatkraft und Fleiß eine große Anzahl schöner Kirchen. Allen voran, die Marienkirche, an deren Vollendung deutsche Baumeister, unter ihnen Namen wie Wernher, Peter Parler aus Gmünd in Schwaben, Zeipser und Jakob Lyman gearbeitet haben. Der Bau zweier weiterer gotischer Hallenkirchen, der Franziskaner- und Dominikanerkirche fällt in die gleiche Zeit, sowie noch eine Anzahl kleinerer, aber nicht minder schöner Kirchen.

Aber die bauliche Ausgestaltung der Stadt ist, wenn auch zweifellos der gewaltigste, nur ein Ausdruck des deutsch-völkischen Lebens dieser Stadt. Als Krakau 1257 nach Magdeburger Stadtrecht neu gegründet wurde, durfte laut königlichem Dekret kein Pole als Bürger aufgenommen werden. Bis etwa 1400 war die Einwohnerschaft, die damals rund 10000 Menschen umfaßte, zu über 90% deutsch.

Im 14. Jahrhundert beginnen die Kämpfe zwischen den deutschen Städten und dem polnischen Adel. Als nun 1311 das Bürgertum der deutschen Stadt Krakau versucht, die Stadt unter die Herrschaft der schlesischen Herzöge zu

stellen, da muß der schlesische Herzog die Stadt vor der Truppenmacht des polnischen Königs wieder räumen und die deutsche Politik der Stadt wird mit Waffengewalt blutig unterdrückt. Um die Stadt in Zukunft besser in der Hand zu haben, verlegt nunmehr der König 1312 seinen ständigen Wohnsitz hierher. Krakau wird Residenz. Der König wohnt auf der Burg. Jetzt ändert der Burgberg völlig sein Gesicht. Es entsteht der in gotischem Stil gehaltene Kern der Burg. Zahlreiche Säle und Zimmer aus dieser Zeit sind heute noch in ihrer ursprünglichen Gestalt erhalten. Neben der Burg wird zwischen 1320 und 1359 an Stelle der romanischen Kirche eine gotische Burkirche gebaut, eine der schönsten Kirchen in Ostmitteleuropa, die ebenfalls wie die Burg von deutschen Meistern geschaffen wurde.

Die Stadt Krakau hat sich inzwischen zu einem wichtigen Handelsplatz entwickelt. 1430 tritt sie der Deutschen Hanse bei. Indessen, der Neid des polnischen Adels und des Königshauses läßt der Stadt keine Ruhe, und es kommt dauernd zu Reibereien und Kämpfen, die die Gerichte beschäftigen.

Als zu Ende des 15. Jahrhunderts die Vorherrschaft der Gotik erlischt und abgelöst wird durch die Renaissance, bereichern die Krakauer Bürger ihre Stadt auch um Bauten dieser neuen Kunstrichtung. So finden wir im 15. und 16. Jahrhundert deutsche und italienische Meister vereint in Krakau am Werk. Ein Veit Stoß, der berühmte Nürnberger Meister schafft um diese Zeit in der Marienkirche 12 Jahre an dem größten Altar, den das mittelalterliche Europa kennt. Außer Veit Stoß wirkte hier in Krakau auch der bekannte Erzgießer Peter Vischer aus Nürnberg, Jörg Huber aus Passau, Hans Süß von Kulmbach und Hans Dürer, der Bruder Albrecht Dürers. Nicht minder zahlreich waren in dieser Zeit die italienischen Künstler vertreten, unter ihnen Mosca von Padua, der um 1550 die damals abgebrannte Tuchhalle wieder neu erstehen läßt. In den Beginn des 16. Jahrhunderts fällt der Ausbau der Burg, an der deutsche und italienische Künstler gemeinsam arbeiten. Aus der gotischen Burg entsteht das heutige Renaissanceschloß.

Nach dieser letzten Blütezeit beginnt bereits im 16. Jahrhundert der Abstieg der Stadt. Seit dem Jahre 1450 durften Polen eingebürgert werden, und ihre Zahl hatte sich inzwischen beträchtlich vermehrt. Zudem lebte der alte Haß des polnischen Kleinadels gegenüber der reichen Bürgerschaft der Stadt wieder auf. Am sinnfälligsten kommt der polnische Einfluß, insbesondere unterstützt durch die hohe Geistlichkeit darin zum Ausdruck, daß den Deutschen die Marienkirche, die sie aus eigenen Geldmitteln gebaut hatten, durch den Beschluß des polnischen Reichstages entrissen wurde, wobei die polnische hohe Geistlichkeit durch Fälschung von Dokumenten und dergleichen eine sehr unrühmliche Rolle spielte. Der Polonisierung, die einerseits durch den polnischen Adel, andererseits durch die stetige, polnische Unterwanderung vorwärts getrieben wird, verfallen allmählich die deutsche Geistlichkeit und die Bürgergeschlechter. Den stärksten Widerstand gegenüber der Polonisierung leisten die deutschen Handwerksfamilien. Aber bereits im 17. Jahrhundert hatte die Entdeutschung derartige Ausmaße angenommen, daß die Deutschen, die ohne jeden Rückhalt seitens des Reiches waren, ihr erlagen. Mit der Versickerung deutschen Blutes in der slawischen Unterwanderung setzt dann auch nach außen sichtbar der Verfall der Stadt mit aller Stärke ein. Die Bürger verarmen; Macht und Ansehen der Stadt ist nicht mehr der Rede wert. Im 17. Jahrhundert wird Warschau Residenzstadt. Das Schwergewicht Polens verlagert sich durch die Vereinigung mit Litauen nach dem Osten. Ein glanzvolles Kapitel in der Geschichte der deutschen Stadt Krakau ist zu Ende. Mit diesem Abwenden des Gesichts aus dem Westen nach dem Osten wird der polnische Unruheherd mit seinen erbitterten Wahlkämpfen um die käufliche polnische Königskrone keineswegs befriedet. Die politischen Kämpfe verlagern sich von Krakau nach Warschau. Erst die Teilung Polens schafft hier Ruhe. Krakau wird Österreich einverleibt. Das Auftreten Napoleons setzt dann noch einmal den Weichselraum in Verwirrung durch die Gründung des Großherzogtums Warschau. Vorübergehend wird die Stadt Krakau eine freie Stadt und selbständige Republik, in der Aufstände und Ver-

schwörungen an der Tagesordnung sind, bis die feste deutsche Hand abermals zugreift und Ordnung schafft. Österreichische Truppen besetzen 1846 die Stadt. Damit beginnt langsam wieder ein neuer Aufstieg. Krakau wird Industriestadt und gewinnt wieder seine alte Bedeutung als Handelsplatz zwischen Ost und West. Die Einwohnerzahl steigt von 40000 im Jahre 1850 auf 100000 im Jahre 1919 an. In dieser Zeit der österreichischen Regierung wird auch wieder gebaut. Es entstehen unter anderem der Neubau der Universität, das große Stadttheater und der Bahnhof. Kurzum, die österreichische Zeit ist eine Zeit des Aufbaues.

Nach dem Weltkrieg gehört Krakau zum polnischen Staat. Mit der Neugründung dieses polnischen Staates setzt abermals eine rückläufige Bewegung ein. Insbesondere die Zeit nach dem Tod des Marschalls Pilsudski, da eine verblendete polnische Regierung an die deutschfeindliche Innenpolitik des 18. Jahrhunderts anzuknüpfen versucht, geht nicht spurlos an Krakau vorüber. Die alten Baulichkeiten, die Straßen, das Äußere der Stadt wird dem Verfall preisgegeben, und es herrscht das, was man überall in Europa als „polnische Wirtschaft“ bezeichnet. Erst mit dem Einzug der deutschen Truppen in Krakau, im September 1939, bricht auch für die Stadt eine neue Epoche an. Ein großzügiges Programm der Neugestaltung Krakaus ist vorgesehen, das die Tradition dieser alten deutschen Stadt fortsetzen wird.

Die jüdische Zuwanderung

Der ehemals polnische Staat war dafür bekannt und berüchtigt, daß er die größte Anzahl Juden in geschlossenen Massen beherbergte. Ihre Zahl wurde auf mehrere Millionen geschätzt. Bevorzugtes Wohngebiet des Judentums waren ausschließlich die Städte. So hat auch die Stadt Krakau eine ansehnliche Zahl von Juden und zwar rund 60—70000 aufzuweisen, was ungefähr der Einwohnerzahl einer mittleren Stadt entspricht.

Wie viele andere Städte, die von Deutschen gegründet wurden, war auch Krakau Jahrhunderte hindurch jüdenrein. Die Juden traten erstmals unter dem pol-

nischen König Kasimir in größerem Ausmaß für Krakau in Erscheinung. Dieser Kasimir ließ nämlich im 15. Jahrhundert, um dem deutschen Krakau zu schaden, vor den Toren der Stadt eine neue, nach ihm benannte Stadt errichten, die den Handel von Krakau schädigen, wenn nicht gar vernichten sollte. Um diese neue Stadt nun möglichst rasch zu bevölkern, durften sich hier seit 1410 nach königlichem Dekret auch Juden ansiedeln. Die Juden sahen hier eine gute Ansatzmöglichkeit zu gewinnbringendem Handel und besetzten sehr bald die neue Stadt. Aus dieser „Stadt Kasimierz“ wurde aber im Laufe der Zeit nichts anderes als das allbekannte und berüchtigte Krakauer Ghetto. Vermochten die Juden zunächst der deutschen Stadt Krakau nicht zu schaden, so gewannen sie aber mehr und mehr an Boden und damit an Einfluß, als das Deutschtum durch die fortwährenden Kämpfe mit dem polnischen Adel geschwächt wurde. Aber erst nachdem das alteingesessene Deutschtum allmählich vom Polentum unterdrückt war, bestes deutsches Blut im Slawentum verloren geht, mithin kein ernsthafter Gegner des Judentums mehr vorhanden ist, vermögen die Juden Handel und Gewerbe an sich zu reißen. Ihre mehr oder minder dunklen Geschäfte, jetzt aus dem Ghetto herausgetragen, beschleunigen das Herabsinken der ehemals stolzen Hansestadt Krakau zu einem drittrangigen Handelsplatz zweifelhafter Güte. Neben anderen Städten der polnischen Gebiete wird Krakau nun zu einem der Ausgangspunkte des Judentums, das von hier aus über Mittel- und Westeuropa seinen Weg bis nach Nord- und Südamerika nimmt. Die Nachkommen jener schmierigen Krakauer Ghettojuden, denen ein polnischer König aus niedriger Gewinnsucht und Neid den Leistungen des Deutschtums gegenüber Tür und Tor öffnet, bedrohen Jahrhunderte später als Träger jeder Art von Zerstörung und Zersetzung Wirtschaft und Kultur der europäischen und amerikanischen Völker.

Ja, das Judentum konnte wahrlich keinen besseren Nährboden finden als gerade die Mentalität des Polentums, an dessen Lebensnerv es nun schon seit Jahrhunderten, nicht zuletzt auch durch Blutsvermischung, mit Erfolg nagt.



Die Burg zu Krakau. Teilansicht

Übersicht über die deutschen Behörden in Krakau

A. Der Generalgouverneur

Der Generalgouverneur für die besetzten polnischen Gebiete — Reichsminister Dr. Frank.

hat seinen Sitz auf der Burg.

Chef der Kanzlei Burg — Landgerichtsrat
Dr. Keith (Tel. 15000)

Burghauptmann — //Hauptsturmführer
Buchner (Tel. 15000)

Der Chef des Amtes — Staatssekretär Dr. Bühler

Der Höhere // und Polizeiführer — //Obergruppenführer Krüger

Der Beauftragte des Stellvertreters des Führers — Kreisleiter Schalk

Der Beauftragte des Reichsministers und Chefs der Reichskanzlei — Reichshauptamtsleiter Schickedanz

Der Beauftragte des Auswärtigen Amtes — Gesandter von Wühlisch

Der Beauftragte des Deutschen Roten Kreuzes — DRK-Generalführer Dr. Sanne

Der Beauftragte des Reichsjugendführers — Hauptbannführer Stadler

Der Verbindungsoffizier des Oberbefehlshabers Ost beim
Generalgouverneur — Oberstleutnant von Tschammer
und Osten

Der Verbindungsoffizier der Luftwaffe beim Generalgou-
verneur — Major von Dazur

haben ihren Dienstsitz Außenring 30 im
Gebäude der früheren Bergakademie
(Tel. 15460)

Der Leiter der Dienststelle für den Vierjahresplan —
Generalmajor Bührmann

hat seinen Dienstsitz Lenartowicza 13
(Tel. 21428)

Die Zentralabteilungen:

Gesetzgebung	Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh
Betriebsabteilung	Landgerichtsrat Taschner
Raumordnung	Oberregierungsrat Dr. Schepers
Personalamt	Notar Gutbrod
Organisationsamt	Landgerichtsrat Dr. Luxenberg

haben ihren Dienstsitz Außenring 30, Berg-
akademie (Tel. 15460)

Die Fachabteilungen:

Innere Verwaltung	Landrat Dr. Siebert
Finanzen	Finanzpräsident Spindler
Wirtschaft	Geh. Regierungsrat Dr. Dr. Zetsche
Treuhandstelle	Ministerialrat Dr. Plodeck
Devisen	Reichsbankdirektor Tetzner
Justiz	Ministerialrat Wille

Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung — Staats-
sekretär Dr. Mühlmann

Bauwesen — Präsident Bauder

haben ihren Dienstsitz Außenring 30,
Bergakademie (Tel. 15460)



Der Innenhof der Krakauer Burg

Folgende Fachabteilungen haben ihren Dienstsitz:

- Volksaufklärung und Propaganda — Reichsamtsleiter
Dr. Freiherr du Prel, Rynek Kleparski 4
(Tel. 15440—44)
- Ernährung und Landwirtschaft — Landesbauernführer
Körner, Josefitow 11 (Tel. 15490)
- Forsten — Oberlandesforstmeister Dr. Eißfeldt, Boczna
Grabowskiego 16 (Tel. 15180)
- Arbeit — Reichshauptamtsleiter Dr. Frauendorfer, Gole-
bia 24 (Tel. 12513)
- Gesundheit und ärztliche Volkspflege — Obermedizinal-
rat Dr. Walbaum, Burgstraße 64 (Tel. 15962)
- Post — Präsident Dr. Lauxmann, Wielopole 19
(Tel. 20501)
- Eisenbahnen — Präsident Gerteis, Matejkoplatz 12
(Tel. 15330)
- Generaldirektion der Monopole — Finanzpräsident
Dr. Senkowsky, Skarbowasträße 1 (Tel. 20700)

B. Der Chef des Distrikts Krakau

(Personalien s. S. 87)

Der Chef des Distrikts Krakau

Der Chef des Amtes

Der // - und Polizeiführer

Die Abteilungen:

Präsidialabteilung

Innere Verwaltung

Volksaufklärung und Propaganda

Finanzen

Personalabteilung

Bauwesen

haben ihren Dienstsitz Alter Markt 27/28

(Palais Potocki — Tel. 15140)

Arbeit — Alter Markt 27/28 (Tel. 15140)

Unterabteilungen:

Arbeitseinsatz — Stefansplatz 5 (Tel. 15347 und
11009)

Sozialversicherung — Stefansplatz 5 (Tel. 13050)
Treuhand der Arbeit — Stefansplatz 5
(Tel. 11256)

Wirtschaft — Stefansplatz 5 (Tel. 15140)
Forsten — Stefansplatz 5 (Tel. 17110)
Treuhand-Außenstelle — Westring 29 (Tel. 15140)
Ernährung und Landwirtschaft — Stefansplatz 8
(Tel. 15490)
Justiz — Burgstraße (Grodzka) 52 (Tel. 21044)
Schulabteilung — Alter Markt 52 (Tel. 16711)
Gesundheitswesen — Alter Markt 17 (Tel. 11592)
Veterinärwesen — Stefansgasse 2 (Tel. 10269)
Raumordnung und Planung — Stefansplatz 2 (Tel. 15140)

C. Der Kreishauptmann des Kreises Krakau Land

hat seinen Dienstsitz Außenring 20 (Tel. 20638)

D. Der Stadthauptmann der Stadt Krakau

und sein Stellvertreter

haben ihren Dienstsitz im Rathaus, Rathausplatz 3/4
(Tel. 20095 u. 15320)

mit nachstehenden Abteilungen:

Öffentliches Gesundheitswesen	App. 150
Schule und Unterrichtswesen	App. 232
Ernährung und Wirtschaft	App. 191
Finanz- und Vermögensverwaltung	App. 195
Bevölkerungswesen und Fürsorge	App. 105
Polizeiwesen (städtisches)	App. 252
Quartier und Wohnungswesen	App. 132
Bau- und Reinigungswesen	App. 176
Kanzlei und Registratur	App. 198

Städtisches Bezirksamt I	Alter Markt 30
„ „ II	Wolnicaplatz 1
„ „ III	Pilsudskiegogasse 29
„ „ IV	Lubelskagasse 21
„ „ V	Rakowickagasse 1
„ „ VI	Tarnowerstraße 2

E. Dienststellen der Deutschen Polizei

Der Höhere // - und Polizeiführer — // -Obergruppenführer Krüger, Außenring 30 (Bergakademie) (Tel. 15460)
Der Befehlshaber der Ordnungspolizei im Generalgouvernement — Generalmajor der Ordnungspolizei Becker, Außenring 3 (Tel. 15 420)
Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei im Generalgouvernement — // -Brigadeführer, Regierungsdirektor Streckenbach, Pomorska 2 (Tel. 20080)
Der // - und Selbstschutzzführer im Generalgouvernement Garbarska 1 (Tel. 20063)
Der // - und Polizeiführer im Distrikt Krakau — // -Gruppenführer Zech, Oleanderstraße 4 (Tel. 15300)
Der Kommandeur der Ordnungspolizei im Distrikt Krakau — Straße der Polizei 24 (Tel. 20083)
Der Kommandeur der Sicherheitspolizei im Distrikt Krakau — Pomorska 2 (Tel. 20038)
Der // - und Selbstschutzzführer im Distrikt Krakau — Garbarska 1 (Tel. 10263)

F. Dienststellen der Wehrmacht

Stadtkommandantur	Kommandanturstraße (Stradom) 22-24
Frontsammelstelle	Ostring 9
Krankensammelstelle	Markusgasse
Soldatenheim	Mogilska

G. Sonstige Behörden und Dienststellen

Generaldirektion der Monopole — Skarbowastr. 1
(Tel. 20700)

- Generaldirektion der Ostbahn — Matejkoplatz 12
 (Tel. 15330)
 Leitung der Deutschen Post Osten — Wielopole 19
 (Tel. 20501)
 Gesundheitskammer — Krupnicastr. 11a (Tel. 10524)
 Deutsche Handelskammer für Polen — Sereno Fenna 3
 (Tel. 17460)
 Industrie- und Handelskammer — Lange Straße (Długa) 1
 (Tel. 20450)
 Handwerkskammer — Annagasse 9 (Tel. 19490)
 Paßstelle — Außenring 6 (Tel. 10615)
 Institut für Deutsche Ostarbeit — Annagasse 12 (Tel. 10136,
 Zeitungsverlag Krakau-Warschau (Schriftleitung und Ver-
 lag der Krakauer- und Warschauer Zeitung) Alte Weich-
 selstraße 1 (Tel. 15060 u. 20611)
 Rundfunksendestelle, Sendeleitung Rynek Kleparski 4
 (Tel. 15440)
 Volksdeutsche Gemeinschaft, Hauptverbandsleitung —
 Karmeliterstraße 16 (Tel. 14852)

Arbeitsamt Krakau

- Leitung des Amtes, Verwaltung und Gruppe Arbeitsein-
 satz — Lubelskastr. 27 (Tel. 20064)
 Gruppe Arbeitsrecht, Treuhandstelle, Gewerbeaufsicht und
 Arbeitsschutz — Lubelskastr. 25
 Gruppe Arbeitslosenhilfe und Pflichtarbeit — Präsidium-
 straße 10

Deutsche Gerichte:

- Deutsches Obergericht in Krakau — Burgstraße 52
 (Tel. 18421)
 Deutsches Gericht in Krakau — Burgstr. 52 (Tel. 18420)
 Deutsches Sondergericht in Krakau — Bonerstr. 9
 (Tel. 13057)
 Staatsanwaltschaft — Bonerstr. 9 (Tel. 20145)

Polnische Gerichte:

- Appellationsgericht Krakau — Burgstr. 52
 Bezirksgericht Krakau — Burgstr. 52
 Burgericht Krakau — Alte Weichselstraße



Krakau. Alter Markt mit Tuchhalle und Rathausturm

Aufn.: Holtmann

Post (Deutsche Post Osten)

Hauptverwaltung	Poststraße 19, Fernruf 15340
Distriktpostverwaltung Krakau	Warschauerstraße 3 Fernruf 20027
Fernsprech- u. Telegraphenamnt	Ostring
Auskunft über Fern- sprechanschlüsse	Fernruf 15050
Anmeldung von Fern- gesprächen	Fernruf 97
Postamt Krakau 1 (Hauptpostamt)	Ostring
Postamt Krakau 2 (Briefpostamt)	Am Bahnhof
Postamt Krakau 4	Podwalestraße 3
„ „ 5	Kleparzplatz 15
„ „ 7	Bernardinerplatz 1
„ „ 9	Slowackiallee 62
„ „ 10	Kosciuszkistraße 60
„ „ 14	Zamoyskistraße 3
„ „ 15	Krakau-Plaszow
„ „ 17	Krakau 2 Offizierssiedlung
„ „ 20	Außenring 30 (Bergakademie)
Postomnibusse	Fernruf

Deutsche Schulen:

Deutsche Volksschule — Reymontastraße
Deutsche Oberschule — Oleanderstraße 6

Deutsches Theater:

Theaterplatz — Intendantur (Tel. 10176)
Kasse (Tel. 11095)

Ausstellungsgebäude:

Am Stefansplatz

Deutsches Distriktskrankenhaus:

Robert-Kochstraße 37 (Tel. 15110) (zugleich Unfall-
station)

Deutsches Quartieramt:

Rathausplatz 3—4

Feuerwehr: Tel. 22222.

Verkehrsangaben über Krakau

Stadtverwaltung:

An der Spitze der Selbstverwaltung der Stadt Krakau steht ein polnischer Bürgermeister mit einem Stellvertreter. Der polnische Bürgermeister führt die Verwaltung selbstverantwortlich. Der deutsche Stadthauptmann von Krakau mit einem Stellvertreter und einem Stab deutscher Mitarbeiter (Angaben siehe unter Übersicht über die deutschen Behörden in Krakau, D.) ist Aufsichtsorgan der Geschäfts-Führung.

Die Jüdische Gemeinde, die etwa 60 bis 70000 Juden zählt, hat einen Judenrat gebildet, der alle Angelegenheiten der Fürsorge und Arbeitsvermittlung verwaltemäßig zu behandeln und selbstständig durchzuführen hat. Damit hat die Stadt Krakau den in ihrem Bezirk ansässigen Juden, deren Kopfzahl in Krakau ungefähr der Einwohnerzahl einer mittleren Stadt entspricht, eine gewisse Selbstverwaltung zugestanden.

Unterkunft:

Deutsches Quartieramt — Rathausplatz 3—4, Dienststunden von 9—13 und 15—19 Uhr.

Die Vermittlung von Quartieren, Hotelzimmern und Pensionen erfolgt durch das Deutsche Quartieramt. Die Hotels nehmen keine direkten Bestellungen für Zimmer entgegen. Ebenso ist bei längerem Aufenthalt die Beschaffung einer Wohnung nur über das Deutsche Quartieramt möglich.

Hotels:

- Grand Hotel — Hauptstraße 5—7 (Tel. 20071/72)
- Hotel City — Gertrudenstr. 5—7
- Hotel Europejski — Lubiczstraße 5
- Hotel Francuski — Pijarskastraße 13 (Tel. 20070)
- Hotel Monopol — Gertrudenstraße 6
- Hotel Narodowy — Poselska 22
- Hotel Poller — Spitalstraße 30
- Hotel Polonia — Wehrmachtstraße 25 (Tel. 15290)
- Hotel Poznanski — Lubiczstraße 3
- Hotel Royal — Gertrudenstraße 26
- Hotel Warschau — Pawia 6 (Tel. 10623)



Krakau, Alter Markt. Im Hintergrund die Marienkirche

Aufn.: Holtmann

Gaststätten:

Grand Hotel — Hauptstraße 5—7 (Tel. 20071/72)
Ringkasino — Stefansplatz 3
Hawelka — Alter Markt
J. Wenzel — Alter Markt
Kaffeehaus Alter Markt — Johannissgasse
Phönix Bar — Johannissgasse
Literarisches Kaffee — Hauptstraße
Cafe Cyganeria — Spitalgasse 38
Cafe Kristal — Karmeliterstraße
Cafe Bisanz — Westring

Deutsche Lichtspieltheater:

„Scala“ — Karmeliterstraße 4 (Tel. 14444)
„Apollo“ — Thomasgasse 11

Gesundheitswesen:

Amtsarzt — Medizinalrat Dr. med. Reichel, Rathaus,
Rathausplatz 4 (Tel. 15320).

Apotheke:

Deutsche Apotheke — Alter Markt 42 (Tel. 11427).

Bäder:

Römerbad: (Dampf-, Wannen- und Brausebäder) —
Sebastianagasse. Badezeiten für Reichsdeutsche (Militär-
und Zivilpersonen) Montag, Mittwoch und Freitag.
Freitagnachmittag von 16—19 Uhr ist die Dampfbad-
abteilung für Frauen geöffnet.

Schwimmbad: Biskupiastr. Ecke Krowoderskastr. Dieses
Bad steht allen deutschen Beamten und Angestellten sowie
Wehrmacht, //, Polizei, Bahn, Post usw. zur Verfügung.
Die öffentlichen Badezeiten sind werktäglich, außer
Dienstags, von 7—9, von 12—15 und 18—21 Uhr. Diens-
tags ist zu den gleichen Zeiten Badetag für Frauen. Fa-
milienbad jeden Tag von 18—21 Uhr. Für geschlossene
Verbände und Formationen Badezeiten werktags von
9—12 Uhr und von 15—18 Uhr. Der Badepreis beträgt
für Einzelpersonen 60 Groschen, Militär, //, Polizei 30
Groschen, geschlossene Verbände 40 Groschen, geschlossene

Formationen 20 Groschen. Die Benutzung durch geschlossene Verbände und Formationen nur nach Vereinbarung mit der Abteilung für Volksaufklärung und Propaganda, Tel. 15440.

Banken:

Nachstehenden Banken in Krakau wurde die Eigenschaft als Devisenbank verliehen:

Deutsche Bank — Alter Markt 47 (Tel. 20615)

Commerzialbank A. G. — Alter Markt 44 (Tel. 15450)

Commerz- und Privatbank A. G. — Alter Markt 6 (Tel. 14511).

Ostbahn:

Krakau Hauptbahnhof: Auskunft Tel. 12108.

Von Krakau-Hauptbahnhof aus bestehen Verbindungen nach folgenden Richtungen:

über Kattowitz—Beuthen—Breslau nach Berlin.

Dziedzitz—Oderberg nach Wien.

Szczakowa—Tschenstochau nach Litzmannstadt.

Radom nach Warschau oder Lublin.

Sucha—Chabowka nach Zakopane.

Tarnow nach Deutsch-Przemysl.

Kraftpost:

Krakau—Myslenice—Rabka.

Krakau—Myslenice—Dobczyce.

Krakau—Myslenice—Zakopane (nur. Sonnabend/Sonntag).

Kraftpost der Deutschen Ostbahn:

Krakau—Kattowitz (Abfahrt vor dem Hauptbahnhof).

Droschken (Pferdedroschken):

Tarif vom 19. I. 1940: Ein Fahrkurs beträgt 15 Minuten. Jede angefangene Viertelstunde wird eine ganze Viertelstunde gerechnet. Gebühr für einen Fahrkurs: Bei Tag 1.50 Zl., bei Nacht 1.80 Zl., für Gepäck von 30—50 Kg 30 Gr. Die einfache Gebühr für einen Fahrkurs gilt höchstens für zwei Personen und mit einem Kinde bis zum

14. Lebensjahr. Bei drei und mehr Personen erhöht sich die Gebühr um 50 v. H. Der Tagesdienst beginnt um 7 Uhr und dauert bis 22 Uhr in den Monaten vom 1. Oktober bis 30. April, in den Monaten vom 1. Mai bis 30. September von 6—22 Uhr. Für eine Fahrt in außerhalb der Stadt gelegene Ortschaften hängt die Gebührenhöhe von der Verabredung ab.

Standorte der Pferdedroschken:

Bahnhofplatz, Alter Markt, Stefansplatz, Hauptpost, Krupniczastr. Ecke Karmeliterstr., Stadttheater, Rathausplatz, Bernardiner Pl. vor dem Aufgang zur Burg, Pilsudski-str. Ecke Retorykastr., Burgstr. vor dem Gerichtsgebäude, Bahnhofstr. Ecke Pawiastr. vor dem Hotel Polonia, Straße der Wehrmacht Ecke Długastr., Westring gegenüber der Mündung der Garbarskastr., Westring Ecke Stefansgasse, Westring Ecke Tiergartenstr., Kossak Pl., Dietlastr. Ecke Alte Weichselstr., Smolenskstr. Ecke Krasinski-Allee, Präsidiumstr. Ecke Długastr., Matejko Pl., Librowszczyznastr. Ecke Wielopolestr., Rajskastr. Ecke Karmeliterstr., Neue Markthalle in der Grzegorzecastr., Slavischer Pl., Alte Weichselstr. Ecke Dajworstr., Rakowitzerstraße am Friedhof, Westring Ecke Bonerstr., Wyspianski-straße am Kazimierz Wielki Pl., Invaliden Pl.

Straßenbahn:

Tarife:

Normal	25 Groschen
Wehrmacht bis ausschließlich Wachmeister	10 Groschen
Hunde und Gepäck pro Stück	25 Groschen
Hefte mit 10 Fahrkarten (Block)	2.— Zloty
Hefte mit 50 Fahrkarten	10.— Zloty

Wochenkarten:

- In einer Richtung, eine Fahrt täglich, insgesamt 6 Fahrten 80 Groschen
- Hin und zurück, 2 Fahrten täglich insgesamt 12 Fahrten 2.— Zloty

Monatskarten:

- a) Normal, unbegrenzte Fahrtenzahl . . . 20.— Zloty
- b) Ermäßigt: für Staatsbeamte unbegrenzte Fahrtenzahl 15.— Zloty

Jahreskarten:

für Ämter, unbegrenzte Fahrtenzahl. . . 175.— Zloty

Verkaufsstellen:

- 1) Fahrkartenverkaufsbüro Hl. Wawrzyniecstraße 13.
- 2) Straßenbahn-Wartehalle bei der Hauptpost.

Streckenführung:

Nr. 1. Pilsudski Brücke — Mostowastr. — Wolnica Pl. — Krakauerstr. — Kommandanturstr. — Burgstr. — Alter Markt — Floriangasse — Straße der Wehrmacht — Hauptbahnhof und zurück.

Nr. 2. Klein-Bronowice — Kattowitzerstr. — Pomorskastr. — Karmeliterstr. — Westring — Franziskanergasse — Dominikanerstr. — Hl. Gertrudstr. — Ostring — Bahnhofstr. — Hauptbahnhof — Rakowitzerstr. — Friedhof-Rakowice und zurück.

Nr. 3. Borek Falecki — Wadowitzerstr. — Zakopanerstr. — Podgorze — Markt — Tarnowerstr. — Lembergerstr. — Zgoda Pl. — Na Zjezdziestr. — Dritte Brücke — Alte Weichselstr. — Marktgasse — Kleiner Markt — Marienpl. — Alter Markt — Hauptstr. — Dlugastr. — Kamiennastr. — Güterbahnhof und zurück.

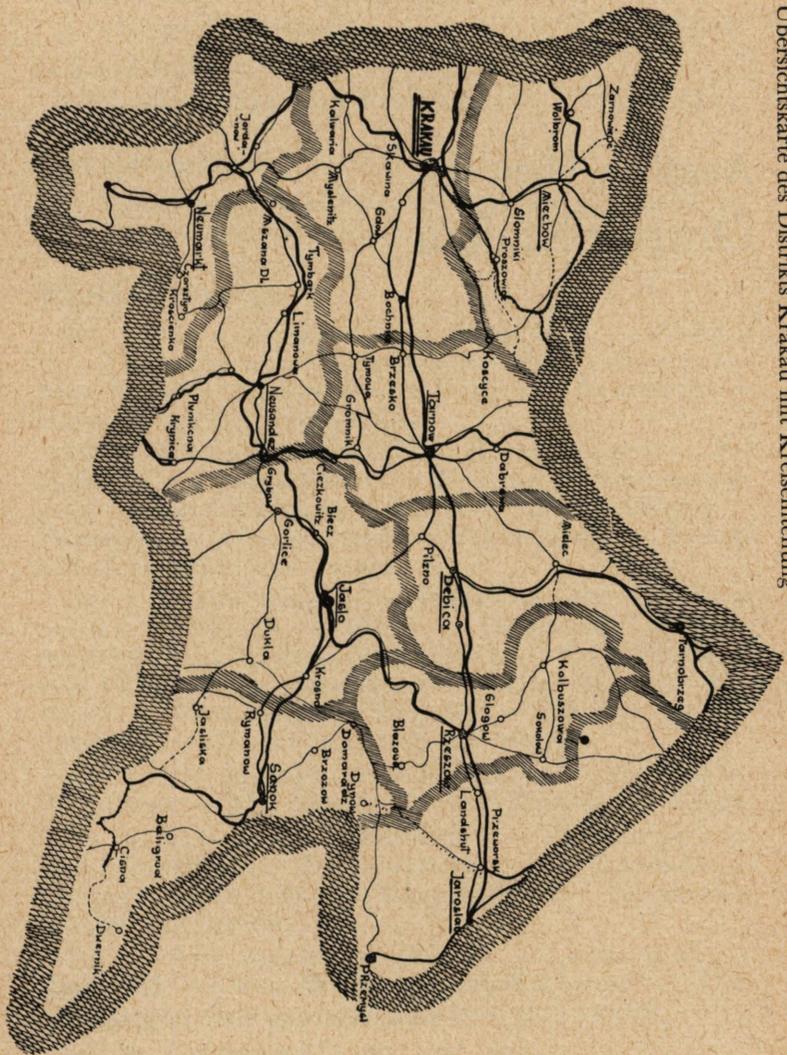
Nr. 4. Alter Markt — Schustergasse — Westring — Pilsudskistr. — Mai-Allee — Kleine Blonie und zurück.

Nr. 5. Salvator — Glatzerstr. — Tiergartenstr. — Franziskanergasse — Dominikanerstr. — Hl. Gertrudstr. — Ostring — Bahnhofstr. — Hauptbahnhof — Mogilskastraße und zurück.

Nr. 6. Wielitzerstr. — Plaszow — Lembergerstr. — Zgoda Pl. — Dritte Brücke — Alte Weichselstr. — Tiergartenstr. — Glatzerstr. — Salvator und zurück.

Angaben über den Distrikt Krakau

Zusammengestellt von der Abteilung
für Volksaufklärung und Propaganda
im Amt des Distriktschefs Krakau



Übersichtskarte des Distrikts Krakau mit Kreiseinteilung

Angaben über den Distrikt Krakau

I. Lage

Der Distrikt Krakau nimmt den Süden des Generalgouvernements ein. Er grenzt im Osten in einer Länge von 250 km längs des San an das russische Interessengebiet, im Süden längs der alten Galizien-grenze an Ungarn und die Slowakei, im Westen an das Reichsgebiet und nur im Norden und Nordosten an andere Kreise des Generalgouvernements. Die Bedeutung dieser Lage des Distrikts zwischen dem Reich und drei ihm befreundeten Staaten wird wesentlich erhöht durch seine physischen Lagebedingungen. Das Distriktsgebiet ist ein Teil der Nordabdachung der Karpaten, die ostwärts der mährischen Pforte bei Neutitschein den Donaoraum von den zum Ostseebecken gerichteten Gebieten scheiden. Dieser Abschnitt der europäischen Hauptwasserscheide hat trotz seines gebirgigen Charakters mehrere Übergänge, welche seit alters gute Beziehungen zwischen den Räumen der Donau und der Weichsel ermöglichten. Elementarer in geographischer und wirtschaftlicher Hinsicht jedoch ist die Durchgangsstraße längs des Karpaten-Nordrandes, welche im Westen einerseits über die niedrige Oberschlesische Schwelle mit der Oderstraße, andererseits über die Mährische Pforte mit dem Wiener Becken und so mit den Alpenländern, mit den Sudetenländern und Donaugebieten in unmittelbarer Verbindung steht. Nach dem Osten aber mündet die Karpatenstraße über niedrige Schwellen in die ukrainischen Landschaften ein.

Die Bedeutung dieser Straße kann für die Entwicklung dieses Gebietes, das heute im Distrikt Krakau verwaltungs-

politisch zusammengefaßt ist, nicht überschätzt werden. Sie ist ohne Zweifel das Rückgrat dieser Landschaft überhaupt. Sie ist gleichsam die schwerwiegende Basis, auf der der Dreiecksraum des Generalgouvernements ruht.

Die Lage innerhalb des östlichen Mitteleuropa gab dem Gebiet des Distrikts Krakau seit je eine besondere Bestimmung, die auch heute wieder offenbar wird.

II. Bevölkerung

Der Distrikt umfaßt 26441 qkm und ist somit der größte der vier Distrikte des Generalgouvernements (über 28% der Gesamtfläche), aber mit seinen 3,7 Millionen Einwohnern vor allem dessen volkreicherster, (etwa 31% der Bevölkerung des Gen. Gouv.). Die Verteilung der besonders längs der Durchgangsstraße sehr dicht wohnenden Bevölkerung auf die 10 Kreise des Distrikts gibt die Karte an. Die Bevölkerung im Distrikt ist ihrer Volkzugehörigkeit nach keineswegs einheitlich.

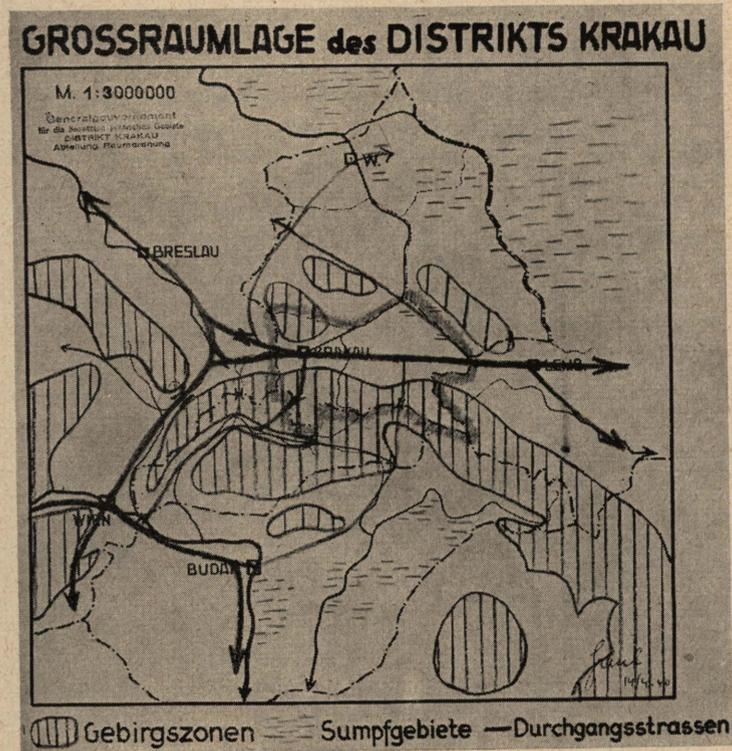
Das Deutschtum findet sich zerstreut über den gesamten Distrikt. In geschlossenen Siedlungen wohnen Deutsche lediglich im Kreise Neu-Sandez und im Kreis Debica.

Im Mittelpolnischen Hügelland, in der Niederung und den Vorbeskiden wohnen Polen in geschlossener Masse. Ihr Siedlungsgebiet reicht bis an den Rand der Beskiden-Waldkarpaten.

Im westlichen Gebirge von der Reichsgrenze bis an den Kreis Jaslo wohnen ausschließlich Goralen, die sich durch Wuchs, Sitten und Gebräuche, sowie ihre sonstigen ausgeprägten Überlieferungen stark von den Polen unterscheiden. Sie tragen eine eigene Tracht und zeigen, angefangen vom Hausbau bis zu den handwerklichen Erzeugnissen einen eigenen Stil, eine eigene Volkskunst, die mit polnischen Ausdrucksformen nicht zu vergleichen ist.

Der mittlere und südöstliche Teil der Waldkarpaten wird, von einigen goralischen Einsprengseln abgesehen, von Lemken und Boiken bevölkert, die ukrainischer Volkzugehörigkeit sind.

In der Gegend von Jaroslau, Przemysl und Sanok ist eine Mischbevölkerung, bestehend aus Polen und Ukrainern ansässig.



Distrikt Krakau-Großraumlage
 Maßstab (infolge Verkleinerung des Originals) ca. 1:12.000.000

III. Physische Beschaffenheit

Der Distrikt Krakau hat in geographischer Hinsicht an fünf Gebieten verschiedenen Charakters Anteil, die durch die erdgeschichtliche Entwicklung des Raumes im Streichen der Karpaten, also in West-Ost verlaufenden Zonen angeordnet sind. Das Land stuft sich in breiten Zonen vom Hauptkamm des Karpatischen Falten-Gebirges nach Norden bis zur Niederung der Weichsel ab, an der bei Krakau schroffer als in den Nachbarabschnitten das mittelpolnische Hügelland aufsteigt. Es ergibt sich daher folgende Gliederung, die neben der oben geschilderten Lagebeziehungen die größte Bedeutung für das Klima und damit für die Bodenbildung und den Pflanzenwuchs, aber auch für die Verkehrserschließung, die wirtschaftlichen und besonderen landwirtschaftlichen Verhältnisse und schließlich die gesamte Landeskultur haben:

1) Anteil an der Hohen Tatra im südlichsten Teil des Neumarkter Kreises: Hochgebirgslandschaft (bis 2500 m).

2) Das Mittelgebirge der Beskiden: im Westen noch Anteil an den Westbeskiden, die in der Babia Gora eine Höhe von 1725 m erreichen. Die östlichen Beskiden, die sich von 1200—1300 m bei Neumarkt bis auf 800 bis 900 m im Osten absenken und hier in einer Reihe von niedrigen Sätteln (Dukla mit 502 m, Lupkow, u. a.) eine besonders günstige Verbindung zwischen Nord und Süd bieten. Hier beginnt auch das Abbiegen des Gebirgstreichens und damit aller Landschaftszonen, in eine nordwest-südöstliche Richtung. Im südöstlichen Zipfel hat der Distrikt Anteil an den wieder höheren Waldkarpaten. (1200—1300 m).

In einer überall deutlichen Stufe lagert sich nördlich der Beskidenkämme deren tieferes Vorland.

3) Die Vorbeskiden: Sie erreichen nur Höhen von 500—600 m und verbreitern sich von Krakau nach Osten ganz wesentlich, nämlich von 15 km auf 35 km bei Gorlice und über 60 km am San.

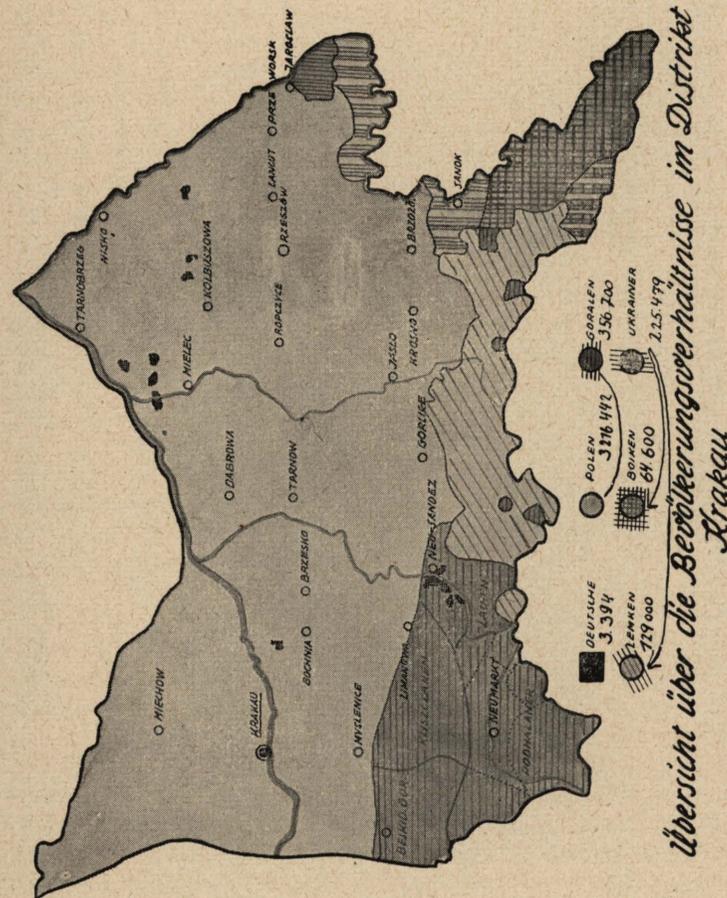
Eine große Anzahl von parallel streichenden Rücken und Talungen gliedern die Beskiden und ihr Vorland.

Von fast größerer Bedeutung für die landwirtschaftliche Gliederung sind aber die verschiedentlich eingestreuten Becken tektonischen Ursprunges, so innerhalb der Beskiden das Neumarkter und das kleinere Sandezer Becken, in den Vorbeskiden aber das langgestreckte Becken von Jaslo-Krosno.

4) Die Niederung: Mit ebenfalls deutlicher Geländestufe lagert den Vorbeskiden die Niederung der Weichsel und ihrer südlichen Zuflüsse an. Bei Krakau setzt diese Zone an und verbreitert sich flussab mit Zunahme des Strombereiches der Weichsel und Anwachsen ihrer südlichen Zuflüsse ganz bedeutend. Ihre größte Breite (über 80 km) erhält die Niederung im San-Mündungsgebiet, hier vielfach überdeckt von eiszeitlichen Sanden, die eine leichte Reliefierung besitzen. Diese nach Osten gerichtete offene Lage der Niederung hat besonders klimatisch große Bedeutung für den Distrikt.

5) Im Nordwesten hat der Distrikt Anteil am südpolnischen Schichtstufenland, das nur bei Krakau ein Stück über die Weichsel reicht. Unmerklich senkt sich das Tafelland, das etwa an der Westgrenze des Generalgouvernements in einer deutlichen Stufe abbricht, nach Osten und Süden, stellenweise von tiefen Felsentälern (Ojcow) zergliedert.

Mit dieser Anordnung der Landschaftseinheiten ergibt sich nicht nur nach äußeren Gesichtspunkten eine Ähnlichkeit mit dem deutschen Alpenvorland. Die Lage Krakaus kommt der von Regensburg sehr nahe. Auch dieses liegt am Durchbruch der Sammelader (Donau) des Vorlandes durch das süddeutsche Schichtstufenland (analog dazu der „Krakauer Jura“), auch hier die gestaffelte Anordnung von Niederung, Vorland, Voralpen und Hochalpen, deren innere Bauverhältnisse sich bekanntlich über die kleinen Karpaten in dem gesamten Höhenzug der Karpaten verfolgen lassen. Ähnlich sind daher die klimatischen Verhältnisse, abgewandelt nur durch die geringen Höhenausmaße der Karpaten und durch die kontinentalere Lage, die sich im östlichen Teil des Distrikts bereits ganz wesentlich bemerkbar macht.

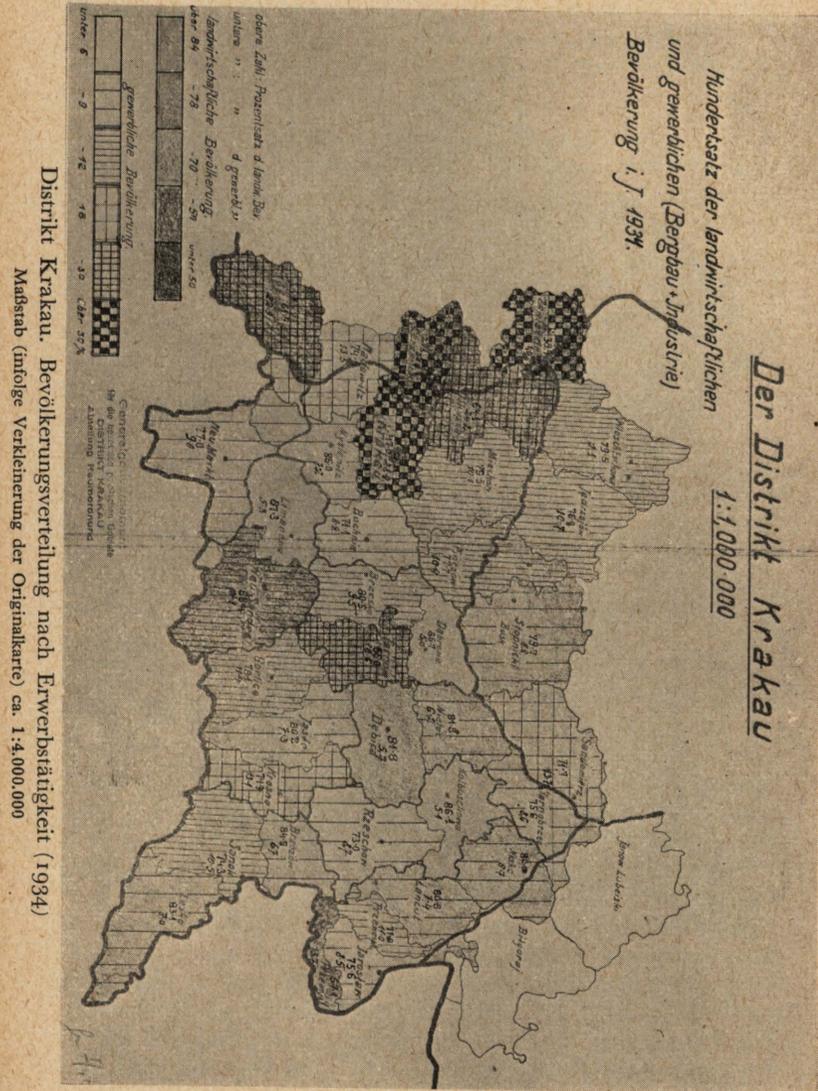


IV. Klima

Das Klima ergibt sich aus Lage und Relief. So fangen die nach Norden schauenden Hänge der Westbeskiden, aber auch noch die Höhen der Tatra größere Mengen der aus Nordwesten zuströmenden Feuchtigkeit auf. Die Niederschlagsmengen verringern sich nach Osten zu sehends, obwohl auch hier die Höhenrücken noch wesentlich mehr Niederschläge erhalten als die Niederungen. Aber auch die Niederschlagsverteilung nimmt nach Osten kontinentaleren Charakter (Häufung im Frühsommer) an. Während die Sommertemperaturen denen im Deutschen Alpenvorland ähnlich sind, sind die Winter — wieder nach Osten zunehmend — um einige Grade kälter als dort. Der Winter dauert länger und ebenso wie die Kontraste zwischen Winter- und Sommertemperaturen nach Osten zunehmen, erhöht sich in gleicher Richtung die Temperaturdifferenz zwischen Tag und Nacht. Die Überschneidung der Klimabezirke besonders im westlichen Teil des Distrikts zeigt sich hier in den rasch aufeinander folgenden Wetterumschlägen. Niederschlagsreiche und die Temperatur mildernde Einflüsse aus Südwesten bis Nordwesten wechseln mit extremen und trockenen Klimateinflüssen, die aus den weiten Ebenen Russlands durch die nach Osten offene Niederung weit nach Westen dringen können. Dazu kommen trockenwarme Einflüsse aus dem ungarischen Raum über die Sättel der Karpaten, die sich bis nach Krakau, aber besonders nördlich der niedrigen Ostbeskiden (Dukla-Paß) stark auswirken.

V. Boden

Die Böden ergeben sich aus dem Gesteinsaufbau und aus dem Klima. So zeigen die Beskiden, fast gänzlich aus mehr oder weniger widerstandsfähigen Sandsteinen bestehend, einen lehmigen bis lehmig steinigen Boden, der auf Mergeln und Tonen vielfach zu Rutschungen führt. In den innerbeskidischen Becken kommt eine große Menge des Flußgerölls zur Ablagerung. Hier herrschen sumpfige Alluvialböden im Talgrund und Lehmböden auf den älteren Talböden vor. Den südlichen Teil der Niederung nimmt von Krakau an der fruchtbare Lößboden ein, der



östwärts bald eine Breite von 20—30 km erhält, unterbrochen von lößfreien Talböden. Auch der flache Ostabfall des Krakauer Juras ist von fruchtbarem Löß überdeckt. Im nördlichen Teil der Niederung herrschen diluviale Sande vor, die nur längs schmaler Zonen von Geschiebelehmen oder längs der Flußläufe von alluvialen Lehmböden abgewechselt werden.

VI. Pflanzenwuchs

Der Pflanzenwuchs, der von Klima und Boden abhängt, zeigt im Distrikt demnach ebenso eine klare Gliederung in bestimmte Bezirke wie die anderen landschaftlichen Faktoren. Die Beskiden waren ursprünglich ein ausgedehntes, durch die Verhältnisse von Boden und Klima begünstigtes Waldland. Die Verringerung der Walddecke auf etwa 27% der Fläche der Beskiden und Vorbeskiden hat zwar eine ungeheuer dichte Besiedlung auch in für den Ackerbau ungünstigen Gebieten ermöglicht, sie hat aber auch die Wasserwirtschaft des Landes und damit den Schutz der wertvollen Krume stark verschlechtert. Der Wald reicht 1400—1500 m hinauf.

Er überzieht daher alle Rücken der Beskiden. Seine ertragreichsten Gebiete liegen in der Tatra, am Hauptkamm der Westbeskiden (Zawoja-Tal) nördlich des Czorsztyner Dunajec Tales und in den Waldkarpaten. (San-Zipfel).

Die stark entwaldeten Vorbeskiden sind heute am dichtesten von einem Kleinbauerntum besetzt, das mit Hafer- und Kartoffelbau sich und sein Vieh durchbringt. Der Haferbau reicht bis 750 m Höhe und nimmt 75% der Anbaufläche ein.

Auf den lößbedeckten Terrassen und Hügeln weiter im Norden herrscht der Ackerbau mit 55—60% der Fläche vor. Nach Osten nimmt vor allem der Weizenanbau zu, der für die kontinentalen Verhältnisse am meisten geeignet ist. So hat der Distrikt im Jaroslauer Lößhügelland noch einen, allerdings kleinen Anteil an der Kornkammer des ehemaligen Ostgalizien. Der breitere, nördliche Teil der Niederungen aber ist mit seinen teils sehr armen Sandböden umso unfruchtbarer. Hier dehnen sich ausgedehnte Föhrenwälder aus (Forst von Nisko), in den Talböden aber beginnen bereits die aus



Wildromantische Straße im Ojcow-Tal. Distrikt Krakau

Aufn.: Brandner

Ostpolen so bekannten Versumpfungen, in denen selbst der Wald keine brauchbaren Erträge mehr erwarten läßt. Nur wo solche Nassen nicht auftreten, zeitigt der Getreideanbau auf den schweren Lehmen wieder gute Erträge.

Auf dem Hügelland nördlich der Weichsel herrscht im östlichen Abschnitt infolge der äußerst fruchtbaren Böden (Löß und auf den Höhen der lehmige Kalkverwitterungsboden, Redzina genannt) der Ackerbau mit fast 60% der Fläche vor. Roggen und Weizen nehmen die größten Flächen ein, aber auch Zuckerrüben werden reichlich angebaut. Mit der Verarmung der Böden nach Westen nimmt wieder die Waldbedeckung etwas zu. Der Kreis Miechow ist damit das Hauptversorgungsgebiet für Krakau an Ackernahrung. Die Zufuhr an Molkereierzeugnissen und Fleisch erfolgt aber stärker aus den benachbarten Niederungsgebieten längs der Weichsel, sowie dem Hügelland südlich der Stadt.

VII. Landwirtschaft

Die landwirtschaftlich genutzte Fläche beträgt ca. 2000000 ha. Die Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe übersteigt 400000. Es entfallen 130 Menschen auf den qkm Gesamtfläche bzw. 180 Menschen auf 1 qkm landwirtschaftlich genutzte Bodenfläche. Bereits die Volkszählung um 1800 ergab schon damals eine höhere Dichte der Bevölkerung als selbst die meisten Agrargebiete des Reiches sie heute besitzen. Über 70% der Bevölkerung sind in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt.

Nach der Vorkriegsstatistik befinden sich im Distrikt Krakau auf 100 ha landwirtschaftlich genutzte Fläche: 15 Pferde, 55 Stück Rindvieh, 17 Stück Schweine und 4 Schafe. In manchen Kreisen des Distrikts entfallen auf 100 ha landwirtschaftlich genutzte Bodenfläche sogar über 70 Stück Rindvieh. Im Vergleich zu anderen Ländern ist der Pferde- und Rindviehbestand im Distrikt ungewöhnlich hoch.

Obstbau findet sich in den trockenen, geschützten Lagen. Der Apfel- und Pflaumenbaum bildet die Grundlage der Obstbaumpflanzungen. Der Eigenbedarf des Distrikts an Obst wird gedeckt, nur in sehr guten Jahren steht Obst zur Ausfuhr bereit.

Auf den tiefgelegenen Terrassen (nicht aber in den eigentlichen Flußniederungen) der größeren Täler wird vielfach eine intensive Gemüsekultur betrieben. In der Nähe größerer Absatzgebiete wie Krakau, Erholungsgebiet von Neu-Sandez usw. sind Unterglaskulturen. In den entfernter gelegenen bäuerlichen Gebieten ist der Feldgemüsebau vorherrschend.

Eine wirtschaftliche und soziale Gefahr für das Land bildet die ununterbrochen fortschreitende Zersplitterung der landwirtschaftlichen Betriebe. Ihre Hauptursache ist in der nicht zureichenden Gewerbe- und Industrieentwicklung des Landes zu suchen. Ja, die technische und damit industrielle Entwicklung der mitteleuropäischen Länder scheint hier spurlos vorüber gegangen zu sein. Das Land hat einen großen Bevölkerungsüberschuß. Aber schon seit Jahrzehnten findet die heranwachsende Landjugend wenig Möglichkeit zur Arbeit in Industrie und Gewerbe und verbleibt auf der Wirtschaft, die dann nach dem Tode des Besitzers unter ihnen geteilt wird. Gegenwärtig sind über 50% der Wirtschaften kleiner als 2 ha, weitere 40% haben nur eine Größe von 2—10 ha. Selbstverständlich ist es, daß diese Wirtschaften den Besitzern und ihren Familienmitgliedern nur eine geringe Ausnutzung der Arbeitskraft ermöglichen und ihnen keinen hinreichenden Lebensunterhalt geben können. Nebenverdienste bei Straßenarbeiten und in Wäldern sind nur selten. Die Folgen der Zersplitterung lindert das zunehmende Hausgewerbe der Landbevölkerung, wie Holzschnitzerei, Tonwarenerzeugung, Teppich-, Woll- und Leinenweberei sowie Spitzenerzeugung. Die durch die Zersplitterung des Bodens hervorgerufene Not wirkt in hohem Ausmaß hemmend auf die Wirtschaft des ganzen Landes und führt mit raschen Schritten zur Proletarisierung der Landbevölkerung. Die Bekämpfung der Zersplitterung ist daher eine der wichtigsten Aufgaben einer zielbewußten Wirtschaftspolitik.

Die wirtschaftliche Bedeutung des landwirtschaftlichen Kleinbetriebes kann man am besten an dem ermesen, was derselbe auf den Markt bringt. Eine 2—3 ha umfassende polnische Bauernwirtschaft, die in ihrer Größe dem allgemeinen Durchschnitt des Distrikts entspricht, ver-

kauft: täglich höchstens 5—10 l Milch, evtl. in Butter verarbeitet, außerdem während der Legezeit wöchentlich 20—30 Eier, jährlich 1—2 Schweine, 1 Kalb, 10—20 Hühner und Gänse und ungefähr alle 5 Jahre eine Kuh. Getreide und Kartoffeln bringt sie selten auf den Markt. Dem entsprechend gestaltet sich der Verkehr mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen im ganzen Distrikt. Vor allem deckt die Landwirtschaft nicht den Eigenbedarf des Distrikts an Brotgetreide. In der Vorkriegszeit wurden jährlich ungefähr 150000 t Brotgetreide in das Distriktsgebiet eingeführt. Dagegen lieferte der Distrikt bedeutende Mengen an Vieh, Geflügel, Eier und Butter, sowie Schweine in geschlachtetem Zustand.

Wenn auch der Distrikt Krakau Zuschußgebiet an Getreide bleiben wird, so liegen doch hier in dem nicht schlechten Boden noch erhebliche Reserven, die noch mobilisiert werden können.

Die ländliche Industrie und das ländliche Gewerbe umfassen 2 Zuckerfabriken, 3 Fleischfabriken (Bakon), ca. 110 Spiritusbrennereien und 180 Molkereien, von welchen nur ein kleiner Teil neuzeitlich eingerichtet ist. Dazu kommen u. a. noch einige Konserven- und Schokoladenfabriken.

VIII. Gewerbliche Wirtschaft

Die Grundlagen der gewerblichen Wirtschaft im Distrikt sind die Vorkommen gewisser Rohstoffe wie Erdöle, Salz, Holz, Steine und Erden, Kalk, Zement, Lehm und Ton, Felle, Hartfaserstoffe und andere Rohstoffe aus dem landwirtschaftlichen Sektor, sowie das Vorkommen von Wasserkraft.

Das Waldkarpatenland und das Vorgebirge sind außerordentlich reich an Rohstoffen. Es fehlte lediglich an einer intensiven Ausnutzung aller vorhandenen Möglichkeiten. Vergleicht man die Zahl der vor dem Kriege im heutigen Distriktsgebiet in der gewerblichen Wirtschaft Tätigen, dann fällt sofort auf, daß in allen Kreisen des Distrikts die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten bei weitem überwiegt. Insgesamt waren vor dem Kriege in den einzelnen Industrien beschäftigt:

Eisen- und Metallindustrie: in 68 Betrieben einschließlich der kleinen etwa 3800 Arbeiter, die Nahrungs- und Genußmittelindustrie wies in 90 Betrieben 4250 Arbeiter auf, die chemische Industrie in 22 Betrieben 3300 Arbeiter, die Baustoffindustrie mit Ausnahme der Holzverarbeitenden Industrie in 92 Unternehmungen 8500 Arbeiter. In der Textilindustrie waren einschließlich der Verleger für die Heimarbeiter in 15 überwiegend kleinen Betrieben 2400 Arbeiter tätig, während die Zellstoff- und Papierindustrie einschließlich der graphischen Gewerbe in noch kleinerem Umfange in 28 Betrieben 1750 Arbeiter beschäftigte. Die Leder- und Lederverarbeitungsindustrie wies in 21 Betrieben 950 Arbeiter auf, die Kautschukindustrie in 3 Betrieben 2200 Arbeiter, die Holzindustrie in 81 Sägewerken und Holzverarbeitenden Betrieben 3100 Arbeiter, die Glasindustrie in 8 Betrieben nur 1660 Arbeiter. Hierzu kamen noch die wichtigen Betriebe der Erdölgewinnung und der angeschlossenen Petroleum-Raffinerien und der Ersatzstoffindustrien, die Salzbergwerke in Wieliczka und Bochnia, sowie die Elektrizitäts-, Gas- und Wasserleitungswerke und Rüstungsbetriebe. Alles in allem beschäftigten die Industriebetriebe vor dem Kriege. ca 45000 bis 50000 Menschen. Das ist bei einer Gesamtbevölkerung von 3½ Millionen ein verschwindend geringer Teil.

Die Wirtschaft des Distrikts Krakau muß indessen auch im Rahmen der ehemals polnischen Gesamtwirtschaft gesehen werden, in der sie als zum südpolnischen Raum gehörig eine bestimmte Stellung einnahm. Die gewerbliche Wirtschaft zeigte im ehemaligen Polen eine bestimmte Tendenz zur Massierung, sowohl zum Westrande hin als auch nach der Südgrenze zu. Die Orientierung nach Süden wurde verursacht durch die Pionierarbeit des deutschen Elementes aus der Zeit her, da Südpolen noch Galizien hieß und von den deutschen Beamten Österreichs verwaltet wurde, ferner durch das hier dichtere Verkehrsnetz und nicht zuletzt durch das Vorkommen oben angeführter Rohstoffe sowie die Nähe der ober-schlesischen Kohle. Diese Massierung der industriellen Produktion in mehr oder weniger geschlossenen Räumen bedingte dann auf der anderen Seite die Erhaltung eines ausgebreiteten aber überalterten Handwerks auch auf



Die Peskenburg und Herkulesssäule bei Ojcow — 28 km von Krakau

Aufn.: Brandne

Produktionsgebieten, in denen in Mitteleuropa längst die industrielle Produktion die Führung übernommen hatte, ferner eine Übersetzung des Kleinhandels auf dem flachen Lande für die Aufsuchung und Sammlung von Rohstoffen oder halbfertigen Waren, außerdem von Abfällen und für die Verteilung von Fertigfabrikaten.

Auch der Stadthandel zeigt eine sehr starke Übersetzung gemessen an den Bedürfnissen der unmittelbar zu versorgenden Verbraucherschaft.

Sowohl im Stadt- als auch im Landhandel sowie im Handwerk und der Industrie ist der jüdische Bevölkerungsteil wesentlich stärker beteiligt als dies ihm nach seiner tatsächlichen Bevölkerungszahl zukommen dürfte.

IX. Verwaltung

Die Verwaltung des Distrikts Krakau gliedert sich folgendermaßen:

Chef des Distrikts: Gouverneur Dr. Wächter,

//-Brigadeführer,

Chef des Amtes: Min.-Rat Wolsegger.

//- und Polizeiführer: //-Gruppenführer Zech.

Abteilungen:

Präsidialabteilung: Landgerichtsrat Dr. Scheickl,

Personalabteilung: Oberreg. Dr. Hönigl,

Innere Verwaltung: Oberreg. Engler,

Volksaufklärung und Propaganda: Gauamtsleiter

Huxhagen (komm.),

Schulwesen: Hofrat Dr. Watzke,

Gesundheitswesen: Med.-Rat. Dr. Dopheide,

Veterinärwesen: Oberreg. Dr. Ziehmer,

Raumordnung und Planung: Zur Zeit unbesetzt,

Finanzen: Oberreg. Lodde,

Bauwesen: Dr. Pohl,

Wirtschaft: Kommerzialrat Heuritsch,

Arbeit: //-Sturmbannführer Pavlu,

Treuhand-Außenstelle: Dr. Braunegg,

Justiz: Landgerichtsdirektor Müller,

Ernährung u. Landwirtschaft: Landdirektor Dr. Gareis,

Forsten: Landesforstmeister Dr. Schnell.

Der Distrikt ist in zehn Kreise eingeteilt mit je einem Kreishauptmann an der Spitze.

Krakau-Land — Kreishauptmann Dr. Höller,
Miechow — Kreishauptmann Dr. Zinser,
Neumarkt — Kreishauptmann Dr. Dewitz,
Tarnow — Kreishauptmann Ernst Kundt, MdR.,
Neu-Sandez — Kreishauptmann Dr. Busch,
Jaslo — Kreishauptmann Dr. Losacker,
Rzeszow — Kreishauptmann Dr. Ehaus,
Debica — Kreishauptmann Oswald,
Jaroslau — Kreishauptmann Dr. Eisenlohr,
Sanok — Kreishauptmann Schaar.

Die Stadt Krakau ist eine kreisfreie Stadt mit dem Stadthauptmann von Krakau Direktor Schmid an der Spitze.

X. Das Deutschtum in Galizien

Im Zuge der großen Ostwanderungen deutschen Volkstums sind auch im heutigen Distrikt Krakau zahlreiche deutsche Bauern während des Mittelalters eingewandert. Sie schufen hier blühende deutsche Dörfer, und die Gründungen der bedeutendsten Städte Galiziens gehen ebenfalls auf die Initiative deutscher Einwanderer zurück. Sie waren in den größeren Städten, so insbesondere in Krakau in der Mehrheit, und noch im 15. Jahrhundert zählten selbst die Polen Krakau zu den deutschen Städten.

Im 14. Jahrhundert legte Ladislaus von Oppeln, der Statthalter Kasimirs „des Großen“ Hunderte von deutschen Bauernsiedlungen im Raum zwischen Krakau und Lemberg an; diese frühen deutschen Siedlungen erhielten sich über zweihundert Jahre deutsch, wurden jedoch dann im Laufe des 16. und 17. Jahrhunderts zunehmend polonisiert. Von ihrem Schaffen künden heute noch zahlreiche galizische Städtebilder, unter ihnen am eindrucksvollsten Krakau, dessen alte Bauten ausschließlich deutschen Charakters sind.

Galizien war im Jahre 1772 bei der ersten Teilung Polens unter dem Namen „Vereinigtes Königreich Galizien und Lodomerien“ an Österreich gekommen. Kaiser Joseph der Zweite berief in das Land Deutsche, um der

Landwirtschaft, dem Handel und Gewerbe aufzuhelfen. Um deutsche Handwerker und deutsche Kaufleute für die Städte zu gewinnen, erließ er im Jahre 1774 das erste Ansiedlungspatent. In diesem warb er auch Protestanten für die Städte an und gewährte ihnen nicht nur unentgeltliche Verleihung des Bürger- und Meisterrechts, sondern auch freie Ausübung ihrer Religion. Auf den Ruf des Kaisers kamen aus allen Teilen Deutschlands Hunderte deutscher Handwerker, Gewerbetreibender und Kaufleute in das Land, namentlich in die Städte. Es läßt sich der Nachweis erbringen, daß diese Deutschen alle Arten und Zweige des Handwerks im Lande eingeführt haben.

Dieser große Erfolg der bürgerlichen Städtekolonisation ermunterte Kaiser Joseph dazu, auch das flache Land zu besiedeln, und so erließ er 1781 sein zweites Ansiedlungspatent, das im Westen Deutschlands, namentlich in der Pfalz, großen Widerhall fand und deutsche Bauern beider Konfessionen nach Galizien rief. Das Ansiedlungspatent versprach den Bauern, sie sollten auf den Domänengütern Grund und Boden erbeigentlich erhalten; ebenso erhielten sie Wohnhäuser, Wirtschaftsgebäude, Wirtschaftsgeräte, Zug- und Nutzvieh unentgeltlich.

Da die Regierung mit ihren deutschen Ansiedlungen einen beispiellosen Erfolg hatte, folgten ihr bald auch die polnischen Großgrundbesitzer nach und siedelten auf ihren Gütern deutsche Bauern an. Zu Anfang des 19. Jahrhunderts folgten weitere Siedler und zwar solche aus dem Egerland und dem Böhmerwald nach. Sie wurden in Privatsiedlungen angesetzt. Durch das zweite Ansiedlungspatent vom 1. Oktober 1781 war den Protestanten in Österreich und damit auch in Galizien Religionsfreiheit eingeräumt worden. So kamen in den Jahren 1782 bis 1785 und in einem zweiten Strom von 1803 bis 1805 und noch später ruckweise in kleineren Scharen etwa 5000 deutsche Bauernfamilien mit rund 20000 Köpfen ins Land. Es entstanden auf diese Weise zusammen mit den späteren Tochttersiedlungen etwa 240 Kolonien verschiedener Größe, unter denen sich freilich auch viele kleine Siedlungen befanden.

Das bürgerliche deutsche Element in den Städten stieg während der Mitte des 19. Jahrhunderts dank seiner

wirtschaftlichen Tüchtigkeit zu einer angesehenen Stellung auf. Auf dem Lande indessen wurde durch eine fortwährende Teilung die Grundlage der deutschen bäuerlichen Existenz langsam untergraben. Dazu kam, daß die einzelnen deutschen Siedlungen inmitten einer fremdvölkischen Umgebung sich selbst überlassen blieben. Die Sorge um die Erhaltung der deutschen Schule, und anderer kultureller Einrichtungen lag ausschließlich bei den einzelnen Siedlungen selbst. Zudem kam, daß sich der polnische Druck sowohl wirtschaftlich als auch politisch immer fühlbarer machte. In dieser ständigen Abwehrstellung wußte sich aber das galizische Deutschtum so gut wie es eben ging zu helfen durch Gründung eines völkischen Schutzbundes. Auf wirtschaftlichem Gebiet versuchte man sich des fremdvölkischen Druckes sowohl des chauvinistisch polnischen als auch dem Würgegriff des Juden, der immer stärker das Wirtschaftsleben der Provinz beherrschte, durch Ein- und Verkaufsgenossenschaften, Raiffeisenkassen und andere wirtschaftliche Einrichtungen zu entziehen. Dann kam der Weltkrieg. Galizien wurde wiederholt der Schauplatz verheerender Kämpfe. Viele deutsche Dörfer wurden zerstört. Nach Friedensschluß gehörte das ehemalige österreichische Galizien zur Republik Polen. Der Leidensweg deutschen Volkstums unter der polnischen Herrschaft begann. Die Zeit nach dem Weltkrieg brachte keine Ruhe für einen geordneten Aufbau. Im Gegenteil, die Existenzen, die nicht durch den Krieg vernichtet wurden, wurden nun von dem fanatischen Chauvinismus eines polnischen Staates planmäßig zerstört. Erst die Besetzung des polnischen Staates im September des Jahres 1939 durch deutsche Truppen erlöst das Deutschtum Galiziens aus einer verzweifelten Lage und gibt ihm durch den starken Schutz des Reiches die Möglichkeit ein neues Leben zu beginnen. Nachdem nun die wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen eines neuen Aufstiegs gegeben sind, blüht auch das kulturelle Leben in den deutschen Kolonien wieder auf. Der beste Beweis für den wieder erwachten deutschen Lebenswillen sind die deutschen Schulen. So wurden im Distrikt zwanzig deutsche Volksschulen wieder eröffnet, die einst von polnischen Machthabern

geschlossen wurden, um das Deutschtum völkisch zu entwurzeln. Außer den Volksschulen bestehen bereits wieder zwei deutsche Oberschulen in Krakau und Zakopane.

Betrachten wir abschließend die Leistung der Deutschen im ehemaligen Galizien, so muß festgestellt werden, daß die gerufenen Siedler und Städtegründer nicht nur die in sie gesetzten Hoffnungen und Erwartungen erfüllten, sondern darüber hinaus dem Lande ein durch die Jahrhunderte hindurch bestehendes deutsches Gesicht gaben, das sich bis auf unsere Tage erhalten hat. Das Land trägt für den, der zu sehen vermag, überall die Spuren deutscher Arbeit und deutschen Schaffens.

XI. Bedeutende Orte

Landkreis Krakau:

Wieliczka: Eine Stadt mit ca. 7000 Einwohnern ist in zwei Stunden von Krakau aus mit einer Lokalbahn zu erreichen. Der Ort ist berühmt durch sein Salzbergwerk, das zu den größten der Welt gehört. Das Salzgebirge, welches abgebaut wird, ist auf ca. 4000 m in der Länge und auf 800 m in der Breite aufgeschlossen und enthält Salzlager von 20—30 m Mächtigkeit. Die Gänge verlaufen labyrinthisch in 7 Stockwerken und sind oft in beträchtlicher Höhe durch hölzerne Brücken verbunden, sie haben zusammen eine Länge von 120 km. Länge der Grubenbahnen 46 km. Von den ausgebrochenen Kammern sind gegen 70 von bedeutender Höhe und Größe und manche mit Verzierungen aus Holz und Salz versehen. In ihnen sind aus Steinsalz kunstvolle Altäre, Kanzeln und Bildsäulen errichtet. Die Gruben enthalten eine Anzahl von Salzseen, die mit Nachen befahren werden. Das Steinsalz von Wieliczka kommt in drei verschiedenen Arten vor mit 98, 95 und 94% Gehalt an Chlornatrium, ferner als vollkommen durchsichtiges Kristallsalz. Bis vor dem Kriege wurden ca. 1100000 Doppelzentner Salz jährlich gefördert.

Bochnia: ist eine alte Salinenstadt. Die Bergwerke beschäftigten vor dem Kriege 300 Arbeiter. Bei der Grube sind Solbäder eingerichtet. Die Stadt besitzt zwei

Marktplätze und eine alte Pfarrkirche aus dem Jahre 1253 mit einem Holzturm, sowie einen weitläufigen Park, in dem die Salinen stehen.

Kreis Tarnow:

Tarnow: Die Stadt liegt am rechten Ufer des Bialaflußes und ist Sitz der Kreishauptmannschaft. Tarnow ist eine alte deutsche Gründung. Bemerkenswert sind die zahlreichen Kirchen, deren älteste Spuren bis in das Jahr 1392 zurückführen. Von den öffentlichen Gebäuden ist das Rathaus interessant, das in seinem Stil eine gewisse Ähnlichkeit mit der Krakauer Tuchhalle aufweist. Bei der Kathedralkirche befindet sich ein Diözesan-Museum, das Bilder und Denkmäler der ehemaligen deutschen Krakauer Zunftschule aus dem 15. und 16. Jahrhundert enthält. Eine deutsche Schule ist vorhanden. Tarnow ist ferner ein Knotenpunkt der Zweigbahn nach Stroze-Neu-Sandez-Krynica (südlich) und der Lokalbahn nach Szczucin (nördlich).

Kreis Debica:

Debica: Knotenpunkt der Eisenbahnen nach Tarnobrzeg und dem Sandomierzer Industriegebiet, die hier von der Hauptstrecke Krakau—Przemysl abzweigt. Sitz der Kreishauptmannschaft. Einige Kilometer südlich vor der Stadt in Lytoszyn eine Schwefelquelle.

Kreis Rzeszow:

Rzeszow: Sitz des Kreishauptmannes. Die Stadt liegt am linken Ufer des Wislok und ist Knotenpunkt der Bahnlinie Rzeszow—Jaslo, die hier an die Hauptstrecke Krakau—Przemysl angeschlossen ist. Die Stadt ist durch ihre Pferdemarkte bekannt geworden. Bemerkenswert ist das als Sitz der deutschen Kreisbehörde verwendete Schloß, die „Kreisburg“.

Kreis Jaroslau:

Jaroslau: Jaroslau liegt am linken San-Ufer und damit an der deutsch-russischen Interessengrenze. Die Stadt, heute Sitz des Kreishauptmannes, ist wie viele kleinere und größere Städte des Distrikts eine alte deutsche Gründung. Jaroslau weist zahlreiche schöne Kirchen auf. Im vorigen Jahrhundert war Jaroslau in Ost-Europa durch



Der Generalgouverneur mit dem Oberbefehlshaber Ost, Generaloberst Blaskowitz, im Arkadengang der Burg zu Krakau. Dahinter: Reichsminister Dr. Seyß-Inquart, der Stellvertreter des Generalgouverneurs

Aufn.: Rösner

seine Jahrmärkte weit berühmt; heute noch kommen auf den dreitägigen Jahrmärkten am 15. August und am 8. September ein paar Tausend Bauern und Kaufleute aus der Umgegend. Die Hauptbahnlinie von Krakau kommend, erreicht bei Jaroslau die Grenze und führt dann in einem Bogen parallel des Sanflusses weiter südlich nach Przemysl.

Przeworsk: Marktflecken westlich von Jaroslau an der Bahnlinie Krakau—Przemysl. Von hier zweigen Lokalbahnen nach Tarnobrzeg (nördlich) und nach Dynow (südlich) ab.

Deutsch-Przemysl: Grenzstadt und einziger Grenzübertritt des Distrikts auf sowjetrussisches Gebiet. Endpunkt der Hauptbahnlinie, die über Krakau ins Reich führt. Die Stadt ist Umlade- und Umschlagplatz für Güter aller Art, die aus der Sowjet-Union auf dem Schienenweg ins Deutsche Reich transportiert werden.

Kreis Sanok:

Sanok: Sitz der Kreishauptmannschaft. Die Stadt liegt am linken Sanufer. Bemerkenswert ist ein altes, früher befestigtes Schloß an der Ostseite der Stadt am hohen felsigen Sanufer.

Rymanow-Bad: liegt 3 km südlich des Städtchens Rymanow, am Fluß Raba. 1878 wurden hier Mineralwässer entdeckt. Die drei Quellen enthalten reichlich Salze der Alkalien Brom und Jod und werden zu Bädern und Trinkkuren verwendet.

Kreis Jaslo:

Jaslo: Die Stadt ist Sitz des Kreishauptmannes. Sie ist ein Knotenpunkt der Bahnlinie Rzeszow—Jaslo und Sanok—Neu-Sandez. Die Stadt liegt auf einer weiten Ebene am Zusammenfluß der Flüsse Jasiolka, Ropa und Wislok. Sie ist der Mittelpunkt der Erdölindustrie.

Krosno: Städtchen am Flusse Wislok. Alte deutsche Gründung aus dem 14. Jahrhundert. Krosno gehörte einst zu den reichsten und schönsten Städten Galiziens. Aus jener Zeit sind zwei Kirchen mit einer Fülle von Kunstdenkmälern erhalten geblieben. Bemerkenswert sind ferner der Ringplatz mit den Lauben, sowie auf der Südseite das Renaissance-Tor.

Iwonicz-Bad: in der Nähe von Dukla gelegen, besitzt fünf Salzquellen, die reichlich Brom und Jod enthalten. Große Kuranstalt.

Kreis Neu-Sandez:

Neu-Sandez: Die Stadt ist der Knotenpunkt der südlichen Bahnlinie, die von Sanok aus bis Chabowka führt und der Bahn Tarnow—Alt-Lublau (Slowakei). Neu-Sandez ist Sitz des Kreishauptmannes und städtischer Mittelpunkt des westgalizischen Deutschtums.

Krynica-Bad: Endstation der Strecke Tarnow—Neu-Sandez—Krynica. Mit seinen Einrichtungen steht Krynica neben Zakopane an der Spitze der galizischen Kurorte. Seine fünf Mineralquellen sind stark alkalische Eisensäuerlinge mit hohem Gehalt an natürlicher Kohlensäure. Die Quellen entspringen in einer breiten Schlucht am Krynica-Fluß. An Bädern gibt es Mineral-, Gas- und Moorbäder.

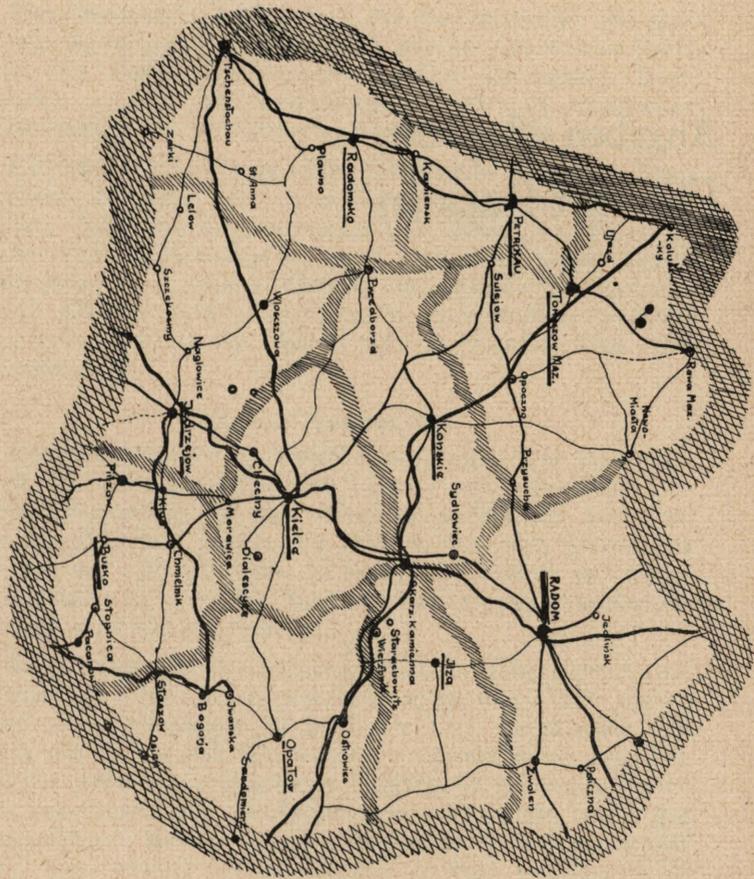
Kreis Neumarkt:

Neumarkt: Sitz des Kreishauptmannes. Das Städtchen liegt am Zusammenfluß des Czarny und des Bialy Dunajec. Neumarkt ist eine deutsche Gründung aus dem 13. Jahrhundert, zahlreiche Bauten aus dem Mittelalter weisen auf den ehemals deutschen Charakter der Stadt hin. Heute ist der Kreis Neumarkt überwiegend von goralischer Bevölkerung bewohnt.

Zakopane: ist der bekannteste klimatische Kurort und Wintersportplatz des Generalgouvernements. Mit 900 m über dem Meeresspiegel liegt der Ort unmittelbar am Fuße der Tatra und bietet einen wunderschönen Ausblick auf die gesamte Gebirgskette. Zahlreiche Erholungsheime der verschiedensten Behörden sind vorhanden, sowie gut eingerichtete Hotels. Für den Wintersport sind eine große und eine kleine Sprungschanze gebaut worden. Eine Seilbahn führt auf den Kasprowy Wierch, 1988 m, auf dem sich eine Wetterstation befindet und eine Bergbahn auf die Sonnbergalm. Zu allen Jahreszeiten ist Zakopane Ausgangspunkt großer Touren in das Tatragebiet.

Angaben über den Distrikt Radom

Zusammengestellt von der Abteilung
für Volksaufklärung und Propaganda
im Amt des Distriktschefs Radom



Angaben über den Distrikt Radom

I. Lage

Der Distrikt Radom wird im O. und SO. von der Weichsel, im S. vom Distrikt Krakau, im W. und NW. vom Warthegau und im N. von dem Distrikt Warschau begrenzt. Somit liegt der Distrikt inmitten des Generalgouvernements.

Die Größe des Distrikts Radom beträgt 25500 qkm und hatte am 10. März 1940 = 2726516 Einwohner.

Der Sitz des Distrikts-Chefs ist die Stadt Radom. Gleich nach der Besetzung Polens durch die deutschen Truppen wurde der Distrikt in 16 Landkreise aufgeteilt. Aus verwaltungstechnischen Gründen wurde jedoch durch Zusammenlegungen die Zahl auf 10 Landkreise beschränkt, zu denen noch 3 kreisfreie Städte kommen.

II. Bevölkerung

Die Kreise mit dem Sitz des Kreishauptmanns, sowie die kreisfreien Städte sind in nachfolgender Aufstellung aufgeführt. Gleichzeitig auch eine Übersicht über die Einwohnerzahl, aufgeteilt nach der Staatszugehörigkeit entsprechend dem Stand vom 10. März 1940:

	Volks- deutsche	Polen	Juden	Sonstige	Zusam- men
Radom-Stadt	500	74.250	25.000	250	100.000
Petrikau	6.533	146.702	15.521	33	168.789
Radomsko	3.156	196.249	11.225	32	210.662
Jędrzejow	697	215.976	14.968	106	231.747
Busko	279	190.511	22.406	—	213.196
Kielce-Ld.	956	199.621	13.040	—	213.617
Konskie	158	140.913	10.632	—	151.703
Tomaschow	11.493	297.424	28.938	353	338.211
Radom-Land	4.863	289.302	30.047	—	324.212
Starachowice (Ilza)	875	182.027	11.692	4	194.598
Opatow	37	294.682	43.511	—	338.230
Tschenstochau- Stadt	3.000	127.000	30.000	—	160.000
Kielce-Stadt	800	55.000	25.400	351	81.551
	33.347	2.409.660	282.380	1.129	2.726.516

III. Verwaltung

Chef des Distrikts Radom: Gouverneur Dr. Dr. Karl Lasch, Reichsamtsleiter der NSDAP.

Der Chef des Amtes — Oberreg.-Rat Dr. Egen

Der // u. Polizeiführer — //Oberführer Katzmann

Die Leiter der Abteilung:

Personal — Bürgermeister Hack

Innere Verwaltung — Reichsstellenleiter Kujath

Volksaufklärung u. Propaganda — in Vertr. Gauhaupt-
stellenleiter Reisch

Finanzen — Oberreg.-Rat Dr. Radtke

Justiz — Oberlandesgerichtsrat Methner

Forsten — Oberreg.-Rat Hauer

Ernährung und Landwirtschaft — Kreisbauernführer
Schumann

Wirtschaft — Oberreg.-Rat Rebsamen

Treuhandstelle — Direktor Kloeters

Arbeit — Oberreg.-Rat Paepke

Schulabteilung — Regierungs- und Schulrat Dobbermann

Gesundheit u. ärztliche Volkspflege — Dr. med. Waizenegger

Veterinärwesen — Regierungsveterinär Dr. Fischer

Eisenbahn — Reichsbahnrat Dr. Reindl

Post — Postrat Bethge

Straßenbau — Baurat Hoffmann

Die Kreishauptmänner:

Kreishauptmann	Buss	in Petrikau
„	Driessen	„ Radomsko
„	Dr. Glehn	„ Jędrzejow
„	Dr. Schäfer	„ Busko
„	Jedamczyk	„ Kielce
„	Dr. Albrecht	„ Konskie
„	v. Ballusek	„ Tomaszow
„	Dr. Egen	„ Radom-Land
„	Zettelmeyer	„ Starachowice
„	Dr. Ritter	„ Opatow

Die Stadthauptmänner:

Stadthauptmann	SA-Gruppenführer	
„	Schwitzgebel	in Radom
„	Dr. Wendler	„ Tschenstochau

Die Stadtkommissare:

Stadtkommissar	Rotter	in Kielce
„	Dr. Gottschalk	„ Ostrowiec
„	Dr. Lucas	„ Tomaszow

Geschichtlich ist der Distrikt Radom durch Jahrhunderte hindurch im wechselseitigen Kampf zwischen Rußland und den benachbarten Staaten oft zur Walstatt heftiger Schlachten geworden. Bereits im XV. Jahrhundert können die einzelnen Kreise von schwerer Kriegsnot berichten, dann kam der 30-jährige Krieg, die Teilungen Polens und schließlich der Weltkrieg.

IV. Wirtschaftliche Struktur

Die wirtschaftliche Struktur des Distrikts Radom ist zum weitaus größten Teil landwirtschaftlich bedingt, ohne jedoch den an ihn zu stellenden Ansprüchen zu genügen. Zahlreiche Stellen weisen des weiteren **Eisenerzvorkommen** auf, die auf die wirtschaftliche Entwicklung nicht ohne Bedeutung der einzelnen Kreise waren und noch werden. Besonders das Gebiet östlich und nördlich der Lysa-Gora kann eine jahrhundertelange Förderung, Verhüttung und Verarbeitung nachweisen.

Ein nicht zu unterschätzender Faktor in der wirtschaftlichen Struktur des Distrikts ist gleichfalls die Forst- und Waldwirtschaft, die zur Gründung zahlreicher **Sägewerke** und **Möbelfabriken** führte. In der neueren Zeit entstanden Zellulosefabriken und eine Kunstseidenfabrik.

Der Distrikt Radom besitzt des weiteren im Kreise Radomsko die einzige **Kunstdüngerfabrik**, sowie zahlreiche **Gerbereien**, **Keramikfabriken** usw.

V. Die Aufbauarbeit

Sofort nach dem Einsatz der deutschen Verwaltung im September 1939 wurde durch den tatkräftigen Aufbauwillen aller im besetzten Gebiet tätigen Reichsdeutschen mit der Inangasetzung der industriellen Betriebe begonnen. Fabriken, die durch die Kampfhandlungen zerstört oder von polnischen Banden in Brand gesteckt worden waren, wurden schnellstens wieder in Gang gebracht. Hierdurch konnte die überall vorhandene Arbeitslosigkeit bald eingedämmt, in einzelnen Gegenden sogar restlos beseitigt werden. Die gerechte Behandlung der polnischen Bevölkerung, die bereit war, sich in den Dienst der Aufbauarbeit zu stellen, brachte es mit sich, daß heute das Vertrauen der polnischen Bevölkerung zur deutschen Verwaltung von Tag zu Tag zunimmt, was besonders auch in der Zunahme der Spareinlagen bei den Kreissparkassen zum Ausdruck kommt.

Genau so können auch über die Tätigkeit der deutschen Verwaltung auf landwirtschaftlichem Gebiet nur beste Erfolge festgestellt werden. Sofort nach Beendigung der Kampfhandlungen wurden die polnischen Bauern durch die Kreislandwirte angehalten, ihre Äcker zu bestellen. Die Bewirtschaftung der großen Güter wurde sofort in die Hand genommen. Es darf festgestellt werden, daß unter den obwaltenden primitiven Verhältnissen ohne jegliche Hilfsmittel dank Unterstützung aller Stellen die Herbstbestellung 1939 zu 99% bewerkstelligt wurde. Ein schöner und stolzer Erfolg gemeinschaftlichen Schaffens im Distrikt.

Auch auf dem Gebiet der Viehwirtschaft ist die Vorplanung für 1940 auf die vorhandenen Bestände aufgebaut worden, um auch hier wieder den Bestand der Vorkriegszeit möglichst recht schnell zu erreichen. Eine weitere Förderung wird der Flachs-anbau, Obstbau und der Kartoffelanbau erfahren. Des weiteren wird die Milch-, Eier- und Zuckerwirtschaft eine grundlegende Neuordnung erfahren.

Wichtige Aufbauarbeit wird auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft geleistet. Die Vorflut wurde geregelt, offene Gräben in Ordnung gebracht und größere Meliorationen sind geplant, da z. Zt. hierfür selbst die einfachsten Geräte nicht vorhanden sind.

VI. Radom, die Hauptstadt des Distrikts

Die Stadt Radom liegt an der Strecke Warschau—Krakau in einer Entfernung von 104 km von Warschau entfernt auf 51° nördlicher Breite und 21° östlicher Länge. Die Gesamtgröße der Stadt beträgt 2193 ha, ihre Einwohnerzahl z. Zt. rund 100000.

Radom ist Sitz des Distrikts-Chefs.

Geschichtliches

Radom ist eine der ältesten Städte des Weichselraumes, sie wird schon im 12. Jahrhundert als Burg erwähnt. Das

heutige Radom verdankt seine Entstehung dem Polenkönig Kasimir, der ihm im Jahre 1364 das Magdeburger Stadtrecht verlieh. Radom hat eine sehr wechselvolle Geschichte erlebt; eine große Blütezeit unter der Regierung der Jagellonen, der in den Nachfolgezeiten mehrfache Zerstörungen der Stadt folgten. Von 1613 bis 1765 war Radom Sitz des Höchsten Finanztribunals. Bemerkenswert ist, daß im Jahre 1767 hier die „Radomer Konföderation“ geschlossen wurde. Nachdem im Jahre 1816 Radom die Hauptstadt der Wojwodschaft Sandomierz wurde, begann auch der wirtschaftliche Aufstieg der Stadt. Nach der Wiedererrichtung Polens im Jahre 1918 begann ein rasches Wachstum der Stadt. Die Bevölkerungszahl stieg vom Jahre 1914 bis 1921 von 40000 auf 61000 und von 1921 bis 1938 auf über 90000 Einwohner. Im Jahre 1916, d. h. während der Besetzung durch die österreichische Armee, erhielt Radom die Selbstverwaltung. Während des Feldzuges der 18 Tage im September 1939 wurden die Bahnhofsanlagen und der Flugplatz von deutschen Fliegern zerstört.

Die Industrie

Radom ist Sitz des größten Lederzentrums von Polen, das mit 32 Gerbereien vor dem Kriege fast den gesamten Lederbedarf für Schuhwerk und Stiefel einfachster Art für ganz Polen deckte. Von Radom wurden jährlich rund 600 to Fertiglleder versandt. Das größte Industrieunternehmen Radoms, das Fahrräder und Maschinen herstellt, beschäftigt heute bereits wieder über 2000 Arbeiter.

An weiteren Industrien sind zu nennen:

6 Eisengießereien, ein modernes Werk für Telefon- und Zugmeldeapparate, ein Emaillierwerk, 3 größere Keramikwerke, Schuhfabriken, eine Stahlfabrik von sehr bedeutendem Umfang, Sägewerke, Ziegeleien u. a.

Trotzdem die Umgegend von Radom ausschließlich landwirtschaftlichen Charakter trägt, ist die Ernährungslage der Stadt durch wilde Aufkäufe von Schiebern und Wucherern vorübergehend nahezu besorgniserregend gewesen.



Radom. Stadtplan

Die Aufbauarbeit

Mit der Übernahme der Aufsicht über die Verwaltung der Stadt Radom durch die Deutsche Verwaltung wurde auch die Inbetriebsetzung der Industrien eingeleitet. Begonnen wurde mit der Wiederingangsetzung derjenigen Industrien, deren Erzeugnisse für das deutsche Reich und für die Deutsche Verwaltung der besetzten Gebiete besonders wichtig waren, d. h. Leder, Eisenteile, Nägel, Holzwaren jeder Art usw. Von den mit Ausbruch der Kriegshandlungen vollständig stillgelegten Unternehmungen konnten bis zum März 1940 über 90% der Betriebe wieder in Gang gesetzt werden. Unter der tatkräftigen Verwaltung konnte die stark angestiegene Arbeitslosenzahl schnell herabgesetzt werden.

Die Verwaltung

Die Verwaltung der Stadt Radom selbst wird mit polnischem Personal unter Führung eines polnischen Bürgermeisters ausgeübt. Der Stadthauptmann führt lediglich die Aufsicht und hat die Entscheidung über alle Fragen, von der die Gesamtverwaltung des Distrikts und des Generalgouvernements berührt wird. Reichsdeutschen wird empfohlen, das „Haus des deutschen Clubs“ in Radom zu besuchen.

VII. Die Kreise des Distrikts

A. Kreis Petrikau

Der Kreis Petrikau hat eine Größe von 1245 qkm mit 168789 Einwohnern = 137 Einwohner je 1 qkm.

Die Kreisstadt Petrikau hat 58257 Einwohner.

Der Kreis Petrikau war wesentlicher Bestandteil der sogenannten Lodscher Ebene, einer landschaftlichen Einheit. Die Stadt Petrikau bildete in der vergangenen Zeit

bis zum Aufkommen der jungen Stadt Lodsch den politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Mittelpunkt dieser Landschaft. Die große politische Bedeutung Petrikau ergibt sich aus der Tatsache, daß diese Stadt während des ganzen Mittelalters der Sitz des Grod-Richters war, dessen Amtsbereich sich im wesentlichen mit der späteren Wojwodschaft Lodsch deckte. Der Beiname „Trybunalski“ = Gerichtssitz zeugt von dieser Vergangenheit. Vom 16. bis 18. Jahrhundert verwaltete dieses Gebiet der Starost von Petrikau.

In der südpreußischen Zeit folgte die Kriegs- und Domänenkammer Petrikau und schließlich unter der russischen Herrschaft der Gouverneur von Petrikau. Erst nach der Schaffung von Versailles-Polen wurde der Verwaltungssitz nach Lodsch verlegt, ohne daß sich in der Abgrenzung dieses Verwaltungsbereichs etwas änderte.

Die Stetigkeit der verwaltungsmäßigen Zugehörigkeit bildete auch die Voraussetzung für eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung, deren wesentliches Merkmal die Schaffung einer weltbekannten Textilindustrie gewesen ist, die vornehmlich durch deutschen Gewerfleiß und Wagemut sich in dem von der Natur gegebenen Raum organisch zu hoher Blüte entwickelte. Wenn auch die Zentrale dieser Industrie in Lodsch lag, so bestand doch in Petrikau und Umgebung eine bemerkenswerte Zubringer-Industrie, die für den Kreis von größter finanzieller Bedeutung war. Daneben bildeten Glas-, Hefe-, Stärke- und Syrupfabriken und zahlreiche Werke zur Holzverarbeitung einen starken wirtschaftlichen Faktor.

Für den Neuaufbau der Wirtschaft erwachsen der Deutschen Verwaltung große Aufgaben, die einer gewissen Anlaufzeit bedürfen und vor allem die Umstellung der Textil-Industrie auf andere Produktionszweige erforderlich machen. Eine große Weberei und Spinnerei in Petrikau hat bereits mit der Herstellung von Holzbettstellen begonnen.

Die wirtschaftliche Hauptkraft des Kreises liegt in der Land- und Forstwirtschaft. Von über 120000 ha Nutzfläche entfallen auf die Landwirtschaft etwa 100000

ha, auf Forsten 21700 ha, davon 16700 ha Staatswald und 5000 ha Gemeinde- und Privatwald. Güter über 100 ha sind 33 mit einer Gesamtfläche von 13000 ha vorhanden. Der übrige Boden ist in mittel- und kleinbäuerlichem Besitz. Hauptanbaufrüchte sind Kartoffeln und Roggen. Der Zuckerrübenanbau ist unwesentlich. Vorkehrungen für eine Erhöhung des Oelfruchtanbaus (seither 2%) sind getroffen. Bemerkenswert ist noch die Karpfenzucht, die in der Hauptsache von den größeren Gütern im Süden des Kreises betrieben wird.

Die Ernährung der Kreisbevölkerung ist sichergestellt, trotzdem durch die Kriegseinwirkungen, besonders längs der Straße Tschenstochau-Warschau große Mengen von Getreide vernichtet wurden und durch den starken Verbrauch des polnischen und deutschen Heeres eine starke Verminderung in den Beständen eintrat.

Die Überprüfung der Molkereien und die Einführung der Milchablieferungspflicht wird zu einer vermehrten Buttergewinnung führen. Versorgungsschwierigkeiten mit Eiern sind nicht zu erwarten.

Aufbauarbeit

Unmittelbar hinter der kämpfenden Truppe erfolgte die Einrichtung der Deutschen Verwaltung. Als erstes wurde die Wiederingangbringung der Versorgungsbetriebe in Angriff genommen, da das Elektrizitätswerk, das Wasserwerk und die Gasanstalt durch Kriegseinwirkungen beschädigt und außer Betrieb waren. Schon in der ersten Woche wurde die Wasser- und Lichtversorgung gesichert, während die Instandsetzung des Gaswerkes etwas länger dauerte. Die nächste Sorge galt der Wiederaufnahme der Arbeit in den industriellen Betrieben. Verwaiste jüdische Fabriken wurden mit Treuhändern besetzt und in Gang gebracht, eine Bank und eine Brauerei bereits nach 2 Tagen wieder eröffnet. Die Bergung der Ernte und die Feldbestellung wurden unter verantwortlicher Überwachung der Bürgermeister bis Ende Oktober 1939 fast restlos durchgeführt. In den Wintermonaten wurden Vorbereitungen für die Intensivierung der Landwirtschaft

und die Frühjahrsbestellung getroffen. Das erforderliche Saatgut und der Düngemittelbedarf wurden sichergestellt.

Auch der Wiederaufbau des Schulwesens wurde sofort begonnen. Bereits am 1. Oktober 1939 konnte die erste 4-klassige Volksschule eröffnet werden. Am 1. Januar 1940 bestanden 20 volksdeutsche Schulen, in denen 1135 Kinder unterrichtet wurden. Für die Heranbildung von Hilfslehrkräften wurde ein deutsches Seminar eingerichtet. Auch die polnischen Schulen begannen bereits im Herbst 1939 wieder ihre Tätigkeit. Auf dem Gebiet des polnischen Fachschulwesens wurde eine Handelsschule eröffnet, während eine Fachschule für Handwerker und eine solche für Land- und Hauswirtschaft in Vorbereitung sind. Auf dem Gebiet der Justiz, des Arbeitseinsatzes, des Forstwesens und der Finanz- und Monopolverwaltung setzte ebenfalls der Wiederaufbau unverzüglich ein.

Die Verwaltung

Hand in Hand mit der Ordnung der wirtschaftlichen Verhältnisse und der Einrichtung der Deutschen Verwaltung erfolgte die Reorganisation der polnischen Selbstverwaltung. In den Gemeinden wurden geeignete Bürgermeister eingesetzt und die Personalbestände der Gemeindeverwaltungen mit den zu leistenden Aufgaben in Einklang gebracht.

Der Kreiskommunalverband erstand unter Leitung des Kreishauptmanns in neuer Form. Am 1. 1. 1940 waren folgende Abteilungen tätig:

Verwaltungs- und Finanzbüro, Kreisstraßenbauverwaltung, Kreisbauamt, Kreistierarzt, Kreisarzt, soweit es sich um die Betreuung kommunaler Aufgaben handelt, Kreisagronom und Kreiswiesenbaumeister.

Für die Durchführung der Fürsorge der polnischen Bevölkerung und der Betreuung der Evakuierten wurde ein polnisches Hilfskomitee gebildet und in die gemeindliche Fürsorgetätigkeit eingeschaltet.

In der Verwaltung der jüdischen Gemeinde trat insofern eine Änderung ein, als besondere Ältesten-Räte

geschaffen wurden, die die Wahrnehmung der jüdischen Interessen und die Betreuung der jüdischen Bevölkerung übernommen haben. Die fürsorgerechtlichen Belange für die Juden werden von dem polnischen Hilfskomitee wahrgenommen, dem zu diesem Zweck ein jüdischer Vertreter beigeordnet wurde. Die Verbindung zwischen der ukrainischen Bevölkerung und den staatlichen Verwaltungsstellen nimmt der Ukrainische Volksverband wahr.

Der Kreis Petrikau umfaßt 2 Städte und 13 Gemeinden.

B. Kreis Radomsko

hat eine Einwohnerzahl von 210662.

Dieser Kreis ist wohl derjenige, der dem Besucher noch heute ein anschauliches Bild von der Wucht des Vormarsches und des Angriffes unserer deutschen Wehrmacht gibt. Längs der Hauptchausse Tschenstochau—Radomsko zeugen Gräber mit schlichten Holzkreuzen aus Birkenholz von dem heldenmütigen Kampf unserer deutschen Wehrmacht. Unwillkürlich hält man das Auto an, tritt an eines der umfriedeten Heldengräber, entblößt das Haupt und dankt damit all' denen, die ihr Leben für Deutschlands Zukunft und Sieg gaben.

Die Kreisstadt Radomsko war am 9. Sept. 1939, als die deutsche Verwaltung ihre nicht leichte Arbeit aufnahm, zu etwa $\frac{1}{3}$ zerstört, ohne Elektrizität und ohne Wasser, da die Leitungen durch das Feuer unserer Artillerie zerstört waren. Ebenso wurden viele Dörfer infolge eines sinnlosen Widerstandes, der Heckenschützen und entmenschten Morde an verwundeten deutschen Wehrmachtangehörigen vom gleichen Schicksal ereilt. Die erste Aufgabe für die Kreisverwaltung war daher, all' die durch die Kampfhandlungen entstandenen Schäden zu beseitigen und besonders in Radomsko die durch Geschosse zerstörten Leitungen wieder instandzusetzen. Hervorgehoben muß hier werden, daß diese Arbeiten in Radomsko innerhalb 8 Tagen durchgeführt wurden. Ebenso die industriellen Betriebe wieder in Gang zu bringen und die Durchführung der Herbstbestellung in der Landwirtschaft sicherzustellen.

Von den 210662 Einwohnern des Kreises sind 75% in der Landwirtschaft beschäftigt. Hiervon wieder gibt es 37000 selbständige Bauern, darunter 86 Gutsbesitzer mit einem Besitz von über 100 ha.

An größeren Industrie-Betrieben sind in Radomsko zu nennen: Metallurgiewerke (eine französisch-jüdische A. G.), die Möbelfabrik Thonet - Mundus A. G. (engl. Rothschild-Konzern), die Möbelfabriken Wünsche u. Co. und Weinert, die Eisengießerei Krysat und Wojakowski, die Sauggasmotoren, Wasserturbinen und Mühleneinrichtungen herstellt, ferner die Glashütten Mariwala und Keil.

Im Landkreis Radomsko sind vorhanden: Das Kupferwalzwerk in Konicopol, die Flachsfabrik in Garnek, die Pappenfabrik in Rzeki, die Zichorienfabrik in Klomnice, 2 Ölpressereien, 2 Grützmühlen und viele Sägewerke, Ziegeleien und Mühlen. Des weiteren befindet sich in Redziny eine Chem. Fabrik, die Stickstoffdüngemittel und Kalk für Düngezwecke herstellt, der einzige derartige Betrieb im Generalgouvernement.

Heute kann festgestellt werden, daß es restlos gelungen ist, alle Betriebe wieder in Gang und damit wieder ein geordnetes Wirtschaftsleben zur Entwicklung zu bringen.

Es ist selbstverständlich, daß auch hier in den durch die Kampfhandlungen zerstörten Gebieten ganz besondere Aufmerksamkeit dem Gesundheits- und Veterinärwesen geschenkt wurde. So ist auch die Stadt Radomsko im Besitz einer gut eingerichteten und stetig auf Sauberkeit überwachten Städtischen Badeanstalt, der gleichzeitig eine Entlausungsanstalt angegliedert ist. Dank der vorbeugenden Maßnahmen ist die Stadt und der Kreis von Seuchen verschont geblieben.

Die polnischen Schulen wurden bereits Mitte September wieder eröffnet, ebenso wurde die Zahl der volksdeutschen Schulen von 2 vor dem Kriege auf 6 erhöht, entsprechend der Anzahl der hier zahlreich vorhandenen Volksdeutschen.

Die Ernährungslage, die im September/Oktober 1939 von wilden Aufkäufern, Schiebern und Juden stark beeinflußt wurde, wurde durch die Gründung einer

„Landwirtschaftlichen Ein- und Verkaufsgenossenschaft“ in Radomsko bald in geordnete Bahnen gelenkt, sodaß die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung keinen Anlaß zu Klagen gibt.

C. Kreis Jędrzejow

Der Kreis Jędrzejow ist einer der größten Kreise im Distrikt Radom mit einer Größe von 2480 qkm und einer Einwohnerzahl von 231747 Personen.

Die größten Städte sind Jędrzejow, Wloszczowa und Szczekociny.

Geschichtliches

Zu der Geschichte Jędrzejows ist zu sagen, daß das hiesige Kloster vermutlich um das Jahr 1200 von Deutschen Zisterziensern gegründet worden ist. Ferner ist aus Kriegserinnerungen bekannt, daß in Jędrzejow im Jahr 1915 kurze Zeit das Große Hauptquartier des deutschen Heeres gewesen ist.

Landwirtschaft und Industrie

Der Kreis Jędrzejow ist ein rein landwirtschaftlicher Kreis, in dem sich auch große Teichwirtschaften befinden. Neben der Landwirtschaft, die bisher einen großen Überschub abgeworfen hat, sind in Jędrzejow mehrere Industrieunternehmen, die sich bis zu Beginn des Krieges sämtlich in jüdischer Hand befanden und zum Teil ein typisches Bild jüdischer Wirtschaft boten. Aus ihnen konnte man ersehen, mit welchen primitivsten Mitteln der Jude unter Ausnutzung des polnischen Arbeiters aus diesen Betrieben herausgequetscht hat, was nur möglich war. Es handelt sich bei den Industrieunternehmen um die Eisenfabrik „Metapol“, in der Nägel, Ketten, Schneeketten, Trensen, Stiefeleisen, Holzschrauben, Sohlenschoner, Fenster- und Betthaken und Draht hergestellt werden. Ferner werden in der Spatenfabrik „Stal“ landwirtschaftliche Erzeugnisse hergestellt. Die Brauerei und Mälzerei stellt Bier, Malz und Limo-

naden her. Dieses sind die drei größten Betriebe in Jędrzejów.

Ferner sind 3 große Mühlen in Betrieb. In den Landgemeinden befinden sich Gerbereien. Die Stadt Włoszczowa hat ein Elektrizitätswerk, das mit einer Mühle verbunden ist und mehrere Mühlen. Es sind weiter im Kreise mehrere Mustergüter. Die Ernährungslage ist gesichert. Der Kreis ist fast ausschließlich auf landwirtschaftliche Produktion eingestellt. Ungefähr 65% der landwirtschaftlich bebauten Fläche ist Ackerland.

Nach der letzten Viehzählung im Januar 1940 sind vorhanden: 30000 Pferde, 54000 Rinder, unter denen sich 41000 Kühe befinden, 25000 Schweine und 2900 Schafe. Die Viehwirtschaft ist mehr auf Milchwirtschaft als auf Schlachtviehproduktion eingestellt. Von den 100 im Kreise befindlichen Mühlen, die größtenteils Landwirtschaftsmühlen sind, sind 62 tätig.

Die schon früher bestehende Landwirtschaftliche Genossenschaft wurde wieder ins Leben gerufen, weil der Handel im weitgehendsten Maße sich in jüdischer Hand befand; auch wurden jetzt Filialen der Landwirtschaftlichen Genossenschaft im Kreisgebiet eingerichtet, damit der gesamte landwirtschaftliche Umsatz erfaßt wird.

Aufbauarbeit

Die deutsche Verwaltung sorgte dafür, daß Handel und Wandel wieder in Gang gebracht wurden. Die Metallwarenfabrik und Spatenfabrik und die Brauerei waren die ersten Betriebe. Die Kreissparkasse öffnete am 1. Oktober 1939 wieder ihre Schalter und die Höhe der Spareinlagen gibt die Zuversicht, daß die Bevölkerung wieder Vertrauen zum Kreditinstitut des Kreises gewonnen hat.

Es wurde dann weiter dafür gesorgt, daß die schulpflichtigen Kinder von der Straße kamen und die Volksschulen wieder eröffnet wurden.

Infolge Zusammenlegung der Kreise wurde der Kreis Jędrzejów mit dem Kreis Włoszczowa zusammengelegt unter Einrichtung des Kreissitzes in Jędrzejów.

Verwaltung

In den Landgemeinden befinden sich fast durchweg polnische Bürgermeister. Die Juden verwalten ihre Angelegenheiten durch den Judenrat, der für alle Angelegenheiten verantwortlich ist. Der Kreis umfaßt 3 Städte und 27 Landgemeinden.

D. Kreis Busko

Der Kreis hat einen Flächeninhalt von 1800 qkm. Die Einwohnerzahl beträgt 213196.

Die größten Städte im Kreise sind Chmielnik mit 9000 Einwohnern und Busko mit rund 5500 Einwohnern. Der Kreis hat 450 Ortschaften.

Busko:

In Busko ist ein staatliches Mineral- und Schwefelbad, das jährlich von 7—8000 Kurgästen besucht war. Bei einem Schwefelgehalt von 24% soll es als Heilbad vorwiegend gegen Rheumatismus sehr gute Wirkung haben.

Der Kreis ist vorwiegend landwirtschaftlich. Ein großer Teil der auf dem Lande lebenden Bevölkerung, etwa 97%, entfällt auf kleinbäuerlichen Besitz. Dieser Teil bildete ein elendes Bauernproletariat.

Außer land- und forstwirtschaftlichen Betrieben (Sägewerke, Mühlen usw.) befindet sich im Kreis Busko keine nennenswerte Industrie.

Die Aufbauarbeit

Als vordringlichste Aufgabe wurde die Unterbringung der vorhandenen Arbeitslosen in Lohn und Brot behandelt. Der größte Teil von Arbeitslosen wurde daher für die landwirtschaftliche Herbstbestellung eingesetzt. Ebenso wurde das alte polnische Kreiswegbauamt wieder in Betrieb gesetzt, um hierdurch einen weiteren Teil von Arbeitslosen an den Straßenbauarbeiten einzusetzen.

Die polnischen Volksschulen wurden sofort wieder eröffnet. Des weiteren befinden sich in Busko eine Bau-

gewerkschule für Knaben und eine Handelsschule für Mädchen.

Des weiteren wurden zur Herstellung einer geordneten Forstwirtschaft die früheren polnischen Förster und Heger wieder mit der Durchführung ihrer Aufgaben beauftragt. Es muß hier festgehalten werden, daß auch im Kurorte Busko, wie in allen walddreichen Gegenden, außerordentlich große Holzdiebstähle vorkamen. Die Staatsforsten wurden in unvorstellbarer Weise geplündert. Interessieren dürfte im Zusammenhang hiermit, daß bei der ersten Waldstreife im Staatswald rund 500 Holzdiebe festgestellt wurden. Dank des arbeitsfreudigen Einsatzes aller Reichsdeutschen seit September 1939 ist auch im Kreise Busko auf allen Gebieten eine große Aufbauarbeit geleistet worden, sodaß auch die Lebensmittelversorgung trotz blühenden Schleichhandels und Preistreiberei im Winter 1939/40 sichergestellt werden konnte.

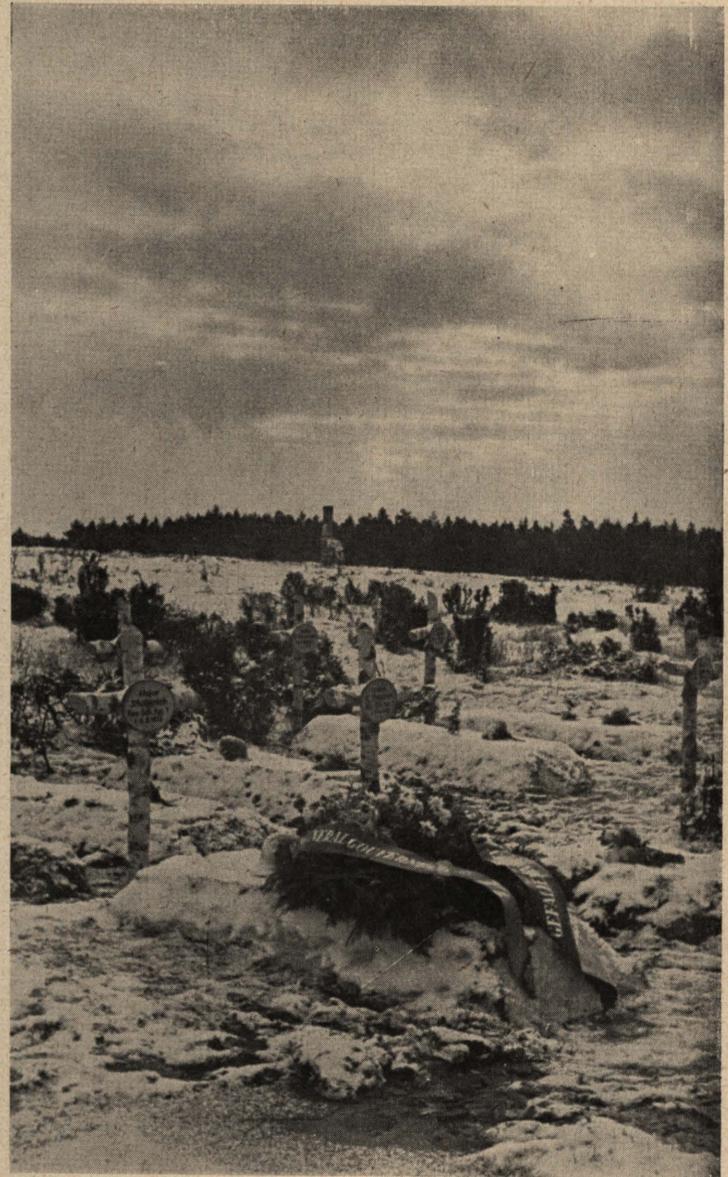
E. Kreis Kielce

Der Kreis hat eine Einwohnerzahl von 213617.

Die Stadt Kielce, die seit dem 20. März 1940 kreisfrei ist, hat eine Einwohnerzahl von 81551.

Der Kreis ist 96000 ha groß. Die Einwohner verteilen sich auf die 3 Städte Kielce, Skarzysko-Kamienna und Checiny und 20 Landgemeinden mit 600 Ortschaften und Kolonien. 40000 ha werden forstwirtschaftlich genutzt. In der Landwirtschaft überwiegen kleine und kleinste Betriebe. Größere Güter sind verhältnismäßig wenig vorhanden. Die Bergkette der Lysa-Gora bei Kielce ist oft in den Heeresberichten des OKW genannt worden. Die Einwirkungen des Krieges auf den Kreis waren verschieden. Während einzelne Strecken kaum von den Kriegereignissen berührt wurden, ist in anderen Teilen des Kreises eine große Anzahl von Dörfern fast vollständig zerstört worden.

Die Aufbauarbeit der Kreisverwaltung begann sofort nach ihrem Eintreffen am 15. September 1939 damit, die verhältnismäßig zahlreich vorhandenen Industriewerke zu sichern. Es handelt sich hier um Werke der



Deutsche Soldatengräber in der Lysa Gora (Distrikt Radom)

Aufn.: F. F. Bauer (Zschäckel)

Holzindustrie, Steinbrüche, Eisen- und Stahlfabriken, Chem. Fabriken, eine Schwefelkiesgrube und eine Schwefelsäurefabrik. Auch die zahlreichen, von der polnischen Armee auf der Flucht zurückgelassenen Ausrüstungsgegenstände mußten sichergestellt werden.

Bald gelang es, die industriellen Werke wieder betriebsfähig hinzustellen. Die Sägewerke wurden durch die Abt. Forsten wieder in Gang gesetzt. Die Aufräumarbeiten in der zum Erliegen gekommenen Schwefelkiesgrube in Skupia-Nowa wurde mit allen Mitteln gefördert. In gleicher Weise auch die Steinbrüche, die nicht nur für den Straßenbau, sondern auch für die chem. Industrie von Bedeutung sind, sodaß im Dezember 1939 schon viele Arbeiter wieder Lohn und Brot hatten.

Die Ernährungsfrage im Kreise Kielce war schon vor dem Kriege ein Problem, zumal dieser Kreis bisher eine erhebliche Einfuhr von Roggen benötigte. Diese Zufuhr war im Jahre 1939 ausgefallen, wie einwandfrei festgestellt werden konnte. Zum anderen waren die vorhandenen Lebensmittelvorräte von dem polnischen Heer und den vormarschierenden deutschen Truppen aufgebraucht worden. Die Versorgungslage war daher von Anfang an sehr schwierig. Trotzdem gelang es durch die Gründung einer Ein- und Verkaufszentrale für landwirtschaftliche Produkte die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln in geordnete Bahnen zu leiten.

In gesundheitlicher Hinsicht muß hervorgehoben werden, daß im Kreise Kielce Typhus-Erkrankungen eine bodenständige Erscheinung seit vielen Jahren sind. Zufolge Durchgreifen der Deutschen Verwaltung, Abt. Gesundheitswesen, sind Maßnahmen getroffen worden, diese Seuche auf ein erträgliches Maß zu mindern, sodaß Epidemien vermieden werden konnten. Die Schuld an der Verbreitung dieser Krankheiten ist den Juden zuzuschreiben, die durch ihre bekannte Unsauberkeit die besten Bazillenträger sind.

Günstiger liegen die Verhältnisse auf dem Gebiet des Veterinärwesens. Sämtliche Stellen der Tierärzte und Fleischbeschauer sind besetzt, sodaß in der Zeit Sept./Dez. 1939 nur ein Fall von Maul- und Klauenseuche gemeldet wurde.

In der Stadt Kielce ist als besonders sehenswert das Pilsudski-Haus zu nennen. Des weiteren befindet sich hier eine Bettfedernfabrik, die einzige im Generalgouvernement. An großen Betrieben müssen noch die Ludwigshütte und die Fabrik Spolem genannt werden.

Für die hier tätigen Reichsdeutschen wurde ein „Deutsches Haus“ im März 1940 eröffnet, dessen Besuch allen deutschen Reisenden empfohlen wird.

F. Kreis Konskie

Der Kreis Konskie hat eine Größe von 1650 qkm mit 151703 Einwohnern.

Die größten Städte des Kreises sind: Konskie mit 12000 Einwohnern und Przedborz mit 6000 Einwohnern.

Geschichtliches

Der Kreis Konskie gehörte bis zum Aufstande 1863/64 zur Starostei Opoczno und wurde nach dem Aufstand von der russischen Regierung zu einer selbstständigen Starostei erhoben. Der dürftige Sandboden, welcher 90% der Oberfläche des Kreises ausmacht, macht ihn zu dem landwirtschaftlich ärmsten Kreise des Generalgouvernements. Im Volksmund entstand in dieser Zeit ein Vers, der die Not dieses Landstriches treffend kennzeichnet. Er lautet in deutscher Übertragung etwa folgendermaßen:

„Man sät einen Scheffel
und erntet sechzig Garben.
Man drischt die Garben und
erhält einen Scheffel.
Das ist des Landes Darben“.

Ein großer Teil der in ärmlichen Holzhäuschen auf kleinen Landstellen wohnenden Bevölkerung konnte sein Leben bisher nur fristen, indem er den Winterbedarf durch Wanderarbeit in Deutschland verdiente. Besonders die Sammelgemeinden Odrowaz und Duraczow, welche man auf der Staatsstraße Skarzysko-Ka-

mienna-Konskie durchfährt, zeigen die typischen Bilder der Heimat dieser polnischen Saisonarbeiter. Im Gegensatz zu den durch schrankenlose Erbteilung zersplitterten Ackerflächen der Kleinbauern dehnen sich die Waldungen der Güter über weite Flächen aus, nur hin und wieder unterbrochen von steppenartigen Ödlandflächen, den Kahlschlägen aus der Zeit der Ablösung der Weidgerechtigkeiten der Bauern. Um den polnischen Großgrundbesitz, den Hort des nationalen Widerstandes zu schwächen, legte die russische Regierung den Gutsherren die Verpflichtung auf, das Recht der abhängigen Bauern auf freie Waldweide, Bau- und Brennholz aus den Gutsforsten durch Abgabe von Weideland abzulösen. Die Güter holzten daher einen Teil ihres Waldbesitzes ab, verkauften das Holz für eigene Rechnung und überließen den Bauern die Kahlschläge als Weideland. Diese trieben ihr dürftiges Vieh auf die ebenso dürftige Unkrautfläche zwischen den Baumstümpfen und, anstatt die Baumstümpfe zu roden und Weiden anzulegen, verzichteten sie auf ein besseres Auskommen. Abgesehen von diesen trostlosen Kahlschlägen, ist die Landschaft infolge vieler Bodenwellen und Hügel, romantischer Flußtäler und einsamer Teiche eigenartig und abwechslungsreich. Sie erinnert in manchen Partien an die Lüneburger Heide.

Unter der sandigen Oberfläche liegen an verschiedenen Stellen umfangreiche Eisenerzlager, welche je nach den Zeitverhältnissen und der Tatkraft der Magnatengeschlechter von Odrowac, Malachowski und Tarnowski die Grundlage für Eisenbergbau und Handwerk abgaben. Während die Nutzung der Eisenerze im Mittelalter nur unvollkommen erfolgte, begannen deutsche Bergleute und Eisenschmiede 1738 den Bergbau und die Eisengießerei erfolgreich zu organisieren. Der Vorort „Bawarja“ der Kreisstadt Konskie deutet noch heute daraufhin, daß diese deutschen Kulturpioniere aus Bayern ins Land kamen.

Als der letzte polnische König Stanislaus August Poniatowski im Jahre 1787 die damalige Waffenfabrik von Pomykow, einem anderen Vorort Konskies, besuchte, wurde er, wie die Überlieferung berichtet, von dem Vertreter der Fabrikarbeiter mit einer deutschen Ansprache

begrüßt. Welche Bedeutung die deutsche Kolonialarbeit damals gewonnen hatte, geht auch daraus hervor, daß der König am nächsten Tage 14 km nordöstlich von Konskie in Ruski-Brod eine zweite Waffenfabrik besuchte. Die Besichtigungsfahrt des Königs diente dem Zweck, festzustellen, wie weit sich das hier durch deutsche Arbeit ins Leben gerufene Industriegebiet zu einer Waffenschmiede Polens entwickeln ließ. So entstand allmählich das sogenannte „Altpolnische Industrievier“, von dessen Umfang noch heute eine ganze Reihe von Hammerwerken, Frisch- und Rennfeuern, besonders an den Flußläufen der Czarna und Radomska zeugen. Das älteste noch erhaltene, mit der Wasserkraft der Czarna angetriebene Walzwerk befindet sich in Sielpia, unweit Konskie und bildet das Kernstück des dortigen Museums.

Die Kreisstadt Konskie, welche erst 1748 durch den polnischen König August III. zur Stadt erhoben wurde, enthält außer dem Schloß, welches in einem schönen alten Park gelegen ist, nichts Sehenswertes. Das Schloß beherbergte in den ersten Septembertagen ein Armeekommando und am 10. September 1939 weilte dort der Führer inmitten seiner siegreichen Truppen. Im übrigen bietet Konskie das Bild einer kleinen polnisch-jüdischen Landstadt.

Die zweite Stadt des Kreises ist Przedborz. Sie liegt zu beiden Seiten der Pilica und hat als Wirtschafts-Mittelpunkt eine gewisse Bedeutung. Zur Zeit wird sie unter Leitung eines volksdeutschen Ingenieurs nach modernen städtebaulichen Gesichtspunkten wieder aufgebaut und zu einer Textil-Stadt entwickelt. Schon im 14. Jahrhundert durch König Kasimir zur Stadt erhoben, erhielt sie 1405 deutsches Stadtrecht.

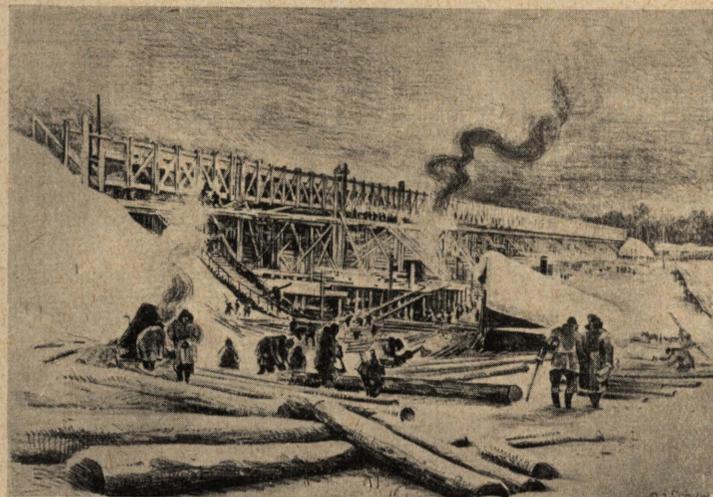
Industrie

Während noch im vorigen Jahrhundert eine ganze Anzahl von Eisenerzgruben und 15 Hochöfen im Betrieb waren, unterlagen sie zu Anfang des 20. Jahrhunderts



Brücke über die Weichsel bei Szczucin

Die 288,76 m lange und 8 m hohe Brücke wurde im Winter 1939 unter großen technischen Schwierigkeiten durch ein ostmärkisches Brückenbaubataillon erbaut. Im Dezember 1939 wurde sie durch den Oberbefehlshaber im Grenzabschnitt Süd als „General-Ulex-Brücke“ dem Verkehr übergeben



Brücke über den San bei Krzeszow

Die 305 m lange Brücke wurde im Winter 1939/40 unter großen technischen Schwierigkeiten und bei außergewöhnlicher Kälte durch ein Landwehr-Pionierbataillon und eine deutsche Brückenbaufirma errichtet

dem Wettbewerb des in größerer Kohlennähe liegenden Dombrowa-Reviers und der Überlegenheit der hochprozentigen südrussischen Eisengruben, deren Erze mit 65% Eisengehalt die 32%igen Konskieer Erze verdrängten. Durch Verwendung von Holzkohle dürfte es möglich sein, ein konkurrenzfähiges hochwertiges Roheisen zu erzeugen, wie es sonst nur in Schweden hergestellt wird. Außer dem Holzkohlenofen wurden noch mehrere Eisenerzgruben in Betrieb genommen. Eine dieser Eisenerzgruben weist Erz mit 48% Eisengehalt auf.

Außer Eisenerz fördert der Bergbau Ockererde zu Tage, einen gelben Lehm, welcher durch Brennen rote und durch Beimischen von Kohle braune Farbtöne erhält. Er findet als Anstrich für Metallarbeiten aller Art Verwendung. Auch der Aufbau dieser Industrie geht auf einen Deutschen, den Ingenieur Franz Fischer, zurück, der durch seine Bodenuntersuchungen feststellte, daß diese Ockererde die beste in ganz Osteuropa ist. Sie wurde vor dem Kriege besonders nach Rußland, Rumänien und Deutschland ausgeführt.

Die aus dem 15. Jahrhundert stammende hölzerne Synagoge ist bei der Beschießung 1939 mit abgebrannt. Dem Brande fiel auch ein alter Tempelvorhang zum Opfer, welcher mit dem polnischen Adler verziert und einer hebräischen Inschrift versehen, ein interessantes Dokument der engen Verquickung des polnischen Staatswesens mit dem Judentum darstellte. Im Lichtbilde ist er noch in der Kreishauptmannschaft in Konskie erhalten.

Der jetzige Marktflecken Radoszyce gehört zu den ältesten Ortschaften des Kreises Konskie. Er erhielt 1428 deutsches Stadtrecht. 1539 wurde in seiner Nähe die erste Eisenhütte erbaut.

Ein alter Zeuge deutscher Kolonialtätigkeit ist schließlich der heutige Marktflecken Odrowac mit einer altertümlichen Kirche aus dem 13. Jahrhundert. Er erhielt 1611 Magdeburger Stadtrecht.

Idyllisch gelegen ist das Sanatorium Czarnecka-Gora mit eigener Bahnstation. Umgeben von Sommervillen liegt es inmitten abgeschiedener Wälder an einer Heil-

quelle für Herzkranke und diente vor dem Kriege vorzugsweise Wojwoden und polnischen Ministerialbeamten als Erholungsstätte.

Aufbauarbeit

Die Aufbauarbeit konzentriert sich auf die Entwicklung der Eisenindustrie im Osten und die Schafzucht und Textilindustrie im Westen des Kreises.

Verwaltung

Die Verwaltung der Gemeinden ist im Kreise Konskie überall polnisch. Nur die beiden Städte Przedborz und Konskie unterstehen der Oberaufsicht deutscher Stadtkommissare. Die 16 Sammelgemeinden des Kreises mit ihren 357 Ortschaften werden von polnischen Wojds verwaltet. Das Judentum konzentriert sich auf die 4 Märkte: Konskie, Przedborz, Radoszyce und Gowarczow. Die Juden wurden in diesen Orten im Oktober 1939 zu jüdischen Kolonien zusammengefaßt, welche unter deutscher Aufsicht von jüdischen Ältesten-Räten verwaltet werden.

Der Kreis besteht aus 2 Stadt- und 16 Landgemeinden (357 Ortschaften) mit 2 Bürgermeistern und 16 Wojts.

G. Kreis Tomaschow

Der Kreis hat eine Einwohnerzahl von 338211.

Wie alle Kreise im Westen des Distrikts Radom, so hat auch dieser Kreis große industrielle Werke. Die Arbeiter wohnen nicht nur in den größeren Städten Tomaschow, Rawa und Opoczno, sondern verteilen sich auch gleichzeitig auf die um diese Städte liegenden Ortschaften, wo sie gleichzeitig des öfteren kleinen Landbesitz ihr Eigen nennen und von Frau und Kindern bewirtschaften lassen.

Den Rückhalt der Tomaschower Industrie bildet eine grössere Anzahl von Textilwerken, die zum Teil als Vollbetriebe, teilweise aber auch im Lohnverfahren arbeiten. Die bedeutendsten sind: die Tomaschower Zell-

wolle- und Kunstseidenfabrik im Ortsteil Wilano, 6 Tuchfabriken, 1 Kammgarnspinnerei, eine Teppichfabrik und 1 Fabrik für technische Filze.

Die Gegend um Rawa und Opoczno ist rein landwirtschaftlich mit erheblichem Überschuß an Kartoffeln und Brotgetreide.

Auch im Kreise Tomaschow wurde sofort nach Beendigung der Kampfhandlungen mit den notwendigen Aufbauarbeiten begonnen. Die größte Sorge, die Unterbringung der Arbeitslosen, wurde z. T. sehr schnell durchgeführt. Heute besitzt dieser Kreis nur noch wenige Arbeitslose, aber die gezahlten Unterstützungen sind Beweis dafür, daß die deutsche Verwaltung auch die polnische Bevölkerung sozial betreut.

In dem größten Industrie-Werk, der Tomaschower Zellwolle- und Kunstseidenfabrik, die durch die Beschließung schwere Schäden aufweisen konnte, wurden sofort wieder die betreffenden Fabrikhallen aufgebaut. Hierdurch konnten allein 800 Handwerker sofort beschäftigt werden, sodaß die Fabrik heute wieder voll arbeiten kann.

Ebenso konnten auch die Tuchfabriken bald wieder ihren Betrieb aufnehmen.

Eine Arbeitslosigkeit größeren Ausmaßes ist somit nicht vorhanden, da die von jeher ganz besonders in Polen vorhandenen Tagediebe und Nichtstuer als gewohnheitsmäßige Arbeitslose bezeichnet werden müssen. Doch auch diese wurden sehr bald für Straßenbau und Ausbesserungen, Beseitigung von Brandruinen u. a. herangezogen. So wurden die Straßen Rawa—Nowe Miasto, Rawa—Skiernewice und Biala—Nowe Miasto als Pflichtarbeit gegen Zahlung der Arbeitslosenunterstützung ausgebessert.

Des weiteren wurden die polnischen Volksschulen wieder eröffnet und so die zahlreich auf den Straßen herumlungern Kinder wieder einer geordneten Beschäftigung zugeführt.

Hinsichtlich der polnischen Selbstverwaltung muß hier festgestellt werden, daß der Verwaltungsapparat nach deutschen Begriffen langsam und schwerfällig funktioniert, daß sich die polnischen Wojts oft schwer durchsetzen können, wenn gewisse eigene Mitwirkung erforderlich ist. Im allgemeinen muß aber auch anerkannt wer-

den, daß die Wojts wichtige Anordnungen gewissenhaft und zuverlässig durchführen.

In der Ernährungsfrage begann für den Kreis mit dem Fall Warschaws eine gewisse Gefährdung des Lebensmittelmarktes einzutreten. Kaum war die Einnahme Warschaws bekannt geworden, stürzte sich eine Flut von Einkäufern, Schiebern und Wucherern, vor allem aber die Juden auf die Dörfer, die den Bauern und Kaufleuten für alle Arten von Lebensmitteln unerhört und ständig steigende Preise zahlten. Die Folge war, daß die polnischen Bauern kein Interesse mehr daran hatten, ihre Waren im Kreise selbst zu verkaufen und die Märkte leer wurden. Durch Festsetzung von Getreide- und Fleischkontingenten zu Gunsten der Städte und durch Einführung von Brot- und Fleischkarten in den Städten wurde trotz aller Schwierigkeiten die Lebensmittelversorgung in geordnete Bahnen gelenkt. Des weiteren wurde eine landwirtschaftliche Genossenschaft gegründet, an die die Güter sämtliche landwirtschaftliche Erzeugnisse abzuliefern haben und durch die allein die Verteilung der angelieferten Vorräte erfolgt. Da die Erntevorräte rechtzeitig geborgen werden konnten und die Herbstbestellungen ordnungsmäßig durchgeführt wurden, kann die Ernährungslage als befriedigend bezeichnet werden. Interessieren dürfte noch, daß sich in Spala der Sitz des Oberbefehlshabers Ost, Generaloberst Blaszkowitz, befindet.

H. Kreis Radom-Land

Der Kreis hat eine Gesamtfläche von 4051 qkm und eine Einwohnerzahl von 324212.

Der Kreis Radom umfaßt die ehemaligen Kreise Radom und Kozenice. Der Kreis gliedert sich in 47 Gemeinden mit 574 Ortschaften, 5 Gemeinden sind Städte (Kozenice, Szydłowicz, Skaryszew, Wysnierzce und Zwolen).

Die Flächen werden zu 70% landwirtschaftlich genutzt. Von den vorhandenen landwirtschaftlichen Betrieben sind 80% Kleinbetriebe und 20% Großbetriebe über 100 ha. Die Waldnutzung beträgt etwa 19%, die Wiesen und Weiden 7% und 4% sind Fischteiche und Ödland.

Der Kreis hat unter den Kriegshandlungen erheblich gelitten. In zwei Vormarschsäulen sind die Truppen durch das Kreisgebiet vorgerückt. In dem östlichen, an der Weichsel gelegenen Teil sind die Ortschaften zum Teil schwer beschädigt, die Stadt Zwolen z. B. ist zu 75% verbrannt. Auf der Straße Lublin—Radom wurden große Massen Gefangener abtransportiert und starke deutsche Truppenkräfte aus den östlichen Gebieten zurückgeleitet.

Industrie, Handel und Gewerbe

Die Aufbauarbeit, die im Kreise Radom-Land durchgeführt wurde, wird gekennzeichnet durch die Inbetriebnahme der vorhandenen industriellen Unternehmen und vor allem durch die bereits im Herbst 1939 erfolgten Herbstbestellungen auf dem Lande.

Im größten Industrieunternehmen des Kreises wurden vor dem Kriege rund 3500 Arbeiter und Angestellte beschäftigt. Durch den Krieg ist die Fabrikanlage kaum beschädigt worden. Es gelang die Arbeit wieder aufzunehmen und die noch reichlich vorhandenen Rohstoffe der Fabrik für das Reich nutzbar zu machen.

An weiteren größeren Unternehmungen sind 2 staatliche Sägewerke vorhanden, die ihre Tätigkeit in vollem Umfang wieder aufgenommen haben. Die 12 Gerbereien in Szydłowicz, das zu 82% aus Juden besteht, sind unmoderne Betriebe. Ihre Erzeugnisse sind minderer Qualität. Von den 15 vorhandenen Ziegeleien sind 14 betriebsfähig.

Der Handel und das Handwerk liegt fast ausschließlich in jüdischen Händen.

Früher ein landwirtschaftliches Überschußgebiet, hart an der Grenze des Kreises Warschau liegend, wurden auch hier die Ortschaften von Aufkäufern und Lebensmittel-Schleichhändlern überschwemmt, die trotz Preisstop-Verordnung und Androhung schwerster Strafen, immer wieder versuchten, große Mengen aufzukaufen und eine geordnete Entwicklung auf dem gesamten Lebensmittelmarkt durch überhöhte Preise zu verhindern. Trotzdem konnte die Ernährungslage hinreichend gesichert werden.

J. Kreis Starachowice

hat eine Einwohnerschaft von 194598.

Größere Städte sind Starachowice und Ilza. Die Kreisstadt Starachowice zählt etwa 28000 Einwohner, davon sind ausnahmsweise nur etwa 2100 Juden. Dafür sind aber diese wenigen Juden mit 15% im Grundbesitz, mit 40% im Handwerk und im Handel mit 65% vertreten.

Starachowice hat ein Arbeitsamt, Reichsbahnverwaltung, ein polnisches Gericht, ein eigenes Elektrizitätswerk, und neben anderen Einrichtungen eine Krankenkasse, die zugleich ein Krankenhaus betreibt.

Inmitten dieses landwirtschaftlichen Kreises befindet sich in der Kreisstadt Starachowice eine bedeutende Industrie in dem Berg- und Hüttenwerk. Zu diesem Unternehmen gehören eigene Erzgruben, ein Hochofenwerk, ein Stahlwerk, eine Eisengießerei, Werkzeugmacherei, und verschiedene andere Werke. Ein Sägewerk mit einem 23000 ha großen Wald ist dem Werk angeschlossen. Diese Werke wieder in Gang zu bringen, war eine der vielen ersten Aufgaben für die Kreisverwaltung. Bereits im Oktober konnte in die Gruben wieder eingefahren werden, die Hochöfen angeblasen und das Stahl- und Walzwerk wieder in Betrieb gesetzt werden.

Im September 1939 wurden 13000 Arbeitslose gezählt. Bemerkenswert hierbei ist, daß ein großer Teil dieser Arbeitslosen noch nicht ihre Löhne für August und September erhalten hatte, sodaß diese in bedrängten Verhältnissen lebten. Erst dem Eingreifen der Deutschen Verwaltung ist es zu verdanken, daß diese Löhne noch nachträglich zur Auszahlung gelangten. Es handelte sich hier um einen Betrag von 900000 Zl.

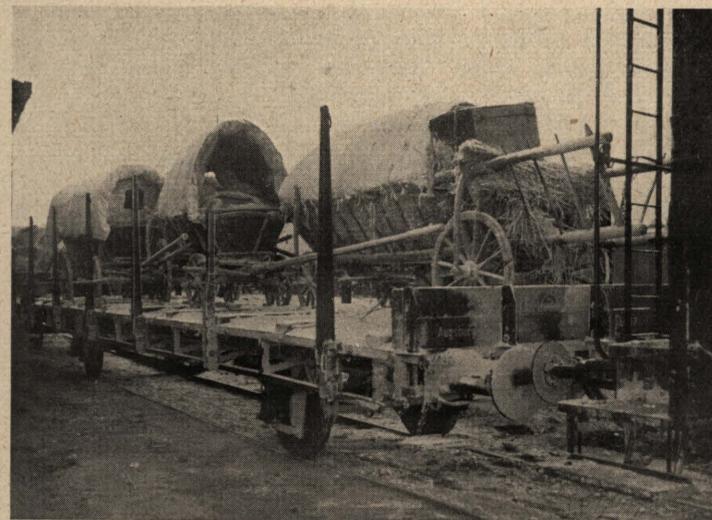
Den Straßenbauarbeiten wurde größte Aufmerksamkeit geschenkt. Mit dem Ausbau ganzer Straßenzüge wurde begonnen.

Ebenso wurden auch die Krankenhäuser in Starachowice und Ilza wieder in Gang gebracht und der polnischen Bevölkerung zur Verfügung gestellt. Die Wiederaufnahme des Schulbetriebes sorgte des weiteren dafür, daß bald ein geordnetes Leben einzog.



Bei 30° Kälte treffen die Wolhyniendeutschen am San ein

Aufn.: Wiśniewski.



Rückwandererfahrzeuge der Wolhyniendeutschen, nach ihrer Verladung auf der Ostbahn

Aufn.: Lichtbildstelle Gedob

K. Kreis Opatow

Der Kreis Opatow hat eine Einwohnerzahl von 338230. Größere Städte sind Opatow, Ostrowiec und Sandomierz.

Der Kreis Opatow hatte stark unter den Kampfhandlungen zu leiden. Aus den Kriegsmeldungen ist bekannt, daß bei Sandomierz die Weichselbrücke zerstört wurde und von unseren Pionieren hier in kürzester Zeit eine Notbrücke aus Holz gebaut wurde. Sandomierz ist besonders schön gelegen und ist Sitz eines katholischen Bischofs.

Die Deutsche Verwaltung, die am 25. September in Opatow eintraf, sah sich genötigt, zuerst die Fragen der Erwerbslosenunterstützung zu lösen, die besonders in der Industriestadt Ostrowiec (35000 Einwohner) eine erhebliche Rolle spielte. Dort befindet sich ein Eisenwerk und eine Waggonfabrik, die bis zum Kriege 6000 Arbeiter beschäftigten und polnische Flieger-Granaten herstellten. Des weiteren sind dort vorhanden: Ziegeleien, Sägewerke, Lagergenossenschaften und eine Brauerei.

Dem gegenüber trat die Unterbringung der arbeitslosen Landarbeiter des Kreises zurück.

Dank der Initiative der deutschen Verwaltung konnten die vorstehend angeführten Werke schnellstens wieder in Betrieb gesetzt werden, und steht heute an erster Spitze die Waggonfabrik in Ostrowiec, die monatlich bis 200 Waggons an die deutsche Reichsbahn liefert.

Ebenso gelang es, die Porzellanfabrik in Cmielow, die Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen Kunow und die Seifen- und Ölfabrik in Opatow, 1 Glasfabrik in Kamiennow bei Sandomierz, 2 Zuckerfabriken, 200 Motor- und Wassermühlen, 9 Brennereien und 1 Brauerei in Opatow wieder in Gang zu bringen. Die Arbeitslosigkeit der Landarbeiter aus der Gegend von Opatow konnte ebenfalls mit Erfolg beseitigt werden.

Die Ernährungslage war durch die Folgen des Krieges stark gestört, trotzdem der Kreis Opatow in früheren Jahren zahlreiche Produkte der Landwirtschaft nach auswärts ausführte. Die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln wurde durch die Einführung von Lebensmittelkarten insbesondere für Brot gesichert. Es

trug die Gründung eines zentralen landwirtschaftlichen Ein- und Verkaufs-Verbandes mit Sitz in Strowiec dazu bei, unter Verhinderung von Wucherpreisen und Ausschaltung von Schleichhändlern eine gerechte Verteilung von Lebensmitteln zu gewährleisten.

Auf landwirtschaftlichem Gebiet ist noch zu erwähnen, daß sich im Kreis Opatow das Gestüt Bodzeschow befindet, das über wertvolle Zuchthengste und -stuten verfügt.

Interessieren dürfte auch, daß im Kreis Opatow die ehem. Beamten und Angestellten der polnischen Verwaltungen zum größten Teil wieder eingestellt wurden, besonders die Beamten der Finanzämter und der Gerichte. Von der ehem. Starostei ist das gesamte Straßenaufsichtspersonal wieder tätig.

VIII. Die Stadt Tschenstochau

Die Stadt hat eine Größe von 47 qkm mit einer Einwohnerzahl von 160000.

Geschichtliches

Die heutige Stadt Tschenstochau steht an der Stelle einer uralten Siedlung, die sich jedoch erst nach der Gründung des Paulinerklosters im Jahr 1382 durch den Fürsten von Oppeln, Ladislaus, zu entwickeln begann. Dem Kloster wurde bei der Gründung ein, der Legende nach, noch zu Lebzeiten der Heiligen Jungfrau vom hl. Lukas, dem Evangelisten, auf einer Tischplatte aus Zedernholz, die aus der Werkstatt des hl. Joseph stammen soll, gemaltes Marienbild übergeben, das bald als wunder- und gnadenspendend berühmt wurde. Im Laufe der Jahre spendeten alle, die dem Bilde etwas zu verdanken hatten, Votivgaben und allerlei Reichtümer, so daß man den Wert der Juwelen im Kronenschmuck der Muttergottes auf 18 Mill. Rm. schätzt. Kein Wunder, daß um das Kloster eine regelrechte Veste auf der Jasna Góra, dem Hellen Berge, entstand.

Die infamen Lügen von der Zerstörung dieses Bildes dürften noch in aller Erinnerung sein. Es wird daher empfohlen, sich von der böswilligen Verleumdung der Kriegshetzer durch einen Besuch des Klosters zu überzeugen.

Im Jahre 1655 brachen drei schwedische Armeen unter König Gustav Adolf in Polen ein, worauf der polnische König — damals war es Jan Kazimierz — über die Grenzen des Landes flüchtete. Die Besetzung der Festung von Tschenstochau bestand aus 150 Personen, schlecht bewaffneten Edelleuten und Bauern, sowie 70 Ordensbrüdern. Die Belagerung leitete ein Feldherr von großer Kriegserfahrung, der ein Heer von 10000 Mann und zahlreicher schwerer Artillerie führte. Als schließlich am Weihnachtstage, nach fast zweimonatelanger Belagerung, das schwedische Heer erfolglos Tschenstochau verließ, da gab die Nachricht von der wunderbaren Errettung der „Jasna Góra“ das Signal zur allgemeinen Erhebung der Polen und Vertreibung der Schweden.

Noch manchmal ist im Laufe der Jahrhunderte die „Jasna Góra“ Ziel von Angriffen und Belagerungen gewesen. Die zahlreichen Kriege und die Teilung Polens blieben nicht ohne Einfluß auf das Kloster, das den größten Teil seiner Schätze eingebüßt hat.

Infolge ihrer Lage am Fuße der Festung geriet die Stadt schon im XV. Jahrhundert in Kriegsnot. Von da beginnt ihr Verfall, den die späteren Kriege nur steigerten.

Zwar bestätigte König August II. im Jahre 1717 die Privilegien der Stadt, die ihr schon 1502 von Alexander dem Jagellonen verliehen waren, doch auch dies vermochte den Niedergang Tschenstochaus nicht zu verhindern.

Industrie

Gegenwärtig besitzt die Stadt Tschenstochau über hundert Fabriken der mannigfachsten Industrien. Außer großen Webereien für Kammgarnwolle, Baumwolle, Jute und Leinwand gibt es hier Eisenhütten und -gießereien, Ziegeleien, Kalköfen, Sägewerke, Möbelfabriken, Wassermühlen, Glashütten, Fabriken für Zelluloidwaren, Leim, chemische Produkte, Papier, Tapeten, Hüte, Streichhölzer, Knöpfe, Nähadeln, Schirmgestelle, Spielzeug und Galanteriewaren aller Art.

Aufbauarbeit

Die größte Sorge der deutschen Verwaltung bestand darin, die zahlreichen Arbeitslosen wieder in Lohn und

Brot zu bringen. Nicht weniger denn 14652 Facharbeiter, Arbeiterinnen und ungelernete Arbeiter waren arbeitslos. Zu diesen Voll-Arbeitslosen kamen noch 9686 Kurzarbeiter, die wöchentlich nur 2 bis 3 Tage arbeiteten. Es lebten somit von Erwerbslosen-Unterstützung mit den Familienangehörigen nicht weniger als 20000 Menschen und von der Kurzarbeit etwa 19000.

Durch die Inbetriebnahme einiger industrieller Unternehmungen gelang es, diese Zahl der Arbeitslosen ganz gewaltig herabzusetzen. Ein großer Teil der restlichen Arbeitslosen hat sich als Landarbeiter ins Reich gemeldet.

Es muß bei dieser Gelegenheit einmal festgehalten werden, daß der polnische Arbeiter gemessen an den Leistungen deutscher Arbeiter, als arbeitsunlustig zu bezeichnen ist und nur unter dauernder Aufsicht wirklich arbeitet.

Die polnische Bevölkerung der Stadt ist zum größten Teil verarmt, während die Juden eine ziemlich große Mittelschicht von Gewerbetreibenden und Händlern bilden.

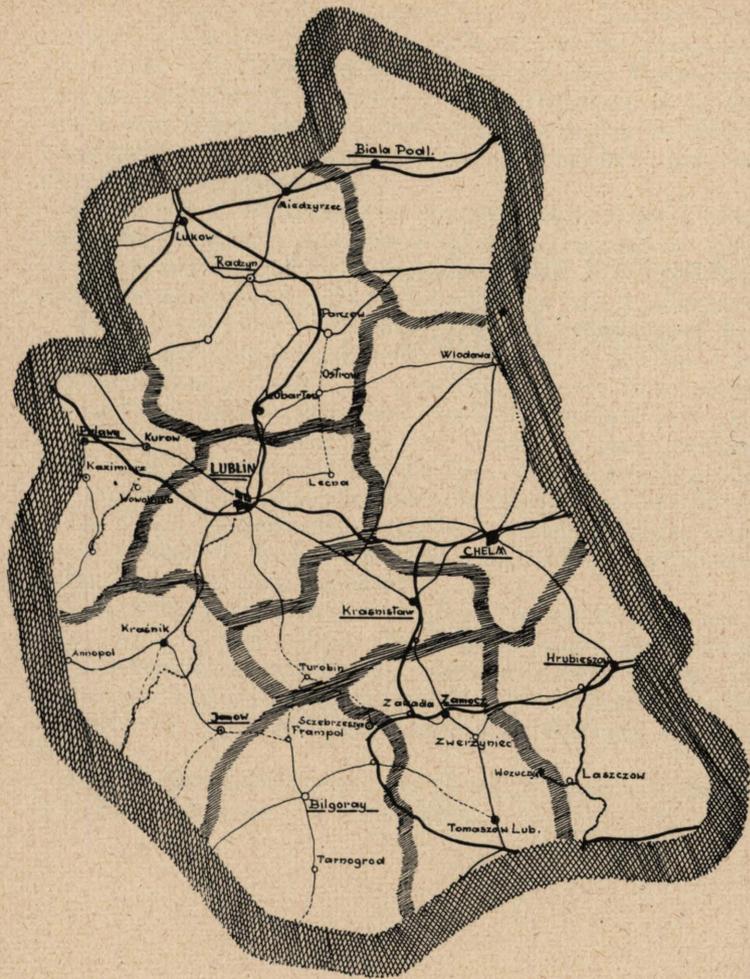
Die Stadt Tschenstochau spielte in früheren Jahren eine ganz besondere Rolle, da viele Ausländer Wallfahrten nach Tschenstochau machten.

Sämtliche polnische Schulen Tschenstochaus wurden eröffnet, um damit die Jugend einer geordneten Schulausbildung zuzuführen. Des weiteren konnte in Tschenstochau im Februar 1940 die erste volksdeutsche Schule in Gegenwart des Generalgouverneurs eröffnet werden.

Für Reichsdeutsche wird das Hotel „Polonia“ am Bahnhof, Pilsudskistrasse 11, empfohlen.

Angaben über den Distrikt Lublin

Zusammengestellt von der Abteilung
für Volksaufklärung und Propaganda
im Amt des Distriktschefs Lublin



Übersichtskarte des Distrikts Lublin mit Kreiseinteilung

Angaben über den Distrikt Lublin

I. Lage

Der Distrikt Lublin umfaßt mit einer Fläche von 25000 qkm mehr als ein Drittel des fruchtbaren Hügellandes zwischen Weichsel, San und Bug. Die Einwohnerzahl beträgt rund 2,5 Millionen, sodaß etwa 80 Einwohner auf einen Quadratkilometer kommen. Der Distrikt hat einen vorwiegend landwirtschaftlichen Charakter.

Von den 1,2 Millionen Deutschen im ehemaligen Polen wohnen rund 25000 in einem verhältnismäßig geschlossenen Siedlungsraum im Distrikt Lublin, in dem sogenannten deutschen Dreieck zwischen den Städten Lublin, Chelm und Lubartow.

II. Geschichte

Schon im frühen Mittelalter haben deutsche Menschen in diesem Raum gelebt. So ist zum Beispiel die Stadt Lublin eine von Deutschen angelegte Grenzsiedlung, die zu Anfang des 12. Jahrhunderts gegründet wurde. Geschichtlich reichen die größeren Ansiedlungen der Deutschen in dem Gebiet zwischen mittlerer Weichsel und Bug in das vorige Jahrhundert zurück. Wir finden zwar eine Siedlung Michelsdorf schon im Jahre 1782, doch begann die große deutsche Einwanderung erst mit dem Jahre 1861, als im russischen Reich die Leibeigenschaft aufgehoben wurde. Der Großgrundbesitz verlor durch diese Maßnahme viele Arbeitskräfte; er rief Deutsche als Pächter ins Land, die aus den Gebieten

Kongreßpolens, aber auch aus Niederdeutschland, Pommern, Schwaben und der Pfalz zuzogen.

Der karge und sumpfige Boden wurde mit großen Schwierigkeiten fruchtbar gemacht und die Sümpfe planmäßig entwässert. Der schwere Kampf ums tägliche Brot veranlaßte viele deutsche Bauern, weiter ostwärts zu wandern. 1915 waren rund 50000 Deutsche im Distrikt ansässig. Durch echte deutsche Zähigkeit und Gründlichkeit wurden durch die jahrzehntelange Arbeit die Schwierigkeiten überwunden und ein gewisser Wohlstand erreicht. 1936 waren nur noch rund 25000 Deutsche im Distrikt ansässig. Im Weltkrieg wurden die meisten wehrfähigen Männer von den Russen eingezogen und an der Kaukasusfront eingesetzt. 1915 deportierte man im Zuge der Kriegsmaßnahmen die deutsche Bevölkerung ins Innere Rußlands. Wer 1920 zurückkehrte, mußte sein Gehöft erst wieder aufbauen und sich schrittweise wieder emporarbeiten. Zu den materiellen Schwierigkeiten kamen die kulturellen und völkischen. Die Polen begannen systematisch an der Ausrottung der deutschen Eigenart zu arbeiten. Deutsche Schulen und Ärzte wurden verboten. Stattdessen wurden ihnen chauvinistische polnische Geistliche zugeteilt, die auf dem Umwege der seelsorgerischen Betreuung die Polonisierung der Deutschen vorwärtstreiben sollten. Das volksdeutsche Element in den Städten wurde schon im vorigen Jahrhundert durch die zielbewußten Polonisierungsmaßnahmen in den Hintergrund gedrängt. Mit Stolz erinnern wir uns an die Zeiten, in denen besonders deutsche Handwerker und deutsche Kaufleute in Lublin, Chelm und Lubartow die maßgebende Rolle spielten.

Im Gegensatz zum volksdeutschen Stadtbewohner hat sich der deutsche Kleinbauer allen polnischen Unterdrückungsmaßnahmen zum Trotz durchzusetzen gewußt. Er verlor seine deutsche Eigenart nicht und verstand es, sich in 37 Ortsgruppen des Deutschen Volksverbandes sogar einen politischen Halt zu schaffen.

Anfang des Jahres 1940 durchzog wieder der große Strom der Wolhyniendeutschen das Lubliner Land, gen Westen, der deutschen Heimat entgegen. Von den 130000 berührten 80000 den Distrikt. Ein prächtiger deutscher

Menschenschlag, der sich im fremden Land seine rassische Eigenart bewahrt hat, folgte, ohne umworben zu sein, der Parole des Führers. Durch Eis und Schnee, oft bei 30 Grad Kälte, zogen wochenlang die Trecks der Wolhyniendeutschen aus ihrer bisherigen Heimat in die Grenzorte des Distrikts. Hier waren große Lager errichtet, in denen für Mensch und Vieh gesorgt wurde. Von hier aus brachten lange Eisenbahnzüge die Rückwanderer und ihre Habe ins Posener Land, in den Warthegau, wo sie als Bauern angesiedelt werden.

III. Das jüdische Problem

Wenn man von dem Lubliner Distrikt als dem Land der Wanderungen spricht, darf man das jüdische Problem nicht unbeachtet lassen.

In den schmutzstarrenden Löchern, Höhlen, Schlupfwinkeln und verborgenen Katakomben des Lubliner Ghettos ist die Wiege des Judentums. Das Untermenschentum der jüdischen Bastardrasse beherrschte fast die ganze Wirtschaft des Lubliner Landes. Die polnische Bevölkerung war unfähig sich der Ausbeutung der Schmarotzer zu entziehen.

Um die jüdischen Nichtstuer und Schmarotzer endlich einer nutzbringenden Arbeit zuzulenken, erließ der Generalgouverneur, Reichsminister Dr. Frank am 28. November 1939 eine Verordnung, wonach in allen Orten über 10000 Einwohner Judenräte gebildet wurden.

Der Judenrat ist die Interessenvertretung der Juden und außerdem die Instanz, an die sich die deutschen Behörden wenden, wenn von den jüdischen Gemeinden besondere Aufträge zu erfüllen sind.

Die Judenräte sind in den einzelnen Städten individuell nach ihren Aufgaben in verschiedene Abteilungen zergliedert. In Lublin bestehen folgende Abteilungen:

1. Abteilung für öffentliche Arbeiten
2. Abteilung für Flüchtlingshilfe
3. Jüdisches Hilfskomitee
4. Finanzabteilung
5. Hilfsabteilung für Kriegsgefangene.

Außerdem unterstehen der Obhut des Judenrates alle

jüdischen Wohlfahrtseinrichtungen (Krankenhaus, Waisenhaus, Altersheim, Zentralfürsorge für unterernährte Kinder usw.).

Die Abteilung für öffentliche Arbeiten hat die Aufgabe, den ständigen Anforderungen der deutschen Behörden nach Arbeitskräften nachzukommen. Sinn dieser Anforderung ist, arbeitslose Elemente von der Straße zu bringen und sie in einen nützvollen Arbeitsprozeß einzuschalten, der für die Öffentlichkeit dauernde Werte schafft.

Im Gegensatz zum Westen üben hier im Osten die Juden noch vielfach handwerkliche Berufe aus. Selbstverständlich griff die Deutsche Verwaltung auf die hier bestehenden Möglichkeiten zurück und organisierte mit Hilfe des Judenrats in der Stadt Lublin einen Werkstättenbetrieb, der in seinem Aufbau einzigartig dasteht.

Jüdische Handwerker, an ihrer Spitze jüdische Meister, arbeiten in folgenden Werkstätten: Tischlerei, Kappen- und Mützenmacherei, Kürschnerei, Schneiderei, Schuh- und Oberteilmacherei, Riemerei und Tapeziererei.

Diese jüdischen Werkstätten, die die Formationen und die deutschen Verwaltungsstellen mit dem angefertigten Material beliefern, stehen unter Leitung des Selbstschutzes.

Eingerichtet wurden sie auf Initiative des // - und Polizeiführers // -Brigadeführer Globocnik, der sich auch um den weiteren Ausbau verdient gemacht hat. Ein Besuch der Werkstätten lohnt sich; jeder freut sich, diese Nichtstuartypen zum ersten Mal in ihrem Leben unter straffer deutscher Anleitung nützliche Arbeit verrichten zu sehen.

Die jüdischen Hilfskomitees beim Judenrat befassen sich ausschließlich mit der Hilfeleistung für die „ansässigen“ ärmeren Schichten, während die Abteilung Flüchtlingshilfe überall bei der Unterbringung und beim Arbeits-einsatz der jüdischen Gefangenen mithalf.

Die soziale Fürsorge ist eine wichtige Aufgabe des Judenrates. Die Deutsche Verwaltung legt Wert darauf, daß der Rat ungehindert die ihm notwendig erscheinenden Maßnahmen auf allen Gebieten der Fürsorge treffen kann. In einem Rechenschaftsbericht des Lubliner Judenrats wird aufgeführt, auf wieviel Teilgebieten soziale Hilfe gewährt wird.

Es wird den ausländischen Hetzjournalisten, die so oft über angebliche barbarische Judenverfolgungen im deutschen Ostraum faszeln, dringend empfohlen, sich an Ort und Stelle zu überzeugen, mit welcher Großzügigkeit die Deutsche Verwaltung den Juden ihr Eigenleben läßt. In eigenen Organisationsformen, mit eigenen jüdischen Kräften wurde eine Art Selbstverwaltungssystem aufgebaut, das die Interessen des Judentums im Rahmen des Möglichen sicherstellt.

Wir Deutsche schätzen die Juden nicht; wir wissen, welchen Anteil das internationale Judentum an der Entwicklung der letzten Jahre hat. Das ändert nichts an der Tatsache, daß wir den Juden in dem Raum, der unter deutscher Führung steht, die Chance lassen, an der Lösung des jüdischen Problems mitzuarbeiten bzw. sie an Voraussetzungen schaffen zu lassen, die einmal auf lange Sicht gesehen, das Problem nicht nur im Interesse der Welt, sondern auch im Interesse des Judentums selbst endgültig lösen können.

IV. Die ukrainische Minderheit

Im Distrikt Lublin leben ca. 300000 Ukrainer, vor allem in den südlichen und südöstlichen Gebieten. Die Deutsche Verwaltung hat im Rahmen des Möglichen den Ukrainern eine großzügige kulturelle und verwaltungsmäßige Selbstständigkeit garantiert. Es ist selbstverständlich, daß die Deutsche Verwaltung eine loyale Haltung der Ukrainer mit einer ebenso loyalen Behandlung ihrer Interessen erwidert, aber ebenso selbstverständlich ist es, daß auch der kleinste Versuch ukrainischer Einzelpersonen — die breite Masse ist sowieso politisch meist desinteressiert — politische Extratouren zu reiten, die mit der politischen Linie des Reiches unvereinbar sind, mit drakonischen Maßnahmen beantwortet wird.

Im ganzen Distrikt wurden wieder ukrainische Schulen mit ukrainischen Lehrkräften errichtet. Was das bedeutet, kann man nur ermessen, wenn man die ungeheuren Verfolgungs- und Terroraktionen kennt, denen die ukrainische Bevölkerung unter polnischer Schreckensherrschaft

ausgesetzt war. Es gab keine ukrainischen Schulen, alle ukrainischen Vereinigungen waren aufgelöst und die Kirchen vernichtet. In den letzten zwei Jahren wurden von den 378 noch bestehenden Kirchen 169 enteignet und 162 zerstört. Nach den polnischen Statistiken und den polnischen Landkarten gab es kein ukrainisches Volkstum mehr. Erst nach Zusammenbruch des polnischen Staates wurde in der Welt bekannt, daß in diesem Gebiet das ukrainische Volkstum sehr stark ist.

Der größte Teil des ukrainischen Volkstums besteht aus Bauern, die sich erhalten konnten, obwohl die polnische Herrschaft jede normale Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion verhindert hat. So war z. B. den Ukrainern der Zuckerrübenanbau verboten und der Anbau von Tabak stark eingeengt. Landwirtschaftskammer, Selbstverwaltungsorgane und andere polnische Organisationen bevorzugten nur polnische Ansiedler und polnische Arbeitskräfte. Das von Natur aus reichste Produktionsgebiet Polens — das Chelmer Land — wies immer schwächere Resultate auf.

Die ukrainischen Ortsgenossenschaften ordnete man 1934 den polnischen Zentralen unter und ließ sie dadurch langsam absterben.

Seit 1918 führte die polnische Regierung die Aufteilung der großen ukrainischen Güter zugunsten polnischer Ansiedler durch. Die Folge davon war, daß rein ukrainische Gebiete polonisiert wurden. Durch die dauernde Zerbröckelung der Bauernwirtschaften wurden Tausende dem sozialen Elend ausgeliefert.

Im Rahmen des planmäßigen Aufbaues im Lubliner Distrikt werden auch die berechtigten wirtschaftlichen Interessen der Ukrainer weitestgehend berücksichtigt werden. Soweit die ukrainische Bevölkerung loyal allen Forderungen der deutschen Stellen nachkommt, wird sie immer größtes Verständnis für ihre Nöte finden. In den Gebieten, in denen die Ukrainer zahlenmäßig überwiegen, wurden sie auch in die Verwaltung eingebaut. Ob es sich nun um Bürgermeister und Vögte handelt, oder um Polizeikräfte oder Beamte der landwirtschaftlichen Organisationen, immer werden sie unter dem Schutz des Reiches ihrer Arbeit nachgehen können. Das Wesentliche ist,



Chelm. Die Kathedrale

Aufn.: du Prel



Lublin. Die Piastenburg

Aufn.: du Prel

daß sie als Bewohner des Generalgouvernements die Gesetze anerkennen, nach denen dieser Raum von der deutschen Führung verwaltet und die Menschen dieses Raumes regiert werden.

V. Verwaltung

Deutsche Verwaltung

Chef des Distrikts: Gouverneur Zörner, Oberstarbeitsführer

Chef des Amtes und Leiter der Abt. Innere Verwaltung:
Dr. Schmige, Landrat

//- und Polizeiführer: //-Brigadeführer Globocnik

Abteilungsleiter:

Abt. Ernährung und Landwirtschaft: Dr. Claus

Abt. Wirtschaft: Direktor Müller

Abteilung Finanzen: ORR Dr. Hass

Abt. Volksaufklärung und Propaganda: Propagandaleiter
Oberheiden

Abt. Straßenbau: Baurat Muth

Abt. Hochbau: Baurat Panther

Abt. Arbeit: Regierungsrat Jache

Abt. Forsten: Oberforstmeister Scheller

Abt. Justiz: Kammergerichtsrat Dr. Zippel

Abt. Gesundheitswesen: Dr. Waizenegger

Veterinärabteilung: Dr. Blasse

Hauptzollamt Lublin: Zollrat Nagel

Sondergericht Lublin: Landgerichtsdirektor Kiel

Staatsanwaltschaft Lublin: Staatsanwalt Dr. Kelig

Deutsche Post Osten: Postrat Müller

Deutsche Ostbahn: Oberreichsbahnrat Heinzelmann

Kreisfreie Städte:

Lublin-Stadt: Stadthauptmann Dr. Cuhorst

Chelm-Stadt: „ Hager

Kreise:

Biala-Podlaska: Kreishauptman Kühl

Bilgoraj: „ Dr. Ansel

Chelm-Land: „ Gerstenhauer (komm.)

Janow-Lubelski:	Kreishauptmann	Stößenreuter
Krasnystaw:	"	Gerstenhauer
Lublin-Land:	"	Dr. Ziegenmeyer
Hrubieszow:	"	Dr. Behrend
Pulawy:	"	Brandt
Radzyn:	"	von Winterfeld
Zamosc:	"	Weihenmeier

Interessant mag an dieser Stelle eine vergleichsweise Übersicht über die bei der Besetzung vorgefundene Behördenstruktur der polnischen Wojewodschaft Lublin sein. Bemerkenswert ist die hohe Zahl der Ministerialbeamten, die Höhe der Schulden und der Kriminalfälle und die geringen sozialen Leistungen.

Der polnische Behördenapparat in der Wojewodschaft Lublin

Die Wojewodschaft bestand am 1. 4. 1939 aus folgenden Kreisen:

1. Biala	9. Lublin-Stadt
2. Bilgoraj	10. Lukow
3. Chelm	11. Pulawy
4. Hrubieszow	12. Radzyn
5. Janow	13. Siedlec
6. Krasnystaw	14. Tomaszow
7. Lubartow	15. Wlodawa
8. Lublin-Land	16. Zamosc

Dem Wojewoden von Lublin unterstanden demnach 16 Starosten (Landräte), die die Kreise (Stadt- und Landgemeinden), verwalteten.

Die Kreise wurden wie folgt unterteilt:

	2	15	211	Vogteien
Biala:	2 Stadtgemeinden	15 Dorfgemeinden	211	Vogteien
Bilgoraj:	1 "	14 "	269	"
Chelm:	1 kreisfreie Stadt	13 "	327	"
Hrubieszow:	2 Stadtgemeinden	14 "	221	"
Janow:	2 "	14 "	234	"
Krasnystaw:	1 "	14 "	211	"
Lubartow:	2 "	14 "	205	"
Lublin-Land:		16 "	322	"
Lublin-Stadt:	1 kreisfreie Stadt			
Lukow:	3 Stadtgemeinden	17 "	327	"
Pulawy:	2 "	18 "	370	"
Radzyn:	2 "	14 "	171	"
Siedlec:	2 "	15 "	307	"
	1 kreisfreie Stadt			
Tomaszow:	1 Stadtgemeinde	13 "	202	"
Wlodawa:	3 "	14 "	232	"
Zamosc:	2 "	13 "	176	"

Die Einnahmen der Wojewodschaft für das Rechnungsjahr 1937/38 betragen Zl. 1.135.405,51; die Ausgaben Zl. 1.889.709,53.

Die Wojewodschaft hatte folgenden Beamtenbestand:

Ministerium für Innere Angelegenheiten.	326	Beamte
Ministerium für Landwirtschaft	185	"
Ministerium für Volkswohlfahrt	42	"
Verkehrsministerium	37	"
Ministerium für Industrie und Handel	8	"
Ministerium für Kirchliche Angelegenheiten	1	"

(Öffentliche Ordnung und Kriminalität)

In der Wojewodschaft Lublin nahm die Kriminalität ständig zu. Folgende Vergleichszahlen zeigen ein deutliches Bild:

	1936/37	1937/38
Raubüberfälle	184	200
Morde	163	168
Körperverletzungen	1.435	1.529
Brandstiftungen	193	174
Pferdediebstähle	150	165
Viehdiebstähle	11.167	8.135
Andere Diebstähle	25.180	26.007

Das Bandenunwesen war eine der schwierigsten Sorgen der polnischen Regierung, die jedoch nicht in der Lage war, wirklich erfolgreiche Maßnahmen zu treffen. Erst der deutschen Verwaltung gelang es, diesem Schrecken des Landes Herr zu werden.

(Gesundheitswesen)

Auf diesem Gebiet scheinen sich die Polen lediglich auf einen unfruchtbaren Papierkrieg mit ihren vorgesetzten Dienststellen in Warschau beschränkt zu haben. Praktische Erfolge lassen sich kaum nachweisen. Die sogenannte Sanitätskommission hatte vielfach das Land bereist, sich jedoch meist mit „Vorarbeiten“ begnügt. Der Kampf gegen Epidemien und ansteckende Krankheiten wurde sehr dilatorisch geführt, die Versorgung der Bevölkerung mit keimfreiem Trinkwasser gelang nicht.

Für die gesamte Wojewodschaft standen 478 Ärzte und 161 Zahnärzte zur Verfügung. Die Zahl der Krankheitsfälle war hoch, die Sterbeziffer lag bei 6 v. H. der Erkrankungen.

(Volkswohlfahrt)

Für Zwecke der Volkswohlfahrt standen der Wojewodschaft im Rechnungsjahr 1937/38 nur 3.191.607,84 Zloty zur Verfügung.

(Wegebauten)

Für Wegebauten, Brückenbauten und die Wiederherstellung von Wegen und Brücken wurden im letzten Rechnungsjahr Zloty 11.079.995,— ausgegeben.

(Landwirtschaft)

Die allgemeine Lage der Landwirtschaft konnte nicht als ungünstig bezeichnet werden, wobei jedoch zu berücksichtigen ist, daß an deutschen Verhältnissen gemessen, die Ernteerträge nur mittelmäßig waren.

In der Forstwirtschaft wurde ungehindert Raubbau getrieben. Die polnischen Angaben über die angeblich noch vorhandenen Waldbestände waren bei weitem zu hoch gegriffen.

(Arbeitslosenhilfe)

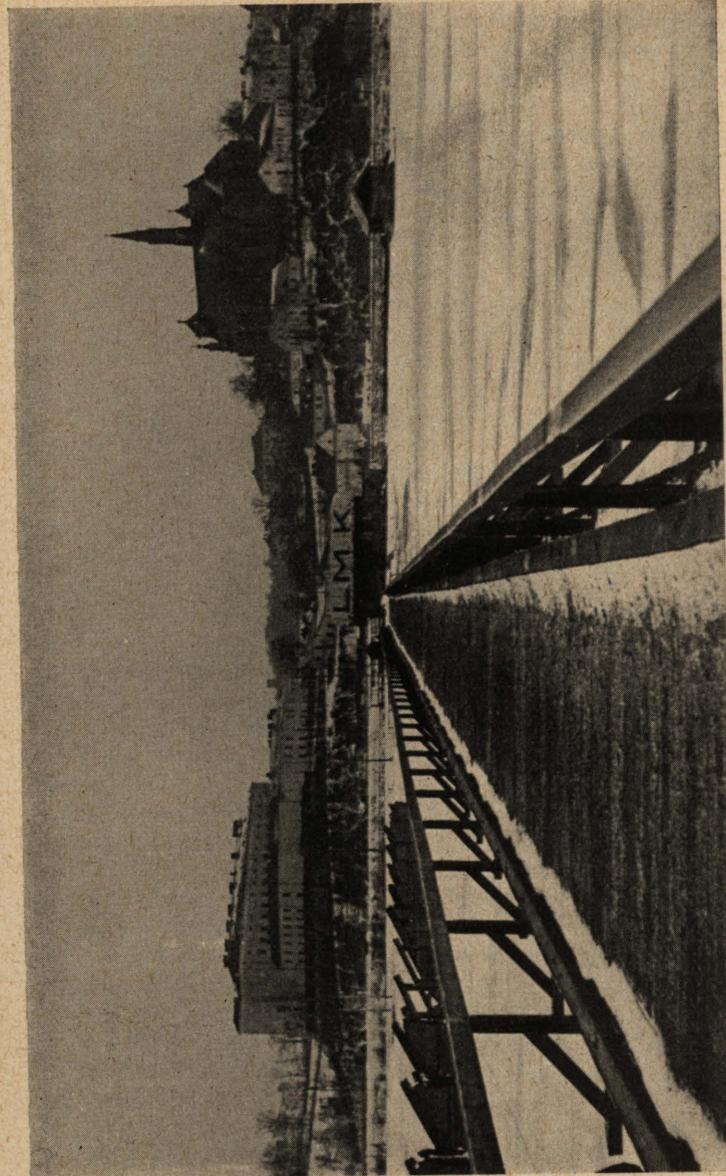
Im Jahre 1937/38 wurden rund 930000 Zloty an Arbeitslose ausgezahlt. Das in Anlehnung an deutsche Vorbilder in Szene gesetzte Winterhilfswerk brachte den kläglichen Betrag von Zloty 7200,— ein.

VI. Aufbaumaßnahmen

Der Lubliner Distrikt hat im Kriege besonders dadurch schwer gelitten, daß nach Eroberung des Landes durch unsere Truppen die deutsch-russische Demarkationslinie zuerst an die Weichsel vorverlegt wurde und das Land daher von unseren Soldaten wieder geräumt werden mußte. Die Russen waren nur kurze Zeit hier. Nach Rückverlegung der Demarkationslinie räumten sie das Land, das bis zur Wiederbesetzung durch unsere deutschen Truppen dem polnischen Mob überlassen blieb. Diese Zeit der Plünderungen und Räubereien hatte katastrophale Folgen; die wirtschaftlichen Verhältnisse waren trostlos. Die Deutsche Verwaltung mußte beschleunigte Maßnahmen treffen, um die Wirtschaft wieder zu beleben. Das Land wimmelte von polnischen Flüchtlingen, Verpflegung und Unterkunft waren unregelmäßig, die Straßen bevölkerten Tausende von Arbeitslosen, die Fabriken hatten die Tore geschlossen.

Das Hauptproblem war, die Ernährung der polnischen Bevölkerung sicherzustellen. Die Bauern, die noch unter der Kriegspsychose standen, wagten es nicht, Nahrungsmittel in die Städte hineinzubringen. Polnische Banden plünderten und stahlen, was nicht niet- und nagelfest war.

Langsam wirkten sich die ersten deutschen Maßnahmen



Sandomierz am San. Im Vordergrund die lange, von der deutschen Wehrmacht erbaute Notbrücke
Aufn.: du Prel

aus. Kohlenvorräte und andere wichtige Lagerbestände wurden sichergestellt. Die polnische Bevölkerung mußte die Waffen abliefern und Sperrzeiten einhalten; damit war mancher Explosivstoff beseitigt.

Mit ganz geringen Gendarmeriekräften verhinderte man das wilde Requirieren und Plündern auf dem Lande.

Um den Warenumsatz zu regeln und die Bedarfsdeckung der Bevölkerung zu ermöglichen, wurden Einheitspreise für die wichtigsten Nahrungsmittel und Warengüter festgesetzt. Die Läden öffneten sich wieder.

Die von den Polen während des Krieges aus den Gefängnissen entlassenen Verbrecher, die sehr oft die Mörder unserer Volksdeutschen gewesen waren, terrorisierten die Bevölkerung. Unter Mithilfe der polnischen Polizei gelang es, einen großen Teil dieser Banden wieder zu fassen und in die Gefängnisse einzuliefern.

Viele Arbeitslose wurden bei den notwendigen Aufräumungsarbeiten eingesetzt. Die Hauptstadt des Distrikts hatte schwer gelitten, wobei 10% des besseren Wohnraumes, der öffentlichen Gebäude usw. verloren gingen und außerdem erhebliche Teile des Altstadt-Wohnraumes durch Feuersbrunst in Asche gelegt worden waren. In verhältnismäßig kurzer Zeit wurde die Einsturzgefahr der zerstörten Gebäude beseitigt und die Straßen von dem umherliegenden Material befreit.

Langsam wurden auch wieder einige Industrieunternehmen, wie Zucker-, Tabak- und Spiritusfabriken, in Betrieb gesetzt.

Ein schwieriges Problem war die Sicherung des Personenverkehrs für die Deutsche Verwaltung und die polnische Zivilbevölkerung. Es stand zunächst nur rein polnisches Fahrpersonal zur Verfügung.

In Verbindung mit den Kreishauptmännern wurde ein großer Teil der noch auf den Feldern stehenden Rüben- und Kartoffelernte eingebracht.

Gerade in die erste Zeit des Aufbaues fielen die Flüchtlingstransporte der Volksdeutschen aus der Ukraine und Wolhynien. Die Flüchtlinge wurden ausgeladen, untergebracht und gepflegt. In der Stadt Lublin trafen oft an einem Tage 800 Menschen ein, die betreut werden mußten. Hier hat vor allem die NSV in uner-

mühdlichem Arbeitseinsatz hervorragende Dienste geleistet.

Von großer Bedeutung waren die erfolgreich durchgeführten sanitären und veterinärärztlichen Maßnahmen. Die ständig auftauchende Seuchengefahr wurde gebannt, Seuchenkrankenhäuser entstanden. Durch die veterinärärztlichen Maßnahmen gelang es, den sehr wertvollen Viehbestand des Lubliner Landes zu erhalten.

Die Wareneinfuhr war seit dem Beginn des Krieges unterbrochen. Die vorhandenen Vorräte gingen bei den Angstkäufen der Polen schnell zur Neige. Die Juden, die bis dahin die Wirtschaft d. h. Produktion, Handel, Ein- und Ausfuhr kontrollierten, hatten unübersehbare Vorräte in die Ghettos geschafft.

Der Großhandel lag völlig darnieder. Jeder Kleinhändler versuchte, sich aus dem Gebiet des Warthegaues die benötigten Waren selbst zu beschaffen. Die Folge war eine riesige Verteuerung der Waren, da die Reisespesen bei den geringen Warenmengen oft größer waren als der Warenpreis. Um diesem Unsinn zu steuern, gründete die deutsche Verwaltung die Osthands- und Industrie G. m. b. H. Lublin (Ostha). Dieses gemeinnützige Unternehmen übernahm die Versorgung des Distrikts mit Gütern, die nicht im Distrikt produziert wurden, und erfaßte die Erzeugnisse des Distrikts, um sie in das übrige Generalgouvernement und das Reich auszuführen.

Die Deutsche Verwaltung versuchte nun, auf den einzelnen Teilgebieten der Wirtschaft Ordnung zu schaffen. Schon im Dezember 1939 führte sie große Mengen Treibstoffe ein. Die Ostha versorgte den Distrikt bereits in den ersten 14 Tagen ihrer Gründung mit Kohlen und Koks.

Eine planmäßige Lederbewirtschaftung unter treuhänderscher Leitung machte es möglich, den gesamten Lederanfall zu erfassen und der deutschen Kriegswirtschaft zuzuführen. Um den Rohstoffbedarf der Lederfabriken sicherzustellen, wurden in Zusammenarbeit mit dem Distriktsveterinär und den Kreislandwirten Maßnahmen zur Erfassung sämtlicher anfallender Rohhäute getroffen.

Wie in allen anderen Distrikten stand auch in Lublin

der Wirtschaftsausbau

vor besonderen Aufgaben, weil nur eine ganz bestimmte Anzahl von Projekten sich realisieren ließ. Von den metallverarbeitenden Betrieben nahm man sich vor allem der Unternehmen an, die landwirtschaftliche Maschinen und Geräte produzierten. Ebenso arbeiteten alle Betriebe weiter, die ihre Rohstoffe aus dem Distrikt bezogen, das sind vor allem die bau-, glas- und holzverarbeitenden Industrien.

Eine besonders wichtige Maßnahme war die Wiederinbetriebnahme der Phosphoritgruben in Anopol.

Es ist selbstverständlich, daß beim Wiederaufbau einer Wirtschaft das Bank- und Kreditwesen reguliert werden muß. Alle Unternehmungen, die vor dem Kriege Bankkonten unterhielten, mußten ihren gesamten Geldverkehr über die neu zugelassenen Bankinstitute abwickeln. Da sie in ihren eigenen Kassen nur Geldbestände für den normalen Finanzbedarf halten durften, die übrigen Gelder jedoch den Banken zuflossen, konnten diese im wesentlichen dem Kreditbedürfnis der sich langsam erholenden Wirtschaft nachkommen.

Die Deutsche Verwaltung legte vor allem Wert darauf, die Wirtschaftszweige zu beleben, die sich mit denen des deutschen Reiches ergänzen. Die von der deutschen Wirtschaft benötigten Harze, Kollophonium, Teer und Terpentin liefert der Distrikt Lublin in reichlichem Maße. Die Produkte lassen sich aus den bisher von den Polen kaum verwandten Kiefernstubben gewinnen. Während bisher die Polen nur 30% des Stubbenanfalls auswerteten, wird unter deutscher Verwaltung der gesamte Anfall nach modernsten Verfahren verarbeitet.

Die 110 Sägewerke des Distrikts lagen vollständig still. Treibriemen und Maschinenteile waren gestohlen und die übrigen Anlagen mutwillig zerstört. Deutscher Initiative gelang es, bis zum März dieses Jahres 65 Sägewerke und über 100 Gatter wieder in Betrieb zu setzen.

Bis Ende April 1940 haben alle betriebsfähigen Sägewerke, das sind 90% aller früheren Sägewerke, die Arbeit wieder aufgenommen.

Am 13. 3. 40 weihte der Distriktschef, Gouverneur Zoerner die Eberbrücke über den Wieprz bei Krasnystaw ein. Diese Brücke ist von großer verkehrstechnischer Bedeutung, liegt sie doch auf der wichtigen Nord-Süd-Strecke Warschau — Lublin — Zamosc — Lemberg. Die Brücke wurde in 10000 Tagewerken erstellt, sie hat eine Spannweite von 78 m, eine Fahrbahn von 6 m und einen Gehweg von 1,50 m.

Anfang Januar wurde mit dem Bau einer zweiten Brücke begonnen, die kurz vor der Vollendung steht. Es ist die Wieprz-Brücke bei Szczekarkow. Diese Brücke sichert ebenfalls eine wichtige Verkehrslinie. Es ist die Distriktstraße Lublin—Lubartow—Radzyn. Die Brücke hat eine Spannweite von 121,5 m und eine Fahrbahn von 7 m.

Hand in Hand mit dem Wirtschaftsaufbau vollzog sich der Arbeitseinsatz; großzügige sozialpolitische Maßnahmen weckten das Vertrauen der polnischen Bevölkerung in die deutsche Führung.

Die Arbeitseinsatz-Verwaltung zog unmittelbar hinter den deutschen Truppen in das besetzte Gebiet ein. Bereits in den ersten Oktobertagen 1939 wurden im Distrikt Lublin 5 Arbeitsämter errichtet. Sie unterstehen der Abteilung Arbeit beim Distriktschef.

Bis zum 1. März 1940 wurden an arbeitslose Polen 2.620.000 Zloty Unterstützung ausgezahlt.

Außerdem schaltete die deutsche Verwaltung ständig arbeitsfähige Polen wieder in den Produktionsprozeß ein. Seit Mitte Februar werden polnische Landarbeiter in der deutschen Landwirtschaft untergebracht.

Die Lohnpolitik der Deutschen Verwaltung paßte sich den wirtschaftlichen Gegebenheiten an. Die Sozialversicherungsanstalt nahm ihre Arbeit unter deutscher Aufsicht wieder auf, nachdem ihre polnischen Leiter unter Mitnahme des gesamten beweglichen Vermögens geflohen waren. Die Anstalt arbeitet reibungslos, sie zieht Beiträge ein und übernimmt die Rentenzahlungen und sonstigen Leistungen der Sozialversicherungen.

Es ist selbstverständlich, daß die Deutsche Verwaltung die Steuerordnung nach volkswirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten regelte. Tausend polnische Steuer-

Judentypen aus Lublin



Aufn.: Bruno Wisniewski

beamte, die drei Monate unbeschäftigt waren, wurden wieder in ihr Amt eingesetzt. 21 Güterwagen mit Steuerakten, die während des Krieges polnische Finanzämter nach Lublin verschleppt hatten, wurden wieder in ihre Heimatorte zurückgebracht und den dortigen zuständigen Ämtern übergeben.

Die größte Aufgabe der Deutschen Verwaltung war,

die Eigenart des Agrardistrikts

zu erhalten und ihn zu einem noch leistungsfähigeren landwirtschaftlichen Überschußgebiet zu entwickeln.

Die mit der Organisation der Ernährung und landwirtschaftlichen Produktion beauftragte Abteilung wurde sehr sorgfältig aufgebaut. Während in der Lubliner Zentrale die Abteilung Ernährung und Landwirtschaft mit 5 Gruppen arbeitet, denen die polnische Landwirtschaftskammer untersteht, arbeiten in jedem der 10 Kreise ein Kreislandwirt und verschiedene Bezirkslandwirte. Mit verhältnismäßig wenig Kräften werden die landwirtschaftlichen Betriebe überwacht bzw. selbst bewirtschaftet. Nach deutschem Vorbild wird die Bewirtschaftung der gesamten Fläche so durchgeführt, daß mit einer restlosen Bestellung der landwirtschaftlich genutzten Fläche zu rechnen ist.

Der Distrikt Lublin ist ein landwirtschaftlicher Überschußdistrikt. Mit Hilfe des deutschen Organisationstalentes und der Arbeitskraft der polnischen Bevölkerung wird eine Produktionssteigerung erzielt werden, die weit über den eigenen Bedarf hinaus den Export nach den anderen Distrikten und ins Reich sichern wird.

Dazu sind folgende Maßnahmen nötig:

Einführung des Zwischenfruchtanbaues und Ausdehnung des Zuckerrüben-, Tabak-, Faserpflanzen-, Kartoffel- und Körnermaisbaues.

Besondere Aufmerksamkeit widmet die deutsche Verwaltung der Tierzucht. Der Bestand, vor allem der weibliche Zuchtviehbestand, muß durch Aufzucht erhöht werden. Es sind vorbeugende Maßnahmen getroffen wor-

den, um die Schlachtung von weiblichen Tieren zu verhindern.

Besonders gefördert wird die Pferde-, Rinder-, Schweine-, Schaf-, Fisch-, Bienen- und Geflügelzucht.

Für die Fischzucht stehen 12000 Teiche mit einem Produktionswert von 5 Millionen Zloty jährlich zur Verfügung.

2 Millionen Hühner legten jährlich etwa 160 Millionen Eier. Die Hühnerhaltung soll so gesteigert werden, daß wir im Jahre 1940 mit einer Eierproduktion von etwa $\frac{1}{2}$ Milliarde Stück rechnen können.

Die Deutsche Verwaltung hat natürlich eine Marktordnung eingeführt, die den Sinn hat, alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu erfassen und sie zu gerechten Preisen gerecht zu verteilen.

Im Distrikt Lublin arbeiten 7 Zuckerfabriken. Die Anbaufläche wird im Jahre 1940 um 30% erhöht.

Beim Einzug der Deutschen Verwaltung lag die gerade für unseren Distrikt sehr wichtige

Zuckerindustrie

vollständig am Boden. Durch Plünderung der zurückflutenden polnischen Armee waren die Fabriken ausgeraubt, die Zuckervorräte gestohlen und die beweglichen Materialien entfernt. Die Rüben verfaulten bei dem Bauern und konnten wegen Pferdemangel nicht abgeliefert werden. Durch energisches Eingreifen wurden alle Schwierigkeiten überwunden und die Kampagne 1939/40 mit einem solchen Erfolg durchgeführt, daß beträchtliche Zuckermengen an andere Distrikte abgegeben werden konnten.

Während im früheren Polen die Rübenbauer nach kapitalistischen Methoden ausgesogen wurden, sorgten wir dafür, daß heute die Zuckerfabriken den Bauern weitestgehend entgegenkommen. Sie müssen die Frachten bezahlen, den Rübensamen liefern und ihnen außerdem einen angemessenen Preis garantieren. Die Rübenbauern wurden verpflichtet, ihren bisherigen Anbau um 30% zu erhöhen. Bei Vertragsbruch müssen sie unentgeltlich Kartoffeln abliefern. Diese Maßnahmen werden es er-

möglichen, daß sich die eingangs erwähnte Produktionssteigerung wirklich durchführen läßt.

Um die Viehwirtschaft auf einer geordneten Grundlage aufbauen zu können, wurden in jedem Kreis mehrere Viehmärkte eingerichtet. Dort wird das Vieh von Beauftragten der Deutschen Verwaltung nach festgelegten Preisen zugeteilt. In der Milch- und Fettwirtschaft wurde energisch an dem Ausbau der Molkereien gearbeitet, um den Bedarf sicherzustellen.

Mit Hilfe eines in aller Kürze ausgebauten Genossenschaftswesens ist die Warenbewegung im Distrikt schon heute zu kontrollieren.

Es liegt im Interesse der polnischen Bevölkerung, daß alle Waren restlos erfaßt werden. Nur dann können sie auch zu einem annehmbaren Preis gerecht verteilt werden.

Von den 2 Millionen ha landwirtschaftlich genutzter Fläche müssen 250000 ha melioriert werden. Im Laufe des Jahres wird in einem großzügigen Arbeitseinsatz an die Lösung dieses Problems herangegangen. Zu den beabsichtigten Projekten gehören Eindeichungen und Flußregulierungen.

Diese Arbeitsvorhaben beweisen, daß deutsche Tatkraft, deutscher Aufbauwille und deutsche Arbeitsleistung vor keiner Schwierigkeit zurückschrecken.

Es bestehen genügend Anzeichen dafür, daß die polnische Bevölkerung erkannt hat, wie sehr sich alle deutschen Maßnahmen, die der Produktionssteigerung dienen, zu ihrem eigenen Interesse auswirken. Das Vertrauen in die deutsche Führung und in die eigene Arbeitskraft sind die Fundamente für den zukünftigen Wohlstand und Frieden dieses Landes.

Schulwesen

Für das Schulwesen wurden durchgreifende Maßnahmen getroffen. In den volksdeutschen Siedlungsgebieten sind für 5000 deutsche Kinder Schulen errichtet worden, sodaß heute im Distrikt Lublin 72 Lehrstätten und 75 Lehrkräfte zur Verfügung stehen. Für die 18000 ukrainischen Kinder sind 350 Schulen mit 6000 ukrainischen Lehrkräften im Distrikt zur Verfügung gestellt worden.

250000 polnische Kinder werden von 4000 polnischen Lehrern in 1600 Schulen unterrichtet.

Kirchen und Kirchenbesitz sind nicht angetastet worden. Die zu 75% römisch-katholische Bevölkerung des Distrikts — 9% griechisch-orthodox, 15% mosaisch — besucht ungestört den Gottesdienst, der von polnischen Geistlichen abgehalten wird.

Gesundheitswesen

Auf dem Gebiet der Seuchenbekämpfung wurden innerhalb 6 Wochen im Distrikt 15 Entlausungsanstalten mit einer Tageskapazität von 200 Mann errichtet. In Lublin können täglich 2000 Menschen abgefertigt werden. Dadurch war es trotz Krieg und dadurch bedingter schlechter Wohnungsverhältnisse und trotz Verlausung und Verschmutzung des jüdischen Ghettos möglich, das Fleckfieber auf $\frac{2}{3}$ des vorjährigen Standes zu drosseln.

Durch Schutzimpfungen der deutschen und polnischen Bevölkerung waren im ganzen Distrikt nur verschwindend wenig Bauchtyphus-Fälle zu verzeichnen. Zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten wurden deutsche und polnische Spezialisten eingesetzt, um der gerade in Lublin stark verbreiteten Seuche Herr zu werden.

An allgemeinen hygienischen Maßnahmen ist zu nennen die Errichtung von Krankenhäusern, der Um- und Neubau von Seuchenabteilungen, die Durchführung strenger seuchenpolizeilicher Maßnahmen, die Kontrolle der Lebensmittel, der Trinkwasserversorgung, der Gaststätten und Lebensmittelläden.

Analog der ärztlichen Fürsorge wurden nach deutschem Muster auch auf tierärztlichem Gebiet Maßnahmen durchgeführt. Schutzimpfungen gegen Maul- und Klauenseuche und Massenimpfungen des Schweinebestandes verhinderten erfolgreich den Ausbruch von Tierseuchen.

Kulturelle Betreuung

Nach Bewältigung der dringlichen Wirtschaftsaufgaben im Distrikt war es möglich, auch an den Ausbau kul-



Aufn.: Bruno Wisniewski

Juden sorgen für sich selbst unter dem Schutz der deutschen Behörde

tureller Einrichtungen zu denken, die den deutschen Männern und Frauen für ihre schwere und verantwortungsreiche Arbeit den inneren Ausgleich geben sollten. Es wurden Möglichkeiten geschaffen, um zunächst trotz der schwierigen Verkehrsverhältnisse die deutsche Bevölkerung mit dem notwendigen Lesestoff zu versorgen. In Lublin wurde ein deutscher Buchladen errichtet, in dem alle großen Tageszeitungen, die deutschen illustrierten Unterhaltungszeitschriften und auch deutsche Bücher vertrieben werden. Für die Angehörigen der Distriktsverwaltung steht ein Leseraum zur Verfügung. Alle Kreisauptmannschaften erhielten kleine Leihbüchereien, deren Bestände laufend erneuert werden.

In dem Lubliner Theater bot K. d. F. den Angehörigen der Wehrmacht und der Deutschen Verwaltung Gastspiele bekannter deutscher Bauern- und Kleinkunsth Bühnen.

Ein sehnlicher Wunsch der Deutschen war die Errichtung eines Kinos. Die in Lublin vorhandenen Lichtspielhäuser konnte man allenfalls als Bretterbuden bezeichnen, die für deutsche Ansprüche völlig unzulänglich waren. So mußte erst aus dem Umbau eines ehemaligen polnischen Kinos die „Deutschen Lichtspiele“ entstehen, die am 15. März 1940 feierlich eröffnet wurden.

In sieben Städten des Distrikts wird in wiederhergerichteten Kinos der deutschen Bevölkerung ein wöchentlich wechselndes, gutes Filmprogramm gezeigt. In die Orte, in denen es keine Kinos, keine Säle und oft kein elektrisches Licht gibt, fahren die roten Filmwagen der Reichspropagandaleitung und führen dort oft unter den primitivsten Raumverhältnissen vor den Männern, die abgeschnitten von der Welt seit Monaten leben müssen, gute deutsche Filme und Wochenschauen vor.

In Lublin ist ein Deutsches Haus eröffnet worden, in dem in schönen, innenarchitektonisch stilvoll ausgebauten Räumen die Angehörigen aller Dienststellen einen geselligen Verkehr pflegen, der die deutsche Mannschaft als geschlossene Einheit zusammenführt.

Im Frühjahr wird mit dem Umbau des früheren Pilsudskiheimes begonnen, das auf Anweisung des Distriktschefs das große deutsche Kameradschaftshaus wird. Neben einem großen Versammlungssaal, der auch für Thea-

ter- und Filmvorführungen geeignet ist, steht ein Gymnastiksaal mit weiteren Räumen für Zimmersport zur Verfügung.

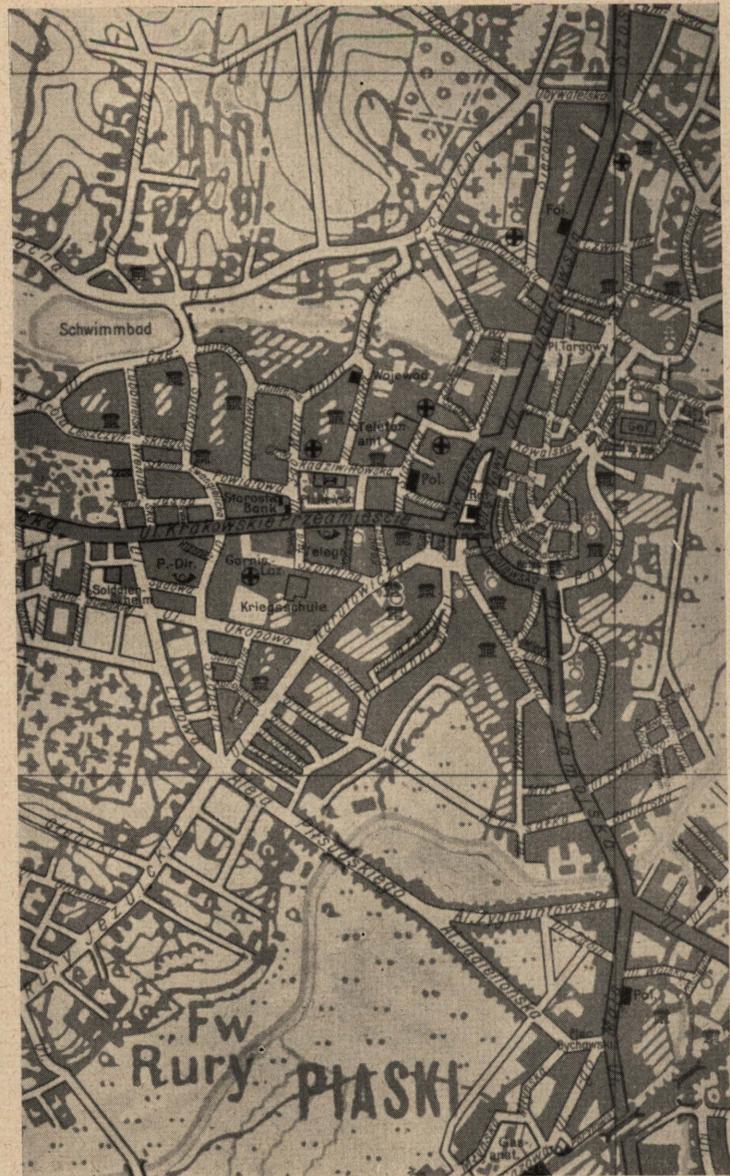
VII. Lublin, die Hauptstadt des Distrikts

Lublin ist zu Anfang des 12. Jahrhunderts als deutsche Grenzsiedlung gegründet worden. Seit 1317 herrschte in der Stadt das Magdeburger Stadtrecht. 1341 erstürmten die Tataren die Stadt — heute noch heißen die Wiesen im Bystritza-Tal Tatarenfelder. Im Jahre 1480 wird Lublin Mittelpunkt der Wojewodschaft. Im 15. und 16. Jahrhundert ist Lublin die Stätte der gemeinsamen Beratungen der Polen und Litauer, die im Jahre 1569 zu dem Abschluß einer Union führten.

Nach der vorübergehenden Einführung der Reformation im 16. und 17. Jahrhundert fiel am Ende des 17. Jahrhunderts der Endsieg den Jesuiten zu.

Die Stadt verfiel und wurde erst Anfang des 19. Jahrhunderts allmählich wieder aufgebaut. Seit dem Jahre 1925 verliert Lublin den Charakter einer ländlichen Provinzstadt und wird in steigendem Maße Industriestadt. Der deutsche Stadtkern war nur durch zwei Tore mit der Außenwelt verbunden. Am Krakauer Tor führten die Handelsstraßen von Kiew, Krakau und Warschau zusammen. Der riesige Marktplatz ist heute noch ein untrügliches Zeichen deutscher Kultur. Fremde Völker durften den Stadtkern nicht betreten. Als Gegenpol wurde vor der Stadt auf einem Hügel ein großes, befestigtes slawisches Lager errichtet, das im Laufe der Jahrhunderte zu einer starken Festung, der „Piastenburg“ ausgebaut wurde. Es diente den polnischen Königen während ihres Aufenthaltes in Lublin als Residenz. Der älteste Teil des Schlosses, der aus dem Jahre 1244 stammende runde Turm, war das Gefängnis für rebellische polnische Adlige. Aus der gleichen Zeit stammt auch die Schloßkapelle. Die darin angebrachten Fresken aus dem Jahre 1415, die erst 1918 wieder zu Tage gefördert wurden, tragen mangels eines eigenen polnischen Stils byzantinischen Charakter.

Anfang des vorigen Jahrhunderts machten die Russen



Lublin. Stadtplan

aus der Burg ein Gefängnis. Die Polen behielten, als sie nach dem Weltkriege von dem Land Besitz ergriffen, diese Bestimmung des Gebäudes bei.

Die Stadt Lublin beherbergt heute auf ihrer 31 qkm großen Fläche rund 150000 Einwohner, davon sind 50000 Juden. Volksdeutsche leben etwa 500 in Lublin.

Lublin ist Verkehrsknotenpunkt von den 4 Eisenbahnstrecken: Lublin—Warschau, Lublin—Lemberg, Lublin—russische Grenze über Chelm und die Nordverbindung nach Bialistock und Wilna. Mit einem landwirtschaftlichen Hinterland ist die Stadt äußerst günstig gelegen. So konnten sich in ihr einige Industriezweige, z. B. landwirtschaftliche Maschinenfabriken, Metallverarbeitungsindustrien, Gerbereien, eine Flugzeugfabrik und Spiritusfabriken, zu einer für polnische Maßstäbe großen Bedeutung entwickeln. Vom Jahre 1580 bis zum Jahre 1764 bestand in Lublin der sogenannte jüdische Reichstag als eine dauernde Rabbinerversammlung zur Regelung der jüdischen Angelegenheiten.

Die älteste Judensiedlung ist über 700 Jahre alt und liegt bezeichnenderweise nicht in der Gegend des heutigen Ghettos.

Man sieht, daß die Juden schon vor Jahrhunderten das Lubliner Land als den Ausgangspunkt ihrer Machtbestrebungen auffaßten. In Lublin steht die berühmteste Talmudschule der Welt.

Lublin war Universitätsstadt, Sitz der Wojewodschaft und anderer Verwaltungsbehörden. Die Stadt ist mit Ausnahme des Altstadtkerns einigermaßen großzügig angelegt und hat in den letzten Jahren eine Reihe anständiger öffentlicher Gebäude und auch einige gute Wohnblocks erhalten.

Die polnische Verwaltung, die heute nach wie vor arbeitet, wird beaufsichtigt von dem Stadthauptmann Dr. Cuhorst und 11 Reichsdeutschen. Mit diesem kleinen deutschen Aufsichtsapparat werden die manigfaltigen Aufgaben der Distriktshauptstadt gelenkt, deren Durchführung der polnischen Stadtbehörde obliegt.

VIII. Die Kreise des Distrikts

1) Lublin-Land

Der Landkreis Lublin hat eine Ausdehnung von 2300 qkm. Die 205000 Einwohner zergliedern sich in 1640 Deutsche, 15375 Juden und 187985 Polen. Der Distrikt hat 20 Gemeinden und 8 Städte.

Die bebaute Fläche beträgt 186280 ha, davon sind 83% = 154804 ha landwirtschaftlich genutzt. Diese Fläche teilt sich wie folgt auf: 75,7% Äcker, 4,7% Wiesen, 1% Weiden, 10% Wald und 6% Ödland. Der Boden ist sehr fruchtbar und eignet sich ausgezeichnet zum Anbau von Zuckerrüben und Weizen.

In den Städten Piaski und Pichawa finden große Viehmärkte statt.

2) Chelm-Land

Der Landkreis Chelm hat eine Ausdehnung von 3056 qkm. Von den 218000 Einwohnern sind 15000 Deutsche, 122000 Polen, 64000 Ukrainer und 17000 Juden. Auf einem Quadratkilometer wohnen 82 Menschen. Der Landkreis hat 658 Ortschaften und 21 Großgemeinden.

In den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts wurde die deutsche Kolonie gegründet. Nähere Angaben über das Deutschtum finden sich in dem großen Bericht über den Distrikt.

Das Chelmer Land hat guten Weizenboden, doch leider auch Treibsand, der oft bei den Frühjahrswinden die junge Saat gefährdet.

Im Landkreise Chelm wurde unter deutscher Führung die Aufbauarbeit in schnellem Tempo vorwärts getrieben. Auf dem flachen Lande stehen im Vordergrund die Drainierungsarbeiten, aber auch Fabrikanlagen — eine Zuckerfabrik, eine Zementfabrik und eine Glashütte wurden wieder in Betrieb gesetzt; ein riesiges Sägewerk arbeitet auf hohen Touren.

Das Charakteristikum für den Landkreis Chelm ist das deutsche Siedlungsgebiet, das über die Hälfte aller im Distrikt ansässigen Volksdeutschen umfaßt.

Im Kreis Chelm wurden 61 deutsche Schulen eröffnet.

3) Kreis Hrubieszow

Auf ca. 2000 qkm wohnen 186000 Einwohner. Charakteristisch für den Kreis ist die große Anzahl der hier wohnenden Ukrainer. Rund 91000 Ukrainern stehen nur 83000 Polen gegenüber. Es leben nur 583 Deutsche im Kreis Hrubieszow, dafür aber 11000 Juden. Der Kreis ist ein reiner Agrarkreis ohne jede Industrie. Hrubieszow wurde Anfang Januar 1940 bei der Umsiedlung der Wolhyniendeutschen bekannt. In der Nähe von Hrubieszow war eine große Zuckerfabrik als Rastlager für kommende Trecks hergerichtet worden. Von Hrubieszow aus gingen auch die meisten Eisenbahntransporte, die die Wolhyniendeutschen in ihre neue Heimat brachten.

4) Kreis Radzyn

umfaßt die früheren Kreise Lubartow und Radzyn.

Durch Zusammenlegung mehrerer Gemeinden läßt sich die Größe des Kreises noch nicht genau feststellen. Er hat 320000 Einwohner, davon sind 4000 Deutsche und 3500 Ukrainer. Der Kreis ist sehr judenreich. In Tarczew und Lukow (16000 Einwohner) und Radzyn (5500 Einwohner) sind 50% der Einwohner Juden, in Ostrow 80% und in Miedzyrec sogar 95%.

Im Kreise Lubartow wohnen die Volksdeutschen ähnlich wie im Kreis Chelm massiert.

5) Kreis Biala-Podlaska

Der nördlichste Kreis des Distrikts hat eine Ausdehnung von 2651 qkm. Die 154499 Einwohner zergliedern sich in 151 Volksdeutsche, 113802 Polen, 10957 Ruthenen, 9139 Ukrainer, 19783 Juden und 370 andere.

Die Stadt Biala hat 24788 Einwohner, davon sind 13000 Polen und 10900 Juden.

Weitere Städte des Kreises sind Janow-Podlaska und Terespol.

Wir finden keine nennenswerte Industrie. Es gibt rund 20000 landwirtschaftliche Kleinbetriebe unter 10 ha.

Im Zuge der Aufbauarbeit ist der Neubau zweier Brücken und die Eröffnung 50 neuer ukrainischer Schulen zu erwähnen.

6) Kreis Krasnystaw

Krasnystaw ist ein verhältnismäßig kleiner Kreis von 1470 qkm mit 134000 Einwohnern. Die Stadt Krasnystaw hat 12000 Einwohner, davon sind 20% Juden. Der Ort Izbica hat eine hundertprozentige jüdische Bevölkerung (6000 Einwohner). Im Kreis sind ansässig: 117000 Polen, 5000 Ukrainer und 12000 Juden.

Der Kreis gehört landschaftlich zu den schönsten Gebieten des Distrikts und ist reich an großen Waldungen. Krasnystaw ist der Kreis des Großgrundbesitzes. Es gibt Güter mit über 1000 ha; etwa 50 Güter sind über 100 ha groß. Der Kreis hat rein landwirtschaftlichen Charakter.

Folgende Fabriken und landwirtschaftliche Produktionsstätten wurden durch deutsche Initiative wieder in Gang gesetzt:

Eine Klinkerfabrik, eine Möbelfabrik, eine große Ziegelei, 11 Sägewerke, rund 100 Mühlen, 10 Molkereien und 10 Brennereien.

Krasnystaw liegt auf der Straße Warschau—Lublin—Lemberg.

Der bereits in der allgemeinen Übersicht erwähnte Brückenneubau über den Wieprz ist ein Beweis für den Aufbauwillen der hiesigen Verwaltung.

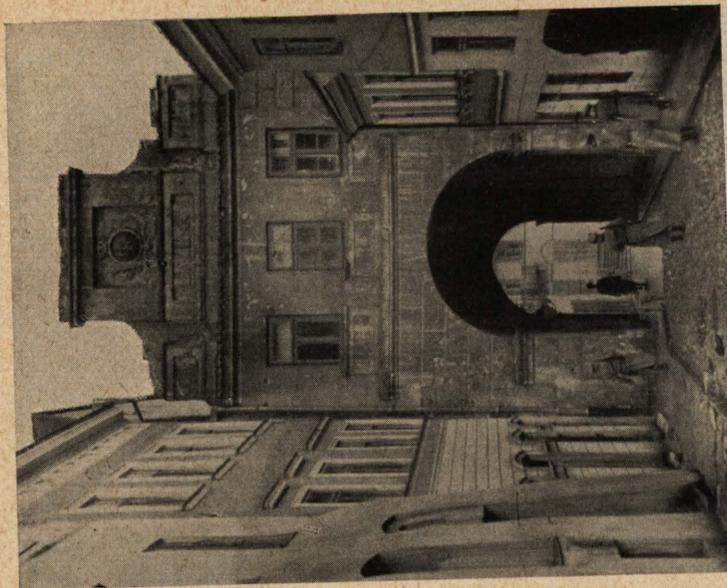
Abschließend sei noch erwähnt, daß in Bialka ein riesiges Staatsgestüt (Hengst-Zucht) den Namen des Ortes weit über die Grenzen des Kreises Krasnystaw bekannt gemacht hat.

7) Kreis Bilgoraj

Durch Gebietsänderungen kann z. Zt. eine genaue Größenangabe nicht gemacht werden. Der Kreis Bilgoraj allein umfaßte früher 1708 qkm. Von den 188766 Einwohnern sind 252 Deutsche, 136760 Polen, 38950 Ukrainer, 13100 Juden. Die Stadt Bilgoraj, die 1578 gegründet wurde, hat 7500 Einwohner.

Am 1. April 1940 wurde aus dem Kreise Zamosc die 8100 Einwohner fassende Stadt Szczepieszyn zum Kreise Bilgoraj geschlagen.

Der Kreis hat umfangreiche Waldungen. Von Indu-



Tor im deutschen Stadtteil von Lublin

Aufn.: Bruno Wisniewski



Arbeitsamt in Lublin

Aufn.: Bruno Wisniewski

strianlagen seien erwähnt, Sieb-, Korb-, Möbel- und Terpentinfabriken. Außerdem Sägewerke und eine Leinenweberei. 40% der Landfläche ist Sandboden. Es gibt kaum Großgrundbesitz. Die hauptsächlichsten landwirtschaftlichen Produkte sind Roggen, Hafer, Kartoffeln und etwas Tabak. Die während des Krieges zerstörten Brücken des Kreises sind im Wiederaufbau begriffen.

8) Kreis Zamosc

Auf 1690 qkm wohnen 146000 Einwohner. Sie zergliedern sich in 100 Deutsche, 8000 Ukrainer, 11000 Juden und rund 125000 Polen. Die Stadt Zamosc hat 24300 Einwohner, davon sind 7000 Juden. Sie wurde im Jahre 1580 gegründet; später wurde sie als Festung ausgebaut und 1646 vom Schwedenkönig Karl-August belagert. Bekannt ist das alte Rathaus, das im italienischen Barock erbaut wurde. Schon in früheren Zeiten hatten hier Danziger Kaufleute ihre Niederlassungen; denn Zamosc hatte als Stapelplatz für den Handel mit dem Orient außerordentliche Bedeutung.

Außer zwei Zuckerfabriken gibt es keine nennenswerte Industrie. Der gute Lehm Boden garantiert einen ausgezeichneten Weizen- und Zuckerrübenanbau.

9) Kreis Janow-Lubelski

Die Kreishauptmannschaft Janow-Lubelski zählt bei 2534 qkm 198553 Einwohner, die sich wie folgt zergliedern:

Ca. 150 Volksdeutsche, 180000 Polen, 2000 Ukrainer und 16000 Juden. Die Stadt Janow-Lubelski hat 4047 Einwohner und die Stadt Krasnik 15564 Einwohner.

Der Kreis hat rein landwirtschaftlichen Charakter. Die leicht gewellte Landschaft ist von zahlreichen Wäldern durchsetzt. Entlang der Weichsel finden wir leichten Boden mit teilweise reinem Sandcharakter. Gegen Osten nimmt das Land wesentlich an Fruchtbarkeit zu. Im Durchschnitt ist das Gebiet des Kreises sehr fruchtbar und an manchen Stellen treffen wir eine ausgezeichnete Pferdezucht an.

Ein negatives Charakteristikum für den Kreis ist hier ein alteingesessenes Bandenunwesen, das nach Eintreffen der Deutschen Verwaltung durch scharfes Zugreifen unserer Polizeikräfte endlich unterdrückt werden konnte.

10) Kreis Pulawy

Größe des Kreises 2264,65 qkm, mit einer Einwohnerzahl von 236 637. Davon sind 278 Deutsche, 214627 Polen, 21711 Juden und der Rest Ukrainer.

Die Stadt Pulawy ist 2609 ha groß und hat 12222 Einwohner. Die Stadt Kazimierz hat bei einer Größe von 1242 ha 5342 Einwohner. Der Ort Naleczow ist ein bekannter Badekurort mit eisenhaltigen Quellen, Moorbädern und einem Kurhaus.

Im Kreise Pulawy befinden sich 2 Zuckerfabriken, 6 Brennereien, 17 Molkereien und 170 Mühlen.

Die landwirtschaftlich genutzte Fläche teilt sich wie folgt auf: rund 95000 ha Ackerfläche, 7200 ha Wiesen, 9300 ha Weiden, 28500 ha Wald und 26500 ha Ödland.

Das landwirtschaftliche Institut in Pulawy besitzt 5 Versuchsgüter, die außer Sortenbauversuchen, Tierzucht und Obstbaumzucht betreiben. Das Wissenschaftliche Institut ist das einzige Institut Polens gewesen.

An Aufbauarbeiten sind geplant: Die Errichtung einer neuen Weichselbrücke bei Kosmin, die Wiederherstellung der Weichselbrücke bei Pulawy, umfangreiche Straßenarbeiten, die Errichtung eines Kreiskrankenhauses usw.

Fertiggestellt wurde eine Entlausungsanstalt (Neubau). Neu errichtet wurden ein Kreiskrankenhaus und ein epidemisches Krankenhaus.

IX. Die Stadt Chelm

Größe der Stadt 22 qkm. Einwohnerzahl 34000. Davon Deutsche 500, Ukrainer 7500, Polen 16000, Juden 10000. Die Stadt liegt 171 m über dem Meeresspiegel. In der Stadt befinden sich 1 Brennerei, 4 Mühlen, 3 Ölfabriken, 2 landwirtschaftliche Maschinenfabriken.

Innerhalb des Stadtgebietes werden bewirtschaftet 791

ha Ackerfläche, 261 ha Wiesen, 40 ha Weiden und 91 ha Gärten. Chelm ist Mittelpunkt eines großen landwirtschaftlichen Erzeugungsgebietes.

Die Deutsche Schule im früheren polnischen Lehrerseminar hat unter deutschen Lehrkräften ihre Tätigkeit aufgenommen. Die Einrichtung eines Internats schafft die Möglichkeit, auch den deutschen Kindern auf dem Lande den Besuch der Deutschen Schule zu sichern.

Besonders hervorzuheben ist an Bauwerken die alte Kathedrale der Ukrainer, die ihnen nach dem Weltkriege von den Polen genommen war und am Geburtstag des Führers 1940 durch den Generalgouverneur zurückgegeben wurde.

Am Bahnhof befindet sich das große Baugelände der früheren polnischen Eisenbahndirektion mit halbfertigen Bürohäusern und Wohnungen. Diese Bürohäuser haben zum Teil zur Unterbringung der Wollhyniendeutschen bei der Umsiedlung gedient und werden jetzt, wie die Wohnhäuser, ausgebaut für die Zwecke der Deutschen Verwaltung.

Die Planung der Deutschen Verwaltung in der Stadt geht in erster Linie dahin, durch Beseitigung der unglaublichen hygienischen Verhältnisse zur Seuchenbekämpfung beizutragen und durch den Straßenausbau die Verkehrsverhältnisse zu bessern.

Angaben über den
Distrikt Warschau

Zusammengestellt von der Abteilung
für Volksaufklärung und Propaganda
im Amt des Distriktschefs Warschau

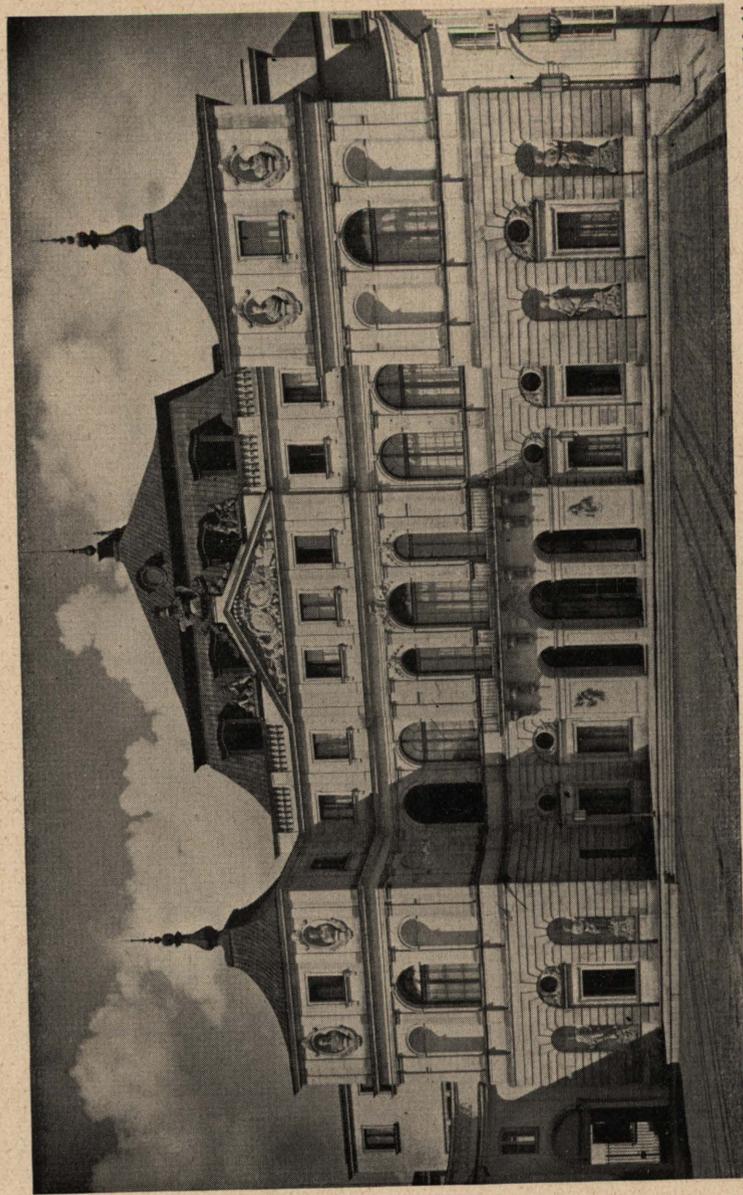
der Altstadt mit den anliegenden Straßen, wie auch das verhältnismäßig wenig veränderte Aussehen der aus dem 17. und 18. Jahrhundert stammenden Stadtteile.

Warschau gehört nicht zu den Städten, die einen geschlossenen Eindruck hinterlassen; das Künstlerische kommt immer nur fragmentarisch zur Geltung. Dabei ist es das Interessante, daß es gerade Zeiten mit einem starken deutschen Kultureinfluß waren, in denen der Ausbau der Stadt nach künstlerischen Gesichtspunkten am bedeutendsten war, und zwar handelt es sich dabei vor allem um die Zeit des späten Mittelalters, in dem das deutsche Bürgertum in Warschau eine große Rolle spielte, sowie um die Zeit der Sachsenkönige. Es sind gerade diese beiden Zeitabschnitte, aus denen das sonst architektonisch nicht interessante Warschau einige Sehenswürdigkeiten aufzuweisen hat.

A. Zur Geschichte und Architektur der Stadt

Ursprünglich ein Fischerdorf, entwickelt sich Warschau im 14. Jahrhundert dank seiner Lage immer mehr zu einem Handelsplatz. Im Hinblick auf die östliche Invasionsgefahr bestand die Sicherheit hauptsächlich in der Lage der Stadt am breiten Strom und hohen Ufer. Die wirkliche Hauptstadt der Landschaft und des Herzogtums Masovien, wenigstens in militärischer Beziehung, war Czersk, eine Stadt 30 km südlich von Warschau entfernt und ebenfalls auf dem hohen Weichselufer gelegen, wo heute nur eine einzige mächtige Schloßruine zu sehen ist.

Als Dorf ist Warschau schon im Jahre 1224 erwähnt, die Stadtgründung fällt auch noch in das 13. Jahrhundert, d. h. in jenen Zeitraum, als nach dem Tatareneinfall (1241) zahlreiche Städte gegründet wurden. Eine besondere Bedeutung kommt dabei der deutschen Einwanderung zu, die teils schwächer, teils stärker das ganze Polen durchdrang und in Masovien besonders stark war. Konrad I. von Masovien (1201—1247), der in politischem und wirtschaftlichem Weitblick die Deutschritter ins Land gerufen und dadurch viel zur Hebung und Sicherung des Landes getan hatte, stand stark unter dem Ein-



Das „Palais Brühl“, der Sitz des Chefs des Distrikts Warschau

Aufn.: H. Poddebski

fluß deutscher Kultur. Jener Ritter Gothard, der die Jatwinger in Podlachien (östlich von Warschau) bezwang und dadurch für Masovien die zu seiner wirtschaftlichen Entwicklung notwendige Sicherheit schuf, ist wohl einer der zahlreichen in Konrads Diensten stehenden deutschen Ritter gewesen. 1241 erhielt Gothard von seinem Fürsten als Belohnung das Dorf Sluzewo bei Warschau (in distrikto Varsaviense). Es ist dies die erste Erwähnung von Warschau, das so schon in seinem Ursprung eng mit Deutschland verknüpft erscheint.

Warschau entwickelte sich dann verhältnismäßig schnell. In den ersten Jahrzehnten des 14. Jahrhunderts besitzt Warschau bereits zwei Kirchen und ist mit einer Mauer umgeben. Für die relative Größe und Bedeutung der Stadt in dieser Zeit spricht die Wahl Warschau zum Sitz eines Schiedsgerichts zwischen Kasimir und dem Deutscher-Ritter-Orden im Jahre 1339.

Wenn es gelang, daß sich Warschau in verhältnismäßig kurzer Zeit über die zahlreichen hölzernen Nester hinaus zu einem Zentrum entwickeln und ältere Städte überflügeln konnte, so liegt das daran, daß Deutsche die Grundlagen der städtischen und wirtschaftlichen Organisation geschaffen haben. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der deutsche Einfluß für die Stadt von größter Bedeutung war. Seit der Einführung des Kulmer Rechts (der deutschen oder Magdeburger Stadtverfassung) besaß der Magistrat von Warschau eine vollständige Jurisdiktion mit Bürgermeister und Vogt, mit Ratsherren und Schöffen. Die Bürgernamen, die sich aus der Zeit von 1339—1408 feststellen lassen, beweisen den vorwiegend deutschen Charakter des ältesten Warschau unumstößlich. 78% der Namen aus jener Zeit sind deutscher Herkunft.

Die weitere Entwicklung der Stadt fällt dann besonders in das 15. Jahrhundert, wobei die deutsche Einwanderung stets einen führenden Anteil am Aufstieg Warschaus nahm. Bis 1420 sind 84% der uns überkommenen Warschauer Bürgernamen deutschen Klanges. Dann wird die Zuwanderung schwächer und die Zuwanderung einheimischer Elemente sichert dem Polentum bald die Überlegenheit. Die Schöffenbücher Alt-Warschaus von 1427—1453 lassen noch 28% der Namen

deutscher Abstammung sicher erkennen. Von 1505 bis 1525 nahmen 354 Einwohner das Bürgerrecht an, davon nur 15 Nichtpolen, u. a. der Gürtelmacher Kaspar Lang aus Augsburg (1510), Balthasar Gise aus Franken (1511), „Georgius Focker de Nerberg“ aus Nürnberg (1525) der Stammvater der Warschauer Fuggerlinie. Wir haben es in diesen Fällen nicht mehr mit einer Masseneinwanderung zu tun, sondern mit einer Einwanderung, die man als „Auslese-Einwanderung“ bezeichnet hat. Die deutschen Patrizier hatten einen führenden Anteil an der weiteren Entwicklung der Stadt. Ebenso wie Gise, quälte man auch Fugger lange, städtische Ämter anzunehmen, schon bevor er des Polnischen mächtig war. 1523 wählte man ihn zum Schöffen, 1537 zum Ratsherrn, der er mit kleinen Pausen bis zu seinem Tode (1548) blieb. Durch seine Heirat mit der reichen Patriziertochter Barbara Landecker, durch sein eigenes Kapital und sein Unternehmertum wurde Fugger der reichste Herrscher von Warschau. Auch der 1530 aus Breslau eingewanderte Kaufmann Thomas Korb erwarb schnell ein bedeutendes Vermögen, sodaß sein Sohn Georg den prachtvollen Patriziersitz am Alten Markt neben anderen deutschen Bürgerhäusern erbauen konnte, der erst nach seinen späteren Eigentümern das Fuggerhaus genannt wurde. Sigismund August verlieh ihm und seinen Nachkommen ein Privileg dafür, daß er „ein Gebäude der Stadt zur großen Zierde mit beträchtlichem Aufwand errichtet habe“. So ist es kein Wunder, wenn selbst ein polnischer Historiker sagt, daß die „herorragendsten Bürgergeschlechter Warschau aus Deutschland stammen“. Ihnen verdankt die Stadt den Aufschwung aus dem mittelalterlichen Kleinstadtdasein.

Das Weichbild der Altstadt ist nicht groß. Sie war von einer Befestigungsmauer mit Türmen umgeben, deren Lauf sich an der Westseite durch die Straße Podwale (Am Wall) bestimmen läßt. Reste dieser Mauer sind freigelegt worden und können besichtigt werden. Dem mittelalterlichen Stadtkern Warschau bildet der Alte Markt, der im Jahre 1928 erneuert worden ist. Es ist ein rechteckiger, in sich geschlossener Platz, auf dem sich früher das Rathaus befand. Diese Anlage deutet schon auf den ersten Blick in ihrer Ähnlichkeit mit der Anlage

deutscher Städte auf die enge Verbundenheit, die zwischen dem ältesten Warschau und dem Reich bestand.

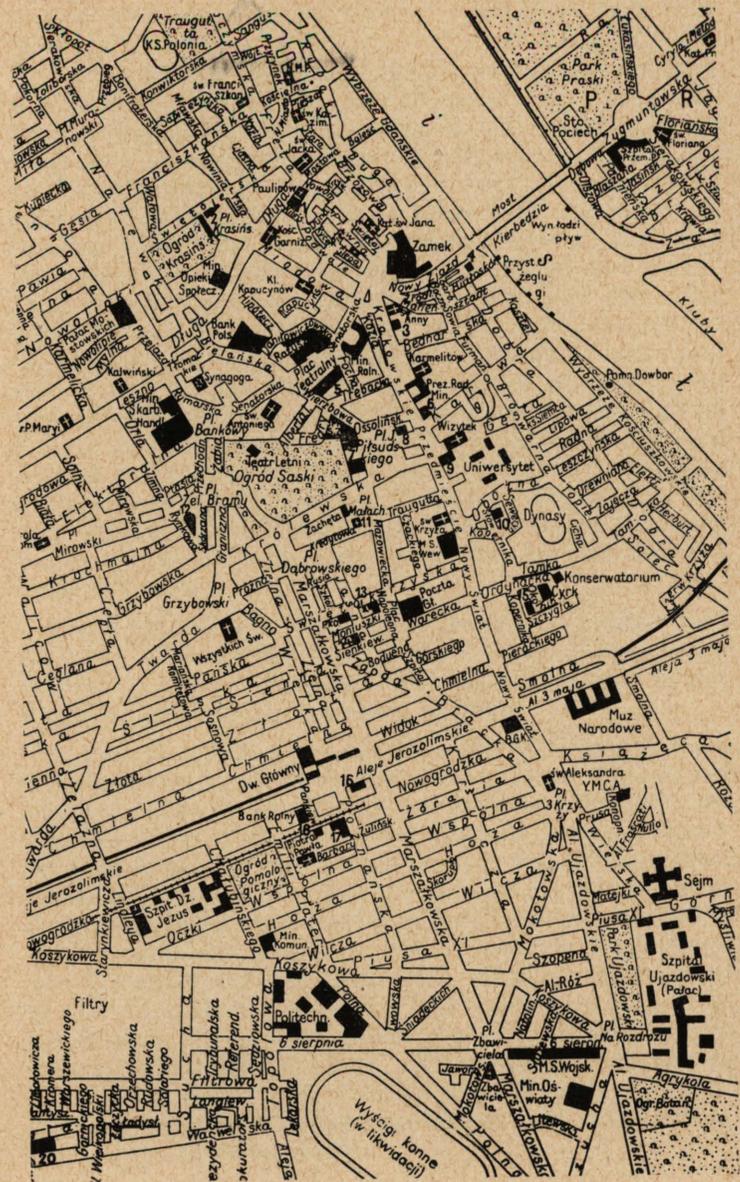
Die Bürgerhäuser am Alten Markt, deren Zahl im 16. Jahrhundert urkundlich 39 betrug, waren vorwiegend gotische Bauten. Sie wurden jedoch durchweg im 17. und 18. Jahrhundert umgebaut, sodaß die Gotik nur noch in Überresten vorhanden ist, die im Gewande des Barock oder in der falschen Hülle der Neugotik versteckt sind. Durch die Geschlossenheit und die breite Anlage macht der Alte Markt noch heute einen wirkungsvollen Eindruck. Die bunt bemalten Häuserfassaden sind schmal und meist dreifenstrig. Die Bauprinzipien sind überall dieselben. Ein reich dekoriertes steinernes Portal führt zum gewölbten Flug von geringer Breite. Seitwärts liegt der Treppenaufgang, der erst vom ersten Stockwerk ab sich zum eigentlichen Treppenhaus frei entwickelt und fast ausnahmslos mit Oberlicht beleuchtet ist. Charakteristisch sind die Portale aus dem Ausgang des 16. und Anfang des 17. Jahrhunderts. Besondere Erwähnung verdient das Fuggerhaus (Nr. 25) mit dem schönen Innenhof. Das Gitterwerk des Balkons bezeugt eine hochentwickelte Schmiedekunst. Interessant sind auch die Häuser Nr. 1, 2, 11, 19, 21, 27, 31, 32.

In der Nähe des Alten Marktes und zur Altstadt gehörend befindet sich die St. Johanniskathedrale, das bedeutendste mittelalterliche Bauwerk Warschaus. Im gotischen Stil in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts erbaut, ursprünglich nur im Umfange des heutigen Presbyteriums, ist die Kirche ein dreischiffiger Hallenbau ohne Querschiff. Von dem Bau haben wir die Nachricht, daß zwei Danziger Maurermeister Peter Sommerfeld und Nikolaus Tyrold 1473 beim Bau beschäftigt waren. Die Kirche wurde 1873 und 1892 gründlich restauriert und die Fassade im englischen Perpendikularstil vorgebaut. In diesem Stadtteil liegt ferner die Marienkirche, deren gotischer Backstein-Glockenturm aus dem Jahre 1479 in seiner ursprünglichen Form erhalten ist.

Als am Anfang des 16. Jahrhunderts die letzten Herzöge von Masovien starben, wurde Masovien der „Krone“ einverleibt. Damit schließt die mittelalterliche Epoche War-

schau ab. Die zentrale Lage der Stadt innerhalb der Grenzen des polnischen Staates entschied über das weitere Schicksal Warschaus. Schon im 16. Jahrhundert wird sie die eigentliche Hauptstadt, da hier seit 1569 die polnischen „Reichstage“ zusammentreten beginnen. Den äußeren Anlaß zur Überführung der Residenz gab der Brand des Schlosses in Krakau im Jahre 1595 zur Zeit der Regierung Sigismunds III., dem zu Ehren 1644 die Sigismundssäule, das bedeutendste freistehende Denkmal der Stadt, auf dem Schloßplatz errichtet wurde. Seit jener Zeit hat Warschau die alte Residenzstadt Krakau überflügelt, wenn auch Krakau offiziell und traditionell die Krönungs- und Begräbnisstätte der Könige blieb.

Damals erfolgte die rasche Ausdehnung der Stadt längs der Weichsel nach Süden hin. Während die Altstadt in ihrem Grundriß und mit den kleinen Gassen unberührt bleibt, entstehen längs der Krakauer Vorstadt in langer Reihe die geräumigen, ganz wie Landsitze anmutenden Magnatenschlösser. Der Hochadel, an zahlreiches Gefolge gewöhnt, fand an den Reichstagen keine genügende Unterkunftsmöglichkeit im alten Warschau. Dies gab den Anlaß zum Bau eigener Häuser, und zwar in der Form von Gutshöfen, die nach der Stadt übertragen wurden. Die meist einstöckigen Sitze waren mit einem Garten, einem Hof und langgestreckten Wirtschaftsflügeln umgeben. Viele von diesen Palästen sind später umgestaltet worden, manche verschwanden völlig; einige von ihnen bilden aber noch heute Beispiele solcher Herrensitze, so das Palais der Fürsten Radziwill (Krakauer Vorstadt 46-48), vor dem Kriege Sitz des Ministerrates und ihm gegenüber das Palais der Fürsten Czartoryski, jetzt dem Grafen Potocki gehörend, mit seinen schmiedeeisernen Toren und breiten Auffahrten (Krakauer Vorstadt 15). Aber von ihrem alten Mittelpunkt erweitert sich die Stadt auch nach Westen hin. Hier wurde der Palast des Grafen Krasinski errichtet. Der Bau wurde 1676 begonnen und gegen Ende des 17. Jahrhunderts vollendet. Wie aus den Baurechnungen urkundlich nachweislich hervorgeht, hat A. Schlüter vor seiner Übersiedlung nach Berlin an der Ausgestaltung dieses Palastes gearbeitet. Sicher ist, daß von ihm das Giebelrelief stammt. Der zum Palast gehörige



Warschau. Stadtplan

Garten verdankt dem Deutschen Knackfuß seine Entstehung.

Von besonderer Bedeutung für die weitere Entwicklung der Stadt wird dann die Regierungszeit der Sachsenkönige August II. und III., während der Warschau weiter ausgebaut wird und ein neues Gesicht erhält. August II., als Friedrich-August der Starke Kurfürst von Sachsen, gewann die polnische Krone im Jahre 1697. Besonders im zweiten Jahrzehnt seiner Regierung begann eine rege Bautätigkeit, die dann von August III. fortgesetzt wurde. Dem Beispiel des Hofes folgten Magnaten und Adel. Die Stadt bekam dadurch ein ganz neues architektonisches Gepräge, wobei der künstlerische Einfluß Dresdens immer stärker und die Hauptzüge des modernen Stadtbildes im wesentlichen festgelegt wurden. Fast das ganze Barock und Rokoko ist sächsisch. Den entscheidenden Antrieb zum Ausbau gab August der Starke selbst, wenn die Ausführung auch oft erst später geschah. Nachdem August III. vor den Truppen Friedrichs des Großen Dresden verlassen mußte, wuchs die Bedeutung Warschaus als Residenz der beiden Reiche.

Die Richtlinie der Warschauer Architektur dieser Zeit ist mehr oder weniger durch die Namen Pöppelmann, Knöbel, v. Deybel, Knöffel, Krubsacius bestimmt. Große städtebauliche Anlagen werden geplant.

August II. kaufte 1713 das Bielinski-Palais und begann den Grundbesitz völlig umzugestalten. Beim Ausbau des Palastes entfaltete der König den größten Eifer. Wie aus den Akten hervorgeht, war es vor allem M. D. Pöppelmann, der dem König mit seiner Kunst diente. Pöppelmanns Plan wurde nicht ausgeführt, wie überhaupt das Palais nie zu einer völlig befriedigenden Gestaltung kam. Aus dem alten Vorhof dieses Sächsischen Palais hat sich der Sachsen- oder Pilsudskiplatz entwickelt. Als Architekten waren neben M. D. Pöppelmann auch K. F. Pöppelmann und J. D. Jauch tätig, der im Sächsischen Garten auch ein früh verfallenes Amphitheater baute. 1802 wurde das Sächsische Palais vom König von Preußen gekauft und war dann Sitz der russischen Militärverwaltung und später polnisches Generalstabsgebäude.

Dicht daneben befindet sich das Palais Brühl, das einst im Besitze der Fürsten Lubomirski und Sanguszko 1750 vom dem Minister August's III., Grafen Heinrich Brühl, gekauft wurde. Ihm verdankt das Palais seine endgültige Gestaltung. Auch hier sind im wesentlichen die Formen des Gutshofs und des Landschlusses nach der Stadt übertragen und weiter entwickelt. Als Baumeister gelten die Architekten Knöffel und Knöbel, sowie in den Anfängen J. D. Jauch. Das Palais war später Sitz der russischen Gesandtschaft, dann Zentraltelegrafenamts, später Polnisches Außenministerium und ist jetzt Sitz des Chefs des Distrikts Warschau.

Hinter dem Sächsischen Palais und dem Palais Brühl befindet sich der Sächsische Garten, den ein Dresdner Architekt im Laufe von 14 Jahren mit Hilfe vorwiegend sächsischer Gärtner schuf. Die Arbeiten leitete der Sachse Schultz, der spätere Direktor des Gartens, dessen Nachfolger sein Landsmann J. J. Mencke wurde.

Auch der größte Teil der Kirchen erhielt seine letzte Gestaltung unter dem Einfluß der sächsischen Architektur. Erwähnt seien: die Bernhardiner-Kirche, erbaut 1454 bis 1749, Fassade aus dem Jahre 1788, die Karmeliterkirche, erbaut 1672 bis 1701, Fassade von 1782, ferner Visitanerkirche, erbaut 1728 bis 1761, sowie die Hl. Kreuzkirche, erbaut 1682 bis 1757.

Unter der Herrschaft des letzten Polenkönigs Stanislaus August Poniatowski wirkt der Einfluß der sächsischen Architektur weiter nach. Damals entsteht das Lazienki-Schloß im Park an der Ujazdowski-Allee, das von dem Italiener D. Merlini und dem 1750 in Dresden geborenen Hofbaumeister J. Kamsetzer gänzlich in den Jahren 1784 bis 1793 umgestaltet wurde. Dieses Sommerpalais und die Anlage des Parks bilden ein prachtvolles Beispiel für das späte Verklingen des Stils der sächsischen Zeit und für den langsamen Übergang in den Klassizismus, für dessen Verbreitung in Warschau zwei weitere Deutsche und zwar S. G. Zug aus Merseburg und E. von Schröger aus Thorn tätig sind. Der schöne, das Badeschlößchen Lazienki umgebende Park, wurde von dem 1752 in Dresden geborenen und 1773 nach Warschau gekommenen königlichen Baumeister und Gartenarchitekten Johann Chri-

stian Schuch angelegt, an dessen Tätigkeit noch heute der Name einer Warschauer Straße erinnert. Schuch, der zusammen mit dem Gärtner Simon für den Fürsten Lubomirski den Landschaftsgarten „Mon Coteau“ (jetzt Mokotow) anlegte, hat auch den Park in Demblin geschaffen.

Im November 1794 fiel Warschau in die Hände des russischen Generals Suworow. Auf Grund des Teilungsvertrages ging dann Warschau mit den angrenzenden Provinzen an Preußen über und war von 1795 bis 1806 die Hauptstadt von Süd-Preußen. Damals war E. T. A. Hoffmann als preußischer Beamter in Warschau tätig und gründete hier die erste Musikgesellschaft. 1807 bis 1815 war Warschau Hauptstadt des von Napoleon gegründeten „Großherzogtums Warschau“. Nach den napoleonischen Kriegen und dem Wiener Kongreß kam Warschau zu Rußland und war von 1815 bis 1831 Hauptstadt des mit Rußland in Personalunion verbundenen Kongreßpolen. In jener Zeit entstand eine Reihe neuer Gebäude, wie etwa die Polnische Bank, die Universität, das Palais der Wissenschaftlichen Gesellschaft u. a. Auch das Schloß Belvedere wurde in jener Zeit (1823) für den Statthalter Konstantin gebaut. Es ist ein Bau von einfacher Architektur mit zwei offenen Säulenreihen. Alle diese Gebäude sind in klassizistischem Stil gehalten, als deren Vermittler die Architekten Zug und Aigner gelten. Peter Aigner erbaute auch die auf dem Drei-Kreuz-Platz gelegene Alexanderkirche, die ursprünglich eine Nachahmung der Peterskirche in Rom war, und führte den Umbau des Palais Radziwill in der Krakauer-Vorstadt durch.

Die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts bedeutet für die architektonische Entwicklung der Stadt wenig. Auch der Ausbau, den Warschau nach 1918 erfahren hat, war nicht planmäßig und weist keine Besonderheiten auf.

B. Nähere Ausflugsorte

Hingewiesen sei noch auf eine Reihe von Schlössern, die in der nächsten Umgebung von Warschau liegen und wegen ihrer schönen Umgebung beliebte Ausflugsorte sind.

Auf dem waldigen, steilen Weichselufer, 6 km nördlich von der Stadt, erhebt sich in Bielany die Kamedulenser-Kirche mit Kloster. Die Kirche zeichnet sich durch einen interessanten Grundriß in der Form eines griechischen Kreuzes aus.

Etwa 7 km südlich von Warschau liegt Wilanow, vormals Residenz von Johann Sobieski. Es ist eines der schönsten Barockschlösser in Polen, schon deshalb interessant, weil ein wesentlicher Teil der Arbeit beim Bau des Schlosses von A. Schlüter stammt. Umgeben ist Villa Nova (daher Wilanow) von einem schönen, am Wasser gelegenen Park. Nicht weit von Wilanow liegt das 1780 erbaute Sommerschlößchen Natolin mit seinem verwilderten Naturgarten, welcher einst Fasanerie des Schlosses Wilanow war.

Erwähnt sei auch das 14 km nördlich von Warschau am rechten Weichselufer gelegene Palais Jablonna mit seinem schönen Garten.

Etwas weiter entfernt liegt Lowicz, das einst Residenz der Erzbischöfe von Gnesen war und wegen seiner weltlichen und kirchlichen Baudenkmäler sowie wegen der Wallfahrten und Jahrmärkte ein sehenswerter Ort ist. Eigentümliche Bauertrachten und Volkskunst. Etwa 20 km von Lowicz entfernt liegt Karlshof, eine deutsche Siedlung, die sich mustergültig erhalten hat. Verwiesen sei auch auf die im Kreis Warschau gelegenen deutschen Siedlungen: Alt- und Neuilwesheim, Stanislawow, Raischew, Kempa Zawadowska und Piaseczno.

C. Die Stadtverwaltung

Der Beauftragte des Distriktschefs für die Stadt Warschau, SA-Oberführer Leist, Warschau, Palais Blanca, Theaterplatz Tel. 22258.

Abteilungen:

- Abtl. 1. Allgemeine Verwaltung
- Abtl. 2. Finanzverwaltung
- Abtl. 3. Gesundheitsamt
- Abtl. 4. Tiefbau
- Abtl. 5. Verwaltungspolizei
- Abtl. 6. Vollzugs- und Verkehrspolizei
- Abtl. 7. Schulwesen

D. Sonstige Dienststellen

Deutsches Krankenhaus:

Warschau-Mokotow, Goszcynskiegostr. 1

Polizei:

Polnische Polizei, Krakauer Vorstadt 1 Tel. 25905.
Kommandantur, Warschau Pilsudskiplatz

Deutsche Gerichte:

Deutsches Obergericht, Warschau, Lesznostr. 53/55.
Tel. 110132
Deutsches Gericht, Warschau, Lesznostr. 53/55
Tel. 110145

Polnische Gerichte:

Appellationsgericht, Warschau, Krasiński Platz 3
Bezirksgericht, Warschau, Miodowastr. 15. Tel. 51592
Handelsabteilung Tel. 21444
Staatsanwaltschaft Tel. 53818
Burggericht, Warschau, Lesznostr. 53/55. Tel. 57380

Verzeichnis der Postämter:

Postamt Warschau C	1	Napoleonplatz 8
Postamt Warschau NO	4	Brukowastr. 28 (Praga)
Postamt Warschau NO	9	Wysockistr. 3 (Brudno)
Postamt Warschau S	12	Pulawskastr. 49 (Mokotow)
Postamt Warschau SW	22	Filtrowastr. 68 (Ochata)
Postamt Warschau NO	24	Radzimirskastr. 102 (Targowek)
Postamt Warschau O	26	Grochowskastr. 87a (Grochow)
Postamt Warschau NW	32	Krasinskiestr. 10 (Zoliborz)
Postamt Warschau O	33	Francuskastr. 11a (Saska Kepa)
Postamt Warschau S	36	Czerniakowskastr. 40 (Czerniakow)
Postamt Warschau NW	41	Zamenhofstr. 19
Postamt Warschau NW	45	Szregierastr. 72 (Zdobycz Robotnicza)
Postscheckamt, Warschau	9,	Jasna 9
Fernsprechamt, Warschau,		Nowogrodzka 45

II. Adressen in Warschau:

- Der Chef des Distrikts Warschau, Palais Brühl, Wierzbowa 1 (Tel. 55560)
- Der Stadtkommandant von Warschau, Warschau, Kommandantur, Pilsudskiplatz (Tel. 56250)
- Der Kommandeur der Ordnungspolizei, Warschau, Aleja Szucha 23 (Tel. 75920)
- Der Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD, Warschau, Aleja Szucha 25 (Tel. 80220)
- Kommando der Polnischen Polizei (Tel. 25905)
- Dienststelle für Kriegsbeschädigtenfürsorge, Warschau, Zlota 22
- Wasserstraßenamt, Warschau, Nowy Swiat 14.
- Landstraßenbauamt, Dienststelle Warschau, Nowy Swiat 14
- Deutsche Handelskammer, Warschau, Ujazdowska 36 (Tel. 72635)
- Der Beauftragte für Brennstoffversorgung, Dir. Kirberg, Warschau, Krolewska 43
- Der Beauftragte für Versicherungs-Gesellschaften, Warschau, Bracka 23
- Der Beauftragte für die Schifffahrt, Warschau, Nowy Zjazd 1
- Reichskreditkasse, Warschau, Bielanska 10
- Hauptzollamt Warschau, Inflancka 6 (Tel. 11885)
- Zollfahndungsstelle, Warschau, Fredry 6
- Eisenbahnbetriebsdirektion, Warschau, Hauptbahnhof
- Auskunft auf dem Hauptbahnhof (Tel. 28805)
- Deutsche Post Osten, Warschau C 1, Napoleonplatz
- Hauptanstalt für Sozialversicherung, Warschau, Czerniakowska 231
- Treuhänder für die Monopolangelegenheiten des ehemaligen polnischen Staates, Warschau, Nowy Swiat 4
- Paßstelle des Distriktschefs, Warschau, Okolnik 1 (Tel. 23424)
- Pressehaus (Schriftleitung der Warschauer Zeitung), Marszalkowska 3—5 (Tel. 80240)
- Arbeitsamt, Długa 38—40 (Tel. 56160)

- Fernsprechamt: Auskunft Tel. 09
Zeitansage Tel. 05
Fernanmeldung Tel. 56080
Telegrammaufnahme Tel. 56480
Störungsstelle Tel. 55000
Teilnehmerbüro Tel. 62000
- Deutsches Haus, Krak. Przedmiescie 46—48 (Tel. 55500)

III. Verkehrsangaben über Warschau

Deutsche Bildungs- und Unterhaltungsstätten

- Albert Breyerhaus — Ujazdowski Allee 31, Haus der Deutschen Volkszugehörigen (Tel. 74689)
- Deutsche Schule — Myśliwieckastr. 6
- Deutsche Bibliothek — Koszykowastr. 26
- Deutsches Lichtspieltheater „Helgoland“ — Zlotastr. 7
- Deutsche Buchhandlung — Nowy Swiatstr. 12.

Hotels:

- | | |
|--------------------|-------------------------|
| Bristol | Krakauer Vorstadt 22/24 |
| Europa | Krakauer Vorstadt 13 |
| Polonia | Jerozolimskie 39 |
| Royal | Chmielna 31 |
| Savoy | Neue Welt 58 |
| Terminus | Chmielna 28 |
| Victoria | Jasna 26 |
| Metropol | Marszalkowska 114 |
| Zentral | Jerozolimskie 47 |

Gaststätten, die bis 24 Uhr geöffnet sind:

- Restaurant des Hotels „Bristol“, Przedm. Krakowska (Krakauer Vorstadt)
- Restaurant des Hotels „Europa“, Pilsudskiplatz
- Restaurant des Hotels „Polonia“, gegenüber dem Hauptbahnhof
- Restaurant des Hotels „Zum Strauß“, Nowy-Swiat 5

Wein- und Bierstube „Goldene Ente“, Pilsudskiplatz
 Gaststätte „Bacchus“, Ul. Widok, Ecke Marszałkowska
 Cafe-Variete „Adria“, Ul. Moniuszki
 Bar und Restaurant „Silberne Rose“, Sienkiewiczastr. 12
 Gaststätte „Grand-Kaffee“, Moniuszkistr. 12
 Gaststätte „Cafe Dancing“, Alberta Krola 6
 Gaststätte „Cafe zur Heimat“, Marszałkowska 119

Gaststätten, die bis 22 Uhr geöffnet sind:

Soldatenheim am Pilsudski-Platz
 Soldatenheim in der Y. M. C. A.
 Kasino der Kommandantur

Straßenbahn- und Omnibuslinien

Linie	Strecke
1	Powązki (Militär-Friedhof) — Powązkowskastr. — Dzika — Geśia — Franciszkanskastr.
2	3-Krzyży-Platz — Książęcastr. — Czerniakowska — Bernardynski-Platz
3	Zbawiciela-Platz — Marszałkowskastr. — Królewska — Krak. Przedmieście — Miodowastr. — Krasinskich-Platz
4	Muranowski-Platz — Muranowskastr. — Krasinskichpl. — Miodowastr. — Kierbedzia-Brücke — Zygmuntowskastr. — Ost-Bahnhof
5	Kaweczynskastr. — Ząbkowska — Zygmuntowska — Kierbedzia-Brücke — Krak. Przedmieście — Trębackastr. — Teatralny-Platz
6	Sw. Wincentegostr. — 11-Listopada — Wileńska — Targowa — Grochowska — Gocławek
7	Opaczewskastr. — Grojecka — Jerozolimska-Al. 3-Krzyży-Platz
8	Starynkiewicza-Platz — Jerozolimska-Al. — Towarowastr. — Okopowa — Powązkowska — Powązki-Friedhof
9	Teatralny-Platz — Trębackastr. — Krak. Przedmieście — Nowy-Swiat — Unii Lubelskiejpl. — Puławskastr. — Rakowieckastr.

10	Teatralny-Platz — Trębackastr. — Krak. Przedmieście — Nowy Swiat — Ujazdowska-Al. — Unii Lubelskiejpl.
11	Młynarskastr. — Wolska — Żelazna — Jerozolimska-Al. — Chałubińskiegostr. — 6-Sierpnia — Zbawicielastr.
12	Odrowążastr. — 11-Listopada — Wileńska — Targowa — Ost-Bahnhof
14	Potockastr. — Słowackiego — Mickiewicza — Wiadukt — Bonifraterska — Krasinskich-Platz
15	Młynarskastr. — Wolska — Mirowska — Solna — Leszno — Karmelicka — Dzielna — Zamenhofs — Muranowski-Platz
16	Ulrichow — Górczewskastr. — Leszno — Tłomackie — Bielańska — Teatralny-Platz
17	Bielany — Marymonckastr. — Słowackiego — Mickiewicza — Wiadukt — Bonifraterskastr. — Krasinskich-Platz
18	Narutowicza-Platz — Filtrowastr. — 6-Sierpnia Sniadeckich — Marszałkowska — Królewska — Żelazna Brama-Platz
19	Zbawiciela-Platz — Marszałkowskastr. — Unii Lubelskiejpl. — Puławskastr. — Służew (Grójecki-Bahnhof)
21	Wola (Katholischer-Friedhof) — Wolskastr. — Chłodna — Mirowska — Żelazna Brama-Platz
21	Bemastr. — Wolska — Chłodna — Mirowska — Żelazna Brama-Platz
23	Stalowastr. — Wilenska — Zygmuntowska — Kierbedzia-Brücke — Krak. Przedmieście — Trębacka — Pl. Teatralny — Bankpl. — Żelazna Brama-Platz
24	Ost-Bahnhof — Targowastr. — Zieleniecka — Poniatowski-Al. und Brücke — 3-Mai-Al. — Jerozolimska-Al. — Starynkiewicza-Platz
25	Radzimska — Ząbkowskastr. — Targowa — Zamoyskiego — Grochowska — Gocławek
27	Danziger-Bahnhof — Muranowskipl. — Bielańskastr. — Bankpl. — Żelazna Brama-Platz — Mirowskastr. — Chłodna — Żelazna — Starynkiewicza-Platz

- A — Opaczewskastr. — Grojecka — Krakauer-Chaussee — Okęcie
 R — Orzeszkowejstr. — Opaczewska — Grojeckastraße

Autobuslinie:

- B — Dobrastr. — Tamka — Wybrz. Kościuszkowskie — 3-Mai-Al. — Solec — Ludna — Książęca — 3-Krzyży-Platz

IV. Verwaltung des Distrikts

Chef des Distrikts Warschau — Gouverneur Dr. Ludwig Fischer, Hauptamtsleiter, Stabsleiter des Reichsrechtsamtes der NSDAP, SA-Brigadeführer, MdR.

Chef des Amtes — Reichsamtsleiter, Landgerichtsdirektor Barth

//- und Polizeiführer — // -Gruppenführer Moder

Abteilungen:

Präsidialabteilung — Reichshauptstellenleiter Dr. Hummel, Staatsanwalt

Personalabteilung — Oberstaatsanwalt, Gauamtsleiter Denzler

Innere Verwaltung — Reichsamtsleiter Dr. Gauweiler
 Volksaufklärung und Propaganda — Reg.-Rat Ohlenbusch

Justiz — Landgerichtsdirektor, Gaurechtsamtsleiter Brehm

Finanzen — Oberregierungsrat Dr. Breyhan

Umsiedlung — Reichsamtsleiter Schön

Schulwesen — Oberregierungsrat, Gauamtsleiter Krüger

Wirtschaft — Dr. Gaudig

Arbeit — Oberreg.-Rat Dr. Sohnrey

Bauwesen — Baurat Heidelberg

Ernährung und Landwirtschaft — Reichslandwirtschaftsrat Gramß

Forstwirtschaft — Landesforstmeister Back

Gesundheit und ärztliche Volkspflege — Dr. med. Kaminski

Deutsche Post Osten — Postrat Krüger, Oberpostrat Beling



Der Alte Markt in Warschau

Aufn.: H. Poddębski

Ostbahn, Eisenbahnbetriebsdirektion Warschau —
Oberreichsbahnrat Waldmann
Der Beauftragte des Distriktschefs für die Stadt Warschau—
SA-Oberführer Leist

Die Stadt Warschau nimmt in verwaltungsrechtlicher Hinsicht eine Sonderstellung ein. Die Führung der Verwaltung der Stadt Warschau hat sich der Chef des Distrikts Warschau selbst vorbehalten; er übt somit unmittelbar die Funktion des Stadthauptmannes der Stadt Warschau im Sinne des § 9 der Verordnung des Generalgouverneurs über die Verwaltung der polnischen Gemeinden selbst aus. Der Distriktschef wird vertreten durch den „Beauftragten des Distriktschefs für die Stadt Warschau“. Die polnische Verwaltung — an der Spitze der polnische Bürgermeister — steht unter seiner Aufsicht.

Der Distrikt Warschau ist in 10 Kreise eingeteilt. Er umfaßt insgesamt ca. 18000 qkm mit 2,9 bis 3,5 Millionen Einwohnern. Durch die Flüchtlingswanderung während des Krieges und den jüdischen Zuzug in die Stadt lassen sich genaue Zahlen z. Zt. nicht angeben.

Kommunalsparkassenwesen

Der Verband der Kommunalsparkassen in Warschau unterhält folgende Kommunalsparkassen:

1. Kreis Warschau mit 4 Nebenstellen
2. Stadt Warschau mit 5 Stadtfilialen
3. Garwolin
4. Grojec
5. Grodzisk Mazowiecki mit 3 Nebenstellen
6. Lowicz
7. Minsk
8. Ostrow Mazowiecki
9. Siedlce
10. Skierniewice
11. Sokolow
12. Sochaczew
13. Wengrow

Außerdem bestehen in Warschau die Institute:
Staatliche Agrarbank und
Landeswirtschaftsbank

V. Städte im Distrikt Warschau

mit über 10000 Einwohnern

Im Distrikt Warschau gibt es neben der Stadt Warschau folgende Städte mit über 10000 Einwohnern:

A. Städte mit dem Sitze eines Kreishauptmannes:

1. Siedlce	etwa	31000
2. Skierniewice	„	23680
3. Minsk	„	18502
4. Lowicz	„	18000
5. Sokolow	„	14000
6. Sochaczew	„	13000
7. Ostrow	„	13000
8. Grojec	„	11300

Die Stadt Garwolin, ebenfalls Sitz einer Kreishauptmannschaft, hat lediglich etwa 6500 Einwohner.

B. Städte, in denen eine Außenstelle der Kreishauptmannschaft errichtet ist:

9. Zyrardow	etwa	29800	Außenstelle der Kreishauptmannschaft Sochaczew
10. Grodzisk	„	18600	Außenstelle der Kreishauptmannschaft Sochaczew
11. Wengrow	„	12000	Außenstelle der Kreishauptmannschaft Sokolow

Die Stadt Radzymin — Sitz der Außenstelle der Kreishauptmannschaft Warschau-Land — zählt etwa 8200 Einwohner.

C. Städte ohne unmittelbare deutsche Verwaltungsaufsicht:

12. Pruszkow	etwa	28200
13. Wlochy	„	22200
14. Rembertow	„	19800
15. Otwock	„	19200
16. Wolonin	„	17600
17. Mordy	„	13000
18. Nowy Dwor	„	10200



Warschau. Treppenaufgang im Fuggerhaus

VI. Die Kreise und Kreishauptleute des Distrikts Warschau

1. **Kreis Garwolin**
Kreishauptmann: Dr. Hans Klein
2. **Kreis Grojec**
Kreishauptmann: Zimmermann
3. **Kreis Lowitsch**
Kreishauptmann: Dr. Heinz v. Schwender
4. **Kreis Minsk Mazowiecki**
Kreishauptmann: Dr. Bittrich
5. **Kreis Ostrow**
Kreishauptmann: Dr. Litschwager
6. **Kreis Siedlce**
Kreishauptmann: Dr. Friedrich Gereke
7. **Kreis Skierniewice**
Kreishauptmann: Dr. Nicolaus Rupe
8. **Kreis Sochaczew-Grodzisk**
Kreishauptmann: Carl Adolf Pott
Außenstelle Zyrardow: Landkommissar Ordens-
junker Wilhelm Denk
Außenstelle Grodzisk: Landkommissar Ordens-
junker Richard Lissberg
9. **Kreis Sokolow-Wengrow**
Kreishauptmann: Friedrich Schulz
Außenstelle Wengrow: Stadtkommissar Ordens-
junker Völker
10. **Kreis Warschau-Land**
Kreishauptmann: Dr. Hermann Rupprecht

Kreis Garwolin

Bei einem Flächeninhalt von 1624,5 qkm umfaßt dieser Kreis 2 Städte und 17 Gemeinden mit rund 185000 Einwohnern bei einer Zahl von ca. 1800 Volksdeutschen und rund 25000 Juden. Seine Nordgrenze berührt sich mit den Kreishauptmannschaften von Siedlce (N. O.), Minsk Mazowiecki und Warschau-Land (N. W.), im Westen grenzt er an die Kreishauptmannschaft Grojec und im Süden berührt er die Distrikte Radom und Lublin. Von dem letzteren trennt ihn ebenfalls seine Ostgrenze. Seine

Hauptverkehrsstraße ist die von N. Westen nach S. O., den Kreis in eine West- und Osthälfte zerlegende Distriktsstraße, die über Garwolin führend im Norden auf die Straße Warschau—Minsk und im Süden im Distrikt Lublin über Ryki nach Kurow führt. Im Westen ist die Weichsel Grenzfluß. Die von Otwock ausgehende Eisenbahnlinie durchschneidet den Kreis von Norden nach Süden und führt westlich an Garwolin vorbei.

Kreis Grojec

Flächeninhalt 1698 qkm, 4 Städte, 18 Gemeinden mit ca. 143648 Einwohnern, von denen ca 2900 Volksdeutsche und 16818 Juden sind. Im Norden stößt er an den Kreis Warschau-Land, im Westen an Sochaczew-Grodzisk und Skierniewice, im Süden an den Distrikt Radom, im Osten an den Kreis Garwolin. Die Durchgangsstraße Warschau—Radom führt über Garwolin. Diese Nord-Süd Verkehrsachse entspricht die von Gora Kalwarja im N. O. nach Nowe Miasto im Südwesten über Garwolin in die Südostecke des Kreises führende Distrikt-Straße. Eine Kreisstraße verbindet außerdem Grojec mit Warschau und eine zweite Distriktsstraße Grojec mit Zyrardow. Eine Eisenbahn fehlt. Ein Stück der Weichsel und der Pilica sind im Osten Grenze.

Kreis Lowitsch

Lowitsch ist mit 1374 qkm, 2 Städten, 12 Gemeinden und 145000 Einwohnern der westlichste Kreis des Distrikts Warschau. In ihm sind 1680 Volksdeutsche und 18000 Juden. Die von Sochaczew nach Strykow-Piątek über Lowitsch führende Straße durchschneidet den Kreis von N. O. nach S. W. Von Lowitsch aus geht noch je eine Kreisstraße nach Piątek und Osmolin und eine Distriktsstraße nach Kutno. Die Eisenbahn von Kutno nach Skierniewice geht über Lowitsch und durchquert den Kreis von N. W. nach S. O. Eine zweite Eisenbahnlinie verläuft diagonal zur ersten, sie kommt von Sochaczew und geht über Lowitsch nach Lodsch.

Kreis Minsk Mazowiecki

Fläche 1228 qkm, 2 Städte, 15 Gemeinden mit 123076 Einwohnern, 333 Volksdeutsche und 15000 Juden.

Der Kreis Minsk grenzt im Norden und Westen an den Kreis Warschau-Land, im Süden an den Kreis Garwolin, im Osten an die Kreise Siedlce und Sokolow-Wengrow. Eine Durchgangsstraße Warschau—Minsk—Siedlce durchquert den Kreis von Westen nach Osten. In Nord-Südrichtung läuft eine Distriktsstraße, die als Durchgangsstraße später auf die von Garwolin kommende Straße trifft. Eine Eisenbahnlinie durchschneidet den Kreis in Nord-Südrichtung, die zweite Bahnlinie Siedlce—Warschau durchquert den Kreis von Osten nach Westen.

Kreis Ostrow

Flächeninhalt 1347 qkm (Wald 277, Acker 5089, Wiese 815 und Orland 285 ha), 3 Städte, 9 Gemeinden mit 105018 Einwohnern, 31 Volksdeutschen, keine Juden.

Im Norden und Westen grenzt er an Ostpreußen, im Süden an die Kreise Warschau-Land und Sokolow-Wengrow, im Osten an russisches Hoheitsgebiet. Die Durchgangsstraße Warschau—Bialystok durchschneidet den Kreis von S. O. nach N. O. von Wyszkw nach Ostrow. Der Bug bildet seine natürliche Südgrenze. Die Eisenbahn Wyszkw—Ostrolenka durchschneidet von Süden nach Norden die westliche Hälfte des Kreises, eine zweite läuft ungefähr parallel zur Ostgrenze nach Ostrolenka.

Kreis Siedlce

Flächeninhalt ca 2000 qkm, 3 Städte, 22 Gemeinden mit 166000 Einwohnern, darin 100 Volksdeutsche und 44600 Juden.

Der Kreis Siedlce ist der östlichste des Distrikts. Im Norden und Nordwesten grenzt er an den Kreis Sokolow—Wengrow, im Südwesten an den Kreis Minsk, im Süden an den Kreis Garwolin und den Distrikt Lublin, im Osten an das russische Hoheitsgebiet. Der Kreis wird in seiner weitesten Ausdehnung von Südwesten nach Nordosten von der Distrikts- bzw. Kreisstraße Garwolin—Siedlce—Siennatycze durchzogen. Von Sokolow aus führt in direkter Nordsüdrichtung eine Durchgangsstraße nach Siedlce und von hier in südöstlicher Richtung nach Miedzyczec und schließlich wird der Kreis noch in West-Ost-richtung von

der Durchgangsstraße Warschau—Minsk—Siedlce—Konstantynow durchquert. Im Nordosten ist die Grenze der Bug. Nach Norden verbindet eine Eisenbahn Siedlce mit Sokolow und Ostrolenka, nach Süden mit Lublin, nach Westen mit Minsk—Warschau und nach Osten mit dem russischen Wolkowysk.

Kreis Skierniewice

Flächeninhalt 926 qkm mit 1 Stadt, 10 Gemeinden, 92045 Einwohnern, darin 1458 Volksdeutsche und 6966 Juden.

Der Kreis Skierniewice ist der kleinste des Distrikts. Er grenzt im Osten und Nordosten an den Kreis Sochaczew—Grodzisk, im Nordwesten und Westen an den Kreis Lowitsch, im Süden an den Distrikt Radom und in der Südostecke mit einem kleinen Zipfel auch an den Kreis Grojec. Von der Durchgangsstraße Warschau—Rawa Mazowiecka zweigt bei Huta die den Kreis von Osten nach Westen durchschneidende über die Kreisstadt führende Distriktsstraße ab, die dann auf die Durchgangsstraße Lowitsch/Litzmannstadt trifft. Eine Eisenbahn verbindet Skierniewice im Nordosten mit Warschau und im Süden mit Piotrkow. Von den 4 Kreisstraßen verbindet die eine Skierniewice mit Lowitsch, die andern gehen nach Südwesten, Süden und Südosten.

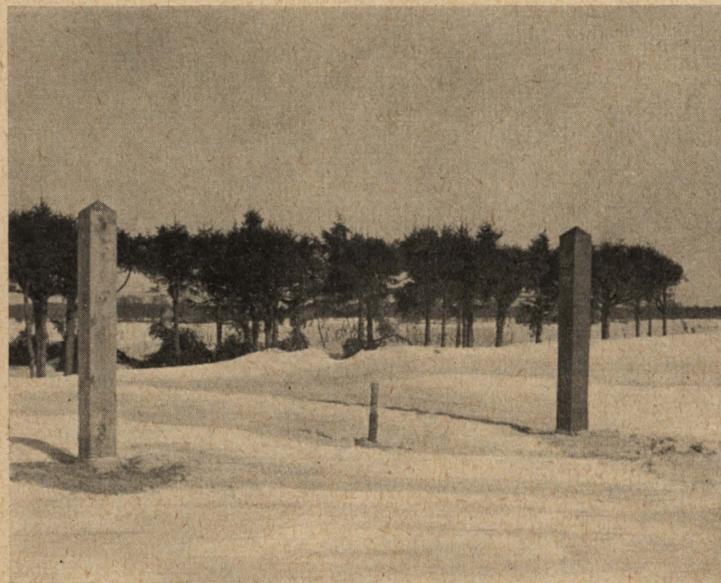
Kreis Sochaczew-Grodzisk

Flächeninhalt 2126 qkm mit 5 Städten, 20 Gemeinden, 233000 Einwohnern, davon 8000 Volksdeutsche und 20000 Juden.

Im Norden grenzt der Kreis an Ostpreußen, im Westen an die Kreise Lowitsch und Skierniewice, im Süden an den Kreis Grojec und im Osten an den Kreis Warschau-Land. Eine Durchgangsstraße verbindet Sochaczew im Osten mit Warschau (über Blonie) und im Südwesten mit Litzmannstadt. Die Distriktsstraße Wyszogrod (an der Weichsel) — Grojec durchschneidet den Kreis von Norden nach Süden und führt über Zyrardow—Mszczonow. Durch den Süden des Kreises läuft die Eisenbahn Warschau—Grodzisk—Zyrardow—Skierniewice und durch die Nordhälfte die Linie Warschau—Blonie—Sochaczew—Lowitsch.



Warschau. Das ehemalige Schloß.



Die deutsch-sowjetrussische Grenze bei Malkinia
(Distrikt Warschau).

Aufn.: du Prel

Kreis Sokolow-Wengrow

Flächeninhalt 2523 qkm, 2 Städte, 25 Gemeinden, 208787 Einwohner, darunter 13 Volksdeutsche und 20528 Juden.

Der Kreis grenzt im Norden an den Kreis Ostrow Mazowiecki, im Westen an die Kreise Warschau-Land und Minsk, im Süden an den Kreis Siedlce und im Osten an russisches Hoheitsgebiet, wo der Bug die natürliche Grenzlinie ist. Eine Durchgangsstraße schneidet den Kreis von Norden (von Zambrow kommend) nach Süden (über Sokolow und Siedlce), eine zweite Durchgangsstraße führt von Westen nach Osten. Sie kommt von Wyszkw, verbindet Wengrow mit Sokolow und geht dann über den Bug nach Rußland hinein. Eine Eisenbahnlinie Ostrow—Siedlce schneidet den Kreis von Norden nach Süden.

Kreis Warschau-Land

Flächeninhalt 2853 qkm, 9 Städte, 38 Gemeinden mit 601678 Einwohnern, davon 9000 Volksdeutsche und 80000 Juden.

Der Kreis Warschau-Land berührt im Norden den Kreis Ostrow, im Westen den Kreis Sochaczew, im Süden die Kreise Grojec und Garwolin und im Osten die Kreise Minsk und Sokolow-Wengrow. Der Kreis Warschau-Land ist naturgemäß der wichtigste und größte des Distrikts. Da in seinem Kern die ehemalige polnische Hauptstadt liegt, durchziehen ihn nach allen Richtungen Straßen und Eisenbahnlinien und die Weichsel durchfließt ihn von Südost nach Nordwesten und im Norden bildet der Narew die natürliche Grenze.

VII. Bevölkerungspolitisches

Die Juden im Distrikt Warschau

Im gesamten Distrikt Warschau wohnen etwa 660000 Juden. Davon entfallen auf Warschau-Stadt annähernd 400000.

Die Juden haben durch die Verordnung vom 26. 11. 1939 über die Einsetzung von Judenräten eine eigene Vertretung erhalten. In den einzelnen Gemeinden sind die Judenräte durch die Juden selbst gewählt worden. Der Judenrat der Stadt Warschau hat 24 Mitglieder; an ihrer Spitze steht der Obmann oder sein Vertreter.

Der Warschauer Judenrat unterhält in der Stadt mehrere Büros. Das Hauptbüro befindet sich in der Grzybowskastr. 26, Telefon 24827

Die Aufsicht über die Judenräte führt der zuständige Kreishauptmann.

Zu den Aufgaben des Judenrates gehört u. a. die soziale und wirtschaftliche Betreuung der Juden. Außerdem werden die Juden unterstützt durch das American Joint Distribution Committee, das seine Geschäftsstelle in Warschau, Jasnastr. 11, hat.

Polnische und jüdische Selbsthilfe

In den Wirrnissen der ersten Kriegstage, in den Tagen der Belagerung und auch in den Tagen nach der Uebergabe der Stadt war die polnische Verwaltung nicht mehr Herr der Situation. Ströme von Flüchtlingen aus dem Westen des Landes hatten die Stadt bevölkert. Tausende von Einwohnern waren durch das infolge der sinnlosen polnischen Verblendung erforderlich gewordene Bombardement obdachlos geworden und kein Organ der Verwaltung war fähig, hier helfend einzugreifen. Da entstand die Polnische Soziale Selbsthilfe.

Vor Beginn des Krieges hatte der polnische Staat in der „weisen Voraussicht“, daß seine Truppen in wenigen Tagen durch die Eroberung Berlins den Krieg zu Gunsten Polens entscheiden würden und dadurch für Polen eine neue Blütezeit anbrechen würde, lediglich für diese Übergangszeit einen größeren Fonds für Hilfsmaßnahmen sichergestellt. Aber es kam anders als die Polen erwarteten. Die Arbeit der Polnischen Sozialen Selbsthilfe mußte einsetzen, um der größten Not zu steuern. Neben der Polnischen Sozialen Selbsthilfe entstand nach dem Einzug der Deutschen Verwaltung noch die Jüdische Selbsthilfe und beide Organisationen wurden deutscherseits sofort weitgehend gefördert. Mit deutscher Unterstützung mußten von den inzwischen gesperrten Geldern des Staates Mittel freigegeben werden, trotzdem hierfür zunächst jede Deckung fehlte. Die Schwierigkeiten in der Lebensmittelbeschaffung wurden durch besondere Kontingente überwunden. Einkaufsmöglichkeiten wurden geschaffen, damit die im Schleichhandel geforderten Wucherpreise

nicht gezahlt zu werden brauchten. Für Spenden des Auslands wurde eine schnelle, reibungslose, zoll- und frachtfreie Beförderung ermöglicht. Geld- und Kleidersammlungen wurden gestattet und große Mengen den Organisationen zur Verteilung zugeführt.

So entstand aus kleinen Anfängen eine freie Wohlfahrts-tätigkeit, in deren Rahmen heute ca. 500000 Menschen mehr oder weniger kostenlos in rund 230 Volksküchen gepflegt werden, in Warschau heute ca. 5000 Menschen in Evakuiertenheimen und Asylen Quartier finden, tausende von Schutzimpfungen durchgeführt wurden, sowie materielle und finanzielle Hilfe geleistet wird, wo die Not das Leben der Menschen bedroht. Fachkräfte stehen zur Verfügung, die der Bevölkerung unentgeltlich behilflich sind bei der Wiederherstellung zerstörter Wohnungen, Reinigungskolonnen sind abgestellt, die in Seuchengebieten in den Wohnungen die Sauberkeit veranschaulichen und propagieren. Daneben werden den Gemeinden staatlicherseits in ihren Etats noch umfangreiche Mittel für die Durchführung der staatlichen Fürsorge bereitgestellt.

Um die freie Polnische und Jüdische Selbsthilfe vollkommen auf sich zu stellen, ist nunmehr noch eine eigene zentrale polnische Organisation, der Polnische Haupthilfsausschuß in Krakau, geschaffen worden, dem die gesamte freie Selbsthilfearbeit in eigener Verantwortung unterstellt ist. Die Tätigkeit des Haupthilfsausschusses wird in jedem einzelnen Kreise ausgeführt durch eigene Kreishilfskomitees. Dieser Organisation als einer Dachorganisation der freien Selbsthilfe werden künftig öffentliche Mittel zur Verfügung gestellt und die Möglichkeit gegeben, neue Mittel selbst aufzubringen, die sie vollkommen selbstständig verwaltet. So wird künftig die freie Wohlfahrtsarbeit tatsächlich eine freie Polnische Selbsthilfe sein, die deutscherseits volle Unterstützung in ihrer Tätigkeit findet.



Die Wacht im Osten

Der Bevollmächtigte des Generalgouverneurs in Berlin

Die Dienststelle des Bevollmächtigten des Generalgouverneurs in Berlin hat die Aufgabe, den Verkehr zwischen den Dienststellen des Generalgouverneurs und dem Reichsgebiet zu pflegen und aufzubauen. Neben dieser Aufgabe der Berliner Dienststelle, deren Bereich sich ständig vergrößert, obliegt ihr vor allem die Förderung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem Reich und dem Generalgouvernement, sowie die Auskunfterteilung über alle Rechts- und Wirtschaftsangelegenheiten des Generalgouvernements. Durch Verordnung vom 17. November 1939 ist das Generalgouvernement ein einheitliches Zollgebiet mit eigener Zollhoheit geworden. Für die Einfuhr von Waren aus dem Reich gelten auch heute noch, soweit nicht andere Bestimmungen dem entgegenstehen, im wesentlichen die im deutsch-polnischen Wirtschaftsvertrag und in den entsprechenden Zusatzverträgen vereinbarten Zollsätze.

Auf diesem Gebiet gibt die Berliner Dienststelle vor allem Auskünfte über die Waren und die Behörden, die Befreiungen und Vergünstigungen genießen, über die Ein- und Ausfuhrverbote sowie über die einzelnen Zollabfertigungsstellen und das bei der Zollabfertigung zu beachtende Verfahren. Von besonderer Bedeutung zwischen Reich und Generalgouvernement ist die beim Bevollmächtigten in Berlin neuerdings errichtete Wirtschaftskartei, die einen Überblick über sämtliche im Wirtschaftsverkehr mit dem Generalgouvernement beteiligten Firmen und Unternehmen gibt. Außerdem

unterstützt der Bevollmächtigte reichsdeutsche Firmen bei der Auswahl von geeigneten Vertretern im Generalgouvernement unter Berücksichtigung der für das Generalgouvernement maßgebenden besonderen Verhältnisse. Nicht geringe Bedeutung hat die rechtsberatende Tätigkeit der Dienststelle, die vor allem von Reichsdeutschen in den verschiedensten zivilrechtlichen Fragen bezüglich des Generalgouvernements in Anspruch genommen wird. Nach der Eröffnung der deutschen Gerichte durch den Generalgouverneur haben die erbetenen Rechtsauskünfte weitere Bedeutung gewonnen. In weiten Kreisen bestand bisher vielfach noch Unklarheit über die Anwaltstätigkeit, sowie über das Verfahren vor den deutschen, bzw. polnischen Gerichten. Hier konnten auch Auskünfte von Handelsgesellschaften gegeben werden, die ihren Sitz im deutschen Reich haben oder im Generalgouvernement nach deutschem Recht errichtet worden sind und juristisch als deutsche Staatsangehörige gelten.

Der Rechtsabteilung obliegt als Passierscheinstelle außerdem die Einreisegenehmigung in die besetzten polnischen Gebiete. Die täglich einlangenden zahlreichen Anträge werden genauestens geprüft. Im wesentlichen werden nur Dienstreisen von Behördenvertretern und Geschäftsreisen, deren Dringlichkeit durch die zuständige Industrie- und Handelskammer bescheinigt wird, genehmigt. Da das Generalgouvernement als Devisenausland gilt, kann außerdem den Angestellten und Beamten des Generalgouverneurs durch den Bevollmächtigten eine sogenannte Devisenbestätigung für die Mitnahme von mehr als 10.— RM (20 Zloty) erteilt werden. Für die Beschaffung von Urkunden aus dem Generalgouvernement ist die mit der Sippen- und Urkundenzentralstelle in Krakau zusammenarbeitende Urkundenbeschaffungsstelle zuständig, die vor allem Urkunden für den Ariernachweis besorgt.

Die Pressestelle beim Bevollmächtigten des Generalgouverneurs unterrichtet täglich die Krakauer Zentrale über das Echo der das Generalgouvernement betreffenden Nachrichten in der In- und Auslandspresse. Außerdem hat die Pressestelle in ständiger Zusammenarbeit mit der Abteilung für Volksaufklärung und Propaganda im Amt

des Generalgouverneurs in Krakau sowie nach den für den Bevollmächtigten maßgebenden politischen Gesichtspunkten für eine zweckmäßige Information der Reichs- und Auslandspresse zu sorgen. Die Zusammenarbeit mit Krakau erstreckt sich aber nicht nur auf rein presse-politische Fragen, sondern auch auf allgemein propagandistische Aufgaben, wie z. B. Vorbereitung oder Übernahme von bereits im Generalgouvernement gezeigten Ausstellungen für das Reich.

Der Bevollmächtigte des Generalgouverneurs:

Reichsamtseiter Dr. Wilhelm Heuber. Anschrift: Berlin W 35,

Standartenstrasse 14, Telefon: 229391/2.

Bürostunden der Dienststelle: von 8—16.30 Uhr.

Publikumsabfertigung durch die Paßstelle: von 10 bis 12 Uhr.

Abteilungen der Dienststelle des Bevollmächtigten:

Abteilung I. Verwaltungsabteilung: Frhr. von Haller.

Abteilung II. Rechtsabteilung: Dr. von Medeazza.

Abteilung III. Wirtschaftsabteilung: Rechtsanwalt Dr. Pfeiffer.

Abteilung IV. Presse- und Propagandaabteilung: Dr. Cuypers.

Welche Devisenvorschriften hat der Reichsdeutsche im Generalgouvernement zu beachten?

Von Regierungsrat Dr. Becker

Das Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete ist ein eigenes Devisengebiet, das sich zur Sicherung der dort bestehenden Zloty-Währung eine selbständige Devisenbewirtschaftung eingerichtet hat. Die Devisenbewirtschaftung hat ihre rechtliche Grundlage in der Devisenverordnung für das Generalgouvernement vom 15. November 1939 (Verordnungsblatt GGP 1939 S 44 ff) und in den zu ihrer Durchführung und Ergänzung erlassenen Vorschriften. Das Reich und das Generalgouvernement stehen sich devisenrechtlich wechselseitig als Devisenausland gegenüber. Hieraus ergeben sich auch für die in das Generalgouvernement reisenden Reichsdeutschen sowie für die im Generalgouvernement tätigen Reichsdeutschen wichtige devisenrechtliche Beschränkungen, deren Beachtung zwingend notwendig und deren Nichtbeachtung daher unter Strafe gestellt ist. Es würde zu weit führen, an dieser Stelle sämtliche devisenrechtlichen Vorschriften des Generalgouvernements aufzuzählen; im folgenden sollen jedoch die Devisenbestimmungen kurz erwähnt werden, die der ins Generalgouvernement reisende sowie der dort tätige Reichsdeutsche insbesondere zu beachten hat.

Devisenbeschränkungen im Reiseverkehr zwischen dem Generalgouvernement und dem Reichsgebiet

Grundsätzlich dürfen inländische oder auf Reichsmark oder Tschechenkronen lautende Geldsorten, einschließlich der außer Kurs gesetzten, nur mit Genehmigung der Devisenstelle Krakau — Genehmigungsstelle, Krakau, Außenring 21, in das Generalgouvernement eingeführt werden; ebenso bedarf es zur Ausfuhr von inländischen und ausländischen Zahlungsmitteln jeder Art einschließlich der außer Kurs gesetzten Geldsorten einer ausdrücklichen vorherigen Genehmigung der Devisenstelle Krakau. Umgekehrt besteht auch im Reich das Verbot der ungenehmigten Ein- und Ausfuhr von Reichsmark-Zahlungsmitteln, das auch im Verkehr mit dem Generalgouvernement zu beachten ist. Hierbei sei darauf hingewiesen, daß die Genehmigungen reichsdeutscher Devisenstellen im Generalgouvernement und die Genehmigungen der Devisenstelle Krakau im Reichsgebiet, also wechselseitig, anerkannt werden. Hat daher eine Devisenstelle im Reichsgebiet die Genehmigung zur Verbringung von Reichsmark-Beträgen in das Generalgouvernement erteilt, so bedarf es zur Einfuhr der Reichsmarknoten in das Generalgouvernement nicht mehr einer Genehmigung der Devisenstelle Krakau.

Im privaten Reiseverkehr zwischen dem Generalgouvernement und dem Reichsgebiet ist die Ein- und Ausfuhr von inländischen Geldsorten bis zu Zl. 20.— oder zu 10.— RM. je Person ohne besondere Genehmigung gestattet. Sollen darüber hinaus Zahlungsmittel über die Grenze mitgeführt werden, so ist stets eine Genehmigung einer reichsdeutschen Devisenstelle zur Mitnahme von Zahlungsmitteln in das Generalgouvernement bzw. eine Genehmigung der Devisenstelle Krakau zur Mitnahme von Zahlungsmitteln in das Reich erforderlich.

Im Geschäftsreiseverkehr zwischen dem Generalgouvernement und dem Reichsgebiet bestehen gewisse devisenrechtliche Erleichterungen. Geschäftsreisende, die im Besitz eines gültigen Passierscheines sind und eine Bescheinigung ihrer zuständigen Industrie- und Handelskammer vorweisen, aus der hervorgeht, daß die Reise

aus wirtschaftlichen Gründen notwendig ist, dürfen beim Überschreiten der Grenze zwischen dem Deutschen Reich und dem Generalgouvernement bis zu RM. 300.— oder Zl. 600.— in beiden Richtungen ohne Genehmigung mit sich führen. Auf Grund einer solchen Bescheinigung ist der Erwerb von Zloty-Zahlungsmitteln bis zu Zl. 600.— bei einer Devisenbank oder Wechselstube im Reichsgebiet ohne Genehmigung zulässig. Bei Bauern und Landwirten sowie bei Personen des Nährstandhandels, der Nährstandindustrie und des Nährstandhandwerkes tritt an die Stelle der Bescheinigung der Industrie- und Handelskammer die Bescheinigung des zuständigen Landes- (Provinzial-) Ernährungsamtes, Abteilung A (Landesbauernschaft). Die Geschäftsreisenden haben, soweit sie nicht bereits ausreichend Zloty-Zahlungsmittel mit sich führen, alsbald nach der Einreise in das Generalgouvernement eine Umwechslung der für den Aufenthalt im Generalgouvernement benötigten Beträge in Zloty-Zahlungsmittel bei einer Devisenbank oder Wechselstube vorzunehmen. Die oben genannten Bescheinigungen dienen gleichzeitig zur Umwechslung von Zahlungsmitteln im Generalgouvernement und zur Wiederausfuhr nicht verbrauchter Beträge; sie sind deshalb bis zur Wiederausreise aus dem Generalgouvernement aufzubewahren. Geschäftsreisende, die eine Bescheinigung der Industrie- und Handelskammer oder Landesbauernschaft nicht vorweisen können, dürfen nur den Freigrenzebetrag von Zl. 20.— oder 10.— RM. beim Überschreiten der Grenze mit sich führen; die Mitnahme höherer Beträge ist mangels der erwähnten Bescheinigungen nur mit Genehmigung einer Devisenstelle zulässig.

Im Geschäftsreiseverkehr nach dem Reichsgebiet sind für die im Generalgouvernement ansässigen Firmen ebenfalls entsprechende Erleichterungen geschaffen worden. Die im Generalgouvernement ansässigen Firmen können sich von der Devisenstelle Krakau eine „Allgemeine Genehmigung für Geschäftsreisen“ erteilen lassen. Auf Grund dieser allgemeinen Genehmigung dürfen ihre Geschäftsreisenden bei Reisen in das Reichsgebiet Beträge bis zu RM. 300.— oder Zl. 600.— beim Überschreiten der Grenze in beiden Richtungen ohne beson-

dere Einzelgenehmigung mit sich führen, sofern die Geschäftsreisenden in Besitze einer „Bescheinigung der Devisenstelle Krakau über die Mitnahme von Reichsmark- oder Zlotybeträgen für Geschäftsreisen nach dem Deutschen Reich“ sind. Diese Bescheinigungen werden von den Firmen, denen sie bei Erteilung der allgemeinen Genehmigung für Geschäftsreisen in blanko ausgehändigt werden, ausgefüllt und mit dem Firmenstempel versehen. Unter den Begriff „Geschäftsreisen“ fallen auch Urlaubsreisen der reichsdeutschen Angestellten dieser Firmen. Eine solche Bescheinigung der Devisenstelle Krakau kann auch Firmen ohne allgemeine Genehmigung im Zusammenhang mit einer Einzelerwerbsgenehmigung für besondere Fälle ausgehändigt werden. Jeder Inhaber einer solchen Bescheinigung hat sie beim Grenzübertritt dem Grenzzollbeamten unaufgefordert vorzulegen. Bei der Rückreise wird sie von den Zollstellen eingezogen. Der Geschäftsreisende, der nicht im Besitz einer solchen Bescheinigung ist, darf nur den Freigrenzebetrag von Zl. 20.— oder 10.— RM. beim Überschreiten der Grenze mit sich führen.

Devisenbeschränkungen für die im Generalgouvernement tätigen Reichsdeutschen

Die im Generalgouvernement bei Dienststellen des Reiches oder des Generalgouvernements oder bei Privatfirmen tätigen Reichsdeutschen sowie die im Generalgouvernement befindlichen Angehörigen der Wehrmacht sind den Beschränkungen der Devisenvorschriften des Generalgouvernements grundsätzlich unterworfen. Sie sind Deviseninländer des Generalgouvernements, gelten jedoch bezüglich ihres im Reichsgebiet befindlichen Vermögens auch als Deviseninländer des Reiches. Sie dürfen also über ihr im Reichsgebiet befindliches Vermögen ohne besondere Genehmigung der Devisenstelle Krakau verfügen. Für den Reiseverkehr und den Überweisungsverkehr dieser Reichsdeutschen zwischen dem Generalgouvernement und dem Reichsgebiet sind folgende devisenrechtlichen Bestimmungen getroffen worden:

Die im Generalgouvernement befindlichen Angehörigen der Wehrmacht, der H -Verfügungstruppe und der H -Totenkopfverbände, Beamte, Angestellte und Arbeiter reichsdeutscher Dienststellen und von Dienststellen des Generalgouvernements, Amtsträger der NSDAP. sowie Angehörige ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände, die in dienstlichem Auftrage reisen, sind berechtigt, beim Überschreiten der Grenze zwischen dem Generalgouvernement und dem Reichsgebiet (ohne Protektorat Böhmen und Mähren) bis zu Zl. 600.— oder R.M. 300.— je Grenzübertritt in beiden Richtungen mit sich zu führen. Neben den vorgenannten Höchstbeträgen darf die Reisefreigrenze von Zl. 20.— oder 10.— R.M. nicht in Anspruch genommen werden. Als Dienstreisen gelten auch Urlaubsreisen ins Reichsgebiet.

Die Dienststellen der oben genannten Personenkreise sind ermächtigt, ohne Genehmigung Reichsmarkzahlungsmittel für Reisezwecke bei der Emissionsbank in Polen zu erwerben und einen Reichsmarkbetriebsfonds zu unterhalten; aus diesem Reichsmarkbetriebsfonds dürfen an die oben genannten Personen auf Grund einer Dienstreisebescheinigung oder eines Urteilscheines der vorgesetzten Dienststellen Reichsmarkzahlungsmittel bis zur Höhe von R.M. 300.— ausgehändigt werden.

Die im Generalgouvernement tätigen Reichsdeutschen haben die in ihrem Besitz befindlichen Reichsmarkzahlungsmittel ebenso wie Devisen, die ihnen anders als durch Erwerb auf Grund einer Genehmigung anfallen, binnen 3 Tagen der örtlich zuständigen Niederlassung der Emissionsbank in Polen unmittelbar oder durch Vermittlung einer Devisenbank anzubieten und auf Verlangen zu verkaufen und zu übertragen. Sind diese Zahlungsmittel im Rahmen einer Genehmigung erworben, so sind sie innerhalb von 3 Tagen nach dem Unwirksamwerden der Genehmigung anzubieten, soweit der Erwerber die Zahlungsmittel dann noch besitzt. Hat daher ein Reichsdeutscher zur Durchführung einer Dienst- oder Urlaubsreise Reichsmarkzahlungsmittel erhalten, die Reise jedoch nicht durchgeführt, oder befindet er sich nach der Rückkehr von der Reise ins Generalgouvernement noch im Besitz von Reichsmarkbeträgen, so hat er diese unver-

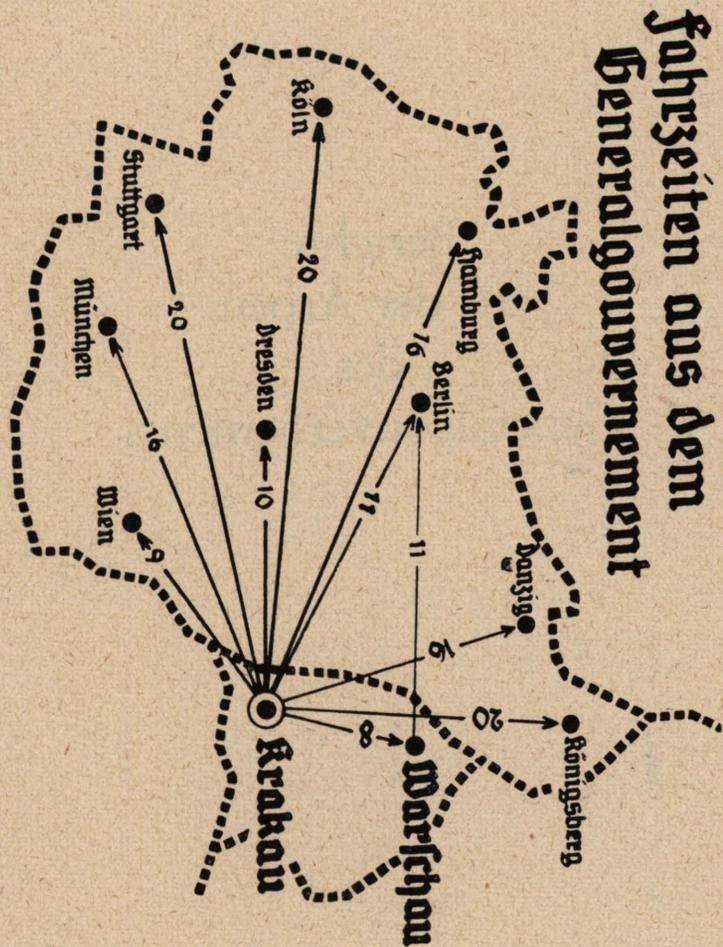
züglich bei der Emissionsbank in Polen oder einer Devisenbank oder bei seiner Dienstkasse in Zlotyzahlungsmittel umzutauschen.

Überweisung von Gehaltsbezügen in das Reich

Die im Generalgouvernement tätigen Reichsdeutschen dürfen ihre dort erhaltenen Gehaltsbezüge grundsätzlich nur mit Genehmigung der Devisenstelle Krakau ins Reich überweisen oder versenden. Die Angehörigen der H -Verfügungstruppe und der H -Totenkopfverbände sowie Beamte, Angestellte und Arbeiter reichsdeutscher Dienststellen und von Dienststellen des Generalgouvernements, Amtsträger der NSDAP. sowie ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände sind jedoch berechtigt, ohne devisenrechtliche Genehmigung ihre Gehälter, Beschäftigungsgelder und sonstigen Bezüge in voller Höhe oder Teile derselben zur Unterstützung ihrer im Reich lebenden Familienangehörigen und anderen Personen, denen gegenüber sie unterhaltsverpflichtet sind, über das Verrechnungsinstitut Krakau in das Reich zu überweisen, wenn die Überweisung unmittelbar durch die Dienststelle erfolgt, die die Auszahlung der Gehälter, Beschäftigungsgelder oder sonstigen Bezüge vorzunehmen hat. Außerdem dürfen die in dem vorstehenden Satz bezeichneten Personen zur Unterstützung ihrer im Reich lebenden Familienangehörigen und anderer Personen, denen gegenüber sie unterhaltsverpflichtet sind, sowie zur Erfüllung von im Reich bestehenden Verbindlichkeiten monatlich bis zu Zloty 200.— durch Postüberweisung in das Reich versenden, wenn die vorgesetzte Dienststelle die Überweisung schriftlich befürwortet. Die mit dem Dienstsiegel versehene Befürwortung ist bei der Einzahlung der Zlotybeiträge der Posteinzahlungsstelle vorzulegen und wird von dieser entwertet und einbehalten. Darüber hinaus sind weitere Überweisungen in das Reich nur mit vorheriger Genehmigung der Devisenstelle Krakau zulässig.

Für die polnischen Bediensteten von Dienststellen des Generalgouvernements gilt hinsichtlich der Freigrenze bei Dienstreisen in das Reich und auch für die Überweisung an im Reichsgebiet befindliche Angehörige dieselbe Regelung wie für die reichsdeutschen Beamten.

Berichte
aus der Arbeit
des
Generalgouvernements



Die Ostbahn

Die Kriegszeiten haben wieder einmal bewiesen, daß die Eisenbahn auch im Zeitalter des Motors das Rückgrat des Verkehrswesens eines Landes ist. In ganz besonderem Maße gilt diese Tatsache für ein so weiträumiges und verkehrstechnisch so wenig erschlossenes Land wie das frühere Polen. Wenige und schlechte Straßen, unregulierte Wasserwege und die schwierigen klimatischen Verhältnisse während eines langen Winters binden den Verkehr nahezu ausschließlich an die Schiene. Die Ostbahn, in der die Eisenbahnen des Generalgouvernements zusammengeschlossen sind, hat daher als Verkehrsträger eine umfassende und ausschlaggebende Bedeutung für das wirtschaftliche Leben und die Entwicklung des Generalgouvernements.

Die geschichtliche Entwicklung

Noch während des Feldzuges in Polen wurde eine Eisenbahndirektion in Lodsch eingesetzt und eine Betriebsabteilung der Reichsbahndirektion Oppeln nach Krakau vorgeschoben. Beide Stellen übernahmen das durch die Kriegseinwirkungen völlig zusammengebrochene Netz der früheren polnischen Staatsbahn im besetzten Gebiet. Nach Errichtung des Generalgouvernements wurden beide Stellen am 9. 11. 39 in der Generaldirektion der Ostbahn vereinigt, die ihren Sitz in Krakau nahm. Die neuen zentralen Aufgaben der Generaldirektion machten gegenüber dem ersten Aufbau eine völlige Neuordnung des Verwaltungskörpers erforderlich. Der erste Präsident der Generaldirektion der Ostbahn, unter dessen Leitung ihr Fun-

dament gelegt wurde, war Emil Beck, der bald zum Leiter der Reichsbahndirektion Berlin berufen wurde.

Organisation

An der Spitze der Ostbahn steht der Präsident der Generaldirektion der Ostbahn, der gleichzeitig Leiter der Abteilung Eisenbahnen im Amt des Generalgouverneurs für die besetzten polnischen Gebiete ist. Daraus ergibt sich auch die Doppelstellung der Generaldirektion der Ostbahn, die einmal als Abteilung dem Amt des Generalgouverneurs angehört und zum anderen die Betriebsverwaltung der Ostbahn ist. Die Generaldirektion hat ihren Sitz in Krakau, (Matejkiplatz 12). Die Geschäfte werden in 6 Abteilungen geführt:

- I Finanz- und Rechtsabteilung
- II Personal- und Verkehrsabteilung
- III Maschinentechnische Abteilung
- IV Betriebsabteilung
- V Bauabteilung
- VI Werkstätten- und Einkaufsabteilung.

Außerdem ist der Generaldirektion ein Prüfungsamt angegliedert.

Der Generaldirektion der Ostbahn sind 4 Eisenbahnbetriebsdirektionen in

Krakau	Lublin
Warschau	Radom

unterstellt, die die örtlichen Aufgaben des Betriebes und der Verwaltung in ihren Bezirken durchführen. 40 Bauinspektionen, die den Bereich mehrerer früherer polnischer Bahnmeistereien umfassen, unterstehen den Eisenbahnbetriebsdirektionen und haben die Aufgabe, die Gleis- und Sicherungsanlagen sowie die sonstigen baulichen Anlagen instand zu halten. Außerdem unterstehen den Eisenbahnbetriebsdirektionen die Betriebs-, Maschinen- und Verkehrsdienststellen, also Bahnhöfe, Bahnbetriebswerke, Güterabfertigungen, Fahrkartenausgaben usw. Unmittelbar der Generaldirektion der Ostbahn unterstellt sind die beiden Neubauämter in Przemysl und Terespol, deren



Von Bahnpionieren und Ostbahn wiederhergestellte Sanbrücke bei Rozwadow

Aufn. Lichtbildstelle Gędob

Aufgabe der Ausbau der Grenzbahnhöfe ist und das Vermessungsamt in Przemysl. Ein Schmalspurbahnamt in Jędrzejow untersteht der Eisenbahnbetriebsdirektion in Radom. Dieses hat ein geschlossenes Kleinbahnnetz in Verwaltung, das noch während der deutsch-österreichischen Besetzung im Weltkrieg entstanden ist und von den Polen unverändert weitergeführt wurde. Unter der Leitung der Werkstättenabteilung der Generaldirektion der Ostbahn stehen 5 Eisenbahn-Ausbesserungswerke in

Tarnow	Pruszkow
Neu-Sandez	Warschau-Praga
Radom	

Hier werden die ausbesserungsbedürftigen Lokomotiven und Wagen der Ostbahn wiederhergestellt.

Die Ostbahn untersteht dem Generalgouverneur für die besetzten polnischen Gebiete, stellt aber innerhalb des Verwaltungskörpers des Generalgouvernements ein Sondervermögen dar. Es wird ein besonderer Haushaltsplan

für die Ostbahn aufgestellt, der nur als Ganzes der Finanzaufsicht des Generalgouverneurs untersteht. Die Ostbahn ist jedoch nicht Rechtsnachfolgerin der früheren polnischen Staatsbahn (PKP).

Die Aufgaben, die der Ostbahn gestellt sind, werden entsprechend ihrer Bedeutung als praktisch einzigem Verkehrsträger im Generalgouvernement in weitem Umfange von deutschem Personal wahrgenommen. Die Generaldirektion, Eisenbahnbetriebsdirektionen, Ämter, Bauinspektionen und Dienststellen sind zum mindesten in ihren leitenden Stellen von reichsdeutschen Bediensteten besetzt, die die Reichsbahn zur Ostbahn abgeordnet hat. Daneben tun viele Volksdeutsche bei der Ostbahn Dienst und eine große Anzahl von Bediensteten der früheren polnischen Staatsbahn. Der Gesamtpersonalstand beträgt etwa 45000 Mann.

Betriebsführung

Die Betriebsführung der Ostbahn steht ganz im Zeichen des Krieges. Am Anfang der deutschen Betriebsführung stand ein völlig zerstörtes Eisenbahnnetz. Die wichtigsten Strecken, Bahnhöfe, Betriebswerke, Brücken, Ausbesserungswerke, Fernmeldeanlagen und rollendes Material waren durch die Kriegsereignisse nachhaltig zerstört. Der Ausgangspunkt der Betriebsführung mußte daher sein, diese Kriegsschäden zunächst soweit zu beseitigen, daß überhaupt wieder von einem Eisenbahnbetrieb die Rede sein konnte. In verhältnismäßig kurzer Zeit ist es gelungen, die größten Schäden zu beseitigen. Teilstrecken wurden zunächst in Betrieb genommen, die sich allmählich zum durchgehenden Netz zusammenschlossen. In der weiteren Folge wurde eine Regelmäßigkeit im Betriebe hergestellt, die durch den harten Winter mit seinen Rekordleistungen an Frost und Schnee auf eine schwere Probe gestellt wurde. Daß sich die Ostbahn trotz allem durchgesetzt hat, weist hinsichtlich der Reisezüge das Kursbuch aus. In ständigem Ansteigen wurde der Fahrplan verdichtet und verbessert. Das Generalgouvernement ist heute nicht nur mit guten und schnellen Verbindungen nach Berlin, München, Wien, Königsberg, Danzig an das Reich angeschlossen,

sondern verfügt auch über einen Binnenverkehr, der allen berechtigten Wünschen und Bedürfnissen Rechnung trägt. Dasselbe gilt auch für den Güterzugsverkehr, der sich nicht so vor den Augen des Außenstehenden abspielt. Planmäßige Nah- und Durchgangsgüterzüge vermitteln den Verkehr innerhalb des Generalgouvernements. Von besonderer Bedeutung sind aber die Güterzüge, die den Warenaustausch zwischen Rußland und Deutschland vermitteln und die ununterbrochen planmäßig über die Gleise der Ostbahn rollen. Fortschreitend vermehren sich auch hier die Leistungen, die als Grundlage eine bereits wieder geordnete und gesicherte Betriebsanlage haben.

Verkehrsleistungen

Im Personenverkehr hat die Ostbahn genau wie die Reichsbahn die durch den Krieg erforderlichen Einschränkungen auf sich nehmen müssen. Für Tarifvergünstigungen war bisher in großem Umfange noch kein Platz. Trotz aller Schwierigkeiten ist aber auch hier schon der Weg zu einer sozialen Gestaltung der Personentarife beschritten worden. Im Berufsverkehr gelten bereits verbilligte Fahrpreise, sodaß der arbeitenden Bevölkerung die Erreichung ihrer Arbeitsstätten erleichtert worden ist. Ferner schaffen verbilligte Tarife den Reichs- und Volksdeutschen im Generalgouvernement die Möglichkeit, die Erholungsstätten in Zakopane und Krynica häufiger aufzusuchen und dadurch ihre Arbeitskraft zum Wohle des Ganzen auf dem Höchststand zu halten. Gepäck- und Expresgutbeförderung wickeln sich wie im Reiche ab und man kann genau so unbeschwert im Generalgouvernement reisen, wie man es im Reich gewohnt war. Mitropa-Schlaf- und Speisewagen laufen auf den Hauptstrecken im Generalgouvernement und ins Reich und bieten den Reisenden alle gewünschten Bequemlichkeiten und Annehmlichkeiten. Die „Europäische Gepäckversicherung“ hat ebenfalls ihren Wirkungskreis auf das Generalgouvernement erstreckt und gewährt damit jedem Reisenden die Möglichkeit, sich vor Verlusten zu schützen.

Der Güterverkehr stand vor ganz besonders neuen und schweren Aufgaben. Durch den Krieg waren alle Ver-

kehrbeziehungen aus den Fugen geraten. Bereits mit den ersten Zügen liefen Wagen mit lebenswichtigen Gütern. Ein planmäßiger Wagenladungsverkehr trat jedoch erst ganz allmählich wieder in Erscheinung, ohne daß dabei von regelmäßigen Verkehrsbeziehungen schon die Rede sein konnte. Der Stückgutverkehr spielte sich mehr denn je als Botenverkehr ab. Die fortschreitende Normalisierung der gesamten Verhältnisse im Generalgouvernement bringt auch eine ständige Steigerung des Güterverkehrs mit sich. Bezeichnend ist insbesondere eine Steigerung des Stückgutverkehrs, die beweist, daß Sicherheit und Zuverlässigkeit in der Beförderung von den Versendern anerkannt werden. Bei den Wagenladungen sorgen in besonderen Fällen Ausnahmetarife dafür, daß die Frachtbelastung der Güter tragbar bleibt. Daß es noch nicht an der Zeit ist, ein so vielgestaltiges Ausnahmetarifsystem wie bei der Reichsbahn einzuführen, bedarf bei Berücksichtigung der noch völlig im Fluß befindlichen wirtschaftlichen Verhältnisse im Generalgouvernement keiner weiteren Begründung. Die Einführung der Frachtstundung ermöglicht den Versendern eine bequeme und bargeldlose Abfertigung. Eine Hauptaufgabe des Güterverkehrs ist die Durchführung der Transporte von und nach Rußland. Die verschiedenen Spurweiten der russischen Bahnen und der Ostbahn machen besondere Umladungen auf den Grenzbahnhöfen erforderlich. Die bisherigen vorläufigen Umladeeinrichtungen, die alsbald durch neue Anlagen ersetzt sein werden, stellen den Umschlag jedoch schon jetzt völlig sicher. Besondere Vereinbarungen mit der USSR regeln Abfertigung und Übergabe der Züge, so daß der Warenaustausch ungehindert durchgeführt werden kann. Den immer größer werdenden Anforderungen dieses Umschlagverkehrs wird durch ständige Verbesserung der Anlagen und Einrichtungen Rechnung getragen.

Aufgaben der Ostbahn

Es ist in der kurzen, aber inhaltsreichen Geschichte der Ostbahn eine Eigentümlichkeit gewesen, daß ihr neben den allgemeinen Aufgaben einer Eisenbahn eine Fülle von Sonderaufgaben gestellt wurde. Neben den Truppen-

transporten in den ersten Kriegswochen mußten von der Ostbahn die riesigen Mengen von Gefangenen und Beutegut aus dem Polenfeldzug befördert werden. Nach Abschluß der Kriegshandlung mußten die Menschen, die der Krieg innerhalb des Generalgouvernements durcheinander gewürfelt hatte, wieder an ihre Wohnstätten zurückbefördert werden. Ab Mitte Dezember ging ein großer Teil der Völkerwanderung unserer Zeit über die Schienen der Ostbahn: Die Wolhyniendeutschen kehrten heim. Im Gegenzuge wurden die russischen Volkszugehörigen in die USSR abgefahren. Hunderttausende von polnischen Landarbeitern und Landarbeiterinnen fuhren mit Ostbahnzügen ins Reich und weitere Hunderttausende werden ihnen folgen. Der Flüchtlingsaustausch zwischen dem russischen und deutschen Interessengebiet stellt die Ostbahn vor neue Aufgaben. Und nicht die letzte Aufgabe ist die schon erwähnte Durchführung des Güteraustausches zwischen Rußland und dem Reich. Die Ostbahn wird wie bisher weiter an ihren Aufgaben wachsen, der Verkehrsträger im Generalgouvernement und der Mittler zwischen dem weiten Feld im Osten und dem Großdeutschen Reich zu sein.

Reichsbahnrat Dr. Peicher.

Die Deutsche Post Osten

Von Präsident Dr. Lauxmann,
Leiter der Abteilung Post
im Amt des Generalgouverneurs für die bes. poln. Gebiete.

1. Organisation und Aufbau

Der Generalgouverneur hat mit Verordnung vom 31. Oktober 1939 die Verwaltung der Post- und Fernmeldehoheit des Generalgouvernements dem Leiter der Abteilung Post übertragen. In seiner Bestellung als Leiter der Deutschen Post Osten liegt der Auftrag, eine deutsche Postverwaltung im Generalgouvernement aufzubauen. Die Deutsche Post Osten hatte zunächst ausschließlich die Aufgabe, ein nach deutschen Grundsätzen aufgebautes und geführtes Post- und Fernmeldewesen den deutschen Behörden und der Wehrmacht im Generalgouvernement zur Verfügung zu stellen. Die Aufgabe konnte nur dann gelöst werden, wenn die Grundsätze und Erfahrungen, die sich im Reich herausgebildet hatten und an die die deutschen Behörden gewöhnt waren, im Generalgouvernement durchgesetzt wurden. In Ausführung dieser Gedanken gilt das deutsche Post- und Fernmelderecht im Generalgouvernement, soweit nicht die besonders gelagerten Verhältnisse der besetzten polnischen Gebiete Abänderungen erforderten.

Die Durchführung des Auftrags des Generalgouverneurs erforderte eine Organisation, die auf die Person des Leiters der Deutschen Post Osten ausgerichtet, in kürzester Zeit schlagkräftig und reaktionsfähig, die für notwendig erkannten Maßnahmen auszuführen in der Lage war. Entsprechend der allgemeinen Verwaltungsorganisation

wurden in den vier Distrikten Distriktspostleiter eingesetzt, die persönlich für die Durchführung der Anordnungen für den Post- und Fernmeldedienst verantwortlich waren. Diesen Distriktspostleitern unterstanden die Vorsteher der Postämter zunächst in den Kreishauptstädten und später an allen Orten, in denen deutsche Behörden arbeiteten. Grundsatz der Aufbauarbeit war, ein zuverlässiges Nachrichtenwesen mit größtmöglicher Beschleunigung als Voraussetzung für eine nutzbringende Arbeit aller übrigen Verwaltungsstellen zu schaffen. Diese Aufgabe konnte zu einem verhältnismäßig frühen Zeitpunkt gelöst werden, weil der Leiter der Deutschen Post Osten bereits im September als Generalbeauftragter beim Oberbefehlshaber Ost mit seinen, im Postschutz zusammengefaßten Postbeamten, in den besetzten polnischen Gebieten eingesetzt wurde. Schon bei der Übernahme der Amtsgeschäfte des Generalgouverneurs am 7. 11. 1939 stand die Postverwaltung, um zunächst die Dienstpost bearbeiten zu können. Bereits am 17. 11. konnte auch der Postverkehr der Bevölkerung übernommen werden.

2. Die Entwicklung der Dienstzweige der Deutschen Post Osten

a) Postdienst

Die Aufgaben der Deutschen Post Osten haben sich von der Bearbeitung der Dienstpost und Feldpost zuerst langsam, dann aber lawinenartig anschwellend immer mehr zu einem allgemeinen Postdienst ausgewachsen. Es war ein Grundsatz, beim Aufbau der Postverwaltung möglichst schnell so viele Dienstzweige zuzulassen, wie die Postdienststellen bewältigen konnten, ohne daß ein Rückschlag möglich war. Wurden im November nur die einfachsten Übermittlungsarten wie Briefe und Postkarten zugelassen, so wurden bereits am 1. 2. 40 alle irgendwie bedeutenden Zweige des Postdienstes für jedermann zugelassen. Heute dienen mit unwichtigen Ausnahmen alle im Reich bekannten vielfältigen Zweige des Postwesens der Verwaltung und der Wirtschaft des Generalgouvernements. Diese schnelle Entwicklung des Verkehrs bedingte einen noch schnelleren Ausbau der Amtsstellen der Postverwaltung. Die mit deutschen Beamten besetzten

Postämter reichten bald nicht mehr aus. Da es unmöglich war, die erforderlichen Beamten von der Deutschen Reichspost zur Verfügung gestellt zu erhalten und da in Ausführung der Anordnung des Generalgouverneurs die polnische Bevölkerung gemäß ihrem Können und ihrer Einstellung am Wiederaufbau zu zulassen war, wurden zur Postversorgung der Bevölkerung bald nur mit polnischen Kräften besetzte Postanstalten in der Form von Postbüros in wichtigen Orten und Postagenturen und Poststützpunkte auf dem Lande eingerichtet. Waren es noch am 1. 3. 40 166 mit deutschen Beamten besetzte Postämter und 355 mit polnischen Bediensteten besetzte Postagenturen, so ist diese Zahl bis zum 15. 4. auf 155 mit Deutschen besetzte Postämter und 562 mit polnischen Beamten besetzte Stellen angestiegen. 731 Postanstalten dienen nunmehr dem Postverkehr des Generalgouvernements. Damit ist die Verwaltung der Deutschen Post Osten eine mit den feinsten Verästelungen über das ganze Gebiet zerstreute Verwaltung, die, wie die Deutsche Reichspost im Reich, jeden Anforderungen gerecht werden kann.

Um die Postsendungen an jeden Ort hinzubringen, wurden alle Verkehrsverbindungen benutzt. Innerhalb des Generalgouvernements verkehren 80 Bahnposten, die mit den Postanstalten täglich etwa 1200 Kartenschlüsse austauschen und rund 6000 Briefbeutel befördern. Die im Generalgouvernement eingesetzten 80 Bahnpostwagen legen täglich 31000 Achskilometer zurück. Rund 100 Pferdepostlinien vermitteln täglich rund 300 verschiedene Posten. 40 Fußboten versorgen die letzten ländlichen Siedlungen. Rund 200 Kraftfahrzeuge sind eingesetzt, um dort, wo das weitmaschige Bahnnetz nicht ausreicht, die Post schnell hinzubringen. 15 Kraftpostlinien ergänzen das Personenbeförderungsnetz der Ostbahn und sorgen dafür, daß die Personenbeförderung nach den Wünschen der Distriktschefs und den tatsächlichen Bedürfnissen gelenkt wird. Besonders großzügig eingeleitete Kraftfahrwerkstätten gewährleisteten die Betriebssicherheit der Fahrzeuge.

Das Postscheckamt in Warschau wurde schon im Januar eingerichtet, um den Geldumlauf zu verringern, und den Behörden und der Wirtschaft die Möglichkeit

eines bargeldlosen und schnellen Zahlungsverkehrs zu bieten.

Neben diesen Aufgaben ist durch die Organisation der Deutschen Post Osten die Versorgung der im Generalgouvernement eingesetzten Wehrmachtsteile, der H , der Polizei und des Zollgrenzschutzes mit Feldpostsendungen sowie die Vermittlung von Kriegsgefangenen- und Landarbeitersendungen zusätzlich gewährleistet. Über das Postscheckamt wird der Geldaustausch zwischen den Kriegsgefangenen und den Landarbeitern und ihren im Generalgouvernement befindlichen Angehörigen, ermöglicht. Daß diese vielfältigen Aufgaben mit der bei der Deutschen Reichspost sprichwörtlich gewordenen Zuverlässigkeit durchgeführt werden können, ist auf die nach deutschen Grundsätzen aufgebauten Maßnahmen und die deutsche Organisation zurückzuführen.

b) Fernmeldewesen

Noch schwieriger als der Ausbau des Postwesens war der des Fernmeldewesens. Ist der Ausbau eines Postwesens in erster Linie eine Frage der Organisation und der eingesetzten Menschen, so ist der des Fernmeldewesens weitgehendst darüber hinaus von technischen Einrichtungen abhängig. Die technischen Einrichtungen des polnischen Fernmeldenetzes waren, gemessen an deutschen Verhältnissen, unzulänglich. Nur wenige ausreichende Fernsprechvermittlungsstellen, Telegraphenanstalten und Fernkabel standen zur Verfügung. Wegen der schlechten Sprechverständigung auf minderwertigen Freileitungen gab es in Polen nur einen geringen Fernsprechverkehr. Das ohnehin schon schlechte Fernmeldenetz wurde durch den Krieg noch weiter beeinträchtigt. Trotz dieser Schwierigkeiten gelang es schon zu Beginn des Jahres 1940, 25 Telegraphenverbindungen wieder herzustellen. Über 50 der ehemaligen polnischen Orts- und Fernämter konnten schon im Jahre 1939 durch die Deutsche Post Osten in Betrieb genommen werden. Die Zulassung zum Fernsprechverkehr, auch für die polnische Bevölkerung, sicherte eine rasche Zunahme der Fernsprechteilnehmer.

In Krakau sind schon wieder 5000 Hauptanschlüsse und in Warschau fast 15000 Hauptanschlüsse in Betrieb.

10000 monatlich in Krakau und 30000 in Warschau geführte Ortsgespräche geben einen Begriff vom Fernsprechverkehr.

Aber nicht nur der Ortsverkehr, auch der Fernverkehr kann den Anforderungen genügen. Das Fernamt Krakau verfügt heute über 80, das Fernamt Warschau über 60 Fernleitungen. Der Fernverkehr mit allen Orten des Reiches und mit der überwiegenden Mehrzahl der Orte des Generalgouvernements ist im Einvernehmen mit dem Reichspostministerium sichergestellt. Die Fernämter sind mit Reichsdeutschen, Volksdeutschen und Ukrainern besetzt. Die Zahl der Ferngespräche beträgt heute in Krakau rund 50000, in Warschau rund 40000 monatlich.

Das Funkwesen ist entsprechend den Reichsverhältnissen geregelt. Eine Rundfunkordnung für das Generalgouvernement stellt eine Überwachung der Teilnehmer sicher. Die zum Teil durch die Kriegseinwirkungen zerstörten Rundfunksender des Generalgouvernements sind wieder hergestellt.

c) Personalwesen

Neben den rund 2500 abgeordneten deutschen Kräften sind 6000 Ukrainer und Polen beschäftigt. Ihre Zahl wird sich bis zur Erreichung des normalen Beschäftigungsstandes um rund 1000 monatlich erhöhen. Rund 5000 Versorgungsempfänger der früheren polnischen Postverwaltung werden von der Deutschen Post Osten unterstützt. Ein neuartiges Problem ist in der Unterbringung, Verpflegung, Bekleidung und Ausrüstung, im Sicherungs- und Gesundheitsdienst der eingesetzten reichsdeutschen Kräfte aufgetreten. Durch Benutzung der schon in Friedenszeiten aufgebauten Postschutzorganisation konnten auch diese Schwierigkeiten überwunden werden. Von den reichsdeutschen Kräften sind über $\frac{2}{3}$ in Gemeinschaftsquartieren untergebracht. Ausstattungsgegenstände wurden beschafft, Bettwäsche hergerichtet, Decken besorgt. Die Verpflegung ist zum großen Teil durch Anschluß an die Wehrmachtsverpflegung sichergestellt worden. Große Gemeinschaftsküchen sind in Hauptorten eingerichtet und sorgen für eine ordnungsmäßige Beköstigung. Besonders eingerichtete Revierkrankenstuben und die Verpflichtung



Postwertzeichen und Sonderstempel der Deutschen Post Osten

von reichsdeutschen Ärzten, gewährleisten einen ausreichenden Gesundheitsdienst. Die einheitliche Uniform des Postschutzes fügt die eingesetzten Postbeamten zu einer Gemeinschaft zusammen. Besondere Postschutzkammern in den Distriktsstädten stellen Ausrüstungsgegenstände zur Verfügung. Die Sicherung der hauptsächlichsten Post- und Fernmeldeanlagen wird von ausschließlich im Postschutzdienst eingesetzten Kräften wahrgenommen.

d) Haushaltswesen

Die Deutsche Post Osten als selbständiger Verwaltungszweig des Generalgouverneurs unterhält ein eigenes Haushaltswesen. Der Haushaltsplan ist in Anlehnung an reichsdeutsche Grundsätze trotz der schwierigen und nicht immer übersichtlichen Betriebsverhältnisse vorbereitet worden. Die Wiederherstellung der durch den Krieg erfolgten Beschädigungen erfordert besondere Mittel, die zu beschaffen und zu verwalten außerordentliche Schwierigkeiten macht.

3. Postwertzeichen

Die Eigenart der Deutschen Post Osten als Sonderverwaltung des Generalgouvernements wird durch die Herausgabe der Postwertzeichen besonders dokumentiert.

Zunächst wurden die im Reich geltenden Postwertzeichen mit dem Überdruck „Deutsche Post Osten“ verwendet. Dadurch wurde ausgedrückt, daß die durch die Deutsche Reichspost entwickelten Grundsätze zunächst Geltung haben sollten.

Als dann die Organisation des Postwesens im Generalgouvernement fest in der Hand der Deutschen Post Osten war, wurden zum äußeren Ausdruck dieser Tatsache die ehemals polnischen Postwertzeichen mit dem beherrschenden Aufdruck des Hoheitsadlers und der Bezeichnung „Generalgouvernement“ herausgegeben. Diese Marken wurden ein Sinnbild dafür, daß das Postwesen in den besetzten ehemals polnischen Gebieten vom deutschen Geist erfüllt und beherrscht wurde.

Die dann am 1. 4. 1940 herausgebrachten Dienstmarken versinnbildlichen die Entwicklung zu einer neuartigen Verwaltung, die unter dem Schutz der Oberhoheit des Reichs ihre Aufgaben erfüllt.

Eine in Vorbereitung befindliche Serie von Postwertzeichen des Generalgouvernements wird Baudenkmäler deutscher Kultur und deutschen Schaffens im Generalgouvernement zeigen und damit zum Ausdruck bringen, daß deutscher Geist schon immer in diesem Raum wertvolles, Bleibendes geschaffen hat und daß in diesem deutschen Geist auch weiterhin die Verwaltung des Postwesens geführt werden wird.

Der Wiederaufbau der Monopolverwaltung im Generalgouvernement

Von Finanzpräsident Dr. Senkowsky,
Leiter der Generaldirektion der Monopole
im Generalgouvernement für die bes. poln. Gebiete

Als im September 1939 die ersten Beamten der Reichsfinanzverwaltung in Krakau eintrafen und dort ihre Tätigkeit aufnahmen, standen sie einer beinahe unlösbaren Aufgabe gegenüber. Ein geregeltes Wirtschaftsleben bestand nicht mehr, die Verkehrsverbindungen waren unterbrochen, ein Bank- und Überweisungsverkehr war nicht mehr vorhanden, die Räder in sämtlichen Betrieben der ehem. polnischen Monopole standen still. Überall blühte ein wilder Schwarzhandel mit Monopolerzeugnissen, eine Folge der durch die Kriegereignisse und Zerstörungsakte der Polen hervorgerufenen allgemeinen Verknappung. So hatten z. B. die Polen allein in der Krakauer Trinkbranntweinfabrik nicht weniger als 2 Millionen Liter Feinsprit in die Erde laufen lassen.

Es galt nunmehr, so schnell wie möglich die Monopolbetriebe wieder in Gang zu bringen und eine geregelte Versorgung der Bevölkerung mit Monopolerzeugnissen aufzubauen. So hat z. B. das Tabakwerk Krakau bereits am 2. Oktober 1939 seine Tätigkeit wieder aufgenommen. Die Anfängerzeugung dieses Werkes betrug täglich 3 Millionen Zigaretten und 3000 kg Rauchtobak. Die Erzeugung konnte jedoch bereits im Monat Dezember 1939 auf eine Gesamterzeugung von 138 Millionen Stück Zigaretten gesteigert werden; desgleichen wurde die Trinkbranntweinfabrik in Krakau wieder in Gang gesetzt und

ein kleiner Teil des verlorengegangenen Feinsprits gerettet. Die Salzbergwerke und Salinen in Wieliczka und Bochnia wurden bereits Ende September unter deutsche Leitung gestellt und die Erzeugung mit allen Mitteln in Gang gesetzt. Gleichzeitig wurde die Verschleißorganisation der verschiedenen Monopole reorganisiert und es wurden Maßnahmen zur Erfassung der im Lande noch vorhandenen Rohstoffe, insbesondere zur Bergung der Tabakernte unternommen. Schließlich wurde eine energische Bekämpfung des Schwarzhandels eingeleitet.

Als dann durch Verordnung des Generalgouverneurs für die besetzten polnischen Gebiete vom 1. November 1939 zur Verwaltung der ehem. polnischen Staatsmonopole für Tabak, Spiritus, Salz, Zündholz und Lotterie die „Generaldirektion der Monopole im Generalgouvernement“ errichtet wurde, konnten die im ehem. Militärbezirk Krakau gewonnenen Erfahrungen auf das Gesamtgebiet des Generalgouvernements ausgedehnt und überall ein planmäßiger Wiederaufbau durchgeführt werden.

Tabakmonopol

Die Generaldirektion der Monopole verfügt heute über vier Tabakwerke, von denen je eines in Krakau und Radom und zwei weitere in Warschau liegen. Außerdem sind in Czyżyny und Lublin Tabakanbau- und Einlöseämter und in Pulawy eine wissenschaftliche Tabakforschungs- und Versuchsanstalt vorhanden. Auf die Wiedereröffnung des Tabakwerks Krakau folgten im Laufe des Oktober und November Radom und die beiden Werke Warschau I und II.

Im Monat Dezember wurden in diesen Werken zusammen bereits rund 445 Millionen Stück Zigaretten erzeugt. Dabei haben die Werke in Radom und Warschau etwa die Friedenshöhe der Erzeugung erreicht, während beim Tabakwerk Krakau die Erzeugung noch um 30% über der Friedenserzeugung lag. Insgesamt wurden bis Ende Dezember von den Werken rund 941 Millionen Zigaretten hergestellt.

Für die Zukunft ist eine Erzeugungssteigerung mit etwa 15% gegenüber dem Monat Dezember 1939 vorgesehen,

sodaß sich die Monopolerzeugung von rund 450 Millionen Stück auf rund 530 Millionen Stück Zigaretten erhöhen wird. Diese Erzeugungssteigerung wird u. a. durch rationelle Arbeitsmethoden und eine durchgreifende Erneuerung des Maschinenparks gesichert.

Daneben gilt die Fürsorge der deutschen Verwaltung vor allem aber auch den insgesamt 3429 Arbeitern, die unter der Leitung von 7 deutschen und 178 polnischen Beamten heute in den Betrieben des Tabakmonopols beschäftigt sind, deren soziale Einrichtungen übernommen und weiter ausgebaut wurden.

Die Verkaufsorganisation des polnischen Tabakmonopols, die nach Muster der ehem. österreichischen Tabakregie aufgebaut war, wurde im wesentlichen übernommen. Bei einer Bevölkerungszahl von etwa 14 Millionen Einwohnern auf dem Gebiet des Generalgouvernements befanden sich vor dem Kriege rund 20000 Kleinverschleißer und 600 Verleger, d. h. der Verteilungsapparat war ganz erheblich übersetzt. Die Generaldirektion der Monopole mußte demgegenüber mit einem Minimum an Personal an die Neuordnung des Verkaufswesens herangehen und sie hat diese Aufgabe durch weitgehende Dezentralisation, die im Wege der Einschaltung der örtlichen Hauptzollämter vorgenommen wurde, gelöst.

Von den großen Tabakanbaugebieten des ehem. Polen verbleiben im Generalgouvernement zwei, nämlich nördlich Krakau und bei Lublin und Zamosz. Das Krakauer und Lubliner Anbaugebiet hatte mit einer Gesamtanbaufläche von 4000 ha einen Ertrag von 8000000 kg. Hauptsächlich werden Kentucky, helle Virginia und italienische, russische und levantiner Sorten angebaut. Im Herbst des vorigen Jahres galt es vor allem, die Tabakernte, soweit dies überhaupt noch möglich war, zu bergen. Auch dies ist weitgehend gelungen; so wurden z. B. allein im Krakauer Anbaugebiet noch über 2 Millionen kg Tabak sichergestellt. Für das Jahr 1940 ist eine Erweiterung der Tabakanbaufläche des Generalgouvernements um rund 50 v. H. vorgesehen. Die hierzu erforderlichen Maßnahmen sind bereits eingeleitet und werden mit allem Nachdruck gefördert. Durch eine Erweiterung der Fermentationsanlagen und modernste technische Einrichtungen wird

dafür gesorgt, daß die Ernte des Jahres 1940 restlos erfaßt und produktionsreif gemacht werden kann.

Branntweinmonopol

Die Wiederingangsetzung des ehem. polnischen Branntweinmonopols stieß aus verschiedenen Gründen auf große Schwierigkeiten. Zunächst hatten die Polen vor ihrer endgültigen Niederlage doch noch Zeit gefunden, in Krakau rund 2 Millionen Liter, in Warschau rund 3 Millionen Liter und in Jaslo rund 60000 Liter Branntwein auslaufen zu lassen.

Dazu kam, daß die Trinkbranntweinfabrik in Warschau durch die Kampfhandlungen stark in Mitleidenschaft gezogen war und zunächst für die Produktion ausfiel. Schließlich mußte das Transportproblem gelöst werden, da von den 288 Kesselwagen des ehem. polnischen Branntweinmonopols ein großer Teil im Laufe des Krieges verschleppt oder zerstört worden war.

Die energische deutsche Führung ist auch dieser Schwierigkeiten Herr geworden.

Die Trinkbranntweinfabrik in Warschau wurde mit einem Kostenaufwand von über 1,5 Millionen Zloty von Mitte November 1939 an wieder aufgebaut und im Februar 1940 in Betrieb genommen. Das Kesselwagenproblem darf im wesentlichen als gelöst gelten. Heute verfügt die Generaldirektion der Monopole wieder über je eine Trinkbranntweinfabrik in Krakau und Warschau, ferner eine Flaschenlackfabrik in Siedlce und drei monopoleigene Großhandlungen. Ferner werden vom Branntweinmonopol treuhänderisch verwaltet: die Melassebrennerei, Reinigungs- und Entwässerungsanstalt in Zyrardow und die Reinigungsanstalten in Jaslo, Ostrowiec und Chelm. Rund 300 landwirtschaftliche Brennereien, 5 gewerbliche Brennereien und 12 Reinigungsanstalten sorgen für einen geordneten Nachschub und eine zweckmäßige Verwaltung der Spiritusproduktion.

Inzwischen wurde als neuer Fabrikationszweig die Rumfabrikation aufgenommen, die schon jetzt erfreuliche Ergebnisse aufweist. Es werden z. B. allein an die Wehrmacht monatlich rund 200000 Liter Trinkbranntwein und Rum abgegeben.

Auch im Bereich des Trinkbranntweinmonopols wird die Arbeiterschaft durch Weiterführung der Betriebsküchen und einer Kinderkrippe in jeder Weise betreut.

Salzmonopol

Die Bergwerke in Wieliczka und Bochnia wurden bereits Ende September unter deutsche Leitung gestellt, nachdem in Wieliczka die Direktion mit der gesamten Kasse geflüchtet war. Beide Werke haben mit 1600 Arbeitern und Angestellten in Wieliczka und 500 Arbeitern und Angestellten in Bochnia den früheren Betriebsstand bereits wieder erreicht. Gegenwärtig erzielen beide Werke zusammen eine Jahresproduktion von rund 260000 Tonnen gegenüber einer maximalen Kapazität von 300000 Tonnen; dieses Ergebnis ist um so bemerkenswerter, als insbesondere im Anfang erhebliche Transportschwierigkeiten sich hemmend auf den Absatz des Salzes auswirkten. Diese Schwierigkeiten können jetzt als überwunden angesehen werden. Durch Modernisierung der Anlagen wird sich die Förderung auf die volle Kapazität erhöhen lassen. Auch die Erschließung weiterer Salzlager ist in Angriff genommen worden und schreitet schnell vorwärts. Auf Grund der geologisch angenommenen und aufgeschlossenen Salzvorkommen kann unter Zugrundelegung einer Jahresproduktion von 300000 Tonnen mit einer Salzgewinnung auf mehrere Jahrhunderte hin gerechnet werden.

Gegenwärtig ist nicht nur der Gesamtbedarf des Generalgouvernements an Salz gedeckt, sondern es wird bereits auch wieder Salz in erheblichem Umfang exportiert.

Auch hier wieder wurden die sozialen Einrichtungen übernommen und durch Neueinrichtungen weiter ausgebaut.

Zündholzmonopol

Die Ausbeutung des polnischen Zündholzmonopols war von dem ehem. polnischen Staat an eine private Aktiengesellschaft nach polnischem Recht in Warschau, die kapitalmäßig und in ihrer Führung sich in ausländischen Händen befand, verpachtet worden. Auf Grund der abgeschlossenen Verträge waren die Einnahmen aus dem Zündholzmonopol zur Amortisation und Verzinsung einer

vom polnischen Staat aufgenommenen Anleihe über 32400000 USA. Dollar nicht unmittelbar an den Fiskus, sondern zur Verfügung der Fiskalagenten auf ein Sonderkonto der Bank Polski einzuzahlen. Die Generaldirektion der Monopole hat die ungestörte Weiterführung der von der Aktiengesellschaft betriebenen Zündholzfabrik in Tschenstochau und Blonie bei Warschau sichergestellt, und lediglich Vorsorge getroffen, daß bis zur Klärung der durch den Zusammenbruch des polnischen Staates aufgeworfenen Fragen die terminmäßigen Zahlungen der Amortisationsraten und Zinsen auf ein Sonderkonto erfolgen. Die beiden Fabriken sind ohne weiteres in der Lage, nicht nur den Bedarf des Generalgouvernements an Streichhölzern zu decken, sondern darüber hinaus auch noch nennenswerte Mengen zu exportieren.

Lotteriemonopol

Das ehem. polnische Lotteriemonopol, dessen letzte Ziehung durch die Kriegereignisse unterbrochen wurde, ist von der Generaldirektion der Monopole noch nicht wieder aufgebaut worden. Es ist jedoch in Aussicht genommen, auch dieses Monopol, wenn auch in veränderter Form, baldmöglichst wieder in Gang zu bringen.

Mineralölmonopol

Durch Verordnung des Generalgouverneurs vom 20. Januar 1940 wurde mit Wirkung ab 1. Februar 1940 im Gebiete des Generalgouvernements das Mineralölmonopol neu eingeführt. Dieses neuartige Monopol, das in seiner Art auf der Welt ohne Beispiel ist, zielt darauf ab, an Stelle der komplizierten polnischen Mineralölbesteuerung ein vereinfachtes Verfahren zu setzen, durch das eine einheitliche und zweckentsprechende Mineralölgewinnung und Mineralölbewirtschaftung sichergestellt wird.

Das Mineralölmonopol arbeitet in der Weise, daß die Monopolverwaltung die gesamten, im Gebiet des Generalgouvernements gewonnenen Erdöl- und Erdgaserzeugnisse, ferner die eingeführten Mineralöle zu einem festen Preise übernimmt, um sie sodann an die privatrechtlich organisierte Monopol-Vertriebsgesellschaft für Mineralöl

m. b. H. in Libusza bei Gorlice, abzugeben, die den weiteren Vertrieb besorgt.

Im Generalgouvernement befinden sich drei große Raffinerien in Jaslo, Jedlice und Glinik bei Gorlice.

Es werden durch die Monopol-Vertriebsgesellschaft 12 Verteilungslager eingerichtet, in denen stets ein entsprechender Treibstoffvorrat vorhanden ist. Von diesen Verteilungslagern aus erfolgt dann die weitere Abgabe an ein vereinfachtes Tankstellennetz, da das bisherige polnische Tankstellennetz aus Konkurrenzgründen weit übersetzt war. Durch den Einsatz modernster Bohrgeräte ist eine ständige Steigerung der Förderung zu erwarten.

Die Einführung des Monopols hat bereits die für die Bevölkerung des Generalgouvernements erfreuliche Wirkung gehabt, daß die Benzin- und Petroleumpreise eine nicht unwesentliche Senkung erfahren haben.

Die Treuhandstelle für das Generalgouvernement

I. Aufbau

Die Treuhandstelle für das GG ist durch Verordnung über die Errichtung einer Treuhandstelle für das GG vom 15. 11. 1939 (Verordnungsbl. GGP S. 36) mit dem Sitz in Krakau errichtet worden. Verwaltungsmäßig bildet sie eine besondere Abteilung im Amt des Generalgouverneurs. Zur Durchführung ihrer Aufgaben bedient sie sich der Treuhand-Außenstellen, die in den Ämtern der Distriktschefs in Krakau, Lublin, Radom und Warschau als eigene Abteilungen errichtet sind (Zweite Verordnung über den Aufbau der Abt. Treuhandstelle für das GG vom 16. 3. 1940 — Verordnungsbl. GGP I S. 109).

II. Aufgaben

Der Aufgabenkreis der Treuhandstelle für das GG ist, wie aus § 2 der Verordnung über die Errichtung einer Treuhandstelle für das GG vom 15. 11. 1939 hervorgeht, weit gesteckt. Sie hat alle Aufgaben durchzuführen, die ihr durch Verordnung oder behördliche Verfügung übertragen werden. Die bisherige Entwicklung der Treuhandstelle für das GG in Krakau zeigt, daß sie zu einem für das wirtschaftliche Leben des GG wichtigen Faktor geworden ist.

1. Drei große Gruppen von Vermögensmassen sind es insbesondere, mit denen sich die Treuhandstelle für das GG zu befassen hat,

- a) das Vermögen des früheren polnischen Staates;
- b) das Vermögen der im GG ansässigen Privatpersonen, soweit es beschlagnahmt ist;
- c) das jüdische Vermögen im Gebiet des GG.

Im einzelnen ergibt sich hier folgendes Bild:

a) Soweit es sich um das Vermögen des früheren polnischen Staates handelt, obliegt der Treuhandstelle für das GG die gesamte Erfassung, Verwaltung und Verwertung des Vermögens des früheren polnischen Staates, das in seiner Gesamtheit zum Zwecke der Sicherstellung gemeinnütziger Werte aller Art beschlagnahmt ist (§ 1 Abs. 2 der Verordnung über die Beschlagnahme des Vermögens des früheren poln. Staates innerhalb des GG vom 15. 11. 1939 — Verordnungsbl. GGP S. 37). In Durchführung dieser Verordnung hat die Treuhandstelle für das GG eine Erste Durchführungsvorschrift vom 16. 3. 1940 erlassen (Verordnungsbl. GGP II S. 175), in der eine Anmeldepflicht für das beschlagnahmte Vermögen des früheren polnischen Staates angeordnet ist und im einzelnen insbesondere Vorschriften über die Verwaltung und Verwertung sowohl des zur Ausübung von Hoheitsbefugnissen dienenden wie auch des nicht hoheitsgebundenen Vermögens gegeben sind.

b) Auf dem Gebiet der Erfassung, Verwaltung und Verwertung privaten Vermögens ist der Abt. Treuhandstelle für das GG und damit auch den Treuhand-Außenstellen eine ganz besonders umfangreiche und verantwortungsvolle Aufgabe gestellt. Die in dieser Beziehung zu leistende Arbeit ist durch die Verordnung über die Beschlagnahme privaten Vermögens (Beschlagnahmeordnung vom 24. I. 1940 — Verordnungsbl. GGP I S. 23) scharf umrissen.

Wie sich aus der Beschlagnahmeordnung ergibt, ist das Beschlagnahmerecht ein ausschließliches Hoheitsrecht des Generalgouverneurs, das nur er und in seinem Namen und nach seiner Weisung nur die von ihm bestimmten Stellen auszuüben berechtigt sind. Die Abt. Treuhandstelle für das GG selbst ist Beschlagnahmebehörde nur insoweit, als es sich um die Beschlagnahme land- und forst-

wirtschaftlichen Vermögens handelt (vgl. § 2 Abs. 1 bis 3 der Beschlagnahmeordnung).

Der Abt. Treuhandstelle für das GG und den Abt. Treuhand-Außenstellen bei den Distriktschefs obliegt es, bei der Durchführung der Beschlagnahme darauf zu achten, daß

vor Erlass einer Beschlagnahmeverfügung das Einvernehmen mit dem Leiter der Abt. Treuhandstelle für das GG herbeigeführt wird (vgl. § 3 Abs. 1 der Beschlagnahmeordnung);

Rechtsgeschäfte jeglicher Art über das beschlagnahmte Vermögen und Veränderungen an ihm ohne vorherige Zustimmung des Leiters der Abt. Treuhandstelle für das GG nicht vorgenommen werden können (vgl. § 4 Abs. 1 der Beschlagnahmeordnung);

herrenloses Vermögen nach Einziehung durch die Kreishauptleute (Stadthauptleute) an den Leiter der Abt. Treuhandstelle für das GG zur Verwaltung abzugeben ist (vgl. § 8 Abs. 1 der Beschlagnahmeordnung);

die den militärischen Stellen, den Einheiten der Ordnungspolizei und bewaffneten H sowie der Sicherheitspolizei gegebenen Beschlagnahmeerleichterungen auf das unbedingt notwendige Maß beschränkt bleiben (vgl. §§ 11, 12 und 13 der Beschlagnahmeordnung);

die vor dem 24. I. 1940 angeordneten Beschlagnahmen zur Anzeige gebracht und an den Leiter der Abt. Treuhandstelle für das GG weitergeleitet werden (vgl. § 14 der Beschlagnahmeordnung).

c) Das jüdische Vermögen unterliegt nach der Verordnung über die Pflicht zur Anmeldung jüdischen Vermögens im GG vom 24. I. 1940 (Verordnungsbl. GGP 1940 I S. 31) einer besonderen Anmeldepflicht. Diese Verordnung steht in ihrer Zielrichtung in einem engen Zusammenhang mit der Beschlagnahmeordnung und gehört deshalb gleichfalls zum Aufgabengebiet der Abt. Treuhandstelle für das GG.

2. Ein weiteres, umfangreiches Arbeitsgebiet der Abt. Treuhandstelle für das GG besteht weiter in der Bestellung, Bestätigung und Überwachung der Treu-

händer (vgl. §§ 9 und 10 der Beschlagnahmeordnung); hierbei ist folgendes grundsätzlich zu beachten:

Bei der Fülle der in Frage kommenden Treuhänder-Bestellungen erschien es notwendig, die Bestellung der Treuhänder unter nachträglicher Bestätigung durch den Leiter der Abt. Treuhandstelle für das GG sowie das Recht zur Abberufung von Treuhändern unmittelbar den Leitern der Abt. Treuhand-Außenstellen an die Hand zu geben, die aber in jedem Falle dem Leiter der Abt. Treuhandstelle für das GG unverzüglich zu berichten haben. Die Abt. Treuhand-Außenstellen bei den Distriktschefs haben ferner über die in ihrem Distrikt festgestellten Treuhand-Verwaltungen eine laufende Kontrolle nötigenfalls durch Hinzuziehung von Wirtschaftsprüfern und Revisoren durchzuführen und darauf zu achten, daß die Treuhänder in monatlichen Abständen Rechenschaftsberichte über die von ihnen geleistete Arbeit erstatten.

3. Zur Durchführung der auf dem Gebiet der Treuhandverwaltung obliegenden Aufgaben können sowohl der Leiter der Abt. Treuhandstelle für das GG wie die Leiter der Abt. Treuhand-Außenstellen bei den Distriktschefs von amtlichen wie von privaten Stellen jede ihnen nötig erscheinende Auskunft einfordern. Verwaltungsbehörden und Gerichte haben der Treuhandstelle für das GG Amtshilfe zu leisten und insbesondere auf Verlangen Zeugen und Sachverständige zu vernehmen (vgl. § 5 der Verordnung über die Errichtung einer Treuhandstelle für das GG vom 15. 11. 1939 Verordnungsbl. GGP S. 36). Die unbefugte Ausübung einer treuhänderischen Verwaltung ohne Genehmigung der Abt. Treuhandstelle für das GG wird ebenso wie die Verweigerung von Auskünften sowie falsche, unrichtige oder unvollständige Auskünfte mit schwerer Strafe bedroht.

III. Problemstellungen

In Durchführung der ihr gestellten Aufgaben ist die Abt. Treuhandstelle für das Generalgouvernement bemüht, den vielfach durch den Krieg darniederliegenden Betrieben, soweit sie treuhänderisch verwaltet werden, am Aufbau mitzuhelfen und im übrigen allgemein an einer

Neuordnung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Generalgouvernements weitgehend mitzuwirken.

Unter den weitgreifenden Problemen, die in Bearbeitung genommen und einer Lösung zugeführt werden sollen, sind vor allen Dingen zu nennen die Frage der allgemeinen Schuldenregelung, das Problem der sogen. durchschnittenen Betriebe, d. h. derjenigen wirtschaftlichen Unternehmungen, die als Folge des Krieges durch die neue Grenzziehung hinsichtlich ihrer Verwaltungs- und ihrer Produktionsstätte getrennt wurden.

Im übrigen ist es bei der Neuartigkeit der Einrichtung der Treuhandverwaltung zwangsläufig, daß sie sich fast täglich vor Fragen gestellt sieht, die in ihrer inneren Verbundenheit mit der Wirtschaft erstmalig gestellt werden. Da diese Fragen meist grundsätzlicher Art sind, ist auch dafür Sorge getragen, daß sie insoweit in regelmäßig wiederkehrenden Erörterungen mit der Haupttreuhandstelle Ost in Berlin behandelt werden. Im übrigen ist die Arbeit der Abt. Treuhandstelle für das Generalgouvernement eine im Verhältnis zur Haupttreuhandstelle Ost Berlin durchaus selbständige.

Die Emissionsbank in Polen

Von Reichsbankdirektor a. D. Dr. Dr. Paersch,
Bankdirigent der Emissionsbank in Polen.

Durch den Zusammenbruch des polnischen Staates ist auch das Geld-, Währungs- und Kreditwesen, das immer schon krisenempfindlicher gewesen ist als alle übrigen wirtschaftlichen Einrichtungen, schwer erschüttert worden. Der Zahlungs- und Kreditverkehr stockte, die Währung war ihrer Grundlagen beraubt und die Bank Polski — die Notenbank des ehemaligen Polens — außer Funktion, nachdem sie noch bis in die ersten Kriegstage hinein eine sprunghafte Steigerung des Notenumlaufs in Gang gesetzt hatte. Dadurch allein schon wäre eine völlige Neuordnung des Geldwesens in den besetzten Gebieten des ehemaligen Polen notwendig geworden. Sie wurde unabweisbar, nachdem durch die deutschen Truppen und die ihnen auf dem Fuße folgenden Verwaltungsbehörden Reichsmarkzahlungsmittel in das Land geströmt waren, die neben dem Zloty als gesetzliche Zahlungsmittel umliefen, und sie wurde vollends äußerst dringlich, als mit der Einverleibung des Ostraumes durch Rußland, der Eingliederung der Westgebiete ins Altreich und der Schaffung des Generalgouvernements Polen der Zlotyumlauflauf sich auf das Rumpfgebiet des Generalgouvernements konzentrierte.

Den Uebergang schufen die Reichskreditkassen, die am 23. September ins Leben gerufen wurden mit der Hauptaufgabe, den durch den Krieg erhöhten Zahlungsmittelbedarf sicherzustellen. Anfang November wurden die in den neuen Reichsteilen gelegenen Reichskreditkassen in Reichsbankanstalten umgewandelt und die Haupt-

verwaltung der nunmehr auf das Generalgouvernement Polen beschränkten Reichskreditkassen nach Krakau verlegt.

Die Reichskreditkassen übernahmen an Stelle der verschwundenen Bank Polski zunächst die Aufgaben einer Notenbank, brachten den Geld-, Zahlungs- und Kreditverkehr wieder in Gang und wirkten vor allem dahin, daß die durch besondere Verordnung festgelegte Wertrelation von 2 Zloty = 1 Reichsmark erhalten wurde, was praktisch die Stabilisierung der Zlotywährung bedeutete. Ohne die Einrichtung der Reichskreditkassen und ohne die Schaffung des festen Wertverhältnisses zur Reichsmark wäre die Kaufkraft des kranken, abgleitenden Zloty nicht zu halten gewesen. Mit der Ordnung des Geldverkehrs und der Stabilisierung der polnischen Währung war die Hauptaufgabe der Reichskreditkassen erfüllt. Ihre bewährte Organisation, ihre Erfahrungen und die Ergebnisse ihrer Tätigkeit boten nunmehr eine ausgezeichnete Grundlage für die allmähliche — schon früh beabsichtigte — Überleitung des Geld-, Kredit- und Währungswesens unter eigene polnische Verwaltung.

Die Schaffung eines nur im Generalgouvernement umlaufenden Zloty konnte nur durch Errichtung einer neuen Notenbank erfolgen. Die gesetzliche Grundlage hierfür wurde gegeben durch die Verordnung des Generalgouverneurs vom 15. Dezember 1939 (Verordnungsblatt GGP. Nr. 14 S. 238 ff), mit der die Emissionsbank in Polen (Bank Emisyjny w Polsce) ins Leben gerufen wurde. Durch diese Verordnung erhielt das Generalgouvernement sein eigenes Noteninstitut. Auf das Engste angelehnt an die Reichskreditkassen, deren Tätigkeit im Generalgouvernement sie fortsetzen sollte, wurde die Emissionsbank mit der Betreuung der Währung des Generalgouvernements beauftragt und ihr zur Erfüllung dieser ihrer Hauptaufgabe das Recht verliehen, eigene Banknoten auszugeben; diese lauten auf Zloty und sind das einzige unbeschränkte gesetzliche Zahlungsmittel im Gebiet des Generalgouvernements. Damit war der Grundstein gelegt und der organisatorische Rahmen geschaffen für die sofort beginnende praktische Aufbauarbeit (z. B. Druck der neuen Noten, Einarbeitung des einheimischen Personals durch die

Reichskreditkassen usw.) und die weitere Bereinigung des Notenumlaufs. Gerade die letztere Uebergangsaufgabe war dringend; denn die Noten der Bank Polski waren noch immer im Umlauf und erhielten weiteren Zuzug durch die aus dem Auslande illegal hereindrückenden Noten der ehemaligen Bank Polski. Es ist das bleibende Verdienst der Reichskreditkassen, daß sie die schwierige Aufgabe der Bereinigung und Kennzeichnung des Notenumlaufs im Generalgouvernement u. a. durch die Hinterlegungsaktion für die 500- und 100-Zlotynoten und die Abstempelung der 100-Zlotyscheine erfolgreich gelöst haben.

Anfang April 1940 waren die Vorbereitungen zur Arbeitsaufnahme der Emissionsbank soweit gediehen, daß die Notenbank des Generalgouvernements am 8. April 1940 in Fortsetzung der Geschäftstätigkeit der Reichskreditkassen ihre praktische Arbeit aufnehmen konnte. Die gesetzliche Grundlage hierfür wurde neben den Bekanntmachungen vom 2. April 1940 (Verordnungsblatt GGP. II. S. 201) in der „Verordnung zur Vereinheitlichung des Zahlungsmittelumschlages im Generalgouvernement“ vom 27. März 1940 (Verordnungsblatt GGP. I. S. 119) geschaffen. Die Emissionsbanknoten sind ab diesem Termin gemäß § 2 dieser Verordnung zum gesetzlichen Zahlungsmittel erklärt. Die Noten der Bank Polski werden im Verhältnis von 1 Zloty = 1 Zloty in Emissionsbanknoten umgetauscht und verlieren nach einer gewissen Umtauschfrist ihre Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel. Ferner wurde die Emissionsbank durch Verordnung vom 23. April 1940 (Verordnungsblatt GGP. I. S. 160) ermächtigt, Münzen zu prägen und in den Verkehr zu bringen. Als Hauptsitz der Emissionsbank ist Krakau bestimmt. Niederlassungen unterhält sie in Kielce, Lublin, Neu-Sandez, Petrikau, Radom, Rzeszow, Tarnow, Tschenstochau und Warschau. Neu errichtet wurden Niederlassungen in Jaslo, Siedlce und Zamosc.

Mit der Durchführung dieses Ordnungswerkes kann die technisch-organisatorische Leistung der endgültigen Währungsumstellung und der Neuregelung des Geldumschlages im Generalgouvernement Polen als abgeschlossen betrachtet werden. Die Daueraufgabe der Stabilerhaltung der Zlotywährung bleibt; es ist eine Aufgabe, wie sie jeder

Notenbank gestellt ist, und dementsprechend ist auch die Organisation des neuen Institutes gewählt nach dem bewährten Muster anderer Notenbanken, insbesondere dem Vorbild der neuen Deutschen Reichsbank. Selbstverständlich werden der deutsche Einfluß, insbesondere die Hoheitsrechte des Generalgouverneurs gewahrt. Der Präsident des Institutes und sein Stellvertreter werden vom Generalgouverneur ernannt und nötigenfalls abberufen. Der Generalgouverneur hat ferner einen deutschen Bankdirigenten bestellt, der mit weitgehenden Befugnissen der Ueberwachung usw. ausgestattet ist und der die Aufsicht über die Notenbank im Auftrage des Generalgouverneurs ausübt.

Der Geschäftskreis der Emissionsbank ist so abgesteckt, daß sowohl den überall gleich bleibenden Bedürfnissen einer Notenbank wie den besonderen Verhältnissen des Generalgouvernements Rechnung getragen wird. Die Bank kann z. B. Wechsel und Schecks diskontieren, für die in der Regel 3, mindestens aber 2 als zahlungsfähig bekannte Verpflichtete haften. Die Wechsel sollen innerhalb von 6 Monaten vom Tage ihrer Diskontierung an fällig sein. Die längere Befristung ist mit Rücksicht auf den vorwiegend landwirtschaftlichen Charakter und dementsprechend langsameren Geldumschlag des Generalgouvernements, ferner in Anbetracht der durch den Krieg bedingten Sonderverhältnisse und nicht zuletzt im Interesse eines beschleunigten Aufbaues notwendig gewesen. Ebenso ist eine längere Frist für die Lombardgeschäfte eingeführt. Die Bank kann weiter verzinsliche Darlehn gegen Sicherheiten, in der Regel nicht länger als auf 6 Monate gewähren. Kreditnehmer können außer der Wirtschaft auch die öffentliche Verwaltung sein. Weiter ist die Bank befugt, unverzinsliche Einlagen im Depositen- und Giroverkehr anzunehmen, bankmäßige Auftragsgeschäfte aller Art auszuführen und Wertgegenstände, insbesondere Wertpapiere in Verwahrung und Verwaltung zu übernehmen. Die Bank ist verpflichtet, für die Verwaltung des Generalgouvernements sämtliche Bank- und Kassengeschäfte auszuführen, sowie den Zahlungsverkehr zwischen den öffentlichen Kassen zu vermitteln.

Besonders wichtig für jede Notenbank und erst recht für die neue Emissionsbank in Polen, die von Grund auf um das Vertrauen der Bevölkerung zur neuen Währung bemüht sein muß, ist die Frage der Notendeckung. Hier ist zu unterscheiden zwischen denjenigen Noten, die auf dem Wege des Umtausches alter Zlotynoten und denjenigen, die durch das neue Geschäft der Emissionsbank in Umlauf kommen. Für die letzteren bietet die Deckungsfrage insofern kein eigentliches Problem, als die Deckungsmittel automatisch mit den der Emissionsbank zugrundeliegenden Kreditgeschäften entstehen. Demgemäß sind als Deckung der Noten vorgesehen: die Diskont- und Lombardforderungen der Bank sowie der Bestand an deutschen Zahlungsmitteln und Guthaben bei der Deutschen Reichsbank oder der Deutschen Verrechnungskasse. Die letzteren Werte stellen für die Emissionsbank die devisenmäßige Deckungsreserve dar. Die Deckung erstreckt sich auch auf die Giroverbindlichkeiten der Bank, wie dies auch den Bestimmungen der ehemaligen Bank Polski entspricht. Als zusätzliche Deckung für die im Umtausch gegen Noten der Bank Polski ausgegebenen neuen Banknoten wird eine erststellige, allen Steuern und sonstigen Belastungen vorgehende Grundlast bis zum Höchstbetrag von 3 Milliarden Zloty zu Gunsten der Bank an den im Generalgouvernement gelegenen Grundstücken bestellt. Die Regelung folgt dem bewährten Vorbild der Deutschen Rentenbank. Bewußt ist dabei — wie auch in Deutschland — auf die überalterte, abgewirtschaftete und allen spekulativen internationalen Einflüssen unterworfenene Deckung durch Gold verzichtet worden. Die neue Zlotywährung ist — wie die Währung im Deutschen Reich — eine Arbeitswährung, die ausschließlich von der Leistung der Volkswirtschaft und dem Vertrauen der Bevölkerung des Generalgouvernements getragen wird. So sind besonders auch durch die Fundierung der neuen Banknoten alle Voraussetzungen zur Sicherstellung der Zlotystabilität gegeben, soweit diese von der Notenbank und ihrer Währungspolitik abhängt. Diese Politik bedarf aber zur Garantierung einer dauerhaften Kaufkraftstabilität des Zloty der Unterstützung durch die Wirtschaft selbst, da die Entwicklung in der Produktion und Verbrauchersphäre

der Einwirkung der Notenbank entzogen ist. Produktionsförderung, Investitions- und Verbrauchlenkung, Warenrationierung und straffe Lohn- und Preisüberwachung sind die — im Reich mit Erfolg angewandten—Mittel, die zusammen mit einer klaren und verantwortungsbewußten Währungspolitik den Zloty stabil zu erhalten und damit der gesamten wirtschaftlichen Tätigkeit im Generalgouvernement eine dauerhafte Grundlage zu sichern vermögen.

Die bodenständige Industrie im Generalgouvernement

Von Geh.-Regierungsrat Dr. Dr. Zetzsche,
Leiter der Abteilung Wirtschaft
im Amt des Generalgouverneurs für die bes. poln. Gebiete

Die zentralistisch eingestellte Verwaltung des früheren polnischen Staates hatte zunächst die Industrie des Warschauer Bezirks bevorzugt gefördert. Spätere Industrialisierungspläne zielten darauf ab, alle wehrwirtschaftlich wichtigen Industrieunternehmen, die von ihrer Rohstoffbasis lösbar waren, nach Zentralpolen zu verlegen. Diese Pläne fanden ihren Niederschlag in dem Projekt des Finanzministers Kwiatkowski vom Jahre 1937. Es begann der Ausbau des C. O. P. (Centralny Okręg Przemysłowy — Zentralindustriegebiet), kurz Polen C. genannt. Als Mittelpunkt war Sandomir an der Weichsel, nahe der Einmündung des San gedacht. Neben den wenigen bereits in diesem Raum vorhandenen Rüstungsbetrieben, die sich größtenteils an die Erzvorkommen des polnischen Mittelgebirges des Gebietes um Kielce, Radom oder Pionki anlehnten, wurden große Neuerrichtungen geplant. Als Energiequellen waren die Kraftwerke an den Karpatenflüssen und das Erdgas von Jaslo gedacht. Die Erdgasleitung sollte von Rostoki über Sandomir nach Pionki führen. Fertiggestellt oder im Bau waren insbesondere die Stahlwerke und Waffenfabrik Stalowa Wola (Stählerner Wille), die Flugzeug-Motoren-Fabriken in Rzeszow und Mielec, die Zellulose-Fabrik in Niedomice und die Anlagen zur Herstellung von synthetischem Kautschuk in Debica.

Neben dieser interessanten konstruktiven Industrialisierungsplanung steht die sonstige bodenständige Industrie. Sie erstreckt sich vor allem auf die Erdöl- und Erdgasgewinnung, die Energie-Wirtschaft, die chemische, die Ziegel- und Zement-, die Glas- und keramische-, ferner die Holz-, Zellstoff- und Papier-, Maschinen- und Elektro-Industrie. Schließlich ist das Zentrum der Zuckerindustrie um Lublin und die Textil-Industrie zu nennen. Zu erwähnen ist außerdem das Salzvorkommen südöstlich von Krakau und ein geringes Steinkohlen- und Braunkohlenvorkommen.

Um einen kurzen Ueberblick über die wirtschaftlichen Zukunftsmöglichkeiten des Generalgouvernements zu geben, ist für den Benutzer dieses Handbuches eine Zusammenstellung der für das Jahr 1938 gültigen Zahlen von Interesse, die sich im Gegensatz zu sonst bekannten statistischen Veröffentlichungen nur auf den das heutige Generalgouvernement bildenden Teil des früheren polnischen Staates beziehen.

Es sind folgende wichtigste Produktionszahlen anzuführen:

Eisenerze	90000 t
Schwefelkies	80000 t
Phosphorite	12000 t
Erdöl im Jaslo-Revier	135000 t
Salze	280000 t
Erdgas	184000000 cbm

Für die Energieversorgung standen drei Werke zur Verfügung mit insgesamt 46700 Kw Leistungsfähigkeit.

Die eisenschaffende Industrie hatte eine Kapazität von

Rohstahl	288000 t
Roheisen	116400 t

Die angrenzenden Gebiete des Dombrowaer Kohlenbeckens und des sogen. Krakauer Reviers sind an das Reich gefallen. Im Gebiete des heutigen Generalgouvernements verblieben einige Kleinbetriebe, die rund 2000 t Braunkohle im Jahre und rund 10000 t Steinkohle förderten.

Es waren drei Metallhalbzeugwerke, zwei Kabelwerke und etwa 25 Rüstungsbetriebe vorhanden.

In der Chemie-Wirtschaft zählen wir:

- 2 Schwefelsäure erzeugende Anlagen mit einer Kapazität von insgesamt etwa 24000 t
- 1 Sodafabrik mit einer Kapazität von Soda 36000 t
und Aetznatron etwa 25000 t
- 1 Chloralkalielektrolyse mit einer Kapazität von etwa Aetznatron 3600 t
Chlor flüssig 1800 t
Salzsäure und Chlorkalk 1500 t
- 1 Schwefelkohlenstoffbetrieb mit einer Produktion von etwa 3600 t
- 1 Stickstoffwerk mit einer Erzeugung von Kalisalpeter etwa 90000 t
und Ammonsulfat etwa 18000 t
- 6 Superphosphatfabriken mit einer Produktion von schätzungsweise 30000 t
- 2 Chromatfabriken mit einer Gesamtkapazität von Bichromat etwa 1800 t

Erheblich war auch die Seifen- und Waschmittelproduktion, die etwa 30000 t technische Öle und Fette jährlich einfuhrte. Weiter waren 9 Streich- und Kammgarnspinnereien, zwei Trikotagen-Fabriken, 5—6 kleinere Wirkereien, 11 Baumwollindustriebetriebe und etwa 20 Gummifabriken und Erzeugungsstätten zu zählen.

Die pharmazeutische-chemische Industrie verfügte über drei größere und etwa 18 kleinere Fabrikbetriebe, von denen gegen 90 Prozent in und um Warschau lagen.

Die Glasindustrie zählte sieben Fensterglashütten, 16 Hohlglashütten und 21 Flaschenhütten.

Diese Zahlen geben ein Bild des letzten Friedensstandes der Wirtschaft im jetzigen Generalgouvernement. Sie müssen auch unter Berücksichtigung dieser Tatsache gelesen und verstanden werden, dann bieten sie dem Benutzer dieses Handbuches Anhaltspunkte, um sich über die Gesamtzahlen des ihn besonders interessierenden Industriegebietes zu unterrichten. Der gegenwärtige Stand der bodenständigen Industrie ist naturgemäß ein anderer. Darüber geben die Sonderartikel der einzelnen Distrikte Aufschluß.

Forst- und Holzwirtschaft

Von Oberlandesforstmeister Dr. Eißfeldt

Leiter der Abteilung Forsten
im Amt des Generalgouverneurs für die bes. poln. Gebiete

In der Vorstellung des Auslandes war Polen ein waldreiches Land. Diese Auffassung resultierte aus dem außerordentlich hohen Export an Holz und einer von der Generaldirektion der polnischen Staatsforsten als auch von den Holzverkaufsorganisationen des polnischen Staates inspierten großzügigen Propaganda.

Die Gesamtwaldfläche des ehemaligen Polen betrug etwa 8,3 Millionen ha mit einem normalen Derbholzeinschlag von rund 22 Millionen fm. Von diesem Einschlag waren etwa 12 Millionen fm Nutzholz und 10 Millionen fm Brennholz. Ein Drittel des Nutzholzeinschlages von 4 Millionen fm wurde exportiert. Die Ausfuhr ging über den Seeweg in der Hauptsache nach England, das den polnischen Holzmarkt dadurch maßgeblich beherrschte. Im Laufe der Entwicklung verlagerte sich die Ausfuhr mengenmäßig von Rohholz auf das Schnittmaterial und führte zum weiteren Ausbau einer holzverarbeitenden Industrie. Dieser Umstand vermochte den Eindruck zu erwecken, daß die Holzvorräte Polens außerordentlich groß seien im Verhältnis zu dem eigenen Bedarf des Landes. Schon damals konnte die praktische Forst- und Holzwirtschaftspolitik Polens nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß Polen — obwohl ein osteuropäisches Land — praktisch ein Waldmangelland war, das nur auf etwa 22% seiner Gesamtfläche Waldbestände trug im Gegensatz zum Deutschen Reich, das auf 29% seiner Fläche mit Wald

bestockt ist. Bei der Ertragsfähigkeit der polnischen Forsten entfiel auf den Kopf der Bevölkerung etwa 0,5 fm Derbholz im Gegensatz zum Deutschen Reich, dessen Derbholzverbrauch sich auf etwa 1,1 fm je Kopf der Bevölkerung stellt.

Das frühere Polen verdankt seinen Ruf als Waldland vor allem aber auch den großen teilweise wertvollen Kiefernwäldern der östlichen Landesteile, den reichlichen Fichtenvorräten der östlichen Beskiden und Oberschlesiens und den sehr wertvollen Eichenbeständen in Wolhynien. Alle diese Gebiete gehören nicht zum heutigen Generalgouvernement. Dieses ist — viel mehr als Polen es eigentlich schon früher war — ein ausgesprochen waldarmes Land geworden, dessen Waldfläche etwa 18% der Gesamtlandesfläche ausmacht. Verblieben sind im Generalgouvernement die großen Kiefernwälder beiderseits des unteren San und an der Pilica, die Tannen-, Buchen- und Fichtenwälder der westlichen Beskiden und der Lysa Gora und die, allerdings verhältnismäßig kleinen Eichenflächen bei Lublin.

Die Gesamtwaldfläche des Generalgouvernements beläuft sich nach den vorläufigen statistischen Erhebungen auf 1,7 Millionen ha. Von dieser Fläche sind etwa 25% Staatsbesitz, während der übrige Teil Privatwälder sind. Bezeichnend für die Schwierigkeit der forstpolitischen Probleme im Generalgouvernement ist das große Ausmaß der Waldzersplitterung im Privatwald. Der Kleinwaldbesitz im Gebiet des ehemaligen polnischen Staates stieg von 238446 ha im Jahr 1923 auf 929858 ha im Jahre 1938, also auf das Vierfache. Die Zahl der Kleinwaldbesitzer erhöhte sich noch stärker. Sie stieg von 24000 im Jahre 1923 auf 464428 im Jahre 1938 und vermehrte sich damit auf das Zwanzigfache. Im Durchschnitt entfielen auf den polnischen Kleinwaldbesitzer etwa 2 ha.

Die Holzartenverteilung im Staatsbesitz gliedert sich etwa wie folgt auf:

Kiefer	75%
Tanne	8%
Eiche	5%
Birke, Erle und andere Laubhölzer	10%

Im Privatwald stellt sich die Holzartenverteilung nach Prozenten der Fläche für die vier Distrikte wie folgt:

	Kiefer	Fichte	Tanne	Eiche	Buche	Birke, Erle u. a.
Krakau	30	18	30	3	9	10
Warschau	77	—	—	8	1	14
Radom	81	2	5	3	3	6
Lublin	75	—	3	5	5	12

Der Zustand der durch die deutsche Verwaltung übernommenen Wälder ist leider infolge der früheren unpfleglichen Behandlung außerordentlich ungünstig. Im Staatswald wurden die aus der Russenzeit übernommenen Altholzvorräte vom polnischen Staat stark angegriffen und besonders ein großer Teil der wertvollen Exportblöcke zur Linderung der Devisennot herausgezogen und nach England verkauft. Der größere Privatwald wurde durch die Anordnung großer Sonderhiebe (um 1924) und durch hohe Steuern zu übermäßigen Nutzungen gezwungen, während gleichzeitig der Geldmangel und die Interessenlosigkeit der Besitzer eine Wiederbestockung der Kahlfelder verhinderte. Sehr große Waldflächen gingen bei der zwangsweisen Ablösung der Waldberechtigungen aus geordneten Großbetrieben in kleinen bäuerlichen Besitz über, wo sie meist in kürzester Zeit verwahrlosten. Andere fielen jüdischen Güterschlächtern zum Opfer. Die Mißstände im Privatwald konnten auch durch das 1927 erlassene strenge Forstgesetz infolge einer korrupten Staatsführung nicht ausgeheilt werden. Der ganze Wald leidet noch heute unter den Schäden des Weltkrieges und der späteren Kriege und unter den teilweise vernichtenden Folgen des übermäßig kalten Winters von 1928/1929, der vor allem die alten Tannen- und Buchenbestände traf. Das Ergebnis ist ein sehr starkes Überwiegen der jungen, nicht hiebreifen Bestände und der holzleeren Flächen, eine sehr ungleiche, lückige Bestockung großer Waldflächen und ein Vordrängen der leichtsaamigen Birken und Weichhölzer gegenüber den wertvollen Nadelhölzern.

Ebenso ungünstig wie der Waldzustand sind die übrigen Grundlagen der Forst- und Holzwirtschaft: Polnische Wege, Mangel an Eisenbahnen, sehr schlechter Zustand vieler kleiner Sägewerke, Verjudung des Holzhandels und der Holzverarbeitenden Industrie.

Vor der deutschen Forstverwaltung steht das große Zukunftsziel, aus diesem geschwächten und aus seinen wirtschaftlichen Zusammenhängen gerissenen Apparat ein leistungsfähiges Wirtschaftsglied zu machen, das seine Aufgaben im Dienste des wirtschaftlichen Aufbaues dieses Landes, aber auch im Dienste der deutschen Gesamtwirtschaft erfüllen kann.

Die deutsche Forst- und Holzwirtschaft des Generalgouvernements begann mit ihrer Arbeit unmittelbar nach Abschluß der Kampfhandlungen. Ihr Ziel, die Potenz der heimischen Kriegswirtschaft weitestgehend zu stärken und darüber hinaus den Holzbedarf zu decken, wie er sich aus der Wiederbelebung und Neuordnung auf den Gebieten des Verkehrs, der Landeskultur und der Erzeugung in einem kriegsgeschädigten Lande ergab, konnte nur durch eine zentral gesteuerte Planwirtschaft erreicht werden. Dieses war umso erforderlicher, als infolge des Krieges und infolge der notwendigen Zurückdrängung des jüdischen Einflusses die ohnehin nicht einheitlich ausgerichtete Wirtschaft völlig auseinandergefallen war. Es war somit die Aufgabe gestellt, eine Neuausrichtung auf der veränderten Wirtschaftsbasis des Generalgouvernements und der kriegswirtschaftlichen Belange im besonderen vorzunehmen. Die Eigenart der Forst- und Holzwirtschaft bedingt aber wegen der ausschlaggebenden Bedeutung der transporttechnischen Probleme eine Regelung des Gesamtwirtschaftssektors von der Seite der Rohstoffbasis her. Dieses galt für das Gebiet des Generalgouvernements umso mehr, als die Rohstoffbasis durch die heutige Grenzziehung eine grundlegende Änderung gegenüber der früheren Struktur der ehemals polnischen Forst- und Holzwirtschaft erfahren hat. Außerdem mußte infolge der kriegswirtschaftlichen Erfordernisse die Aufnahmefähigkeit der Holzwirtschaft bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit ausgeweitet werden, wobei aber schon jetzt die Planung zu berücksichtigen hatte, daß bei einer künftigen Normalisierung der forstwirtschaftlichen Produktion die vorhandenen Betriebe ohne wirtschaftliche Erschütterung der veränderten Lage wieder anzupassen sind.

Gewähr für eine derartige Ausrichtung der Forst- und Holzwirtschaft war aber nur gegeben, wenn sämtliche von

der Rohstoffherzeugung im wesentlichen abhängenden Betriebe organisatorisch einheitlich erfaßt und geleitet werden.

Dementsprechend erstreckt sich das Aufgabengebiet der Forstverwaltung nicht etwa nur auf die Betreuung und die Lenkung der forstwirtschaftlichen Betriebe oder gar nur des Staatsbesitzes, sondern sie ist in gleichem Maße verantwortlich für die gesamte Holzwirtschaft. Im Amt des Generalgouverneurs versieht diese Funktionen die Abteilung Forsten, der entsprechende Behörden als Mittelinstanzen bei den Distrikten untergeordnet sind. Unter ihnen wurden regionale Forstinspektionen im Lande eingesetzt, die eine Waldfläche von 40—50000 ha zu betreuen und zu beaufsichtigen hatten. Unter ihrer Leitung wurde die vorhandene polnische Forstorganisation erhalten bzw. wiederhergestellt und mit Weisungen für ihre Aufgaben versehen. Ebenso wurde im Holzhandel und in der Holzindustrie neben eigenen leistungsfähigen reichsdeutschen Firmen auch der polnischen Privatwirtschaft Raum zu einer neuen Entwicklung vorbereitet.

Zum Arbeitsgebiet der deutschen Forstverwaltung gehört die Regelung der jagdlichen Verhältnisse. Auch in dieser Hinsicht kann das Generalgouvernement nicht den allgemein herrschenden Erwartungen vom Wildreichtum der osteuropäischen Gebiete entsprechen. Der Bestand an Rot- und Schwarzwild war im Vergleich zum Reich im Gebiet des Generalgouvernements auch schon vor dem Kriege meist gering. Er hat natürlich im Kriege auch schwer gelitten. Ebenso ist der an sich gute Rehbestand durch den letzten harten Winter schwer geschädigt worden. Auf einzelnen gepflegten Privatjagden war der Bestand an Niederwild vielfach sehr gut. Die Forstverwaltung hat ihre Aufgabe darin gesehen, den Wildbestand vor dem völligen Untergang zu schützen und durch Regelung des Jagdbetriebes der Wilddieberei zu entziehen. Darüber hinaus ist auch zum Aufbau eines artenreichen und mit den Interessen der Landeskultur zu vereinbarenden Wildstandes geschritten worden. Diesem Zweck dient die Einrichtung von Staatsjagdrevieren, die für die Hege und die Bejagung des Wildes Vorbild sein und Kenntnisse und Erfahrungen auf jagdlichem Gebiet vermitteln soll.

Trotz mancher interimistischer Lösungen des Augen-

blicks und trotz der außerordentlich drängenden Anforderungen ist die Verwaltung von dem Bewußtsein getragen, die Forst- und Holzwirtschaft so sehr in ihrer Leistungsfähigkeit zu steigern, daß sie künftig die ihr gebührende und die für die Landeskultur und für die Gesamtwirtschaft gerade dieses Landes entscheidende Rolle einzunehmen vermag. Das Generalgouvernement ist trotz der in vielen Jahrzehnten vorausgegangenen starken Entwaldung grundsätzlich ein Waldland. Die Hänge der Beskiden, die großen Sandebenen des nördlichen und östlichen Generalgouvernements sind in ihrer Mehrzahl absolute Waldböden. Sie werden heute garnicht oder nur wenig durch extensive Viehweiden genutzt. Diese Flächen im Einvernehmen mit einer großzügigen land- und forstwirtschaftlichen Flurbereinigung zu einer gesunden Forstwirtschaft zurückzuführen, ist die vordringlichste unter den Aufgaben, die der deutschen Forstverwaltung erwächst. Hunderttausende von Hektar harren so einer völligen Neuaufforstung und Wiedereingliederung in den Wirtschaftsprozess dieses Raumes. Daneben gilt es, die dem Wald zurzeit statistisch zugeschriebenen Flächen einer vollen Produktionsleistung wieder zuzuführen. Nach den vorläufigen Erhebungen kann damit gerechnet werden, daß die derzeitige Waldfläche durch die beabsichtigten Maßnahmen der deutschen Forstverwaltung um etwa 700000 ha erhöht werden kann. Im Zusammenhang mit einer gelungenen Ertragssteigerung des heute vorhandenen Waldes steht zu hoffen, daß die Produktion des Waldes des Generalgouvernements um 100% erhöht werden kann.

Der Forstverwaltung, der die Lenkung und Einflußnahme auf dem forst- und holzwirtschaftlichen Sektor nach den großen Linien der Staatsführung obliegt, steht zur Erfüllung ihrer Aufgaben das erstmalig vom Reichsforstmeister aufgestellte Forstschutzkommando zur Verfügung. Es stellt eine Truppe dar, der sowohl polizeiliche als auch wirtschaftliche und forstpolitische Aufgaben gestellt sind. Es garantiert die Sicherung der forst- und holzwirtschaftlichen Betriebe und die Bekämpfung der Wilddieberei. Es gewährleistet weiter die Durchführung der auf forstlichem, holzwirtschaftlichem und jagdlichem Gebiet erlassenen Verordnungen und Anordnungen. Es

dient aber auch der Verbesserung der Arbeitstechnik der polnischen Waldarbeiter und der Förderung der polnischen Forstbeamten und Waldarbeiter in fachlicher Hinsicht. Es wirkt mit bei der Erfüllung der großen kolonialisatorischen Aufgaben, die in dem angedeuteten Sinne der deutschen Forstverwaltung zur Stärkung und Erweiterung der wirtschaftlichen, landeskulturellen, ethischen und ästhetischen Bedeutung des Waldes im Generalgouvernement erwachsen.

Die landwirtschaftlichen Verhältnisse im Generalgouvernement — ein Erbe der polnischen Wirtschaft

Von Landesbauernführer Körner,
Leiter der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft
im Amt des Generalgouverneurs für die bes. poln. Gebiete

Das Generalgouvernement ist ein Agrarstaat. 71% der Bevölkerung leben auf dem Lande. Dieser außerordentlich hohe Prozentsatz (gegenüber 30% im Reich) läßt bereits eine Tatsache erkennen, die die deutsche Führung im Generalgouvernement vor manches interessante Problem stellt. Wir haben es hier mit einer agrarischen Überbevölkerung zu tun, die in den verschiedensten Ursachen begründet liegt und durch eine viele Jahrzehnte hindurch geduldete wilde Realteilung wesentlich gefördert wurde. Die agrarische Überbevölkerung hatte eine Proletarisierung eines großen Teiles der Landbevölkerung zur Folge.

Die agrarische Dichte beträgt im Durchschnitt des Landes etwa 93 landwirtschaftliche Berufszugehörige auf 100 ha landwirtschaftliche Nutzfläche und erreicht im Distrikt Krakau in einigen Kreisen die Zahl 180. Galizien ist nach Yokohama das dichtest besiedelte landwirtschaftliche Gebiet der Erde. Das bedeutet, daß der Nahrungsraum der landwirtschaftlichen Berufszugehörigen nach deutschen Maßstäben zu gering ist.

Auch die Besitzverteilung im Generalgouvernement ist bemerkenswert. 50% aller Betriebe haben weniger als 10 ha Land, 30% zwischen 10 und 20 ha, nur 3% zwischen

20 und 100 ha. Der Rest von 17% entfällt auf die Betriebe über 100 ha.

Es leuchtet ein, daß die mit Menschen übersetzten Kleinbetriebe nur verhältnismäßig geringe Mengen ihrer Produktion dem Markt zuführen konnten, da einerseits die wirtschaftliche Kraft der Höfe eine Produktionssteigerung bisher verhindert hat und andererseits der Selbstverbrauch zu hoch ist.

Es ist festgestellt, daß 83% der Betriebe bis 100 ha nur 40% der auf dem Markt erscheinenden Nahrungsgüter liefern, während die 17% Betriebe über 100 ha die fehlenden 60% decken.

Daß in unverantwortlicher Weise von den polnischen Regierungen die Realteilung geduldet wurde, beweisen die Flurkarten der dichtbesiedelten Gebiete. Es gibt Betriebe — und diese bilden durchaus keine Ausnahme — die bei nur 15 oder 20 ha Gesamtfläche hunderte von Ackerstücken haben, die auf die gesamte Gemeindeflur verteilt sind. Die Breite der Flurstücke beträgt oft nur 2 mtr., bei einer Länge von 1000 mtr. und mehr. In einem Falle hat ein Betrieb von 15 ha 210 Flurstücke! Der Feldrain dieser Flurstücke ist rund 95 km lang, was einen Verlust an landwirtschaftlicher Nutzfläche von etwa 3—4 ha, also etwa $\frac{1}{4}$ der Gesamtgröße des Betriebes bedeutet.

Die Bodenverhältnisse des Landes sind sehr unterschiedlich. Neben schwerstem Schwarz-Erde-Boden gibt es weite Sandgebiete, in denen die Produktions-Möglichkeiten von vornherein beschränkt sind. Diese an sich schwierigen Verhältnisse werden noch erschwert durch die bisherigen katastrophalen Zustände auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft. Ein geregelter Wasserhaushalt der Böden ist die Voraussetzung für eine intensive Landbewirtschaftung. Die deutsche Führung mußte im Generalgouvernement auch in dieser Beziehung ein vollkommenes Versagen der polnischen Regierung feststellen. Ob es sich um Drainung der Felder, Eindeichungen zur Verhütung von Überschwemmungen, Wildbachverbauungen oder Flußregulierungen handelt, auf allen diesen Gebieten ist unter der polnischen Regierung fast nichts getan worden. Die Folge sind versumpfte Felder und saure

Wiesen mit schlechtem Futterbestand. In den letzten 20 Jahren hat die polnische Regierung nur etwa 400000 ha Land im Gebiet des Generalgouvernements durch Drainung und Eindeichungen verbessert. Die deutsche Führung ist bereits am Werk, das von ihr aufgestellte Sofort-Programm durchzuführen, das in 4 Jahren etwa 700000 ha für die Bodenverbesserung vorsieht. Die bisherige polnische Leistung auf diesem Gebiete wird also von der deutschen Führung um das Neunfache gesteigert!

Nur 1% aller landwirtschaftlichen Betriebe sind mit elektrischem Strom versorgt (gegenüber 91% im Reich). Mit der Talsperre Roznow, die von der polnischen Regierung begonnen und von der deutschen Führung unverzüglich weitergebaut wurde, werden jährlich etwa 150 Mill. Kilowattstunden erzeugt, die nach Ausbau eines Versorgungsnetzes zahlreichen landwirtschaftlichen Betrieben zugeführt werden können.

Die landwirtschaftlichen Betriebe Polens haben größtenteils extensiv gewirtschaftet. Eine extensive Wirtschaftsweise mag privatwirtschaftlich gesehen zuweilen richtig sein, wenn die allgemeine wirtschaftspolitische Lage dazu zwingt. Für die Gesamtwirtschaft eines Volkes bedeutet extensive Wirtschaftsweise stets mangelnde Ausnutzung der Werte, die im Boden liegen, bedeutet also praktisch einen Verlust für die Volkswirtschaft. Die extensive Wirtschaftsweise äußerte sich hier in einem falschen Wirtschaftsaufbau der meisten landwirtschaftlichen Betriebe. Viel zu großen Futterflächen standen niedrige Hackfruchtflächen gegenüber. Die Futterflächen waren außerdem schlecht gepflegt. In den größeren Betrieben reichte meistens die Stückzahl an Großvieh zu einer genügenden Stallung-Versorgung nicht aus, während die kleinen Betriebe mit Vieh übersetzt waren, das nicht genügend ernährt werden konnte. Die deutsche Führung hat deshalb zunächst die Betriebe über 100 ha einer Umstellung unterworfen, die eine Verminderung der Futterflächen zu Gunsten des Hackfruchtbaues vorsieht.

Kriegsverluste haben besonders die Schweinebestände, die bereits vor dem Kriege in Polen zu niedrig waren, erheblich vermindert. Vor den züchterischen Aufgaben der deutschen Führung steht deshalb die notwendige Ver-

mehrung der Tierbestände, die durch Einfuhr von Mast- und Zuchttieren behoben werden soll. Um in der Rinderzucht allmählich eine Leistungssteigerung herbeizuführen, wird das Milch-Kontrollwesen mit Nachdruck ausgebaut. In allen Betrieben über 100 ha wird nunmehr die Milchleistungskontrolle durchgeführt.

Die Besetzung der landwirtschaftlichen Betriebe mit Boden-Bearbeitungsmaschinen ist ungenügend. Es waren beispielsweise im gesamten Generalgouvernement nur etwa 150 Schlepper vorhanden, von denen infolge Mangels an Ersatzteilen und guter Reparatur-Werkstätten nur noch 30 in Betrieb waren, alle übrigen lagen still. Die deutsche Führung hat zunächst 9 durch den Krieg stillgelegte Landmaschinen-Fabriken wieder in Gang gesetzt und läßt sie nach einem Herstellungsprogramm arbeiten, welches in erster Linie die Produktion solcher Maschinen und Geräte vorsieht, die am nötigsten gebraucht werden. Außerdem werden aus dem Reichsgebiet Landmaschinen in erheblichem Umfange eingeführt (bis zum Herbst 1940 etwa 11000 Pflüge, 3000 Eggen, 1650 Drillmaschinen, über 100 Dreschsätze, 800 Getreidemäher, etwa 110 Traktoren und Bulldoggs usw.) Außerdem wird ein Netz von Reparaturwerkstätten im gesamten Gebiet des Generalgouvernements aufgezogen.

Dem alten Erfahrungssatz, daß die Ernte so ist wie die Saat, wurde im ehemaligen Polen nur im bescheidenen Umfange Rechnung getragen. Die wenigen Saatgutbetriebe litten unter mangelnder staatlicher Unterstützung; der Saatguthandel, der sich größtenteils in jüdischen Händen befand, war vollkommen unkontrolliert und ermöglichte den Händlern Betrugsmanöver, die nach deutschen Begriffen unvorstellbar sind. Wir haben durch Einsatz eines Saatgutkommissars, der der Saatgutstelle vorsteht, Ordnung in das Saatgutwesen gebracht und aus dem Reich erhebliche Mengen hochwertigen Saatgutes eingeführt. Klare Qualitätsbestimmungen und Höchstpreise verhindern künftig die bisher üblichen Betrügereien auf diesem Gebiete und werden sich in einer verstärkten Anwendung guten Saatgutes und damit in schneller Ertragssteigerung auswirken.

Die Kunstdünger-Anwendung in Polen war ebenfalls ungenügend, woraus sich im Zusammenhange mit dem schlechten Saatgut und unsachgemäßer Bodenpflege die niedrigen Hektar-Erträge in diesem Lande erklären. Im Frühjahr 1940 ist der Kali-Verbrauch bereits um 250%, der Stickstoff-Verbrauch um 140%, der Superphosphat-Verbrauch um beinahe 100% gesteigert worden. Im nächsten Frühjahr werden weitere erhebliche Steigerungen möglich sein.

Auf marktordnerischem Gebiete hat die deutsche Führung besonders große Aufgaben zu erfüllen. Im ehemaligen Polen stand die Ernährungswirtschaft im Zeichen eines wilden Liberalismus, der den meist jüdischen Händlern unerhörte Gewinne brachte, die auf Kosten des Erzeugers und des Verbrauchers erzielt wurden. Die gesamte Bedarfsdeckung blieb tausend Zufälligkeiten überlassen, eine geregelte Vorrats-Wirtschaft wurde nicht betrieben. Das Preisgefüge baute sich auf einer liberalistischen Anwendung des Erfahrungssatzes auf, daß Angebot und Nachfrage den Preis bestimmen. In Wirklichkeit machte der Jude sowohl das Angebot wie die Nachfrage und zog auch daraus gewaltige Gewinne. Wir kennen dieses Verfahren ja aus den Zeiten vor der nationalsozialistischen Machtübernahme im Reich. Die deutsche Führung ist dabei, allmählich durch Erzeuger- und Verbraucher-Höchstpreise und Richtpreise Ordnung in dieses Chaos zu bringen. Das ist wohl die schwerste Aufgabe in diesem Land, in dem das Ordnungsprinzip niemals Anwendung gefunden hat.

Diese wenigen Angaben mögen genügen, um die Größe der Aufgabe zu kennzeichnen, die von uns gelöst werden muß. Sie wird gelöst werden, weil der Wille zur Ordnung stark genug ist, um auch dieser vorgefundenen Desorganisation Herr zu werden.

Raumordnung

Von Oberregierungsrat Dr. Schepers,
Leiter der Abteilung Raumordnung
im Amt des Generalgouverneurs für die bes. poln. Gebiete.

Die Kenntnis von den Aufgaben der Raumordnung ist, wohl weil dieses Arbeitsgebiet verhältnismäßig jung ist, im allgemeinen nur in den Fachkreisen verbreitet, die damit unmittelbar oder mittelbar zu tun haben. Und doch sind die innerhalb des Arbeitskreises der Raumordnung anfallenden Aufgaben so bedeutend und wichtig, daß dieses Arbeitsfeld eine größere Beachtung in der Allgemeinheit verdiente.

Während man sich in früheren Zeiten, bei wesentlich ruhigerem und einfacherem Ablauf aller volklichen Lebensäußerungen, geringerer Intensität des Wirtschaftslebens, sowie — mit Ausnahme der dicht besiedelten Stadtgebiete — bei der geringeren Bevölkerungsdichte des Landes, auf eine Art „Raumordnung“ innerhalb der Städte beschränken konnte, — wobei man die Notwendigkeit einer räumlichen Ordnung der Städte spät genug erst erkannte — hat sich in neuerer Zeit immer mehr die Notwendigkeit herausgestellt, den Intensivierungserscheinungen des ganzen Lebens innerhalb des Reiches und dem immer fühlbarer werdenden Raummangel entsprechend, die stetig fortschreitende weitere Entwicklung und Verdichtung auf allen raumfordernden Gebieten vernünftig zu ordnen, nach den verschiedenen Raumbedürfnissen des volklichen Lebens. Das sind, innerhalb des deutschen Lebensraumes, die Flächen für Siedlung, Land- und Forstwirtschaft, Industrie, Verkehr und Landverteidigung. Dies bedeutet in der Praxis die Zusammenfassung aller

möglichen Planungsvorhaben innerhalb einzelner Teilgebiete, im Zusammenhang damit aber auch den vermittelnden Planungsausgleich zwischen sich etwa überschneidenden und gegenseitig einengenden oder störenden Einzelvorhaben.

Daß diese zusammenfassende und ausgleichende Arbeit der Raumordnung nur in enger Zusammenarbeit mit allen Trägern von Teilaufgaben möglich ist, ist selbstverständlich. Es sind dies beispielweise die privaten und behördlichen Stellen der Siedlungsplanung, der Wirtschaft, des Forstwesens und der Landwirtschaft, des Verkehrs und der Verkehrsplanung, außerdem die Wehrmacht.

Die technische und wissenschaftliche Unterbauung der Gesamtplanungsarbeit aber geschieht in Zusammenarbeit mit den kartographischen, statistischen, und geographischen Ämtern und den Stellen der Gesetzgebung und der Verwaltung. Das Gelingen dieser Gemeinschaftsarbeit — denn nur so kann Raumordnung verstanden werden — ist einmal abhängig von einem zielsicheren Denken, sowie einer gestaltungsfähigen, in jedem Falle aber feinfühligem Hand des Raumordners, dann aber von der wirklich großzügigen, vorbehaltlosen und selbstlosen Mitarbeit aller Träger von Einzelaufgaben, unter Zurückstellung aller Sonder- oder Ressortsinteressen. Das Ergebnis dieser Gemeinschaftsarbeit stellt der vom Raumordner am Ende zu gestaltende Raumordnungsplan dar.

Was im vorhergehenden allgemein ausgedrückt wurde, gilt im besonderen Maße für die Raumordnungsarbeit im Generalgouvernement als demjenigen Interessengebiet des Reiches, in dem, als Ergebnis einer mühevollen Pionierarbeit, eine neue, dem Reiche nützende Ordnung geschaffen werden soll. In der Praxis heißt das: die Aufstellung eines Generalraumordnungsplanes für das Generalgouvernement, der die Entwicklung und die gegenseitigen Bindungen obenerwählter Teilgebiete innergesetzlich und räumlich festlegt, im Interesse der gerechten Ordnung, des gesunden Aufbaues und damit der wahrhaften Befriedung; darüber hinaus aber auch der organischen Verknüpfung dieses wichtigen deutschen Interessengebietes mit dem Reich.

Diese Aufgaben werden im Generalgouvernement zen-

tral betreut von der Abteilung Raumordnung im Amte des Generalgouverneurs. Von den nachgeordneten vier Distriktstellen werden z. Z. noch drei (Warschau, Lublin und Radom) von der Zentralstelle aus verwaltet, während der Distrikt Krakau bereits eine eigene Dienststelle in der Stephansgasse 2 in Krakau unterhält.

Der Abteilung Raumordnung im Amte des Generalgouverneurs ist angegliedert das Statistische Amt als einheitliche statistische Zentralstelle für das Generalgouvernement. Alle statistischen Untersuchungen und Erhebungen erfolgen nur durch dieses Amt, wobei, wie im Reich, die Genehmigungspflicht für stat. Sondererhebungen besteht.

Bei der Abteilung Raumordnung ist außerdem die Zentralkartenstelle für das Generalgouvernement untergebracht, wo sämtliche für den Dienstgebrauch wichtigen Karten ausgegeben sowie alte Karten auf Grund des neuen Gebiets- und Verwaltungsstandes überarbeitet werden. Außerdem werden neue Kartenunterlagen stat. Art in Zusammenarbeit mit der stat. Zentralstelle vorbereitet.

Abgesehen von den vorher erwähnten Aufgaben arbeitet die Abteilung Raumordnung auch noch an der äußeren und inneren Grenzziehung bzw. -berichtigung mit.

Dieses ist in großen Zügen der weitgespannte Aufgabenkreis der Abteilung Raumordnung im Amte des Generalgouverneurs.

Gerichtsbarkeit

Von Ministerialrat Wille,

Leiter der Abteilung Justiz

im Amte des Generalgouverneurs für die bes. poln. Gebiete

Im Generalgouvernement gibt es eine deutsche Gerichtsbarkeit und eine polnische Gerichtsbarkeit.

Einige deutsche Gerichte waren bereits bei der Errichtung des Generalgouvernements in seinem Gebiet vorhanden; es waren deutsche Sondergerichte, die der Oberbefehlshaber des Heeres auf Grund seiner Verordnung über Sondergerichte im besetzten polnischen Gebiet vom 5. September 1939 für das rückwärtige Armeegebiet berufen hatte. Diese Gerichte wurden durch die Verordnung über Sondergerichte im Generalgouvernement vom 15. November 1939 in die Verwaltung des Generalgouvernements eingebaut; ferner nahmen auf Grund dieser Verordnung weitere Sondergerichte ihre Tätigkeit auf. In jedem Distrikt gibt es ein Sondergericht, das sich jedoch aus mehreren an verschiedenen Orten befindlichen Abteilungen zusammensetzen kann. So sind zur Zeit Sondergerichtsabteilungen tätig in Krakau, Rzeszow, Radom, Kielce, Petrikau, Tschenstochau, Warschau und Lublin, eine Abteilung für Zamosc ist in der Bildung begriffen. Die Sondergerichte sind zuständig für Straftaten, für die in Verordnungen des Generalgouverneurs ausdrücklich ihre Zuständigkeit begründet ist; außerdem können alle Straftaten vor dieses Gericht gebracht werden, bei denen die Schwere oder Verwerflichkeit der Tat oder die in der

Öffentlichkeit hervorgerufene Erregung eine Aburteilung durch dieses Gericht, das als Gericht für die schwere Kriminalität anzusehen ist, geboten erscheinen läßt.

Im übrigen wurde die deutsche Gerichtsbarkeit durch die Verordnung über die deutsche Gerichtsbarkeit im Generalgouvernement vom 19. Februar 1940 aufgebaut. Es wurden neben den Sondergerichten „Deutsche Gerichte“ und „Deutsche Obergerichte“ errichtet. Deutsche Gerichte gibt es in Krakau, Rzeszow, Radom, Petrikau, Warschau, Zyrardow, Lublin und Chelm, Deutsche Obergerichte in Krakau, Radom, Warschau und Lublin. Die Aufgabe dieser Gerichte ist die Rechtspflege in allen Angelegenheiten, welche deutsche Staatsangehörige und deutsche Volkszugehörige betreffen. Es genügt dementsprechend, daß an der Rechtssache ein Deutscher beteiligt ist gleichgültig in welcher Prozeßrolle.

Das von den deutschen Gerichten (einschließlich der Sondergerichte) anzuwendende Recht ist in verfahrensrechtlicher Hinsicht naturgemäß das deutsche Recht, denn es handelt sich um ein deutsches Rechtsverfahren. Dabei wird das Deutsche Gericht stets als erste Instanz in der Besetzung mit einem Richter, das Deutsche Obergericht als zweite Instanz in der Besetzung mit grundsätzlich drei Richtern tätig. Auf dem Gebiet des materiellen Rechts ist, da im Generalgouvernement das polnische Recht fortgilt, soweit es nicht den Zwecken der deutschen Verwaltung entgegensteht, das deutsche Recht nur in geringem Umfang anwendbar. Deutsches Recht gilt, soweit in den Verordnungen des Generalgouverneurs Recht gesetzt ist, ferner war die Anwendung deutschen Strafrechts durch die deutschen Gerichte notwendig. Im übrigen kommt deutsches Recht im wesentlichen dann zur Anwendung, wenn nach den Grundsätzen des deutschen internationalen Rechts der Angehörige eines Staates sein Heimatrecht auch „in das Ausland mitnimmt“. Dies ist insbesondere auf dem Gebiet des Personen-, Familien- und Erbrechts der Fall. Auf diesen Gebieten sind die deutschen Volkszugehörigen, die nicht deutsche Reichsangehörige sind, diesen ausdrücklich gleichgestellt worden, soweit nicht wirtschaftliche Erwägungen (z. B. auf dem Gebiet des ehelichen Güterrechts für

früher geschlossene Ehen) eine Änderung des bisherigen Rechtszustandes unzweckmäßig erscheinen ließen.

Die polnische Gerichtsbarkeit, deren Aufgabe die Rechtspflege an den Polen ist, ist im wesentlichen unverändert geblieben. Einige organisatorische Änderungen, z. B. der Fortfall des Obersten Gerichts und die Errichtung eines Appellationsgerichts in jedem Distrikt waren aus Zwecken der Verwaltung erforderlich. Es amtieren fast alle Bürgergerichte und Bezirksgerichte sowie die erwähnten vier Appellationsgerichte in der Weise, daß es — ebenso wie in der deutschen Gerichtsbarkeit — für jede Rechtssache grundsätzlich zwei Instanzen gibt. Angewendet wird das bisher geltende polnische Recht. Auf dem Gebiete des Grundbuchwesens werden, da das Grundbuch nicht geteilt werden konnte, auch diejenigen Grundstücke, die im Eigentum eines Deutschen stehen, oder an denen ein Deutscher ein Recht hat, weiter innerhalb der polnischen Gerichtsbarkeit behandelt. Soweit ein Deutscher beteiligt ist, hat er jedoch in letzter Instanz eine weitere Beschwerde an das Deutsche Obergericht.

Die polnischen Gerichte unterstehen der Aufsicht des Distriktschefs und des Leiters seiner Abteilung Justiz. Der Letztere und in besonderen Fällen der Leiter der Abteilung Justiz im Amt des Generalgouverneurs kann auch, wenn ein öffentliches Interesse besteht, die Nachprüfung rechtskräftiger Entscheidungen eines polnischen Gerichts herbeiführen. Für die Nachprüfung ist alsdann das Deutsche Obergericht zuständig, das die Entscheidung bestätigen, in der Sache anderweit entscheiden oder die Sache zur deutschen Gerichtsbarkeit verweisen kann.

Gesundheitswesen

Von Gebietsgesundheitsführer Obermedizinalrat
Dr. med. Josef Walbaum.

Bei der Bildung des Generalgouvernements war die Situation im Gesundheitswesen derart verfahren, daß man von einem geordneten Zustand garnicht mehr sprechen konnte. Es erwies sich daher als notwendig, von Grund auf neu aufzubauen und eine Gesundheitsverwaltung einzurichten, wie sie den vorgefundenen Verhältnissen entsprach.

Der Zustand im Reich, wo die einzelnen Ministerien eigene Medizinal-Abteilungen besitzen und auf dem Gebiete des Gesundheitswesens die notwendige Einheit in einer staatlichen Verwaltung noch nicht erreicht ist, wurde für das Generalgouvernement nicht übernommen. Die Zersplitterung wäre sonst so groß geworden, daß es nicht möglich gewesen wäre, eine einheitliche Linie in die aufzubauende Gesundheitsverwaltung hineinzubekommen. Auf Anordnung des Generalgouverneurs wurde daher alsbald eine in jeder Beziehung einheitlich gestaltete Gesundheitsverwaltung geschaffen. Zu diesem Zweck wurde eine selbständige Abteilung „Gesundheitswesen und ärztliche Volkspflege“ im Amt des Generalgouverneurs errichtet, zu deren Zuständigkeit die gesundheitlichen Belange aller anderen Abteilungen gehören. Soweit diese Belange ärztliche Leiter erfordern, sind diese Referenten in der einen großen Gesamtabteilung. Der Leiter der Abteilung ist zugleich — mit Zustimmung des Generalgouverneurs und des Reichs-

gesundheitsführers — Gebietsgesundheitsführer; er hat also wie jener für das Reich, für das Generalgouvernement der besetzten polnischen Gebiete die Führung der parteilichen und freiberuflichen Angelegenheiten aller Angehörigen der Heilberufe und ist auch für alle Fragen, die das Amt für Volksgesundheit bearbeitet, zuständig. Schließlich ist er auch Leiter der Gesundheitskammer, die hier im Generalgouvernement durch Verordnung errichtet ist und in der die Angehörigen sämtlicher Heilberufe zusammengefaßt sind. Durch diese Zusammenfassung ist ein weiterer Schritt zur Vereinheitlichung des Gesundheitswesens getan und die Gesamtlenkung wesentlich erleichtert.

Die Abteilung Gesundheitswesen im Amt des Generalgouverneurs ist in Referate gegliedert, ebenso die Abteilung bei den Chefs der Distrikte. Der Leiter der Abteilung Gesundheitswesen ist zugleich Amtsarzt für den Bereich seines Distrikts. Zu jeder Kreishauptmannschaft soll ein deutscher Amtsarzt gehören, der an der Spitze der Gesundheitsverwaltung der Kreishauptmannschaft steht. Dieser Amtsarzt ist zugleich Leiter des Krankenhauses am Sitz des Kreishauptmanns, so daß er die Möglichkeit hat, die etwa erkrankten Deutschen in einer eigenen deutschen Abteilung behandeln zu können, und daß es kein Deutscher bei Erkrankung nötig hat, die Hilfe eines nichtdeutschen Arztes in Anspruch zu nehmen. Die bisherigen polnischen Kreis-, Bezirks- und Stadtärzte sind im allgemeinen auf ihren Posten geblieben, soweit sie nicht durch neu ernannte ersetzt werden mußten, da der Bereich einer Kreishauptmannschaft zu umfangreich ist, um durch einen einzigen Arzt eine wirksame Gesundheitsüberwachung durchführen zu können.

Die polnische Seuchengesetzgebung konnte beibehalten werden, da sie fast wörtlich der deutschen entnommen war. Die Einhaltung ihrer Bestimmungen, die in Polen jedoch teilweise nur auf dem Papier standen, wurde mit aller Schärfe erzwungen. Durch umfangreiche Maßnahmen, wie Schutzimpfungen, Absperrmaßnahmen und Quarantäne wurde der Weiterverbreitung von Seuchen Einhalt getan. Millionen von Typhusschutzimpfungen der Zivilbevölkerung innerhalb weniger Wochen wurden

dabei durchgeführt; eine Maßnahme, wie sie in gleichem Umfang wohl kaum jemals zuvor durchgeführt worden ist. Eine Verordnung zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten wurde erlassen und damit die Vorbedingung geschaffen, auch auf diesem Gebiete — wo bisher in Polen so gut wie gar nichts geschehen war — eine wirksame Krankheitsbekämpfung zu betreiben.

Um eine wirksame Seuchenbekämpfung durchführen zu können, erwies es sich als notwendig, eine Reihe von Entwesungsanstalten einzurichten. In allen größeren Städten wurden diese in beschleunigtem Maße ausgebaut. Bei der Verschiebung der Arbeiter in das Reich haben diese Entwesungsanstalten auch große Dienste getan und in starkem Maße dazu beigetragen, das Reich vor Seuchen — vor allem gegen Fleckfieber — zu schützen. Mit der Errichtung dieser Anstalten in den großen Städten haben wir uns jedoch nicht begnügt, sondern sind dabei, das ganze Generalgouvernement mit einem Netz solcher Anstalten zu überziehen, sodaß es einmal möglich sein wird, eine gründliche Entwesung der gesamten Bevölkerung des Generalgouvernements durchzuführen. Nur auf diese Weise wird es gelingen, vor allen Dingen das Fleckfieber in diesem Gebiet zum Aussterben zu bringen.

Neben einer Reihe organisatorischer Maßnahmen und Vorschriften für die Durchführung sich als notwendig erwiesener Anordnungen, wurde auch eine straffe Aufsichtigung der polnischen Gesundheitsorgane durchgeführt durch Besichtigungen, Reisen, Besprechungen, Einführung einer straffen Meldepflicht usw. Es ist auf diese Weise gelungen, mit einem verhältnismäßig kleinen Stab das Gesundheitswesen in Polen völlig in die Hand zu bekommen und Maßnahmen durchzuführen, die zu wesentlichen Verbesserungen des Gesundheitszustandes im Generalgouvernement geführt haben. Um sich davon ein Bild machen zu können, genügt es, sich einmal zu vergegenwärtigen, wie der Gesundheitszustand im Generalgouvernement in einer Zeit war, die der heutigen stark ähnelte. Diese Zeit waren die Jahre nach dem Weltkrieg 1919 und 1920. In dieser Zeit ging eine starke Welle von Infektionskrankheiten über das Land, vor allem wütete das Fleckfieber in Polen damals sehr. Es

waren in dem Jahr 1919: 219.066 Fleckfieber-Erkrankungen mit 18.640 Todesfällen und 1920: 168.097 mit 22.575 Todesfällen zu verzeichnen. Wenn das Generalgouvernement auch einen wesentlich geringeren Umfang hat als früher Polen und die auf das Generalgouvernement entfallende Erkrankungsziffer nur ungefähr $\frac{2}{5}$ der obigen Fälle betragen hatte, so muß man berücksichtigen, daß obige Zahlen sehr viel niedriger waren als es der Wirklichkeit entsprach, weil die Meldepflicht in Polen sehr nachlässig gehandhabt wurde. Man muß annehmen, daß $\frac{1}{3}$ der Erkrankungsfälle überhaupt nicht gemeldet wurden. Wenn man das berücksichtigt und dann die Zahl entgegenhält, die wir beispielsweise im 1. Vierteljahr des Jahres 1940 gehabt haben, so kommt man zu dem Resultat, daß das Ergebnis unserer Gesundheitsverwaltung ausgezeichnet war. Es ist uns nicht nur gelungen, Typhus, Ruhr und andere Infektionskrankheiten auf ein Minimum abzustoppen, sondern auch das Fleckfieber, das in diesen Monaten auf dem Höhepunkt hätte sein müssen so einzudämmen, daß im ganzen Generalgouvernement die Zahl der Fleckfieberfälle mit Einschluß der Verdachtsfälle nicht einmal das zweite Tausend erreichen.

Das ist ein Erfolg, der garnicht hoch genug veranschlagt werden kann. Auch die Zahl der anderen Erkrankungen lag nicht höher als in normalen Zeiten im polnischen Staate. Man muß bedenken, daß die Verhältnisse nach dem Feldzuge, der starke Heere auf beiden Seiten ins Feld brachte, eine große Hin- und Herwanderung zur Folge hatte und daher für die Verbreitung von Krankheiten denkbar günstig waren. Trotzdem haben sich die Erkrankungsziffern in vollkommen normalen Zahlen gehalten. Etwaige Nachrichten, die Gegenteiliges behaupten, in ausländischen Blättern, sind in dieser Beziehung völlig aus der Luft gegriffen. Es kann nicht oft genug betont werden, daß der Gesundheitszustand im Generalgouvernement dank der umfassenden Vorsichtsmaßnahmen ein derartiger ist, daß er dem Zustand in den günstigsten Friedensjahren gleichgestellt werden kann.

Organisation des Arbeitseinsatzes

Von Reichshauptamtsleiter Dr. Frauendorfer
Leiter der Abteilung Arbeit
im Amt des Generalgouverneurs für die bes. poln. Gebiete

Die Abteilung Arbeit im Amt des Generalgouverneurs vereinigt in sich die Aufgaben

1. des Reichstreuhanders mit den Sonderaufgaben der Gewerbeaufsicht und Betriebsbetreuung (Gruppe I)
2. der Arbeitsverwaltung (Gruppe II)
3. der Sozialversicherung mit der Sonderaufgabe der Kriegsbeschädigtenfürsorge (Gruppe III)
4. des Wohnungs- und Siedlungswesens (Gruppe IV).

I.

Für die Gruppe I ist Folgendes zu bemerken:

Beginn der Aufbauarbeit mit der Verordnung vom 31. Oktober 1939 über die Gestaltung der Arbeitsbedingungen und des Arbeitsschutzes.

Stabilisierung des Lohnstandes vom 31. August 1939, Untersagen wilder Lohnbewegungen, Übertragung der Aufgabe der Lohnbildung an die Distriktschefs.

Verordnung über die Gewerbeaufsicht im Generalgouvernement vom 23. Februar 1940.

Sicherung des Lebens und der Gesundheit der in den Betrieben beschäftigten Arbeiter und Angestellten.

Fünf Tarifordnungen für den öffentlichen Dienst, und zwar:

1. Tarifordnung für deutsche Angestellte,
2. Tarifordnung für deutsche Arbeiter,

3. Rahmentarifordnung für nichtdeutsche Angestellte und Arbeiter (RTO),
4. Tarifordnung für nichtdeutsche Angestellte (TO. I),
5. Tarifordnung für nichtdeutsche Arbeiter und Arbeiterinnen (TO. II).
 - a) Unterstellung der deutschen Angestellten und Arbeiter unter die deutschen Reichstarifordnungen,
 - b) Regelung der gesamten Arbeitsbedingungen für nichtdeutsche Angestellte und Arbeiter.

Die weniger wichtigen Verordnungen, insbesondere Durchführungsvorschriften spielen in diesem Zusammenhang keine Rolle.

Die Gewerbeaufsicht hat die Durchführung der Vorschriften zum Schutze von Leben und Gesundheit der Beschäftigten und zur Aufrechterhaltung der guten Sitten in den Betrieben zu beaufsichtigen. Sie hat unter anderem auch die Aufsicht über die Erstellung von hygienisch einwandfreien Betriebs-, Aufenthalts-, Umkleide-, Waschräumen, Badeanlagen und Wohnräumen. Die Gewerbeaufsicht hat weiterhin bei der Bekämpfung von Berufskrankheiten mitzuwirken und die Aufsicht auszuüben über die Durchführung der Vorschriften über die Betriebsordnung, die Arbeitszeit, die Feiertage, den Urlaub, den besonderen Schutz der Jugendlichen und der Frauen und der Vorschriften über die Heimarbeit.

Ihre Aufgaben erfüllt die Gewerbeaufsicht durch laufende Besichtigung der Betriebe und durch den Erlass von Verwaltungsanordnungen; bei Nichtdurchführung dieser Anordnungen können Verwaltungsstrafen verhängt werden.

Die Aufgaben und Befugnisse der Gewerbeaufsicht werden von den Arbeitsämtern ausgeübt, bei denen eine besondere Abteilung für Arbeitsschutz und Gewerbeaufsicht gebildet worden ist.

Die Sozialbetreuung der Betriebe ist im Hinblick auf die Erhaltung des sozialen Friedens und Leistungssteigerung Voraussetzung für Erfüllung der den Betrieben gestellten Aufgaben und Anforderungen im Gesamtrahmen der deutschen Wirtschaftspolitik.

Die Sozialbetreuung erstreckt sich auf folgendes Aufgabengebiet:

1. Sicherstellung der Ernährung und Bekleidung für die Beschäftigten und ihre Familienangehörigen. Dies ist erfolgt:
 - a) durch Einführung einer Gemeinschaftsverpflegung, Erstellung und Belieferung von Betriebskantinen
 - b) durch zusätzliche Zuweisung von Lebensmitteln, Bekleidungsstücken und sonstigen wichtigen Bedarfsartikeln
 - c) Bildung von Einkaufsgemeinschaften und Werkkonsumvereine für Betriebsangehörige.

Bei den durchgeführten Maßnahmen wurde weitgehend auf die Eigenart der Betriebe und die Zusammensetzung der Belegschaft Rücksicht genommen.

Die soziale Betreuung wird als völlig Neues hier von den Belegschaften als segensreiche Wohltat dankbar empfunden und hat eine wesentliche Leistungssteigerung vor allem der für den Vierjahresplan wichtigen Betriebe mit sich gebracht.

II.

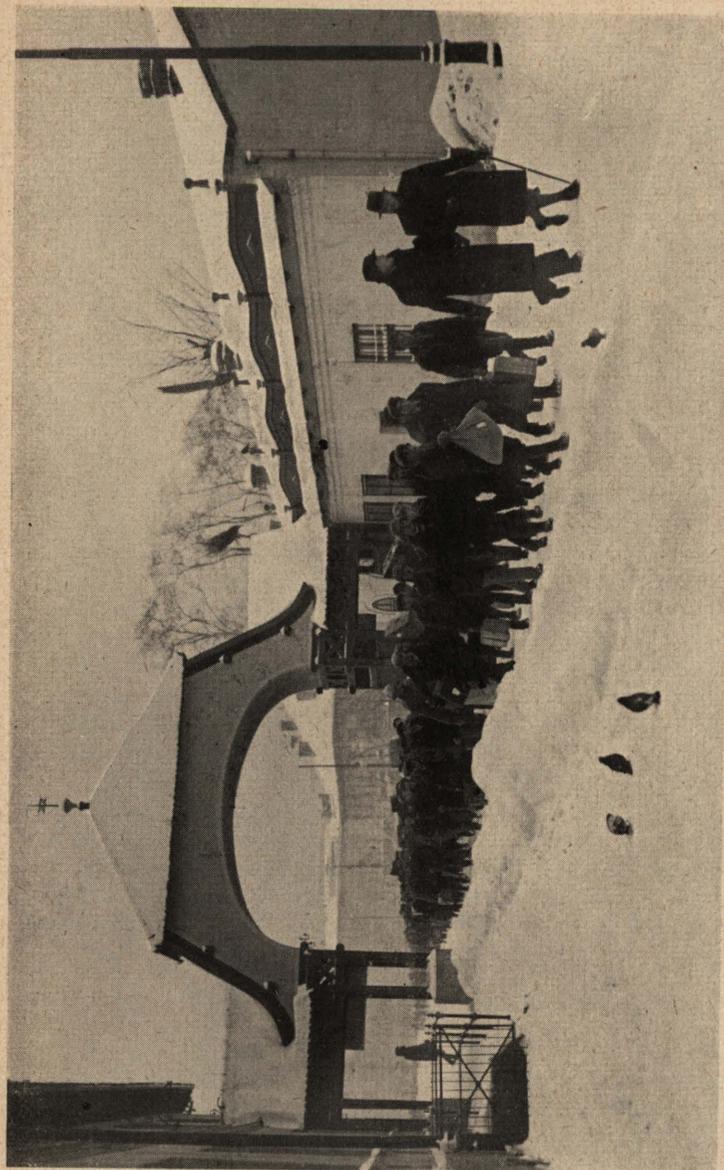
Für die Gruppe II ist Folgendes zu bemerken:

I. Organisation der Arbeitsverwaltung

Im Bereich des Generalgouvernements wurden 23 Arbeitsämter mit insgesamt 70 Nebenstellen eingerichtet. Diese unterstehen den Weisungen des Leiters der Abteilung Arbeit im Amt des Generalgouverneurs. Als Mittelinstanzen sind die Leiter der Abteilungen Arbeit bei den Chefs der 4 Distrikte eingeschaltet. Die Verwaltung und Organisation der Arbeitsämter erfolgt nach den Richtlinien und Grundsätzen des Reichsgebietes.

II. Aufgabengebiete der Arbeitsämter

Den Arbeitsämtern obliegt die Durchführung und Überwachung des gesamten Arbeitseinsatzes, die Zahlung von Arbeitslosenhilfe an Arbeitslose sowie der Einsatz von Arbeitslosen in Pflichtarbeit.



Hunderttausende von polnischen Landarbeitern meldeten sich freiwillig zum Arbeitseinsatz im Reich. Ankunft eines Transportes am Krakauer Hauptbahnhof. Aufn.: Lichtbildstelle Gedob

1. Arbeitseinsatz

Die Hauptaufgabe der Arbeitsämter ist die Vermittlung von Arbeitskräften und die Überwachung des Arbeitseinsatzes auf Grund der Verordnung über die Beschränkung des Arbeitsplatzwechsels vom 22. 2. 1940 (Verordnungsblatt Teil I Nr. 15 vom 28. 2. 1940). Im Vordergrund der Vermittlungstätigkeit steht die Werbung von Hunderttausenden von Arbeitskräften für die deutsche Landwirtschaft und für die deutsche Industrie. Die Wiedereingangssetzung von gewerblichen Betrieben im Bereich des Generalgouvernements bedingt gleichzeitig eine erhöhte Vermittlungstätigkeit auch innerhalb des Generalgouvernements.

2. Arbeitslosenhilfe

Den bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen wird, sofern sie arbeitsfähig und arbeitswillig sind, von den Arbeitsämtern in Höhe der Bedürftigkeit auf Grund der Verordnung über die Gewährung einer Arbeitslosenhilfe vom 16. 12. 1939 (Verordnungsblatt 1939 Nr. 13 vom 21. 12. 1939) eine Arbeitslosenhilfe gewährt. Zweck der Arbeitslosenhilfe ist, den Arbeitslosen die zum Unterhalt, auch der Familienangehörigen, erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen, um damit ihre Arbeitskraft und Einsatzfähigkeit zu erhalten.

Um die Erhaltung der Arbeitskraft der Arbeitslosen auch im Krankheitsfalle sicherzustellen, wurde mit der Verordnung über die Sozialversicherung bei Arbeitslosen und Pflichtarbeitern vom 8. 3. 1940 (Verordnungsblatt Teil I Nr. 18 vom 13. 3. 1940) die Versicherung der Arbeitslosen für den Fall der Krankheit eingeführt.

III. Aufbringung der Mittel

Die zur Durchführung der Aufgaben der Arbeitsämter erforderlichen Mittel werden durch Erhebung von Beiträgen, Gebühren und Abgaben nach den früheren polnischen Gesetzen und Verordnungen aufgebracht. Diese Mittel fließen dem „Arbeitsfonds“ zu, der vom Leiter der

Abteilung Arbeit im Amt des Generalgouverneurs verwaltet und beaufsichtigt wird.

III.

Für die Gruppe III ist Folgendes zu bemerken:

Sozialversicherung

Vor dem Einmarsch der deutschen Truppen haben die früheren polnischen Machthaber die Wertpapiere im Betrag von 700 Millionen Zloty sowie das Bargeld der Sozialversicherung verschleppt und teilweise vernichtet. Aus diesen Trümmern heraus haben deutsche Beamte eine neue Sozialversicherung im Generalgouvernement entwickelt, und zwar zunächst vermöge eines Darlehns der Reichskreditkasse. Die Wirtschaft hat sich unter deutscher Führung stark belebt. Im Zusammenhang damit gehen jetzt soviel Beiträge zur Sozialversicherung ein, daß sie die Ausgaben decken.

Unter diesen Umständen erhält vor allem auch jeder Pole und Ukrainer, der bei der Aufbauarbeit mithilft, einen ausreichenden versicherungsrechtlichen Schutz.

Kriegsbeschädigtenfürsorge

Für ehemalige polnische Militärrentenempfänger ist ein namhafter Betrag zur Verfügung gestellt worden, der in laufenden monatlichen und einmaligen Unterstützungsbeträgen den bedürftigen ehemaligen polnischen Militärpersonen und ihren Hinterbliebenen zugeführt wird. Auch die Heilbehandlung und Versorgung mit Kunstgliedern für Kriegsbeschädigte ist weitgehend gesichert.

IV.

Für die Gruppe IV ist Folgendes zu bemerken:

Die Abteilung Arbeit beim Generalgouverneur und ihre nachgeordneten Abteilungen Arbeit bei den Distriktschefs sind ferner verantwortlich für das Wohnungs- und Siedlungswesen, einschließlich des Bau- und Bodenrechts,

sowie für die städtebauliche Planung und die Baupolizei. Durchgreifende Maßnahmen, durch eine umfassende Wohnungsneubautätigkeit, die seit jeher mißlichen, durch die Kriegszerstörungen noch verschlimmerten polnischen Wohnverhältnisse zu heben, können vorerst nicht in Frage kommen. Es galt daher, zunächst die bestehenden Einrichtungen sicherzustellen. Die Abteilung Arbeit ist dieser Aufgabe namentlich durch Übernahme der Aufsicht über folgende Einrichtungen nachgekommen:

- a) den Staatlichen Baufonds, aus dem Baukredite zur Errichtung von Wohnbauten gegeben werden,
- b) den Militärquartierfonds, eine Körperschaft, die Wohnbauten namentlich für Offiziere und Unteroffiziere errichtet und unterhält,
- c) die Gesellschaft für Arbeitersiedlungen — T. O. R. —

Die Finanzierung der baulichen Maßnahmen durch Verwaltung des staatlichen Baufonds und durch Gewährung von langfristigen Anleihen auf der Grundlage von Pfandbriefen bildete eine der Hauptaufgaben der staatlichen Landeswirtschaftsbank (Bank Gospodarstwa Krajowego). Die Aufsicht über diese Bank wurde daher durch die Abteilung Arbeit übernommen, sie wird ausgeübt durch einen vom Generalgouverneur aus der Abteilung Arbeit bestellten Staatskommissar. Die Bank besitzt im Generalgouvernement Niederlassungen in

Warschau	Lublin
Krakau	Tarnow und
Radom	Rzeszow

Zur Beaufsichtigung und Prüfung der rund 160 Wohnungsbau- und Wohnungsgenossenschaften des Generalgouvernements hat der Leiter der Abteilung Arbeit eine Zentralstelle für diese Genossenschaften bei der Landeswirtschaftsbank in Krakau eingerichtet.

Auf dem Gebiete des Baurechts bleiben zunächst die polnischen Rechtsvorschriften bestehen. Als Baupolizeibehörde erster Instanz sind abweichend vom uneinheitlichen bisherigen polnischen Rechtszustand nunmehr die Kreis- bzw. Stadthauptleute bestimmt worden.

Bauwesen

Von Präsident B a u d e r,

Leiter der Abteilung Bauwesen

im Amt des Generalgouverneurs für die bes. poln. Gebiete.

In der Abteilung Bauwesen im Amt des Generalgouverneurs sind die wichtigsten technischen Verwaltungszweige unter einheitlicher Leitung zusammengefaßt. Dabei liegt entsprechend der Eigenart der gestellten Aufgaben auf dem Gebiet des Straßen- und Brückenbaus und der Wasserstraßen der Schwerpunkt bei der Zentrale im Amt des Generalgouverneurs, der die Außendienststellen dieser Fachgruppen unmittelbar unterstellt sind, während auf dem Gebiet des Hochbauwesens die Durchführung der Bauaufgaben den Hochbauämtern der Distrikte unter der fachtechnischen Aufsicht der Zentrale übertragen ist. Aufbau und Aufgaben gliedern sich im einzelnen wie folgt:

I. Gruppe Straßen- und Brückenbau

Außendienststellen bestehen in	für die Kreise
Krakau, Sienkiewicza 4	Krakau, Miechow, Tarnow, Neu-Sandez, Neumarkt.
Kielce, Sienkiewicza 25	Kielce, Radomsko, Jędrzejow, Busko, Opatow.
Lublin, Spokojna 4	Lublin, Biala, Radzyn, Pulawy, Chelm
Minsk, Pilsudskistr. 23	Minsk, Orstrow, Sokolow, Siedlce, Garbolin.
Radom, Sienkiewicza 14/1	Radom, Terikau, Tomaszow, Konskie, Ilza.

Rzeszow, Gerichtsstr. 1	Rzeszow, Debica, Jaslo, Sannok, Jaroslau.
Warschau, Nowy Swiat 14	Warschau, Sochaczew, Lownic, Skierniewice, Grojec.
Zamosc, Szczebreskastr.	Zamosc, Krasnystaw, Janow, Bilgoraj, Hrubieszow.

Das Netz der ehemaligen polnischen Staats- und Bezirksstraßen wurde nach Übernahme in die deutsche Verwaltung neu aufgeteilt. Es umfaßt jetzt drei Straßengruppen; Durchgangsstraßen mit rd. 3800 km, Distriktstraßen mit rd. 4000 km und Kreisstraßen mit rd. 6400 km Länge.

Der größte Teil dieser Straßen war in vollkommen unbefahrbarem Zustand. Bis zum Einbruch des Winters 1939/40 wurden durch außerordentlichen Einsatz etwa 800 km Durchgangsstraßen so instandgesetzt, daß sie wieder mit unverminderter Geschwindigkeit befahren werden konnten. Daneben wurden gegen 1500 km ehemaliger Staatsstraßen überholt und zahlreiche Brücken erneuert.

Ein mehrjähriges Bauprogramm ist vorgesehen, um das Straßennetz in einen dem heutigen Kraftfahrverkehr genügenden Zustand zu versetzen. Für 1940 ist die Verbreiterung der Fahrbahn auf 6 und 7,5 m und die Oberflächenbehandlung von 1000 km Durchgangsstraßen im Gang. Etwa 250 größere und kleinere Brücken werden instandgesetzt bzw. neu erstellt.

Weiterhin gehört zu den Aufgaben der Gruppe Straßen- und Brückenbau die Verwaltung und Unterhaltung des Gesamtnetzes der Durchgangs-, Distrikts- und Kreisstraßen.

II. Gruppe Wasserstraßen

Es bestehen folgende Außendienststellen:

Krakau, Stefansgasse 2	für das Stromgebiet der Weichsel und deren Nebenflüsse von der Reichsgrenze oberhalb Krakaus bis zur Mündung der Kamienna.
Warschau, Nowy Swiat 14	für das Stromgebiet der Weichsel und deren Nebenflüsse von der Mündung der

Kamienna bis zur Reichs-
grenze unterhalb War-
schaus;

ferner für das ganze Gebiet des Generalgouvernements:

Hydrographisches Institut in Warschau, Nowy Świat 14.

Den beiden Außendienststellen in Krakau und Warschau sind 8 polnische Wasserbauämter und 2 Maschinenämter mit 4 Bauhöfen unterstellt.

Von 1800 km Wasserläufen, die von den Polen als schiffbar bezeichnet wurden, waren tatsächlich nur etwa 800 km ausgebaut, und zwar aus der Zeit vor 1914. Der Verkehr auf den Wasserstraßen war dementsprechend gering. Durch den Krieg wurde der Schiffsraum zerstreut oder zerstört.

Die deutsche Wasserstraßenverwaltung hat die Bergung und Instandsetzung des Schiffsparks durchgeführt, die beschädigten Deiche wieder instandgesetzt und die ordnungsmäßige Uferunterhaltung gesichert. Ein Melde- und Schutzdienst gegen die Gefahren von Hochwasser und Eis wurde eingerichtet.

Das Programm der nächsten Jahre sieht den Ausbau der Weichsel auf ihrem Gesamtlauf innerhalb des Generalgouvernements vor, ferner den Ausbau des Bug als Teilstrecke der Ost-West-Wasserstraße Dniepr-Weichsel und die Planung einer Schifffahrtsstraße Brest-Deblin zum Anschluß der Weichsel an das russische Wasserstraßennetz.

Neben diesen Sonderaufgaben umfaßt das Arbeitsgebiet der Gruppe Wasserstraßen die ordnungsmäßige Verwaltung und Unterhaltung der gesamten Wasserstraßen im Gebiet des Generalgouvernements.

III. Gruppe Hochbau

Bei jedem Distrikt besteht ein Hochbauamt, das fachtechnisch der Abteilung Bauwesen, Gruppe Hochbau, unterstellt ist. Diese Hochbauämter führen die Bauten des Generalgouverneurs, der Distrikte und Kreise nach Prüfung der Entwürfe und Kostenanschläge durch die Gruppe Hochbau unter deren technischer Oberaufsicht durch.

Die kulturellen Finrichtungen

Von Reichsamtsleiter Dr. Freiherr du Prel
Leiter der Abteilung für Volksaufklärung und Propaganda
und Pressechef des Generalgouverneurs
für die besetzten polnischen Gebiete

Man könnte der Meinung sein, daß in einem Gebiet, das im Krieg erobert wurde, die Museen schweigen müssen. Die moderne Kriegführung, die auf den Einsatz psychologischer Mittel nicht verzichten will und kann, geht indes der kulturellen Frage ebensowenig aus dem Wege, wie die Deutsche Verwaltung der besetzten Gebiete es auch ihrerseits sofort als ihre Aufgabe betrachtet hat, diejenigen Kräfte zu mobilisieren, die nicht nur zur rein polizeilichen, sondern auch zur inneren Beherrschung der Situation, und eben deswegen zum beiderseitigen Nutzen von Verwaltung und Bevölkerung dienlich waren. Daneben ist im Generalgouvernement das rein kulturelle Bedürfnis, das Deutsche nun einmal haben, wo sie auch immer tätig sind, nicht vernachlässigt worden. Es ist vielleicht eines der bezeichnendsten Kriterien für den kulturellen Aufbauwillen auch in einem Umkreis voll erschwertester persönlicher Verhältnisse, daß auf die persönliche Initiative des Generalgouverneurs hin schon am 16. und 17. Dezember 1939 die Wiener Philharmoniker unter Knappertsbusch im gerade neu erstandenen Deutschen Theater in Krakau vor deutschen Soldaten und Beamten zwei jubelnd aufgenommene Konzerte geben konnten, denen im Laufe der Monate eine Reihe anderer bedeutender Darbietungen auf dem Gebiete der Musik und des Theaters folgten.

Pressé

Die psychologische Beherrschung des weiten Raumes des Generalgouvernements erforderte den Einsatz von Mitteln verschiedenster Art. Die Aufklärung der Bevölkerung über den Gang der Ereignisse war das Vordringlichste. Ebenso wichtig war die Information der in diesem Ostgebiet tätigen und lebenden Deutschen über die politische Weiterentwicklung und über die großen Zusammenhänge ihres eigenen Einsatzes. Die Schaffung neuer Zeitungen, die sich diesen typischen Aufgaben zuwandten, war das Gebot der Stunde.

Sofort nach der Berufung des Generalgouverneurs wurde also eine große deutsche Tageszeitung gegründet, die unter dem Titel „Krakauer Zeitung“ im Süden und „Warschauer Zeitung“ im Norden des Generalgouvernements erscheint. Ihre Tagesauflage beträgt 70000; sie wird über das Generalgouvernement hinaus auch im Reich gern gekauft und ist in allen größeren Bahnhofsbuchhandlungen zu haben. Sie ist die lebende Chronik des Generalgouvernements, zugleich aber auch die Mittlerin des gewaltigen Geschehens unserer Zeit und des Kampfes an allen Fronten des Krieges für die im Osten tätigen Deutschen geworden.

Dem polnischen Volk hatte der Krieg in rascher und eindringlicher Weise den Unterschied zwischen den phrasenhaften Versprechungen seiner früheren Machthaber und der deutschen Tatkraft klargemacht. Es war eine große Ernüchterung für den einzelnen Polen und die Aufklärung konnte sich daher zunächst darauf richten, die Tatsachen sprechen zu lassen und lediglich für ihr Bekanntwerden zu sorgen. So erstand der Typ der polnischen Nachrichtenpresse, der im Gegensatz zu der aufpeitschenden polnischen Vorkriegspropaganda*) das Informations- und Nachrichtenbedürfnis der Bevölkerung erfüllt und sie gleichzeitig mit den Maßnahmen der Deutschen Verwaltung bekannt macht. Nach einem hal-

*) Eine plastische Übersicht über dieses Kapitel gibt die vom Verfasser herausgegebene Schrift „Die Polen vor Berlin, Deutschland im Spiegel der polnischen Kriegspropaganda“, die soeben im gleichen Verlag erschienen ist.



Täglich um 12 Uhr und 17 Uhr versammeln sich viele hundert Polen um die Lautsprecher der Krakauer Marktplätze wo die neuesten Nachrichten in polnischer Sprache durchgegeben werden

Aufn.: Holtmann

ben Jahre des Bestehens des Generalgouvernements konnte man dabei bereits eine interessante Feststellung machen: legt man nämlich die Einwohnerzahlen des früheren Polen und des jetzigen Generalgouvernements zu Grunde und stellt sie den Auflageziffern der früheren und jetzigen polnischsprachigen Presse gegenüber, so ergibt sich, daß im ehemaligen Polen 2,96% der Bevölkerung regelmäßige Käufer einer Tageszeitung waren, während im Generalgouvernement schon wieder 2,8% der Bevölkerung als Käufer erfaßt sind.

Es erscheinen derzeit folgende polnische Nachrichtenblätter:

Goniec Krakowski, Krakau
Nowy Kurjer Warszawski, Warschau
Dziennik Radomski, Radom
Kurjer Kielecki, Kielce
Kurjer Czeszochowski, Tschenstochau
Nowy Glos Lubelski, Lublin
Dziennik Poranny, Krakau.

Diese Nachrichtenblätter erhalten ihr Nachrichtenmaterial neben der eigenen lokalen Berichterstattung vom polnischen Nachrichtenbüro „Polskie Wiadomości Prasowe (PWP)“.

Für die ukrainische Minderheit erscheint zweimal wöchentlich ein eigenes Nachrichtenblatt, die „Krakowski Wisty“ in ukrainischer Sprache.

Eine eigene jüdische Zeitung, die als Ersatz für die vielfachen im früheren Polen erschienenen jüdischen Organe gedacht ist, befindet sich in Vorbereitung.

Ebenso befinden sich derzeit auch verschiedene polnische Fachblätter und Wochenzeitungen im Stadium der Entwicklung.

Aufklärung

Aus den oben mitgeteilten Zahlen geht jedoch hervor, daß der Prozentsatz der polnischen Zeitungskäufer schon immer verhältnismäßig gering war. Dies ist einerseits auf das mangelnde politische Interesse der breiten Masse, zum anderen auf den unverhältnismäßig hohen Anteil an Analphabeten im polnischen Volk zurückzuführen. Es mußten deshalb, um eine wirksame Aufklärung aller

Bevölkerungsteile durchzuführen, in großem Umfang zusätzlich andere Benachrichtigungsmittel eingesetzt werden. Hierzu gehört zunächst die Aufklärung durch das gesprochene Wort.

In den Hauptstädten und den 40 Kreisstädten des Generalgouvernements werden derzeit unter Regie der Propagandaabteilung vom „Reichsautozug Deutschland“ Lautsprecheranlagen aufgebaut, die in 10 Orten bereits mit Erfolg in Betrieb genommen sind. Die Durchgaben politischer und wirtschaftlicher Nachrichten, behördlicher Bekanntmachungen und Verlautbarungen und von Musikstücken wechseln sich hierbei ab. Da in diesen Städten gewöhnlich zweimal wöchentlich Markttag ist, zu dem die Bauern von weit her kommen, ist mit einer recht weitreichenden Verbreitung der auf diese Weise ausgegebenen Meldungen und Mitteilungen zu rechnen. In denjenigen Gegenden, die auf diese Weise nicht genügend erfaßt werden, werden Lautsprecherwagen eingesetzt, die gleichfalls in polnischer Sprache die Verkündungen vornehmen.

Die Aufklärung durch das Bild beruht auf dem Gedanken, daß illustrierte Zeitungen in Polen schon immer einen guten Absatz hatten. Der im Generalgouvernement im Vierfarbendruck zunächst alle 14 Tage erscheinende „Ilustrowany Kurjer Polski“ konnte deshalb auch kürzlich bereits auf wöchentliches Erscheinen umgestellt werden. Daneben beginnt sich eine illustrierte Wandzeitung durchzusetzen, die in den Dörfern angeschlagen wird und ebenso Kriegsnachrichten, wie Ereignisse des Generalgouvernements und allgemein aufklärende Hinweise für die bäuerliche Bevölkerung enthält. Auch illustrierte Flugblätter, die aus bestimmten Anlässen herausgegeben wurden, haben reißenden Absatz gefunden und sind ebenso beliebt wie möglichst bunte Bildplakate.

Rundfunk

Den Polen und Juden ist durch einen besonderen Erlaß die Benutzung von Rundfunkgeräten verboten. Für die Deutschen im Generalgouvernement wurden die ehemals polnischen Sender wieder in Betrieb genommen. Der Langwellensender Warschau und die Stadtsender von

Krakau und Warschau wurden hierzu zu einer Sende-gruppe zusammengefaßt, der der Stadtsender Litzmannstadt angeschlossen ist. Die Sendeleitung war aus technischen Gründen zunächst in Kattowitz stationiert; sie befindet sich ab 1. Juni 1940 in Krakau. Die Sender melden sich als „Die Sender des Generalgouvernements“ und bringen im Anhang an die Nachrichten des Drahtlosen Dienstes oder zu eigenen Zeiten gesondert die Nachrichten des Generalgouvernements.

Hand in Hand mit dem Aufbau der nachrichtenmäßigen Versorgung, bei dem in Anbetracht der dürftigen Straßen- und Bahnverhältnisse in Polen, des schlechten polnischen Telefonsystems und insbesondere auch infolge der Kriegsspuren und des strengen Winters 1939/40 große Schwierigkeiten zu überwinden waren, ging die Entwicklung der

kulturellen Betreuung.

Heute sind in vielen Städten des Generalgouvernements „Deutsche Heime“ und „Deutsche Klubs“ oder „Deutsche Kasinos“ als örtliche Sammelpunkte des Deutschtums eingerichtet. Unter aufopfernder Mithilfe der Gaue des Reiches wurden, hauptsächlich aus der „Alfred Rosenberg-Spende“ weit mehr als hunderttausend Bücher aus der Heimat in das besetzte Gebiet geschafft, sodaß heute keine Truppen- oder Polizeieinheit mehr ohne den so heiß begehrten Lesestoff ist, während gleichzeitig in vielen Orten für die Angehörigen der Deutschen Verwaltung und für die Volksdeutschen Büchereien errichtet werden konnten. Tonfilmwagen unterzogen sich bereits im Herbst gleich nach der Besetzung des Gebiets der Aufgabe, den Truppen die neuesten Wochenschauen und neue Filme vorzuführen; inzwischen sind in allen Hauptorten des Generalgouvernements außerdem eines oder mehrere Lichtspieltheater wieder in Gang gesetzt worden, sodaß der im Osten eingesetzte Deutsche nicht länger auf die aktuellen Filmzeugnisse zu warten braucht, als wenn er irgendwo im Reich tätig wäre. Auch für die polnische Bevölkerung wurden an verschiedenen Orten, soweit verfügbar, Kinos wieder eröffnet. Der Kinobesuch von Deutschen und Polen ist natürlich getrennt.

Auch deutsche Wander- und Varietébühnen sind in größerer Zahl auf Tournées in das besetzte Gebiet gekommen, Musikzüge der Wehrmacht, des Arbeitsdienstes, der Polizei und der Hitlerjugend gaben Sonderveranstaltungen. Das Musikleben der Polen geht, vor allem in Warschau, in gepflegten Nachmittagsveranstaltungen in Cafélökalen weiter.

Neben dem Deutschen Theater in Krakau sind auch die Bühnen in Radom, Lublin, Kielce und Tschenstochau wieder bespielbar gemacht worden. In Warschau bedarf es erst wesentlicher baulicher Maßnahmen, um ein Theater wieder in Gang zu setzen. Das Ensemble des Deutschen Theaters in Krakau wird im Winter 1940/41 die Bespielung auch dieser Bühnen mit übernehmen.

Die Ausstellung „Die Rückwanderung der Wolhynien-Deutschen“, die als erste Ausstellung des Generalgouvernements am 2. Februar 1940 in Krakau eröffnet wurde und später nach Radom übersiedelte, um schließlich im Berliner Zeughaus für das Reich eröffnet zu werden, spiegelt in Bildern des bekannten Kriegsmalers Engelhardt-Kyffhäuser das große Erleben der Durchwanderung der Wolhynien-Deutschen durch das Generalgouvernement. Eine zweite Ausstellung „Die deutsche Leistung im Weichselraum“ zeigt die kulturgeschichtliche Mission des Deutschtums durch den Lauf der Jahrhunderte im heutigen Gebiet des Generalgouvernements. Sie wird nach ihrer Eröffnung in Krakau auch in anderen Städten der besetzten Gebiete und des Reiches gezeigt.



Innenhof des Instituts für Deutsche Ostarbeit (früheres Gebäude der Alten Universität, Krakau)
Aufn.: Brandner

Das Institut für Deutsche Ostarbeit

Durch Verordnung vom 19. April 1940 (VBl. des Generalgouverneurs für die besetzten polnischen Gebiete Nr. 30 S. 49) gründete der Generalgouverneur das Institut für deutsche Ostarbeit. Die Aufgabe dieses Instituts ist die Fortführung und Steigerung der bisher schon geleisteten deutschen Forschungsarbeit im Osten. Die grundlegenden Fragen des Ostraumes, soweit sie das Generalgouvernement betreffen, werden von ersten Ostkennern einer eingehenden wissenschaftlichen Klärung und Durchdringung unterzogen. Die Forschungsergebnisse werden laufend in einer Schriftenreihe veröffentlicht und verbreitet und dienen der Unterrichtung der deutschen Öffentlichkeit über die wissenschaftlichen und kulturellen Leistungen des Deutschtums in diesem Raume. Zur Erfüllung seiner Aufgaben steht das Institut für deutsche Ostarbeit in enger Verbindung mit den Dienststellen und Forschungsanstalten, die bisher vom Reiche aus Ostarbeit ähnlicher Zielsetzung betrieben haben.

An der Spitze des Instituts steht der Generalgouverneur für die besetzten polnischen Gebiete als Präsident. Seine Vertretung und gleichzeitig der Vorsitz im Kuratorium ist Reichsminister Dr. Seyß-Inquart übertragen. Das Kuratorium setzt sich aus einem kleinen Kreis von Persönlichkeiten zusammen, die sich bisher um die Ostarbeit besonders verdient gemacht haben. In die Stellung des Direktors, des Justitiars und des wissenschaftlichen Leiters sind bewährte und langjährige Mitarbeiter des Generalgouverneurs berufen bzw. besondere Sachkenner in Fragen des Ostraumes. Die wissenschaftliche Arbeit des Instituts wird in einzelnen Sektionen geleistet. Das Institut

umfaßt Ehrenmitglieder, Mitglieder und wissenschaftliche Mitarbeiter. Gegenwärtig ist diese jüngste und bedeutungsvolle Gründung in vollem Aufbau begriffen.

Der Feldzug der 18 Tage hat Polens Schicksal entschieden und den Krieg gegen Polen beendet, den es entgegen allen Grundsätzen der Vernunft und Moral gegen seinen westlichen Nachbarn provoziert hatte. Wenn mit der Gründung des Instituts für deutsche Ostarbeit im Zentrum einer früheren polnischen Universität die Flagge des Führers als Signal für die geistige Durchdringung des deutschen Ostraumes entfaltet wurde, so geschah es, weil der deutsche Geist und deutsche Kulturarbeit die deutsche Zukunft in diesem Gebiete auf alle Zeiten sicherstellen werden. Das Institut für deutsche Ostarbeit als Zentralstelle für die geistige Durchdringung des Gebietes des Generalgouvernements wurde auf der historischen Grundlage der saecularen Beziehungen dieser Gebiete in der Vergangenheit zum Reiche geschaffen und wird sie für alle Zukunft von Krakau aus, als der Hauptstadt des Generalgouvernements verankern. Dem vom Führer für das Generalgouvernement eingesetzten Verwaltungsapparat und der militärischen Führung dieser Gebiete ist mit der Gründung des Instituts für deutsche Ostarbeit ein dritter zentraler Wirkungsbereich an die Seite gestellt. Er ist dazu bestimmt, der deutschen Nation zur Sicherung dieser Gebiete auf der Grundlage jahrhundertalter deutscher Kulturleistungen ein geistiges Bollwerk zu sein, für alle Zukunft eine Hochburg deutscher geistiger Schöpfung überhaupt.

Das deutsche Schulwesen im Generalgouvernement

Nach Beendigung des Polenfeldzuges wurde mit dem Aufbau des deutschen Schulwesens im Generalgouvernement begonnen.

Gegenwärtig sind im Betrieb: 203 deutsche Volksschulen mit 11937 Schülern und 267 Lehrern, 3 Oberschulen mit 283 Schülern und 18 Lehrern.

Im Distrikt Krakau gab es vor dem Polenfeldzug 13 deutsche Privatschulen, während in den anderen Distrikten keine einzige bestand.

An den Schulen unterrichten deutsche Lehr- oder Hilfslehrkräfte, die von deutschen Kreisschulräten beaufsichtigt werden. Die Kreisschulräte unterstehen dem Leiter der Abteilung für das Schulwesen im Amte des Distriktschefs, die Abteilungen in den 4 Distrikten unterstehen dem Leiter der Abteilung Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung im Amte des Generalgouverneurs.

In den meisten Orten, wo deutsche Schulen sind, werden von den Lehrern deutsche Sprachkurse für erwachsene, der deutschen Sprache nicht mächtige Volksdeutsche geführt.

Auf die einzelnen Distrikte entfallen:

Distr. Krakau	22 Volksschulen	817 Schüler	35 Lehrer
	2 Oberschulen	248 „	14 „
Distr. Lublin	74 Volksschulen	3990 „	85 „
	1 Aufbauschule		
Distr. Radom	71 Volksschulen	4351 „	91 „
	1 Oberschule	35 „	4 „
Distr. Warschau	36 Volksschulen	2779 „	56 „

Um alle schulpflichtigen Kinder planmäßig zu erfassen, müssen noch insgesamt 67 Schulen mit 1810 Schülern und 68 Lehrern errichtet werden.

Warschau wird am 1. September 1940 auch eine Oberschule eröffnen.

Die Schulen in den einzelnen Kreisen und Orten

I. Distrikt Krakau

Kreis		Schulen	Schüler	Lehrer
Debica	Reichsheim, Hohenbach, Padew, Golleschau, Schönanger	5	105	5
„	Jaroslau	2	86	4
„	Jaroslau Stadt, Deutsch-Przemysl			
„	Jaslo	1	15	1
„	Krakau-Land	3	54	3
„	Bochnia, Majkowice, Skawina			
„	Krakau-Stadt (1 Oberschule)	2	282	13
„	Miechow	2	21	2
„	Miechow-Stadt, Wolbrom			
„	Neumarkt (1 Oberschule)	2	163	7
„	Neu-Sandez	3	180	8
„	Neu-Sandez-Stadt, Stadlo, Golkowice			
„	Rzeszow	2	67	2
„	Rzeszow-Stadt, Ranischau			
„	Sanok	1	32	2
„	Tarnow	1	60	2

II. Distrikt Radom

Kreis		Schulen	Schüler	Lehrer
Ilza	Gozdawa, Hieronimow, Starachowice	3	173	3
„	Jedrzejew	1	60	1
„	Stojewsko			

Kreis		Schulen	Schüler	Lehrer
Kielce	Antoniew, Kielce	2	270	4
„	Konskie	1	13	1
„	Borowa			
„	Opatow	2	17	2
„	Luszyca, Mikolajew			
„	Petrikau	21	1226	44
„	Petrikau-Stadt (2 Schulen), Sulejow (1 Oberschule), Polichno, Moszczenica, Leonow, Bubiashow, Danielow, Spinalow, Gaski, Klementynow, Wladzimirzow, Pawlow-Szkolny, Rudy-Porajskie, Rehfeld, Gieski, Niehcice, Kamocin, Jarosty, Meszcze.			
„	Radom	17	661	13
„	Przewoz Stary, Zarzecze, Leokadjow, Polesie, Wolka-Tyzynska, Wladyslawow, Janow, Blonie, Trablice, Chinow, Holendry, Karolin, Pionki, Katorwice und Valentinow, Godow			
„	Radom-Stadt	1	60	1
„	Radomsko	7	376	10
„	Radomsko-Stadt, Dziepolc, Przybyszow, Feliksow, Krery, Boguslawow, Blonie.			
„	Stopnica (Busko)	2	65	2
„	Przeczow, Busko			
„	Tomaschow	14	1303	21
„	Rawa, Teklin, Brzozow, Helenow, Swiniokierz, Stanislawow St. Wykno, Lipianki, Albertow, Ciosny, Zakowice, Katarzynow, Leosin, Tomaschow			
„	Tschenstochau	1	222	5

III. Distrikt Lublin

Kreis		Schulen	Schüler	Lehrer
Radzyn		18	830	21
	Lubartow, Zawada, Zurawiniec, Antonin, Subolew, Wola Lisowska, Antonowka, Wolka Zablocka, Justinow, Zezulin, Rozblucie, Kobelka, Kol. Dratow, Juliopol, Ciekostaw, Okalew, Jozefow, Aleksandrow-Lazy			
„	Chelm-Land	48	2691	52
	Kolonie: Bachus, Bukowa Mala, Bukowski-Las, Malinowka, Meszanan, Piaski Tomaszowka, Zerniawy, Gotowka, Karolinow, Bekiesza, Wanda-Bakos, Wladyslawow, Aleksandroka, Janow, Julianow, Krobonosz, Marinin, Nowoszulki, Lesniczowka, Ruda, Rua (Opalin, Ruda) Huta, Marsysien, Kamin, Krotschin, Puschki, Skordiow, Troisin, Bogdanko, Cycow, Sterenczyn Nowy, Stawek, Zarobla, Janowica, Dorf. Syczow, Annapol, Syczow, Janin, Kulczyn, Ujazdow, Wojcieszow, Debowice, Lovisszow-Wytyerno, Michelsdorf, Zalucze Stare, Jagodno, Marianka, Nowiny, Skorodnica.			
„	Chelm-Stadt	1	85	4
„	Lublin-Land	4	227	5
	Niedrzwica, Radawczyk-Boboszow, Malinowska, Borkowicna.			
„	Lublin-Stadt	1	65	1
„	Hrubieszow	1	72	1
	Bialopole-Radziejow			
„	Janow	1	20	1

IV. Distrikt Warschau

Kreis		Schulen	Schüler	Lehrer
Warschau-Land		17	1205	21
	Schamotschin, Lomianki, Stanislawow, Nowo Dwory, Wlochy, Orzarow, Wolomin, Deutsch-Ciechanow, Pruslow, Piastow, Rembertow, Marki, Legionowo, Rajszew, Piaseczno, Raszyn, Okecie			
„	Warschau-Stadt	3	580	13
	Warschau-Mitte, Brudno, Wola.			
„	Sochaczew	3	329	9
	Zyrardow, Feliksow, Matyl-dow			
„	Grojec	5	253	5
	Grojec, Gora Kalwarja, Warg, Blendow, Nowawies.			
„	Lowicz	2	58	2
	Lyszkowitz, Glowno			
„	Skierniewice	4	186	4
	Kochanow, Jasien, Frankenfild, Aleksandria			
„	Garwolin	2	168	2
	Zamnorzykow, Powisle			

Personaleinsatz

Die erfolgreiche Arbeit jeder Verwaltung und jedes Wirtschaftsunternehmens ist abhängig von den sie führenden und ausübenden Menschen. Dieser Grundsatz gewinnt höchste Bedeutung für den Aufbau der Deutschen Verwaltung im Generalgouvernement. Er steht deshalb als Leitgedanke über der hierfür mitverantwortlichen Arbeit des Personalamts. Die Reichsbehörden haben dem Aufbau der Deutschen Verwaltung in den besetzten polnischen Gebieten viel Verständnis entgegengebracht, doch konnten sie die Abordnung von Beamten und Angestellten mit Rücksicht auf den dringenden Eigenbedarf nur in beschränktem Maße vornehmen und in einer Zahl, die den notwendigen Bedarf nur zu einem Teil deckte. So war das Amt des Generalgouverneurs und im besonderen hier das Personalamt auf die eigene Initiative angewiesen. Nationalsozialistische Zuverlässigkeit, körperliche Gesundheit, fachliche Eignung und die innere Bereitschaft zu der schweren Arbeit hier im Osten waren und sind entscheidend für die Einstellung in dem Dienst des Generalgouverneurs. Denn diese Arbeit setzt voraus, daß der hierzu Berufene bereit ist, Opfer zu bringen, Verzicht zu leisten auf viele im Reich selbstverständliche Einrichtungen täglicher Lebensgestaltung. Nach diesen Gesichtspunkten wurden aus 6000 Bewerbungen in mühevoller Kleinarbeit geeignete Fach- und Hilfskräfte herangeholt und eingesetzt.

Das Personalamt ist auf der anderen Seite bemüht, die Bestrebungen des Generalgouverneurs, den Gefolgschaftsmitgliedern die Lebensbedingungen auf sozialem, geistigem und ideellem Gebiet zu verbessern, immer mehr in die

Tat umzusetzen. Durch die Schaffung einer guten Gemeinschaftsverpflegung und durch die Einrichtung von deutschen Lebensmittelgeschäften ist eine ausreichende und gute Ernährungsgrundlage geschaffen worden. Eine großzügige Regelung der Arbeitsdienstzeit mit zwei arbeitsfreien Nachmittagen geben den Gefolgschaftsmitgliedern im Amt des Generalgouverneurs Gelegenheit, in Sport und Spiel auf dem nahegelegenen, ideal eingerichteten Sportgelände Erholung zu suchen.

Es kann heute bereits gesagt werden, daß die Beamten, Angestellten und Arbeiter des Generalgouvernements sich der hohen Verpflichtung ihres Einsatzes im Osten mit ihrer Arbeitsleistung und Haltung stets bewußt gewesen sind. Sie haben dadurch einen Beitrag zu dem Lebenskampf geleistet, zu dem das deutsche Volk in dieser Zeit angetreten ist.

Register

A

Abbildungen, Verzeichnis s. S. 8
 American Joint Distribution
 Committee 214
 Arbeitsämter 288
 Arbeitseinsatz 286
 Arbeitslosenhilfe 291
 Aufklärung der Bevölkerung 301
 August der Starke 191
 Ausflugsorte bei Warschau 193
 Ausstellungen 304

B

Baupolizei 293
 Bauwesen 294
 Beskiden 73
 Böhmen 27
 Boiken 70
 Boleslaus I. 23
 Branntweinmonopol 246
 Brückenbau 123 294 231
 Büchereien 303
 Burgunder 20

C

Chef des Amtes 12 49
 Chelm 145 147 170 176

D

Dago Mieszko 22
 Danzig 29
 Devisenvorschriften 220
 Dürer, Hans 43

E

Einreisegenehmigung 218
 Emissionsbank 255
 Entwesungsanstalten 284
 Erdöl 84 248
 Ernährung 271

F

Fachabteilungen 50
 Fernmeldewesen 239
 Film 303
 Forstschutzkommando 269
 Forstwirtschaft 264
 Fugger 186 205

G

Galizien 88
 Gaststätten, Krakau 63
 Gaststätten, Warschau 197
 Gehaltsbezüge, Überweisung 225
 Generalgouverneur 2 11 49 93
 307
 Generalgouverneur, Stellvertreter
 des 12 93
 Generalgouvernement 11
 Gerichtsbarkeit 279
 Gesundheitskammer 55 283
 Gesundheitswesen 162 282
 Gewerbeaufsicht 287
 Gnesen, Erzbistum 23
 Goralen 70
 Goten 20
 Güterverkehr 233

H

Handelskammer, Deutsche für
 Polen 56
 Handwerkskammer 56
 Hanse, Deutsche 43
 Hausgewerbe 82
 Herkulesssäule 85
 Hochbau 296
 Holzwirtschaft 264
 Hotels in Krakau 60
 Hotels in Warschau 197
 Huber, Jörg 43
 Hunnen 21

I

Industrie 83 102 261
 Industrie- und Handelskammer
 56
 Institut für Deutsche Ostarbeit
 56 305 307

J

Jagiello, Jagiellonen 28 30
 Jaroslau 88 92
 Jaslo 88 95
 Jasna Gora 135
 Juden 13 45 141 157 163 213 301
 Jüdischer Reichstag 169
 Justiz 279

K

Karpaten 73
 Kartenstelle 278
 Kasimir, König 28 46
 Kasimierz, Stadtteil von Krakau
 46
 Kasprowy Wierch 96
 Kirche 23
 Kirchenbesitz 162
 Krakau, Stadt 25 37
 Krakau, Stadt, Stadthauptmann
 54
 Krakau, Burg 29 38 47 51
 Krakau, Distrikt 53 67
 Krakau Landkreis 54 88
 Krakauer Zeitung 56 298
 Kreiseinteilung 12 88 99 147 207
 Kriegsbeschädigtenfürsorge, pol-
 nische 292
 Krynica 96
 Kulturelle Einrichtungen 297
 Kulturelle Betreuung 162 303

L

Landeswirtschaftsbank 293
 Landwirtschaft 81 159 271
 Lautsprecheranlagen 302
 Lederindustrie 104
 Leihbüchereien 165
 Lemken 70
 Litauen 27
 Lohngestaltung 286
 Lotteriemonopol 248
 Lublin, Distrikt 137

Lublin, Stadt 139 166
 Lublin, Landkreis 170
 Lublin, ehemalige polnische Wo-
 jewodschaft 148
 Luftwaffe 50
 Lysa Gora 102 117

M

Magdeburger Stadtrecht 41 104
 Marienburg 27
 Mineralölmonopol 248
 Monopole, Generaldirektion 55
 243

N

Nachrichtendienst, polnischer 301
 Normannen 22
 Notendeckung 259
 NSDAP, Arbeitsbereich der 13

O

Oberbefehlshaber Ost 13 50 93
 Ojcow 79 85
 Ostbahn 55 229
 Otha 154
 Ottokar von Böhmen 27

P

Palais Brühl 183
 Paßstelle, Krakau 56
 Paßstelle, Warschau 198
 Paßstelle, Berlin 219
 Personaleinsatz 314
 Peskenburg 85
 Piasten 28
 Pilsudski 34
 Polizei 12 55
 Polnischer Hauptausschuß
 215
 Post Osten, Deutsche 55 236
 Postscheckamt, Warschau 238
 Postwertzeichen 241 242
 Pöppelmann 191
 Presse 298

Q

Quartieramt Krakau 60

R

Radom, Distrikt 97
 Radom, Stadt 100 103
 Radom, Landkreis 128

Raumordnung 276
Rechtsanwendung 280
Reichsverteidigungskommissar 13
Reichskreditkasse 255
Ritterorden, Deutscher 27, 28
Rozwadow, Sanbrücke 231
Rotes Kreuz, Deutsches 49
Rundfunk 302
Rundfunksendestelle 56

S

Salzmonopol 247
Sandomierz 151
Sanok 88 95
Slaven, Ausbreitung der 21
Sender des Generalgouvernements 303
Selbsthilfe, polnische und jüdische 214
Selbstverwaltung der Juden 13
Seuchenbekämpfung 162 283
Sonderstempel 241
Sozialbetreuung der Betriebe 287
Sozialversicherung, polnische 292
Sondergerichte 279
Süß, Hans 43
Schulwesen 161
Statistisches Amt 278
Stadtrecht, Deutsches 25
Straßenbau 294
Strafrecht 280
Stoß, Veit 29 43

T

Tabakmonopol 244
Talmudschule 169
Tannenberg, Schlacht 1410 29
Tarifordnungen 286
Tataren 20 24 166
Tatra, Hohe 73 96
Theater 165 304
Treuhandstelle 250
Truppenbetreuung 303
Tschenstochau 134

U

UdSSR, Warenverkehr 234
Ukrainer 11 33 70 143 161 301
Urkundenbeschaffungsstelle 218

V

Vandalen 20
Verkehrsangaben über Krakau 60
Verkehrsangaben über Warschau 197
Verwaltungsapparat, poln. 13
Vierjahresplandienststelle 13 50
Vorbeskiden 73
Volkszugehörige, Deutsche 14, 70
Volkstumskampf 18
Volkstumsdeutsche Gemeinschaft 56
Vischer, Peter 29 43

W

Waldkarpaten 73
Wasserstraßen 295
Warschau, Distrikt 179
Warschau, Distriktsverwaltung 200
Warschau, Stadt 31 181
Warschau, Stadtverwaltung 194
Warschauer Zeitung 56
Wehrmacht 13 55
Weichsel 74
Wieliczka 91
Wirtschaft, gewerbliche 83 102
Wolhyniendeutsche, Rückwanderung 131 140 153 171 235

Z

Zakopane 96
Zentralabteilungen 50
Zeitungsverlag Krakau - Warschau 56
Zlotywährung 255
Zündholzmonopol 247



Die Ostbahn

Eisenbahnen im Generalgouvernement

Generaldirektion der Ostbahn

Krakau
Matejkiplatz 12

Die
Warschauer Zeitung
Krakauer Zeitung

Amtsblatt der Behörden des Generalgouvernements
für die besetzten polnischen Gebiete

ist der repräsentative
Werbeträger im Osten!

Anzeigenpreise:

1 Seite kostet = RM 907.20 oder Pl. 1814.40.
1 Millimeter (22 mm breit) = 18 Rpf oder 36 Groschen
Nachlässe nach Malstaffel I oder Mengentaffel B

Bezugspreis:

Monatlich RM 2.40 oder Pl. 4.80 zuzüglich Beistellgeld

Anschrift:

Zeitungsverlag Krakau-Warschau G.m.b.H., Krakau 1, Wielopole 1
Postschließfach.

Fernsprecher: Sammel-Nr. 15 060, ferner Nr. 20 611.

A. Piasecki

Schokoladenfabrik A. G.
Krakau, Wroclawska - Strasse 17

Schokoladen

Bonbons

Keks

von höchsten Qualitäten

Eigene Verkaufsläden
Krakau, Alter Markt 33 und 47

SPEDITIONS-GESCHÄFT

Adolf & Eduard Holler

Tschenstochau, Pilsudskistrasse 41
Fernruf 11 45

erledigt fachgemäss: Spedition, An- und Abfuhr von Waggon-
ladungen, Stückgütern, Einlagerung.
Besondere Bedienung der Transporte nach
Warschau und zurück.

Vertretung in Warschau: SPEDITIONS-GESCHÄFT
E. WENSKE

Nowolipkistrasse 67 Fernruf 11 42 70

Vertretung in Krakau: INTERNATIONALE TRANSPORT A. G.

„**Polnischer Lloyd**“

Krakau, Floriangasse 23 Telef. 101 59

GRÜNDUNGSJAHR 1790



„CMIELOW“

PORZELLAN

Wo wohnt man gut und billig?

in Krakau

Hotel Warszawski

Pawiastr. 6. Tel. 106 23

Fliessendes Wasser kalt u. warm!

KONDI TOREI

„Europejski“

KRAKAU, ALTER MARKT 35

EMPFIEHLT SICH DEM
P. P. PUBLIKUM

Erstes
Krakauer Schuhhaus
„BOTINA“
Krakau, Schustergasse 17

Grosse Auswahl
in Herren-, Damen-
und Kinderschuhen

Unter treuhändischer Leitung!

TECHEBU

Kommisarisische Verwaltung
Krakau, Florian-Gasse 7
Fernsprecher 108-56
KONTO: Deutsche Bank,
Kommerzial-Bank, Krakau

Handelsgesellschaft
für Technische und
Chemische Artikel
sowie Baumaterialien

Internationale Transport A. G.
„Polnischer Lloyd“

Krakau, Floriangasse 23. — Fernsprecher: 101-59

Verzollung — Lagerung — Umzüge — Roll-
fuhr — Regelmässiger Sammelverkehr mit
dem Altreich und der Ostmark, sowie im
G e n e r a l g o u v e r n e m e n t



Zakopane

833 Meter über dem Meere

der Kurort der Tatra

**Bergfreunde,
Erholungssuchende**

finden im

Deutschen Gästehaus
(ehemals EXCELSIOR)
in Zakopane

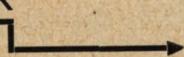
alle Behaglichkeit und jeden Komfort

Kreissparkasse Tschenstochau
Devisenbank

sichert prompte Erledigung von In- und
Auslandsüberweisungen, Wechsel- u.
Scheckinkasso, Wertpapierdepot und
Spareinlagen in allen Höhen.

Der kommissarische Leiter Kern

FÜLLFEDER



Omega

schreibt am besten

TSCHENSTOCHAU
Fabrikstrasse Ruf 22-32

Holzbetrieb »Arbor«

Tschenstochau
Narutowicza 83, Tel. 2414

Sägewerke in Tschenstochau und Jaskrow

liefert:

Schnittmaterial
Eisschränke
Zollstäbe, Ellen
Dezimalwaagengestelle
Frühbeefenster
Spiegel- und Bilderrahmen

Vertretungen:

Distrikt Krakau, Lublin u. Radom
Fa. Sch. Grünfeld, Krakau, Schustergasse 8
(Treuhand)

Distrikt Warschau, Warthegau, Gau Danzig
und Ostpreussen
Fa. Peter Bogaty & Co., Warschau, Zielna 45

Reg.-Bezirk Kattowitz und Oppeln
Fa. S. Liver, Bendzin O/S., Kattowitzerstr. 36
(Treuhand)

DEUTSCHE BUCHSTUBE

Inh. KARL GAMROTH

Zeitungs- u. Zeitschriftenvertrieb, Buchhandlung

Geschäftsstelle und Anzeigenannahme
der Warschauer Zeitung

TSCHENSTOCHAU

II. Allee Nr. 27 Tel. Nr. 2257

Filialen in Petrikau und Kielce

Chemische Werke

„ANIOLOW“ A. G. Tschenstochau

Postfach 133. Tel. 2258

liefert:

»Bioklein«

Vitaminreiche Ernährung für Kinder
und Erwachsene, empfohlen von
bedeutenden weltberühmten Ärzten

Stärkt den Organismus und das Nervensystem

Rubonit

Tschenstochau

Fernruf 14 66.

Treuhand

Fabrikation von
Hartgummi-
Kämmen,
Knöpfen
u. Klammern

Trockene Bunt- u. Mineralfarben Pigmente (chemisch rein)
der

FARBENFABRIK
„ZAWODZIE“
Tschenstochau

sind
Qualitätsware
RuI Nr. 2455

Aktien-Gesellschaft der
Brauerei in Tschenstochau
vorm. K. Schwede

B r a u e r e i
M ä l z e r e i
L i m o n a d e n -
und Sodawassererzeugung

Gesellschaft der Tschenstochauer Eisengießerei und Emaillierwerk
„Metalurgia“ m. b. H.
Tschenstochau, Krutka, Tel. 22 46

Liefert:

Eisentöpfe mit und ohne Emaille in bester Ausführung
Ferner Sanitäts-Utensilien und Kanalisations-Artikel
Anfertigung sämtlicher landwirtschaftlicher Maschinenteile
und fertige Göppel

Kreisstelle
der Landwirtschaftlichen Zentralstelle

Radom, Zeromskistr. 105 • Telefon 21-80

Landwirtschaftliche
Kreishandelsgenossenschaft, e. G. m. b. H.

Radom, Zeromskistr. 105

Lagerstellen:

Radom, Zeromskistr. 120, Telefon 14-82
Zwoleń, Telefonanschluss,
Koźnice, Telefon 18,
Białobrzegi, Telefon 20,
Przytyk,
Szydłowice

Abteilung:

Mühlen, Maschinenfabrik, Sägewerk, Getreide, Vieh, Kar-
toffeln, Düngemittel, Sämereien, Kohlen usw., Oel u. Fette,
Baumaterialien, Eisengalanterie.

Wir kaufen alle landwirtschaftliche Produkte und liefern alle Bedarfsartikel
für die Landwirtschaft.

Maschinenfabrik-Rubinstein
Eisengiesserei — Glinice
R a d o m

unter der Treuhandschaft des Leiters
der Kreisstelle der landwirtschaft-
lichen Zentralstelle - Radom
— Bartelt —

Aufträge werden jederzeit entgegen-
genommen und prompt ausgeführt

DIE KREIS- SPARKASSE

Fernsprecher Nr. 15-65

R A D O M
3. Mai-Platz 1.

ERLEDIGT
SÄMTLICHE
BANKGESCHÄFTE

Radomer Draht- u. Nägeliabrik

Radom, ul. Miła 10.
Fernsprecher Nr. 12-84

Empfehlte Nägel aller Art.
Die Herstellung von
Schwarzdraht u. Zinkdraht
in Vorbereitung.

Die älteste polnische
Zigarettenhülsenfabrik

E. Paschalski & Co
G. m. b. H. in R a d o m

Erzeugnisse — höchste Qualität:
Zigarettenhülsen und Zigarettenpapier in Büchlein

»SZYBOSZLIF«

G. m. b. H.

RADOM, ŻEROMSKIEGO 20

FERNRUF 23-20

liefert Fensterglas aller Ausmasse,
Spezialgläser, Autoscheiben, Spiegel
Eigene Schleiferei und Spiegelbelegerei.

»MARYWIL«

SCHAMOTTE- u. STEINZEUGWAREN-FABRIK
in RADOM und in SUCHEDNIOW
RADOM, MARYWILSKA-STR. 24, FERNRUF 21-10

Schamotte aller Art für Kuppel-, Zement-,
Kohle-, Hochöfen usw., Bäckereiplatten,
feuerfeste Tone und Mörtel, Steinzeug-
röhren für Kanalisation, säurefeste
Erzeugnisse, Steinzeug für die Landwirt-
schaft: Futtertröge und -Muscheln

Dampfziegelei

Przemysł Ceramiczny
Parowa Cegielnia w Wośnikach
Spółka z ograniczoną odpowiedzialnością

R a d o m
Pierackiego 13/5
F e r n s p r. 11-13

Besuchen Sie die

Kurorte

des Generalgouvernements

**LEDER-
WAREN-
FABRIK**

M. KROMOŁOWSKI & SÖHNE
TREUHÄNDER KARL SOLTYSK

RADOM, LIMANOWSKISTR. 69
Fernspr. 13-11 Postfach 6

Kraftfahrzeug-Reparaturwerkstätte

DER FIRMA

STEYR-DAIMLER-

PUCH-AKTIENGESELLSCHAFT

Seit 1. März 1940 eröffnet

Adresse:

R A D O M

STEYR — DAIMLER — PUCH
Aktiengesellschaft

Kiz.-Reparaturwerkstätte
Radom (Fabryka Broni)

Das Deutsche Kino

„HAMBURG“

der Ort in Kielce

für Unterhaltung, Erholung und Bildton-
nachrichten - Übermittlung für Deutsche

Jede Woche neben guten Unterhaltungs-
filmen die neueste Tonwochenschau.

Spielzeiten täglich um 5 und 7 Uhr, an Sonnabenden ab
3 Uhr, an Sonn- und Feiertagen Sondervorführungen für Wehr-
macht und NS-Formationen sowie 3 Nachmittagsvorführungen

Kalk- und Stein-Industrie	
Kielce:	
Aktiengesellschaft der Industrierwerke „Kadzielnia“ in Kielce — Legionów-Allee	Gebrannter Kalk, Hydratisierter Kalk, Düngkalk, Schotter
Industrierwerke „Sitkówka“ A.G. in Sitkówka bei Kielce	Erzeugnisse aus Marmor, Kalkstein, Bau- und Düngkalk, Steine für Strassenbau
Kalk- und Steinbrüche A.G. in Jaworznia bei Kielce	Bau- und Düngkalk, Marmorstein, Schotter
Kalkwerke „Chęciny“ in Chęciny 2 bei Kielce	Bau- und chem. Kalk, Trass-Zement, Steine für Strassenbau
Kalkwerke J. Kochanowski in Siedlce Kreis Jędrzejów	Bau- und Düngkalk, Steine für Strassenbau
Steinbrüche Wacław Jagniałkowski in Kielce — Grube Sitkówka	Marmor für Papier- und Zuckerindustrie, Steine für Strassenbau
Steinwerke der Galizischen Städte G. m. b. H. in Zagnańsk bei Kielce	Quarzitgesteine für Strassenbau und chem. Zwecke
Steinbruch „Nowiny“ G. m. b. H. in Kielce — Sienkiewiczstrasse 65.	Marmor für Zucker- und Papierindustrie, Steine für Strassenbau
Steinbruch „Czarnów-Ślichowice“ G. m. b. H. in Kielce — Sienkiewiczstrasse 25.	Bruchsteine, Marmor- steine für Strassenbau u. chem. Industrie
Steinbruch St. Konopka in Kielce — Zdrojowastr. 21.	Schotter, Bruch- und Packlagesteine
Steinbruch „Rykoszyn-Bukówka“ G. m. b. H. in Kielce — Fochstrasse 35.	Quarzit u. Marmor für Bauzwecke und Strassenbau

Dein Postscheckkonto
im Generalgouvernement

bei der
Deutschen Post Osten

J e d e Behörde
j e d e r Treuhänder
j e d e r Geschäftsmann

wickelt bargeldlos, schnell, sicher
und bequem seinen
Zahlungsverkehr

über das
Postscheckamt Warschau
ab

Mündl. oder schriftliche **Auskunft** erteilt das
Postscheckamt Warschau sowie jedes Postamt



HOTEL EUROPA
 WARSCHAU, PILSUDSKI-PLATZ
 RUF 279-20
 GEGENÜBER PALAIS BRÜHL



mit seinen bekannten Gaststätten:

Kaffee, Restaurant, Bar und seiner Küche mit internationalem Ruf.
 250 Zimmer mit Warm- und Kaltwasserleitung

Achtung!

Achtung!

W a r s c h a u

Alles unterhält sich in der

Esplanade

V a r i e t é, K a f f e e

Marszalkowskastrasse Ecke-Sienkewiczstrasse
 Vornehmste Unterhaltungsstätte

P O L N I S C H E S
BRIEFMARKENHAUS

WARSCHAU, NOWY SWIAT 44
 RUF 233-71

B R I E F M A R K E N
 A U S A L L E R W E L T – S P E -
 Z I E L L P O L E N M A R K E N – V E R -
 K A U F – A N K A U F – T A U S C H

»RUCH« A. G.

TREUHÄNDER J. BETTENHAUSEN

ZENTRALE: Warschau, Jerozolimska 63. Tel. 993-61
 ZWEIGSTELLE: Krakau, Ostring 3. Tel. 157-28

Bahnhofsbuchhandlungen im Generalgouvernement • Buch- und Zeitungs-Grossvertrieb
 Generalvertriebsstelle des Nowy Kurier Warszawski und Warschauer Zeitung • Alleinauslieferung der deutschen Presse-Erzeugnisse

●
 Hotel-Buchhandlungen

ABTEILUNG

●
 Reklame: Annahme von Zeitungsanzeigen u. Eisenbahnreklamen Tel. 995-06

Tabakwaren: Telef. 993-41

Schreibwaren: Telef. 962-16

Buchhandel: Telef. 339-53

●
 Annahmestelle für Abonnements des vom Generalgouverneur herausgegebenen Verordnungsblattes für die besetzten polnischen Gebiete

HOTEL BRISTOL

IN WARSCHAU A. G.

K R A R. P R Z E D M. 42/44 - R U F 551-60

ERSTKLASSIGES HOTEL

VORNEHMSTES RESTAURANT,
KAFFEE UND COCKTAIL -
BAR - TANZ - SOMMERGARTEN

Warschau

Kaffee - Konditorei

A. Blickle

Nowy Swiat 35

im Prachtgarten
sowie Kaffee täglich

Konzert

Treff ● Aller

Silberne Rose

Warschau, Sienkiewicza - Strasse 12

3 Minuten vom Hauptbahnhof

Empfiehl ihre Restaurantsäle, Früh-
stücksstube sowie Bier und Wein.

Geführt von deutschem Be-
sitzer, international aner-
kannter Fachmann
der Gaststätten-
betriebe

Franz Bialek

Für Reichs- und Volksdeutsche bis 24 Uhr geöffnet



Tonangebend

Adria

nur

Warschau

Moniuskistrasse 10

Erstes Lokal

am Platz

Bar — **Varieté** — Kaffee

Das Buch des Führers

Mein Kampf,

alle Standardwerke der Bewegung,
wichtige Neuerscheinungen aus
den Ministerien, Parteidienststellen
und Behörden, Tatsachenberichte
zum Zeitgeschehen und schön-
geistige Literatur der besten deut-
schen Schriftsteller und Erzähler

sind die Beweise für das umfassende,
buchverlegerische Schaffen des



Zentralverlag der NSDAP

Franz Eher Verlag,

Nachfolger, G. m. b. H.

München — Berlin

Kataloge und Prospekte auf Anforderung kostenlos

Auslieferung für das Generalgouvernement
Buchverlag Ost, G. m. b. H., Krakau

Buchverlag Ost

Wichtige Neuerscheinungen:

Die Polen vor Berlin

herausgegeben von dem Leiter der Abteilung Volksaufklärung und Propaganda im Amt des Generalgouverneurs

Dr. Freiherr du Prel, bearbeitet von Dr. Herbert Drescher

Führer durch Krakau

herausgegeben im Auftrage der Abteilung Volksaufklärung und Propaganda im Amt des Generalgouverneurs

von Dr. H. Kurz

Kommentar zu den Tarifordnungen für den öffentlichen Dienst

herausgegeben im Auftrage der Abteilung Arbeit im Amt des Generalgouverneurs

von Oberregierungsrat Dr. Hoppe



Buchverlag Ost G. m. b. H.

Krakau, Rynek Kleparski 4 Ruf 154-40

Buchverlag Ost

